Der deutsche Rohstoffmangel und seine Bekämpfung

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der staatswissenschaftlichen Doktorwürde

genehmigt von der

rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Friedrich-Wilhelms-Universität

zu Berlin

Von

Hans Rudolf Mahnert

aus Berlin-Steglitz

Tag der mündlichen Prüfung: 25. II. 39.
Tag der Promotion: 8. V. 39.

1939

Druckerei und Verlag wissenschaftlicher Werke Konrad Triltsch, Würzburg-Aumühle

J 2

Referent: Prof. J. Jessen.

Korreferent: Prof. H. Jecht.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Einleitung V

I. Entstehung und Umfang der Rohstoffknappheit 1

1. Begriff der Rohstoff-„Knappheit" 1

2. Entstehung der deutschen Rohstoffknappheit 5

3. Rohstoffknappheit nach Warenarten 14

a) Dringlichkeit der Rohstoffeinfuhr für „Kriegsmaterial" 16

b) Dringlichkeit der Rohstoffeinfuhr für Ausfuhrzwecke 25

c) Dringlichkeit der Rohstoffeinfuhr für die einheimische Versorgung 30

II. Schädliche Auswirkungen des Rohstoffmangels 34

1. Gefährdung der Vollbeschäftigung 34

2. Gefahr der Einkommensverringerung und Einkommensverschiebung 40

3. Mißverhältnis zwischen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben 42

4. Bedrohung der Wehrbereitschaft 45

III. Deutschlands Möglichkeiten zur Beseitigung des Rohstoffmangels 49

1. Durch Beschränkung auf die nationalen Wirtschaftskräfte 49

a) Selbstgenügsamkeit 49

b) Selbstversorgung 52

2. Durch Pflege zwischenstaatlicher Wirtschaftsbeziehungen 60

a) Großraumwirtschaft 60

b) Einfuhr 79

IV. Deutschlands Maßnahmen zur Bekämpfung des Rohstoffmangels 84

1. Verringerung des Bedarfs an ausländischen Rohstoffen 84

a) Rohstoffhaushaltung.
Wirtschaftliche Ausnutzung der Rohstoffe durch Eingriffe in Erzeugung und Verbrauch / Erfassung und Wiederverwendung von Altmaterial und Abfällen 84

b) Kontrolle der Verwendung der vorhandenen Rohstoffe, vor allem durch die Überwachungsstellen 91

c) Umlenkung des Konsums vom ausländischen Zuschußbedarf zum nationalen Produkt 96

2. Maßnahmen zur Sicherung des notwendigen Rohstoffbedarfs 101

a) Gewinnung synthetischer Rohstoffe und Ausweitung der bereits vorhandenen Erzeugung 101

b) Sicherung der Rohstoffeinfuhr auf der Grundlage der Verrechnung 106

c) Erweiterung des Wirtschaftsraumes durch Handelsverträge mit Südosteuropa 119

d) Das wirtschaftliche Großdeutschland 136

Schlußwort 158

Literaturverzeichnis 161

EINLEITUNG.

Die Beseitigung der deutschen Rohstoffknappheit ist ein Ziel, das die deutsche Regierung mit allen Mitteln zu erreichen versucht. Die Durchführung der wichtigsten Maßnahmen, die diesem Ziel dienen sollen, ist im Rahmen des Vierjahresplans dem Generalfeldmarschall Göring übertragen. Das zeigt nicht zuletzt die politische Bedeutung, die man der Lösung aller Rohstoffragen beimeißt.

Die heutige Rohstoffnot hat politische Ursachen. Versailler Diktat, Reparationszahlungen, Kapitalmangel, Aufnahme von Auslandskrediten, Überschuldung, handelspolitische Abriegelungen, Zahlungsunfähigkeit Deutschlands und weiterer Rückgang der Ausfuhr auf Grund der Einführung des Clearing-Verkehrs und nicht zuletzt die Aufrüstungsbestrebungen in der ganzen Welt sind die bekannten Marksteine der Entwicklung, — die Unmöglichkeit, ausreichende Rohstoffmengen aus dem Auslande zu beziehen, das Ergebnis.

Mit aller Energie ist man inzwischen an die praktische Lösung der Probleme gegangen. Über die Maßnahmen in der Folge zu berichten, ist eine Teilaufgabe der vorliegenden Arbeit. Hauptaufgabe ist es jedoch, zur Klärung der Begriffe beizutragen und die theoretische Grundlegung dieser praktischen und ungeheuer wichtigen Fragen zu untersuchen. Als Ausgangspunkt wird deshalb im ersten Abschnitt eine Klärung des Begriffs „Rohstoffknappheit" durchgeführt sowie eine Untersuchung der Arten der Rohstoffknappheit vorgenommen. Der zweite Abschnitt gibt Aufschluß über die Auswirkungen, die die Rohstoffknappheit im einzelnen hat oder haben kann. Die theoretischen Möglichkeiten zur Beseitigung der Rohstoffknappheit sind im dritten Abschnitt einer Betrachtung unterzogen. Der vierte Abschnitt endlich bringt eine Übersicht über die Lösungsversuche der Reichsregierung und die Maßnahmen der von ihr beauftragten Stellen.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41550804_0165

I. Enstehung und Umfang der Rohstoff-Knappheit.

1. Begriff der Rohstoff-„Knappheit".

Rohstoffmangel liegt vor, wenn der vorhandene Rohstoffbedarf nicht in vollem Umfange befriedigt werden kann. Der Rohstoffbedarf wiederum wird nicht befriedigt werden können, wenn die Vorräte oder die vorhandene Erzeugung diesem Rohstoffbedarf nicht entsprechen. Somit ist Rohstoffknappheit auf ein Mißverhältnis von Rohstoffbedarf und Rohstofferzeugung zurückzuführen. Rohstoffknappheit ergibt sich daher entweder aus einem gestiegenen Bedarf, d. h. aus einem Bedarf, der die Erzeugung überschreitet, oder aus einer verringerten Erzeugung, d. h. einer Erzeugung, die unter den bisherigen Bedarf gesunken ist.

Abgesehen von dem ursprünglichen (historischen) Grunde des Rohstoffmangels, den Reparationen, ist die deutsche Rohstoffknappheit der letzten Jahre vor allem eine Folge des steigenden Bedarfs.

Maßgebend für die Zusammensetzung des Rohstoffbedarfs kann nur der völkische Gesichtspunkt sein[1]). Es kann sich daher niemals um einen Rohstoffbedarf schlechthin, sondern immer nur um einen völkischen Rohstoffbedarf handeln. Etwas Endgültiges kann jedoch über die Zusammensetzung des völkischen Rohstoffbedarfs nicht gesagt werden. Der völkische Rohstoffbedarf ergibt sich lediglich aus den gegenwärtigen völkischen Zwecksetzungen. Wenn also z. Zt. in Deutschland mehr denn je zur Erfüllung der völkischen Zwecke die Beschaffung von Rohstoffen der Wehrwirtschaft erforderlich ist, so darf hieraus noch keineswegs die unbedingte Gleichstellung von Rohstoffen der Wehrwirtschaft und völkischem Rohstoffbedarf im allgemeinen gefolgert werden.

An dieser Stelle genügt es, darauf hinzuweisen, daß der deutsche Rohstoffbedarf seit 1933 auf dem Gebiete der Metallwirtschaft und einiger Faserstoffe sowie bei Brennstoffen und Gummi immer dringlicher geworden ist. Dies wird durch erhöhte Einfuhrmengen sowie

[1]) Vgl. zum Begriff der völkischen Wirtschaft: Jens Jessen, „Volk und Wirtschaft", 2. erg. Aufl. S. 100 ff. Ders. „Grundlagen der Volkswirtschaftspolitik", S. 9/15.

durch die Maßnahmen des Gesetzgebers bestätigt, die darauf hinzielen, auf den verschiedensten Gebieten der Rohstoffwirtschaft Preissteigerungen infolge von Knappheitserscheinungen zu verhindern: einmal unmittelbar durch Untersuchung der Preisbindungen, durch Preisüberwachung und Abgrenzung der Handelsspannen und zum anderen mittelbar durch Investitionsverbote und Kontingentierung des Verbrauchs.

Eine Steigerung der Einfuhrmengen liegt bei folgenden, hauptsächlich für die Wehrwirtschaft wichtigen Rohstoffen vor[2]):

I. Mengen in t

Rohstoffe	1928[3])	1935[4])
Eisenerze	13 794 448	14 061 077
Kupfer } roh, Bruch,	296 375	216 031
Nickel } roh, Bruch,	—	—
Blei } alt, Abfälle,	148 538	54 465
Zinn } alt, Abfälle, Legierungen	13 411	11 824
Zink } Legierungen	144 124	76 030
Kautschuk, Guttapercha, Balata	51 277	73 575
Mineralöle	2 001 291	3 766 865
Baumwolle, roh, gekrempelt, gekämmt usw., Abfälle	462 983	397 439

Rohstoffe	1936[5])	1937[6])
Eisenerze	18 469 340	20 620 876
Kupfer } Auch Altmetalle und	195 120	262 510
Nickel } Auch Altmetalle und	3 390	3 365
Blei } Auch Altmetalle und	68 900	73 296
Zinn } Auch Altmetalle und Legierungen	9 180	10 320
Zink } Auch Altmetalle und Legierungen	72 800	70 695
Kautschuk, Guttapercha, Balata	82 670	123 193
Erdöl und Teer, roh[7])	982 760	1 197 859
Kraftsoffe u. Schmieröle	3 235 230	3 109 406
Baumwolle, roh und bearbei-et, Reißbaumwolle	325 030	349 648

[2]) nach priv. Berechn. der Reichs-Kredit-Gesellschaft, Aktiengesellschaft, Berlin: „Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1937/38", S. 101.

[3]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1929, S. 197 ff.

[4]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1936, S. 232 ff.

[5]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1937, S. 250 ff.

[6]) Monatl. Nachweise für den auswärtigen Handel Deutschlands, Ergänzungsheft I, 1937, S. 24 ff.

[7]) Vom Jahre 1936 ab ist der Posten „Mineralöle" nicht mehr in der Einfuhr aufgeführt.

Wertmäßig wirkt sich die Steigerung der Einfuhrmengen folgendermaßen aus:

II. Werte in Mill. RM.

Rohstoffe:	1928 [8])	v. H. des reinen Warenverkehrs	1935 [9])	v. H.
Eisenerze	245,9	1,7	123,4	3,0
Kupfer, roh, Bruch, alt, Abfälle, Legierungen	376,4	2,7	80,7	1,9
Nickel, roh, Bruch, alt, Abfälle, Legierungen	—	—	—	—
Blei, roh, Bruch, alt, Abfälle, Legierungen	62,1	0,5	9,5	0,2
Zinn, roh, Bruch, alt, Abfälle, Legierungen	59,5	0,4	30,9	0,7
Zink, roh, Bruch, alt, Abfälle, Legierungen	73,0	0,5	14,0	0,3
Kautschuk, Guttapercha, Balata [10])	113,0	0,8	45,5	1,1
Mineralöle	247,1	1,8	165,0	4,0
Baumwolle (roh, gekrempelt, gekämmt usw., Abfälle)	795,0	5,7	329,7	7,9

Rohstoffe:	1936 [11])	v. H.	1937 [12])
Eisenerze	168,3	4,0	221,9
Kupfer, Nickel, Blei, Zinn, Zink „auch Altmetalle und Legierungen“	87,7	2,1	174,6
	6,9	0,2	6,0
	14,2	0,3	22,2
	22,0	0,5	30,0
	13,8	0,3	17,8
Kautschuk, Guttapercha, Balata [10])	66,2	1,6	117,5
„Mineralöle“ nicht mehr i. d. Stat. enthalten: „Erdöl und Teer, roh“	24,6	0,6	39,5
„Kraftstoffe und Schmieröle“	169,2	4,0	190,2
Baumwolle, roh und bearbeitet, Reißbaumwolle	257,7	6,1	275,1

Wenn in der Einfuhr gewisser für die Wehrwirtschaft wichtiger Rohstoffe, wie Textilrohstoffe (Baumwolle für Munitionszwecke) sowie Holz, Gerbhölzer, Manganerz und Nickelerz ein Rückgang zu verzeichnen ist, so ist dies auf gestiegene Eigenversorgung zurückzuführen. Man denke hierbei nur an die Entwicklung der Zellwollproduktion sowie an die Ausbeute einheimischer Erzvorkommen durch

[8]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1929, S. 188/190.
[9]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1936, S. 220/22.
[10]) Kautschuk nicht als besonderer Einfuhrposten aufgeführt.
[11]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1937, S. 242/244.
[12]) Monatl. Nachweise für den auswärtigen Handel Deutschlands, Ergänzungsheft I, 1937, S. 24/26. (Der relative Anteil an der Gesamteinfuhr ist hier noch nicht verzeichnet.)

die Aktiengesellschaft für Erzbergbau und Eisenhütten, Reichswerke „Hermann Göring", Berlin.

Der deutsche Rohstoffbedarf wird zu einem Teil bedingt durch die Notwendigkeit der Erhaltung eines Mindestausfuhrvolumens, das für die Deckung des Bedarfs der Wehrwirtschaft und der einheimischen Versorgung im Ausland ausreichend sein muß. Von Seiten Deutschlands kann zur Erhaltung der Ausfuhr vor allem durch Beschaffung sämtlicher für die Ausfuhr zu verwendenden Rohstoffe beigetragen werden. Es kämen dafür hauptsächlich die Rohstoffe folgender deutscher Exportfertigwaren in Betracht:

Strick- und Wirkwaren aus Seide, Kunstseide,
Wolle und andere Tierhaare,
Baumwoll-, Kautschuk-, Messerschmiede-, Glas- und Kupferwaren,
landwirtschaftliche Maschinen, Kraftmaschinen,
feinmechanische Erzeugnisse u. a.

Die Deckungsmöglichkeit für den übrigen deutschen Rohstoffbedarf, der sich aus Rohstoffen für die einheimische Versorgung zusammensetzt, ist durch den Rohstoffbedarf der Wehrwirtschaft, die einen großen Teil der Erzeugung für sich in Anspruch nimmt, erheblich eingeengt worden. Der Rohstoffmangel auf dem Gebiete der einheimischen Versorgung ist also auf den in den letzten Jahren gestiegenen staatlichen Bedarf zurückzuführen, der durch Arbeitsbeschaffung und Vierjahresplan ausgelöst worden ist.

Wie schnell der Rohstoffbedarf auf dem Gebiete der einheimischen Versorgung gestiegen ist, zeigt folgende den „Vierteljahresheften zur Wirtschaftsforschung" entnommene Übersicht, in der allerdings neben dem Bedarf für die einheimische Versorgung der sicherlich nicht unbeachtliche Anteil des Rohstoffbedarfs für die Wehrwirtschaft enthalten ist:

Rohstoffbedarf der gewerblichen Wirtschaft [13]).

Menge: 1928 = 100

1927 = 104	1932 = 52
1928 = 100	1933 = 60
1929 = 100	1934 = 80
1930 = 89	1935 = 94
1931 = 69	1936 = 108
	1937 = 118

Als Ursache für die Steigerung des Bedarfs ist die Steigerung des Volkseinkommens von RM 46,6 Mill. im Jahre 1933 auf RM 62,6 Mill. im Jahre 1936, insbesondere die Steigerung der Löhne und Ge-

[13]) Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 3, 1937/38, S. 303.

hälter von RM 26,0 Mill. im Jahre 1933 auf RM 35,0 Mill. im Jahre 1936 anzusehen [14]).

Im übrigen hat trotz der Zunahme der Zellwollproduktion die Einfuhr von Wolle und Baumwolle nur geringfügig abgenommen.

I. Mengen in *1000* t [15])

Rohstoffe	1935	1936	1937
Wolle	140	109	108
Baumwolle	289	255	274

II. Werte in Mill. RM [15])

Rohstoffe	1935	1936	1937
Wolle	220,5	197,0	243,4
Baumwolle	239,6	203,7	221,0

Ebenso gehören zu dem Bedarf für die einheimische Versorgung außer den Rohstoffen, die der Herstellung von Textilien dienen, auch sämtliche Rohstoffe zur Erzeugung von Gegenständen des Hausrats, wie z. B. Metalle, insbesondere Leichtmetalle und Holz. Da ein erhöhter Bedarf bei ungenügenden Deckungsmöglichkeiten entweder an Preissteigerungen oder an Kontingentierungen zu erkennen ist, so wird man die am 12. November 1934 ergangene Verordnung über Preisbindungen und gegen Verteuerung der Bedarfsdeckung als Zeichen für die Steigerung des Bedarfs auffassen können. Maßnahmen der Preissteuerung sind überhaupt auf den verschiedensten Gebieten für Güter des elastischen Bedarfs getroffen worden.

Der Wille zur Abhilfe gegen die Einschnürung der Rohstoffeinfuhr für die Zwecke der einheimischen Versorgung kommt in der Intensität der eigenen Erzeugung zum Ausdruck. Daneben werden die Erfordernisse der einheimischen Versorgung noch in gewissem Umfange durch die Gestaltung der Ausfuhr berücksichtigt, die auch als Mittel für Rohstoffbeschaffung gelten kann.

2. Enstehung der deutschen Rohstoffknappheit.

Vor allem ist die deutsche Rohstoffknappheit auf die politischen Verhältnisse der Nachkriegszeit zurückzuführen. Im einzelnen sind es verschiedene Ursachen, die, miteinander im Zusammenhang stehend, die deutsche Rohstofflage bestimmten.

---

[14]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1937, S. 534.

[15]) Reichs-Kredit-Ges. A.G., Berlin: „Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1937/38", S. 101.

Es handelt sich einmal um Ursachen, die zu einer dauernden und nachhaltigen Beeinflussung der deutschen Rohstoffknappheit geführt haben (oder noch führen können), und andererseits um Ursachen, die den Zustand der deutschen Rohstoffknappheit nur vorübergehend beeinflußt haben (oder noch beeinflussen können). Allerdings könnten im Einzelnen Zweifel entstehen, ob es sich um vorübergehende oder dauernde Ursachen handelt. Es sei in diesem Zusammenhang nur an die vielen restriktiv wirkenden handelspolitischen Maßnahmen erinnert, die nach dem Kriege von den Gläubigermächten getroffen worden sind, um die deutsche Ausfuhr einzuschnüren. Gewisse Überschneidungen innerhalb der nachfolgenden Aufgliederung werden sich also nicht völlig vermeiden lassen; sie bezweckt in der Hauptsache, die typischen Merkmale der einzelnen Ursachen hervorzuheben.

Unter den dauernden Ursachen, die Deutschlands Rohstofflage beeinflußt haben, ist vor allem die Verringerung der Rohstoffvorräte zu nennen. Diese kommt darin zum Ausdruck, daß eine allmähliche, aber deutliche Verminderung der Ergiebigkeit der Erzeugungsquellen stattgefunden hat. Diese beeinflußt Deutschlands Rohstofflage nicht nur insoweit es sich um die eigene Rohstofferzeugung, sondern auch insoweit es sich um die Erzeugung auswärtiger Rohstoffländer handelt. Die Produktion auswärtiger überseeischer Rohstoffländer ist auch heute für Deutschland keineswegs unbedeutend, da Deutschlands Rohstoffbeschaffung nach wie vor in starkem Maße außenwirtschaftlich orientiert ist.

Wie aus nachfolgenden Zahlen über die Förderung von Kupfererzen ersichtlich wird, wurden vor allem Österreich und Mexiko von dem Sinken der Ergiebigkeit der Rohstoffproduktion betroffen.

Förderung von Kupfererzen [16])
in 1000 metrischen t

Land	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936
Mexiko	73,4	54,2	35,2	39,8	44,3	39,4	29,7
Österreich	129,6	66,0	9,0	32,7	33,2	14,3	9,2

Auf einen Rückgang in der Ergiebigkeit der Rohstoffquellen weist auch die Förderung von Kupferblei und Kupfer-Zinkerzen in den Vereinigten Staaten hin [17]):

[16]) nach Berechn. d. Stat. Reichsamts, Stat. Jahrb. f. d. Dt. Reich, 1937, intern. Übers. S. 61.

[17]) nach Berechn. d. Stat. Reichsamts, Stat. Jahrb. f. d. Dt. Reich, 1937, intern. Übers., S. 61.

	in 1000 metrischen t
1930	223,6
1931	193,5
1932	151,5
1933	114,5
1934	109,4

Während die Kupfererzförderung in USA von 1934 bis 1935 von 10 635,5 auf 17 38,2, also um rund 7000 t gestiegen ist, hat die Erzeugung dennoch lange nicht den Stand von 1930 erreicht, der 42 983,8 t betrug.

Die deutsche Waldwirtschaft befand sich ebenfalls schon, wie aus nachstehend aufgeführter Übersicht hervorgeht, nahe an dem Punkt, über den hinaus ein Rückgang der Produktionsergiebigkeit sich verstärkt fortsetzen würde.

Hoch-, Mittel- und Niederwald [18])

	Jahr	Holzertrag	Abnutzungssatz fm je ha Holzboden
	1936	8 795 625	3,96
Stiftung Schorfheide	1936	119 254	2,76
	1935	8 869 871	3,92
	1934	8 613 544	3,81
	1933	8 603 594	3,83
	1932	8 956 709	4,00
	1931	8 916 681	3,99
	1930	8 849 143	3,98
	1929	8 756 487	3,96
	1928	8 656 960	3,92
	1927	8 481 563	3,85

Beachtlich ist vor allem der gegen 1936 geringere Abnutzungssatz je ha des Jahres 1935, dem ein größerer Holzertrag als im Jahre 1936 gegenübersteht, einem Jahre, in dem der Abnutzungssatz je ha sogar größer geworden ist. Es muß daher auf eine verminderte Waldfläche geschlossen werden.

Einer derartigen Entwicklung von vornherein wirksam zu begegnen, dient vor allem das Gesetz vom 18. Januar 1934 gegen die Waldverwüstung. Wichtig ist hierbei, daß Wald, der entgegen den

[18]) „Die Wirtschaftsergebnisse der preußischen Staatsforstverwaltung", 1936 (Sonderdruck), S. 72.

Bestimmungen abgeholzt worden ist, auf Kosten des Eigentümers wieder aufzuforsten ist. Der Gedanke des verpflichtenden Eigentums tritt hier in Verbindung mit der Erhaltung einer Rohstoffreserve besonders scharf hervor. Ferner kann der Staat bei zersplittertem Waldbesitz die Gründung von Waldgenossenschaften anordnen.

Einen stärkeren Ausdruck findet die Tendenz der Verringerung der für Deutschland zur Verfügung stehenden Rohstoffe in den in den letzten Jahren fortgesetzten Industrialisierungswellen in einigen überseeischen Ländern, von denen die südamerikanischen Staaten, insbesondere Brasilien, im Vordergrunde stehen. Die Industrialisierung hat mehrere Ursachen. Sie erklärt sich in ihrer neuesten Entwicklung abgesehen von der zunehmenden Wachstumsrate der Bevölkerung wohl vor allem aus dem gestiegenen Rüstungsbedarf sowie aus den Bestrebungen fast aller Länder zur Erreichung einer wirtschaftlichen Unabhängigkeit auf den Gebieten des lebensnotwendigen Rohstoffbedarfs. Diese Bestrebungen fanden ihren Ausdruck in den handelspolitischen Abriegelungsmaßnahmen sämtlicher am Welthandel beteiligten Rohstoffveredelungsländer. Dadurch ging der Absatz der überseeischen Rohstoffländer stark zurück. Die Industrialisierung der überseeischen Rohstoffländer ist wohl vor allem durch die Weltwirtschaftskrise von 1920 gefördert worden, die sich in einem stärkeren Sinken der Preise für Rohstoffe und verhältnismäßig hohen Preisen für Fertigfabrikate äußerte. Die Industrialisierung bietet, sofern bereits die Grenzen der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte sichtbar werden, das einzige Mittel zur Herstellung eines Gleichgewichtsverhältnisses zwischen Volk und Raum, dessen Ergebnis die optimale Bevölkerungskapazität sein soll.

Bevölkerungsentwicklung in südamerik. Staaten [19])

Land	Zeitpunkt der Schätzung	Bevölkerungszahl
Brasilien	1. 9. 1920	30 635 605
Chile	27. 11. 1930	4 287 445

Land	Zeitpunkt der Schätzung	Bevölkerung i. 1000	Einwohner a/1 qkm
Brasilien	31. 12. 1936	42 395	5,0
Chile	31. 12. 1936	4 532	6,1

Die wachsende Industrialisierung in Brasilien äußert sich einmal in einem Rückgang des deutschen Anteils an der brasilianischen Gesamt-

[19]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1937.

einfuhr von 4,3 v. H. im Jahre 1935 auf 3,1 v. H. im Jahre 1936[20]), ferner aber auch in einem stärkeren Rückgang der Einfuhrmengen einiger deutscher Fertigwaren. So ist z. B. die Einfuhr Brasiliens an Ton- und Porzellanwaren von 23 581 dz im Jahre 1934 auf 9 119 dz im Jahre 1936, die Einfuhr von Glas und Glaswaren von 38 262 dz im Jahre 1935 auf 6 681 dz im Jahre 1936 gesunken[21]). Andererseits ist die Einfuhr Brasiliens an einigen feinmechanischen Erzeugnissen aus Deutschland gestiegen, was mit dem noch unvollkommenen Ausbau der Industrie in Brasilien zusammenhängt.

Der Bevölkerungsdruck hat sich in Verbindung mit der Industrialisierung besonders in Japan bemerkbar gemacht. Hier ist z. B. die Förderung von Manganerzen im Jahre 1929 (in 1000 metrischen t) von 18,0 nach anhaltendem Anstieg auf 72,0 im Jahre 1936 gestiegen. Einen ähnlichen Verlauf hat in Japan auch die Eisenerzförderung genommen[22]):

in 1000 metrischen to

1930 = 128[23])
1933 = 373
1936 = 563

Die in einigen überseeischen Staaten erfolgte Verringerung der Rohstoffvorräte in Zusammenhang mit einer stärkeren Industrialisierung kann Deutschlands Rohstofflage über einen längeren Zeitraum hinweg beeinflussen. Darum sind jene Ursachen auch in die Reihe der „dauernden" aufgenommen worden.

Die wichtigsten aber zugleich vorübergehenden Ursachen des deutschen Rohstoffmangels in den letzten Jahren bilden der Versailler Vertrag unter Voranstellung der einseitigen Meistbegünstigung zu Ungunsten Deutschlands sowie die Reparationszahlungen. Die Bedeutung der Reparationen im Hinblick auf die Gestaltung der deutschen Rohstoffwirtschaft geht klar hervor aus der Höhe der deutscherseits geleisteten, sich auf 48,2 Milliarden RM belaufenden Zahlungen. Die Erfüllung der Deutschland auferlegten Reparationen mußte zum Aufbringungs- und Transferproblem führen. Bot die erste Frage schon bedeutende Schwierigkeiten, da Deutschland nach dem Kriege ein völlig verarmtes Land war, so mußte die zweite Frage Deutschland

---

[20]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1937, S. 60, internat. Übersichten.
[21]) Monatl. Nachweise für den auswärtigen Handel Deutschlands, Ergänzungsheft I, 1934, 1935, 1936.
[22]) eigentliches Japan außer Korea und Kwantung.
[23]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1937, S. 60, internat. Übersichten.

vor eine noch schwierigere Aufgabe stellen. Das Transferproblem konnte letzten Endes einer befriedigenden Lösung nur zugeführt werden durch erhöhte Ausfuhr, die aber in den Anfangsjahren der Nachkriegszeit durch die einseitige Meistbegünstigung sowie durch die späteren handelspolitischen Abriegelungsmaßnahmen des Auslandes fast unmöglich gemacht wurde. Dadurch kam es in der Folge zu einer immer stärkeren Verschuldung Deutschlands durch Aufnahme von Auslandsanleihen. Gefördert wurde jedoch die Auslandsverschuldung Deutschlands in der Hauptsache durch das starke Angebot von Anleihen durch die Siegerstaaten sowie durch die Erfüllungspolitik der damaligen deutschen Regierungen. Ferner ist die Verschuldung wohl auch vorangetrieben worden durch einen übermäßig hohen Zins, der keinesfalls mit den Möglichkeiten der Einkommensbildung in Einklang stand, und der eine produktive Verwendung des Kredits zum großen Teil von vornherein zunichte machte. Durch die stark angestiegene auswärtige Verschuldung[24]) mußte die Handelsfreiheit Deutschlands auch auf dem Gebiete der Rohstoffwirtschaft eines Tages stark eingeengt werden mußte.

Die Lage wurde verschärft durch die Kündigung der kurzfristigen Auslandskredite, die durch den Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt ausgelöst wurde. Die Abberufung der kurzfristigen Gelder äußerte sich in einer kontinuierlichen Abnahme der Gold- und Devisenbestände, was einer unmittelbaren Minderung der Einfuhrfähigkeit und somit einer Erschwerung der Rohstoffeinfuhr gleichzusetzen ist. Diese Ereignisse, Folgen der Reparationen, veranlaßten Deutschland, zum Schutze seiner Währung die Devisenzwangswirtschaft einzuführen.

Obwohl den neuen Formen der Verrechnung von Zahlungen aus den Außenhandelsbeziehungen in einer Betrachtung über die Entwicklung der deutschen Rohstofflage eine nur sekundäre Bedeutung beizumessen ist, sollen sie dennoch als ein geschlossener Ursachenkreis betrachtet werden. Betont sei noch der vorübergehende Einfluß der Formen der Verrechnung auf die Entwicklung der deutschen Rohstofflage, der bei der gegenwärtig zunehmenden Selbstversorgung nur noch mehr in Erscheinung tritt.

Die privaten Kompensationsgeschäfte, durch die der Anfang der Verrechnung gekennzeichnet wurde, haben die deutsche Rohstoffver-

[24]) Auslandsverbindlichkeiten nach dem Stande vom Juli 1931 lt. Angabe der deutschen Delegation: 28,5—30 Mrd. RM. Untersuchungsausschuß berechnete insgesamt, also für kurz- und langfristige Kredite einen Zinsen- und Tilgungsdienst von 1600—2200 Mill. RM. Vgl. Untersuchung des Bankwesens 1933, I. Teil, 1. Bd., Berlin 1933.

sorgung insofern stark beeinträchtigt, als auf ihrer Grundlage häufig devisenschaffende Ausfuhr mit volkswirtschaftlich unzweckmäßiger Einfuhr verrechnet wurde. Die Folge war zunächst eine fühlbare Verminderung der Bardevisenbestände, was auf eine Einschränkung der Rohstoffversorgung hinauslaufen mußte, sowie eine unmittelbare Rohstoffknappheit dadurch, daß volkswirtschaftlich erwünschte Rohstoffeinfuhr wegfallen mußte. Der Bardeviseneingang hat sich infolge des zu Anfang sehr hohen und aus außenwirtschaftlichen Erwägungen wohl kaum vermeidbaren Umfangs der privaten Kompensationsgeschäfte recht ungünstig gestaltet[25]).

Gold- und Devisenbewegung bei der Notenbank[26])

in Mill. RM

1934 = + 424
1935 = + 30

Diese Entwicklung des Bardeviseneingangs, die überwiegend der Form der privaten Kompensation zuzuschreiben ist, mußte besonders schmerzlich empfunden werden angesichts der Tatsache, daß die überseeischen Länder für außerordentlich wichtigen Rohstoffbedarf (Kautschuk und Kupfer) Zahlungen in Bardevisen verlangten. Um den hieraus entstehenden Folgen einer dauernden Vergrößerung der Rohstoffknappheit aus dem Wege zu gehen, wurde erstmalig eine Einschränkung der Kompensationsgeschäfte im Herbst des Jahres 1936 vorgenommen.

Welchen Druck die Kompensationsgeschäfte auf die Entwicklung unseres Deviseneingangs ausgeübt haben, geht daraus hervor, daß sie nach Eicke[27]) in den letzten Monaten des Jahres 1935, also zu einer Zeit, in der ihre Entwicklung bereits rückläufig war, noch 15—20% des gesamten Außenhandelsgeschäfts ausmachten. — Die Kompensationsgeschäfte waren noch von einem weiteren Mißstand begleitet: es war in vielen Fällen eine Einfuhrverteuerung durch Zahlung von Kompensationsprämien unvermeidbar. Die Zahlungen von Kompensationsprämien, die auf dem Wege der Einfuhrverteuerung zu einer weiteren Schrumpfung der Rohstoffeinfuhr führten, konnten trotz eines Verbotes nicht ausgeschaltet werden. Es wurde dadurch um-

---

[25]) Stabilisierung der handelspolitischen Beziehungen auf der Grundlage einer dezentralisierten Verrechnung, wie die der privaten Kompensation.

[26]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1937, S. 536.

[27]) „Warum Außenhandel?" Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, 1936, S. 34.

gangen, daß der ausländische Exporteur in der Regel die zu liefernden Rohstoffe mit einem hohen Preisaufschlag versah. Auf diese Weise konnte dann der ausländische Exporteur dem ausländischen Importeur deutscher Waren, durch dessen Vermittlung das Geschäft zustande kam, eine Prämie zukommen lassen.

Ein weiteres Glied im System der Verrechnung bilden die staatlichen Verrechnungsabkommen, die unter den geschilderten Verhältnissen eine, wenn auch nicht mangelfreie Sicherung der Rohstoffversorgung darstellen. Vorausgeschickt war schon, daß jede Verrechnung eine Verminderung des Bardeviseneingangs zur Folge haben kann. In den meisten Fällen hat jedenfalls die Rohstoffeinfuhr unter der Verrechnung gelitten. Dies ergibt sich aus der Eigenart des Verrechnungsprinzips, deutscherseits Waren an den Plätzen einkaufen zu müssen, die gleichzeitig Absatzmärkte deutscher Erzeugnisse sind. Hierbei werden im Einkauf nicht immer die erwünschten Mengen und Qualitäten zur Verfügung stehen. Den Verrechnungsabkommen ist jedoch noch eine Summe von Erscheinungen zuzurechnen, die man unter dem Begriff des administrativen Protektionismus zusammenfassen kann und auf die eine zusätzliche Einengung der Rohstoffbeschaffungsmöglichkeit zurückzuführen ist. Es ist hierbei gedacht an das Konzessionsprinzip (nur bestimmte Warengattungen können im Wege des Verrechnungsabkommens eingeführt werden), an die Verminderung der ausländischen Aufnahmebereitschaft für deutsche Fertigwaren sowie besonders an das mit der Entstehung des neuen Verwaltungsapparates verknüpfte Formularwesen, das zu erheblichen Verzögerungen der Rohstoffbeschaffung geführt hat. Verzögerungen aber sind in ihrer Wirkung einer unmittelbaren Rohstoffknappheit gleichzusetzen, da in der Zwischenzeit der Erzeugungsapparat nicht genutzt werden kann und damit eine Aufwandssteigerung verbunden ist. Schließlich übt die Wartezeit, d. h. die Zeit von dem Empfang der Einfuhrware bis zur Gutschrift des Einfuhrgegenwertes, einen hemmenden Einfluß auf die deutsche Rohstoffbeschaffung aus.

Schließlich kommt beim Verrechnungsabkommen noch etwas hinzu, was bereits als eine Eigentümlichkeit der privaten Kompensation hervorgehoben worden ist, nämlich die unerwünschte Einfuhr, die beim Verrechnungsabkommen in Form von Einfuhrbindungen in Erscheinung tritt. Hierdurch wird ebenfalls eine Einengung der Rohstoffbeschaffungsmöglichkeit bewirkt.

Einfuhrumlagerungen infolge des „Neuen Plans" haben neben der teilweisen Notwendigkeit einer Umstellung des deutschen Erzeugungs-

apparates gleichfalls zu einer Verschlechterung der Rohstoffeinfuhr, zu einer geringeren Ergiebigkeit des Rohstoffs und demgemäß zu einer weiteren Rohstoffknappheit beigetragen.

Das Ausfuhrkontingent als eine Maßnahme ausländischer Staaten stellt ein Mittel dar, das uns aufgezwungene System der Verrechnung zu durchkreuzen, und schneidet Deutschland auf direktem Wege die Rohstoffzufuhr ab. U. a. hatten die Niederlande eine derartige Maßnahme ergriffen [29]).

Die Aussichten der Rohstoffbeschaffung wurden ferner durch die Form des Clearing-Abkommens gemindert, indem Deutschland die Ausfuhrerlöse durch Verrechnung mit Schuldbeträgen z. T. im voraus entzogen wurden.

Sehr stark ist die deutsche Rohstoffversorgung durch die Devalvationen der anderen Länder (zunächst 1931 in Großbritannien und den skandinavischen Ländern) beeinträchtigt worden. Soweit Einfuhren aus England oder seinem Kolonialreiche erfolgten, verteuerte sich die Rohstoffeinfuhr Deutschlands aus diesen Ländern (einschl. der skandinavischen Länder, die sich der Abwertung anschlossen) in Höhe des Ausmaßes der Abwertung. Wenn auch dieser Umstand erschwerend wirkte, so war es Deutschland doch noch möglich, die notwendigen Rohstoffe aus anderen Ländern zu beziehen. Als aber im Jahre 1936 die Abwertung der Währungen aller wichtigen „Goldblockländer" erfolgte, war auch diese Möglichkeit bald erschöpft. Durch die Abwertungsmaßnahmen Frankreichs, der Niederlande, Schweiz, Italiens und der Tschechoslowakei wurde der deutsche Export für diesen großen Länderkreis verteuert, und in demselben Grade mußten sich die Aussichten Deutschlands, Rohstoffe zu beschaffen, verringern. Große Verluste entstanden aber Deutschland infolge der Abwertung auch noch dadurch, daß viele Exporterlöse auf der Grundlage der bisherigen Goldvaluten verrechnet wurden; die Verluste werden auf 80—100 Mill. RM geschätzt [30]).

Schließlich haben die kriegerischen Ereignisse im fernen Osten und in Spanien die Entwicklung der deutschen Rohstofflage ungünstig beeinflußt. Das geht daraus hervor, daß u. a. die Wolleinfuhr Deutschlands aus China („Wolle und andere Tierhaare, roh und bearbeitet, Reißwolle") von RM 4 372 000.— in den Monaten Januar / Juni des Jahres 1937 auf RM 3 829 000.— in derselben Zeitspanne des Jahres 1938, die Einfuhr von Fellen und Häuten („andere Felle und Häute")

[29]) Eicke: „Warum Außenhandel?" 2. Aufl. 1936, S. 40.
[30]) Jahrbuch der nationalsozialistischen Wirtschaft 1937, S. 396.

von RM 2 228 000,— im gleichen Zeitraum des Jahres 1936 auf RM 1 999 000,— im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1938 gesunken ist. Daß die Importe Deutschlands aus Japan nicht gesunken, z. T. sogar angestiegen sind, hängt damit zusammen, daß die Kämpfe sich hauptsächlich auf chinesischem Boden abspielen. — Ebenfalls gesunken sind einige Einfuhrposten aus Spanien. Eine vorübergehend stärkere Minderung war z. B. auf dem Gebiete der Eisenerzeinfuhr aus Spanien zu beobachten. Sie fiel von RM 8 784 000,— in den Monaten Januar / Juni 1936 auf RM 599 000,— in denselben Monaten des Jahres 1937. Im Jahre 1938 stieg sie allerdings infolge der militärischen Erfolge Francos wieder auf RM 8 307 000,— [31]).

Devisenzwangswirtschaft und die Abwertungsmaßnahmen der Welthandelsländer sowie die kriegerischen Ereignisse haben also, wie im Vorhergehenden bereits auseinandergesetzt, Deutschlands Rohstoffversorgung eingeengt. Auf der anderen Seite erforderte die deutsche Arbeitsbeschaffungspolitik größere Rohstoffmengen. Da zu Beginn der Arbeitsbeschaffung noch umfangreiche Rohstoffläger vorhanden waren, so konnten sich Schwierigkeiten in der Rohstoffversorgung erst nach einigen Jahren einstellen. Zur Erfüllung der wehrwirtschaftlichen Aufgaben, durch die die weitere Vollbeschäftigung bedingt wurde, mußte versucht werden, die genannten Schwierigkeiten in der Rohstoffversorgung aus dem Wege zu räumen. Die Bemühungen um dieses Ziel finden ihren Ausdruck im Vierjahresplan, dessen Zweck vor allem der Aufbau einer eigenen, vom Auslande unabhängigen Rohstoffversorgung ist.

3. Rohstoffknappheit nach Warenarten.

Ich werde mich im folgenden der Gestaltung der Rohstoffeinfuhr zuwenden, denn die Einfuhr bietet bis jetzt, solange eine Knappheit nicht von innen her allein beseitigt werden kann, die einzige Ausgleichsmöglichkeit. Im weiteren Sinne findet im Außenhandel ein Ausgleich natürlich nur durch die Ausfuhr statt; die Einfuhr, besser Einfuhrfähigkeit, ist auf lange Sicht der Reflex des Ausfuhrergebnisses, von der nach dem Kriege auf unnatürlicher Grundlage entwickelten Einfuhr durch Kreditaufnahme abgesehen. —

---

[31]) Einfuhrziffern auf Grund von Berechnungen des Stat. Reichsamts (Zahlenangaben des Jahres 1938 im Zeitpunkt der Anfertigung jedoch noch nicht veröffentlicht).

Die allgemeinen Grundlagen der Außenhandelsstatistik liefert nicht mehr das Brüsseler Warenverzeichnis, sondern eine neue, seit Februar 1936 eingeführte Warengliederung. Während das alte auf der Brüsseler Übereinkunft beruhende Warenverzeichnis nur die Warenart als solche berücksichtigte, wird durch die neue Warengliederung der wirtschaftspolitische Zweck im Hinblick auf die Neugestaltung und Weiterentwicklung der Wirtschaft besonders berücksichtigt. Das neue Warenverzeichnis zerfällt in zwei Gruppen: Ernährungswirtschaft und gewerbliche Wirtschaft. Dabei sind folgende Untergruppierungen vorgenommen worden:

Ernährungswirtschaft	**gewerbliche Wirtschaft**	
Lebende Tiere	Rohstoffe	
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	Halbwaren	
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	Fertigwaren	Vorerzeugnisse
Genußmittel		Enderzeugnisse

Zwei große Gesichtspunkte sind es vor allem, die das Schema beherrschen: einmal der Grad der Abhängigkeit Deutschlands von ausländischer Versorgung (das Ziel der Erreichung einer maximalen Unabhängigkeit ist übrigens nicht gleichbedeutend mit minimaler Einfuhr), sodann der Gesichtspunkt, inwieweit das Ausland bereit ist, unserem Einfuhrbedürfnis Rechnung zu tragen. Bei Verwendung dieses Schemas — dies ist auch für den später darzulegenden Zusammenhang von Wichtigkeit — läßt sich die Bereitwilligkeit des Auslandes erkennen, von uns Fertigwaren (anstelle von Halbwaren) in Zahlung zu nehmen. Von dieser Bereitwilligkeit hängt die „Einfuhrfähigkeit" Deutschlands wesentlich ab. Daß das außenwirtschaftlich technische Verfahren (Bardevisenzahlung, Verrechnungs- und Zahlungsabkommen) die mengen- und gütemäßige Zusammensetzung der Rohstoffeinfuhr beeinflußt, kommt auch in der neuen Warengliederung zum Ausdruck. Das Ziel, dem diese Gliederung zugrunde gelegt ist, ist die Selbstversorgung: Eine gestiegene Eigenerzeugung würde in Form von Verschiebungen im Posten Rohstoffe auf der Einfuhrseite der Warengliederung in Erscheinung treten. Der für die Gliederung entscheidende Gesichtspunkt ist das Ziel wirtschaftlicher Unabhängigkeit, da eine Verlagerung der Dringlichkeit, die auf eine Einfuhrverschiebung zurückzuführen ist, an der genannten Warengliederung leichter als bisher abzulesen sein wird. Es wird also die erhöhte wirtschaftliche Unabhängigkeit der Volkswirtschaft zur Folge haben, daß die nunmehr eingeführten weniger lebensnotwendigen Rohstoffe ebenfalls nach dem Grade der Dringlichkeit des Bedarfs abgestuft werden.

Bis zur Erreichung eines Höchstmaßes an wirtschaftlicher Unabhängigkeit werden Verlagerungen der Dringlichkeit innerhalb der jeweils einzuführenden Güter stattfinden; dennoch braucht nicht das Dringlichkeitsprinzip auf Selbstversorgungsbestrebungen zurückzuführen sein.

Was heißt nun überhaupt Dringlichkeit und wie erklärt sich ihre Anwendung auf den deutschen Wirtschaftsbereich? Dringlichkeit ist ein Intensitätsbegriff, durch den die Mittel der Befriedigung des Bedarfs bewertet werden nach dem Erfolg, den sie bei voller Ausnutzung in der wenigst ergiebigen Verwendung erzielen. Je knapper die Mittel, bzw. je höher der Bedarf, desto höher ist die Dringlichkeit. Dringlichkeit ist der Ausdruck einer Notlage, die zu meistern eine weitgehende Rationierung des Bedarfs erfordert. Andererseits ist die Anwendung der Dringlichkeit als Rationierungsprinzip durchaus möglich und geboten auch in Zeiten, in denen kein Gütermangel zu verzeichnen ist, schon um eine Verschwendung unmöglich zu machen.

Die in den letzten Jahren praktisch verfolgte Dreiteilung und Rangordnung der Rohstoffeinfuhr (Kriegsmaterial, Ausfuhr, einheimische Versorgung) nach dem Grade der Wichtigkeit des Rohstoffbezuges rechtfertigt sich jedenfalls im Hinblick auf das „Zweckgemäße"; es kommt also darauf an, wie man über Mittel wirtschaftlich wirksam zu verfügen gedenkt. Indessen besagt dies noch nichts über den Inhalt des rationalen Verfahrens; seine Ausrichtung erhält der Dringlichkeitsbegriff durch den Willen des Wirtschafters, der über die nähere Beschaffenheit der Dringlichkeitsskala entscheidet.

a) Dringlichkeit der Rohstoffeinfuhr für Kriegsmaterial.

Die Staffelung des Bedarfs oder die Intensität der auf dem Einfuhrwege zu befriedigenden Bedürfnisse enthält neben dem ökonomischen Moment auch ein politisches, ist somit in erster Linie Ausdruck einer neuen Geisteshaltung, die aus der Weltkriegserfahrung Deutschlands geboren wurde. Der Weltkrieg, der die völlige Zerstörung der internationalen Interessenverbundenheit wie sie vor dem Kriege im Welthandel in gewissem Sinne zum Ausdruck kam, zur Folge hatte, erbrachte den Beweis der Unzuverlässigkeit des Welthandels im Hinblick auf eine sichere Rohstoffversorgung der Volkswirtschaften. Deshalb traten in dem Gefüge der meisten Volkswirtschaften nach dem Kriege Erschütterungen auf. Derartige Erschütterungen wirksam auszuschalten, hielt man in zunehmenden Maße die wirtschaftliche und politische Selbständigkeit für geeignet. Daß eine derartige Entwicklung, wie aus

der Gestaltung der handelspolitischen Richtlinien in den letzten Jahren hervorgeht, schließlich in Deutschland immer festeren Boden gewinnen mußte, wird ohne weiteres verständlich, wenn man an die fortgesetzte Einflußnahme der Alliierten auf die Entwicklung des völkischen Daseins in den Jahren nach dem Kriege denkt. Die Entwicklung wird gekennzeichnet durch das Vordringen bevölkerungspolitischer Gesichtspunkte mit dem Ziele der Volkserhaltung und Verbesserung (qualitatives Bevölkerungsideal). Die Selbständigkeit einer Volkswirtschaft als das von ihr angestrebte große Ziel bildet aber immer nur die große allgemeine Grundlage der verschiedenen Maßnahmen, die letzten Endes die Erhaltung des Volkes zum Gegenstand haben. Hieraus erklärt sich nicht nur, sondern folgt auch mit zwingender Notwendigkeit die zunehmende Verquickung militärischer und wirtschaftspolitischer Gesichtspunkte, die Einheit von Volkswirtschaft und Wehrwirtschaft.

Die im Zuge dieser Entwicklung entstandene Verquickung militärischer Gesichtspunkte mit wirtschaftspolitischen erscheint somit historisch (durch den Weltkrieg und seine Folgen) begründet. Jene Verquickung kommt. u. a. deutlich zum Ausdruck in einem Aufsatz der „Militärwissenschaftlichen Rundschau“ [32]), wo es wörtlich heißt:

> „Es stellte sich sogar heraus, daß nicht nur militärisches und außenpolitisches Handeln, sondern darüber hinaus auch Fragen der inneren und Wirtschaftspolitik ein unteilbares Ganzes bildeten. Man kann sich dies sehr leicht an dem Verlauf des Unterseebootkrieges klar machen ... Kaum etwas anderes hat in den Jahren 1915/16 die Einheitsfront im Innern so zerrissen, wie der Streit um den Unterseebootkrieg. Ja, die Juliresolution ... entsprang ja der Erkenntnis, daß der Unterseebootkrieg nicht hielt, was er versprach. Daß er das nicht tat, lag aber daran, daß man die wirtschaftspolitische Seite der Angelegenheit nicht richtig beurteilt hatte.‘

Eine nähere Bestimmung der theoretisch erwünschten gegenwärtigen Rohstoffumfanges, der innerhalb der Rohstoffeinfuhr für die Zwecke der Kriegsmaterialverwendung als dringlich zu bezeichnen ist, setzt zunächst eine Erklärung über den Begriff des Kriegsmaterial-Rohstoffs voraus. — Hat man aber erst einmal eine näher umrissene Vorstellung über den Umfang des Kriegsmaterialrohstoffs gewonnen, so wird weiterhin zu untersuchen sein, welche Abstufungen sich unter Berücksichtigung der Dringlichkeit innerhalb des Gesamtbegriffs vom Kriegsmaterial-Rohstoff im einzelnen ergeben könnten.

---

[32]) „Militärwissenschaftliche Rundschau“: „Das Problem der wehrwirtschaftlichen Führung“, 2. Jahrgang 1937, 5. Heft, S. 683, Abs. 3, Zeile 2.

Ein klares Bild ergibt sich schon, wenn man, wie erwähnt, von den Stufen der kriegswirtschaftlichen Erzeugung ausgeht. So hat eine zum tschechoslovakischen Staatsverteidigungsgesetz erlassene Durchführungsverordnung folgende Industrien für kriegswichtig erklärt[33]):

Montanindustrie,
Eisen- und Metallindustrien (einschl. der Eisen und Metall verarbeitenden Industrien),
Textil-, Leder-, Bekleidungs- und Schuhindustrien,
fast die gesamten chemischen Industrien,
Teile der Glas-, Holz-, Papier- und Lebensmittelindustrie,
sowie schließlich auch Teile des graphischen Gewerbes.

Der äußere Umfang des hier wiedergegebenen kriegswirtschaftlichen Bedarfs deutet an, daß es sich zunächst um die Erfassung der gesamten wehrwirtschaftlichen Organisation handelt. Das im vorliegenden Sinne zu verstehende terminologische Bild (im engeren Sinne) ergibt sich vielmehr, wenn man die ersten vier bis fünf Industrien ins Auge faßt. Allerdings läßt sich keineswegs feststellen, an welcher Stelle man die Trennungslinie zu ziehen hätte.

Allgemeine, wenn auch erwähnenswerte Richtlinien zur Festlegung des begrifflichen Inhalts des Ausdruckes „Kriegsrohstoff" gibt u. a. noch die „France Militaire" Nr. 15 007:

a) Material, das für die Verbände, ohne ihr Kampfverfahren zu ändern, unentbehrlich ist,
b) gepanzertes Material, das die Kampfkraft der Verbände erhöht und die Art ihrer Verwendung beeinflussen kann.

Zur ersten Gruppe wird man hauptsächlich sämtliches Material, das der Herstellung von einfachen Schußwaffen und Munition dient, rechnen müssen, während die 2. Gruppe auf die Notwendigkeit der Beschaffung von Rohstoffen zur Herstellung beispielsweise von Geschützrohren, Tanks u. a. schließen läßt. Die weiteren hier hinzugehörenden Gruppen c) und d) stützen sich dann im wesentlichen auf eine Reservehaltung der erstgenannten, für den Begriff des Kriegsrohstoffs in Frage kommenden Gruppen.

Ruprecht hat, von einer sichtlich weiten Auslegung des Begriffs vom Kriegsrohstoff ausgehend, ihn folgendermaßen definiert[34]):

„Wenn wir den Begriff des Kriegsrohstoffes festlegen wollen, dann müßten wir also sagen, daß dazu alle industriellen und landwirtschaftlichen

[33]) „Deutscher Volkswirt" (Schmitt, Justus: Kriegswichtige Industrien), 14. 8. 36, S. 2292/94.
[34]) „Militärwochenblatt", Nr. 13, 1936, S. 655, Zeile 24.

Rohstoffe gehören, die der Erhaltung der militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Wehrkraft des Volkes und dadurch dem Kriegszweck dienen."

Es wird also hier nicht lediglich an Rohstoffe zur Herstellung von Rüstungen gedacht, sondern auch an Rohstoffe, die die Ausrüstung der Soldaten sowie die im Kriegsfalle erforderliche Ausrüstung der Zivilpersonen betreffen. Durch jene Auslegung erhält der Begriff des Kriegsrohstoffes etwas Unübersichtliches. Es ist daher zweckmäßig, für den vorliegenden Abschnitt eine Korrektur der obigen Definition insofern vorzunehmen, als man unter dem Begriff des Kriegsrohstoffes zunächst nur solche Rohstoffe verstehen sollte, „die der Erhaltung der militärischen Wehrkraft dienen".

Im einzelnen dürfte es sich hierbei hauptsächlich um folgende Rohstoffe handeln:

Zur Bereitstellung und Instandhaltung fast aller Waffengattungen:

Kautschuk,
Bauxit,
Kupfer,
Blei,
Zink,
Wolfram,
Quecksilber,
Manganerze,
Eisen,
Nickel,
Zinn,
Graphit,
Chrom.

Für Munitionszwecke im besonderen:

Manganerze,
Schwefel,
Baumwolle,
Blei,
Phosphate.

Zur Bereitstellung von Bekleidungsgegenständen für das Heer:

Wolle,
Flachs,
Jute,
Seide,
Sisal,
Baumwolle,
Hanf,
Holz,
Holzmasse (Zellstoff).

Für Treibstoff- und Schmierölbedarf des Heeres:

Petroleum.

Für Ernährungszwecke in erster Linie:

Pflanzliche Öle.

Die Frage, wie nun die einzelnen, unter den Begriff des Kriegsrohstoffes fallenden Rohstoffe der Dringlichkeit der Einfuhr entsprechend abzustufen sind, führt zu der weiteren Frage, welchen Teil des Kriegsrohstoffbedarfs Deutschland im Kriegsfalle ganz oder teilweise aus eigenen Quellen decken könnte und welchen Teil Deutschland sich gezwungen sehen müßte, aus fremder Hand zu beschaffen. Diese Frage ist auf Grund der Rohstoffeinfuhrstatistik allgemein nicht schwer zu beantworten.

Eine diesem Gesichtspunkt entsprechende Gliederung der Rohstoffe findet sich übrigens auch in der amerikanischen Literatur. Man unterscheidet vor allem zwei Gruppen [35]):

1. die sogenannten „kritischen" Rohstoffe (critical rawmaterials), bei denen es fraglich erscheint, ob der Bedarf im Kriege voll gedeckt werden kann,

2. die sogenannten strategischen Rohstoffe, bei denen die vollständige Deckung aus Eigenproduktion im Kriegsfalle sicher nicht möglich ist. (strategic rawmaterials). —

Ehe ich nun die zum genannten Kriegsbedarf aufgezählten Rohstoffe den Zahlen der Einfuhrstatistik gegenüberstelle, sei vorher schon einleitend zu einem von dem Royal Institute of International Affaires [36]) aufgestellten Schema übergegangen, aus dem Deutschlands Abhängigkeit vom Auslandsbezuge der genannten Rohstoffe bereits klar hervorgeht.

1. Rohstoffe, die Deutschland nicht im vollen Umfange seines Bedarfs aus dem Auslande zu beziehen genötigt ist:
   Eisen, Zink, Magnesium, Graphit, Schwefel, Holz.

2. Rohstoffe, die Deutschland im vollen Umfange seines Bedarfs aus Auslande beziehen muß:
   Kupfer, Blei, Zinn, Bauxit, Mangan, Nickel, Wolfram, Chrom, Vanadium, Molybdän, Antimon, Quecksilber, Petroleum, Asbest, Phosphat, Platin, Gummi, Baumwolle, Wolle, Seide, Flachs, Jute, Hanf, Manila-Hanf, Sisal, pflanzliche Öle.

---

[35]) Wischneff, S.: Wirtschaftliche Kriegsvorbereitungen im Auslande, in Woina i. technika, Juli 1928 (russ.) aus „Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung", 11. Jahrg. 1936/37, Teil A, S. 334.

[36]) zitiert in „Industrielle Mobilmachung" stat. Unters., bearb. v. I. f. K. Berlin, Hamburg, 1936, Hanseatische Verlagsanstalt.

Rohstoffeinfuhr der zitierten Gruppe 1 [37]).

Millionen RM

Rohstoffe	1935 [38])	1934	1933	1932
Eisen	Roh-, Bruch-, Alt-, Abfälle, 20,1	25,4	15,9	8,4
Zink	Legierungen 14,0 (13,8)	21,8	23,0	20,8
Graphit [39])	Magnesium 30,4	35,9	17,0	29,7
Schwefel				
Holz, Bau- u. Nutzholz	150,7	134,6	70,1	69,8

Mengen in 1000 t

Rohstoffe	1935 [38])		1934 [38])	
Roheisen	98,1		92,2	
Zink (auch Altmetalle und Legierungen	76,0		107,4	
Da statistische Angaben für Magnesium, Graphit, Schwefel fehlen:				
„sonstige Rohstoffe für chem. Erzeugnisse" und	186,6		181,5	
„sonstige chem. Halbwaren"	151,0		197,7	
Bau- u. Nutzholz (Rundh.)	1719,6		1413,6	
Bau- u. Nutzholz (Schnittholz)	2844,1	1124,5	2545,7	1132,1

Mengen in 1000 t

Rohstoffe	1933 [41])	1932 [41]
„Eisen, roh, Bruch, alt, Abfälle, Legierungen"	431,7	171,6
„Zink, roh, Bruch, alt, Abfälle, Legierungen"	100,6	101,8
statistische Angaben für Magnesium, Graphit, Schwefel fehlen; deshalb nur:		
„sonstige chem. Rohstoffe und Halbzeuge"	122,8	265,2
„Bau- und Nutzholz"	1282,3	1219,1

[37]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich 1936. Die Hinzufügung des Jahres 1936 ist durch die Umstellung auf die ab 1936 geltende Warengliederung nicht möglich. Die Grundtendenz (s. a. Erzeugung von Graphit S. 22) wird jedoch die gleiche geblieben sein.

[38]) Der Übersicht halber habe ich 1936 fortfallen lassen müssen, da in diesem Jahre dieselben Rohstoffe mit Ausnahme von Zink in anderen Posten untergebracht sind.

[39]) Nicht bes. aufgef., sondern i. d. Einf. zus. gefaßt unter sonst. chem. Rohstoffe und Halbz.

[40]) Stat. Jahrbuch f. d. Deutsche Reich, 1936, S. 227 ff.

Ein erheblicher Teil des Gesamtrückgangs der Einfuhr von Magnesium, Graphit, Schwefel (s. oben) wird u. a. auf die gestiegene Eigenerzeugung von Graphit in Deutschland zurückzuführen sein:

Gewinnung von Graphitgestein und Rohgraphit [42])
in 1000 metrischen t

Jahr	Produktion
1932	20.8
1933	19.8
1934	17.5
1935	21.6
1936	24.3

Auf nachstehende Zahlen der Rohstoffeinfuhr der zitierten Gruppe2 wird unter Zugrundelegung der besonderen Dringlichkeit für Kriegsmaterial-Rohstoffe eingegangen:

Rohstoffeinfuhr der zitierten Gruppe 2 [43])
in Mill. RM

Rohstoffe	1936	1935	1934	1933
Kupfer [44])	87,7	80,7	96,8	102,2
Blei [44])	14,2	9,5	7,6	8,3
Zinn [44])	22,0	30,9	37,3	34,8
Bauxit, Kryolith	20,1	10,4	7,7	6,3
Manganerze	7,4	11,4	6,5	4,7
Nickel [45])	6,9	12,6	13,0	10,9
Nickelerze	7,4	5,8	10,4	10,3
Wolfram		nicht einzeln erfaßbar!		
Chromerze	5,4	4,1	3,7	2,4
Vanadium-, Molybdän-, Antimon-Erze [46])	37,9	28,4	18,7	12,2
Quecksilber		nicht einzeln erfaßbar!		
Petroleum (Erdöl u. Teer, roh)	24,6	21,6	15,4	12,1
Asbest		nicht einzeln erfaßbar!		
Phosphat		„	„	„
Platin		„	„	„
Kautschuk (zus. mit Guttapercha, Balata)	66,2	45,5	42,3	25,1
Baumwolle, roh u. bearb. Reißbaumwolle	257,7	329,7	260,2	307,0
Wolle u. andere Tierhaare, roh u. bearb., Reißwolle	229,4	248,1	322,6	266,2
Abfallseide, Seid. Gehäuse	5,4	4,8	4,8	5,1
Flachs, Hanf, Hartfasern u. dergl., roh u. bearb.	81,1	86,0	69,7	65,6
Pflanzl. Öle u. Fette zur Ernährung	6,1	6,9	4,6	3,6

[41]) Stat. Jahrb. für das Deutsche Reich, 1934, S. 206 ff.
[42]) Stat. Jahrb. für das Deutsche Reich, 1937, S. 147.
[43]) Stat. Jahrb. für das Deutsche Reich, 1937. (Stat. für das Jahr 1937 steht z. Zt. noch nicht zur Verfügung.)
[44]) Auch Altmetalle und Legierungen.
[45]) Auch Altmetalle und Legierungen.
[46]) Nicht einzeln erfaßbar, nur u. „Sonstige Erze und Metallaschen".

Mengen in t

Rohstoffe	1936 [47] [51]		1935 [48] [52]	1934 [48] [52]	1933 [49] [53]
Kupfer auch Altmetalle u. Legierungen	195 120	roh, Bruch, alt, Abfälle, Legierungen	216 031	228 623	207 141
Blei	68 900		54 465	48 554	48 685
Zinn	9 180		11 824	13 470	14 872
Bauxit, Kryoltih [50]	981 160		—	—	—
Manganerze	229 630		394 256	224 745	131 926
Nickel, auch Altmetalle und Legierungen	3 390		—	—	—
Nickelerze [54]	17 650		—	—	—
Wolfram [55]	—		—	—	—
Chromerze [54]	123 370		—	—	—
Vanadium, Molybdän, Antimon- (Erze) [56]	78 820		—	—	—
Quecksilber [55]	—		—	—	—
Petroleum (Erdöl, u. Teer, roh) [54]	982 760	Mengenmäßige Angaben hierüber im alten Warenverzeichnis nicht zu ermitteln, nur unter „Mineralöle“.			
Asbest [55]	—		—	—	—
Phosphat [55]	—		—	—	—
Platin [55]	—		—	—	—
Kautschuk (zus. mit Guttapercha, Balata)	82 670		73 575	72 235	60 495
Baumwolle, roh u. bearb. Reißbaumwolle	325 030	„roh, gekrempelt, gekämmt, usw., Abfälle“	397 439	399 455	473 333
Wolle u. andere Tierhaare, roh u. bearb., Reißwolle	125 410		156 284	180 143	197 852
Abfallseide, Seidengehäuse [54]	1 520		—	—	—
Flachs, Hanf, Hartfasern u. dergl., roh u. bearb.	197 830	Flachs, Hanf, Jute u. dgl. roh, gekämmt, gekr. usw., Abfälle	243 941	225 621	213 353
Pflanzl. Öle u. Fette zur Ernährung [54]	9 900		—	—	—

[47] [51]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1937, S. 250 ff.
[48] [52]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1936, S. 232 ff.
[49] [53]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1934, S. 206 ff.
[50] [54]) Im alten Warenverzeichnis mengenmäßig auch nicht annähernd zu ermitteln.
[55]) auch im neuen Warenverzeichnis nicht gesondert zu ermitteln.
[56]) nicht gesondert erfaßbar, nur unter „sonstige Erze und Metallaschen“.

Die rückläufige Tendenz in der Einfuhr der ersten Rohstoffgruppe (mit Ausnahme von Holz) sowie die überwiegend (mit Ausnahme der für die Faserstoffverarbeitung und Herstellung von Munition bestimmten Rohstoffe, z. B. Baumwolle) gestiegene Einfuhrquote der zweiten Gruppe bestätigt im wesentlichen die Abhängigkeit Deutschlands vom Bezuge dieser Rohstoffe. Der Grad der Abhängigkeit ist bei der ersten Gruppe noch geringer geworden, was auf die erhöhte Eigenversorgung zurückzuführen ist. Die Abnahme der Einfuhr von Wolle, Baumwolle, Flachs, Hanf, Jute erklärt sich aus dem verminderten Devisenvorrat und einer Einschränkung des Verbrauchs sowie z. T. noch aus dem Aufschwung der Zellwollerzeugung:

	in Mill. kg[57])			
	1933	1934	1935	1936
Deutschland	4,5	7,5	13,75	45,0

Es dürfte schwer fallen, von den in beiden Gruppen genannten Rohstoffen einen Teil der Rohstoffe abzusondern, die man als die wichtigsten für den wehrwirtschaftlichen Bedarf bestimmten Rohstoffe kennzeichnen könnte, und deren Beschaffung dementsprechend besonders dringlich wäre. Gegen eine derartige Trennung gilt vor allem der Einwand, daß Rohstoffe, die für verschiedene Waffengattungen bestimmt sind, nicht ohne weiteres von einander getrennt werden können, weil verschiedenen Waffengattungen nur schwer eine unterschiedliche Wichtigkeit beigemessen werden kann. Hinzu kommt ferner der auf den technischen Charakter der Erzeugung zurückzuführende Zusammenhang verschiedener Rohstoffe, der eine Trennung unmöglich macht, soweit sie z. B. Kuppel- und Abfallprodukte sind. Was schließlich als letzter Grund gegen eine Aussonderung bestimmter Rohstoffe sprechen würde, wäre die innerwirtschaftlich orientierte und dauernd bedingte Umlagerung der Dringlichkeit, deren Bewegung von der Elastizität der eigenen Rohstofferzeugung abhängig ist.

Es bleibt also im wesentlichen bei dem schon dargelegten Begriff des Kriegsrohstoffs, der sich somit aus der Summe der Rohstoffe beider Gruppen zusammensetzt.

Bei Befriedigung des für die Wehrwirtschaft in Betracht kommenden Rohstoffbedarfs wird sowohl auf die Wirtschaftlichkeit der Be-

---

[57]) Zeitschrift Hoppenstedt & Co., Berlin W 8, Charlottenstr. 58, v. 22. Jan. 1937.

schaffung [58]) als auch auf die Güte des zu beschaffenden Rohstoffmaterials geachtet werden müssen. Die beiden Gesichtspunkte werden jedoch nur im engsten Rahmen berücksichtigt werden können, da Deutschlands Rohstoffbeschaffung infolge des Verrechnungssystems sehr stark gebunden ist. Es wird daher in erster Linie darauf ankommen, ob die von Deutschland gewünschten Rohstoffe in dem betreffenden Verrechnungslande überhaupt vorhanden sind und ob das Verrechnungsland sich bereit erklärt, Deutschland die Rohstoffe zu liefern. Soweit bei einem höheren Preise für Rohstoffe der Wehrwirtschaft keine übermäßige, volkswirtschaftlich nicht vertretbare Belastung des übrigen Rohstoffbedarfs erfolgt, wird hier die Volkswirtschaft ein Opfer bringen müssen. Dies gilt besonders im Hinblick auf die Güte der zu beschaffenden Rohstoffe, da aus den Rohstoffen Erzeugnisse der Rüstungsindustrie verarbeitet werden, die höchsten Ansprüchen genügen müssen.

b) Dringlichkeit der Rohstoffeinfuhr für Ausfuhrzwecke.

In der aus der Dringlichkeit hervorgegangenen Dreiteilung der völkischen Rohstoffversorgung von außen nimmt die Ausfuhr scheinbar auch nur die Stellung einer einzelnen untergliederten Stufe des Rohstoffbedarfs ein, während sie in Wirklichkeit eine Schlüsselstellung besitzt und insofern weit mehr bedeutet. Eine wichtige Folgerung für die Gestaltung der Ausfuhrfunktion besteht vor allem in der Wehrhafterhaltung und in der Hebung des völkischen Lebensstandards. Nur wenn man sich dieses Bild vergegenwärtigt, kann man der Ausfuhr und ihrer Aufgabe, den völkischen Bedarf zu vermitteln, gerecht werden. Dadurch ist aber gleichzeitig der Ausfuhr jeder Selbstzweck abgesprochen.

Zum Zwecke der Erzielung eines möglichst hohen Ausfuhrertrages sind vor allem sämtliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen, die sich aus dem Absatz der deutschen Fertigwaren (Geschmacksrichtung, Preisspiegel des Absatzmarktes, Transportkosten) ergeben. Die soeben erwähnten Gegebenheiten der Marktlage, die man wohl als die wichtigsten in Betracht zu ziehenden Posten der Ausfuhrkalkulation bezeichnen könnte, können jedoch im Sinne einer rationalisierten Ausfuhr dann verwirklicht werden, wenn es gelingt, den kostenmäßigen

---

[58]) s. auch unten S. 27/28.

Aufwand der Exportproduktion mit den in Frage kommenden Faktoren der Marktlage zueinander in ein Gleichgewichtsverhältnis zu bringen. Hierbei darf (im Rahmen des aus der Bereitstellung von Exportgütern sich ergebenden Aufwandes) die Bedeutung des Faktors „Mensch" niemals vernachlässigt werden. Auf die soeben erörterten Voraussetzungen einer rationalisierten Ausfuhr einzugehen, ist hier besonders erforderlich, weil schließlich durch sinnvolle Maßnahmen zur Gestaltung des Ausfuhrerlöses die Rohstoffversorgung elastischer wird und somit auch eine Lockerung der durch die Dringlichkeit verursachten Spannung herbeigeführt wird.

Es ist nunmehr festzustellen, welche Produkte auf Grund des gegenwärtigen Bildes unserer Ausfuhr für Ausfuhrzwecke in Betracht kommen. Die nächstliegende Beantwortung der Frage kann sich folgerichtig nur aus einer Betrachtung der Staffelung oder Lagerung der Ausfuhrerlöse ergeben.

Da im Jahre 1936 von der Gesamtausfuhr 79,8%, also der überwiegende Teil, auf Fertigwaren entfiel, so ist die Fertigwarenausfuhr für eine Übersicht über die Staffelung der Ausfuhrerträge als Ausgangspunkt zu wählen. Die Tatsache der überwiegenden Fertigwaren-Ausfuhr kommt auch in der Statistik der Ausfuhr nach Werten zum Ausdruck. Da es bei der Beschaffung von Rohstoffen für Ausfuhrzwecke in erster Linie darauf ankommt, diejenigen Rohstoffe einzuführen, deren Verwendung zum größten Exporterlöse führt, so kann für die Durchführung der Einfuhr auch nur die Ausfuhrstatistik nach Werten die Richtschnur bilden. Im folgenden werden die wichtigsten Güter unserer Ausfuhr, nach dem Außenhandelsertrag gestaffelt, aufgeführt:

> Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge, sonstige Kleidung aus Seide, Kunstseide, pharmazeutische Erzeugnisse, Strick- und Wirkwaren aus Seide, Kunstseide, Werkzeugmaschinen einschließlich Walzwerksanlagen, Kautschukwaren, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrräder, Papier- und Druckmaschinen, Uhren, Messerschmiedewaren, Edelmetall, vergoldete und versilberte Waren, Glaswaren, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Papierwaren, Waren aus Kupfer, Maschinen für Spinnstoff-, Leder- und Lederwarenindustrie, Bücher, Karten, Noten, Bilder, sonstige Eisenwaren, Steinzeug, Ton, Steingut und Porzellanwaren, Holzwaren, sonstige Kleidung aus Wolle, Tierhaare, Strick- und Wirkwaren aus Wolle, Tierhaare, Dampflokomotiven, Kinderspielzeug und Christbaumschmuck.

Aus der dem Ausfuhrertrage zugrunde liegenden Reihenfolge geht schon hervor, daß sich der deutsche Rohstoffbedarf für Ausfuhrzwecke in der Hauptsache auf Spinnstoffe (Einfuhrwert 1936: 589,9 Mill. RM),

Metalle (Roheisen, Alteisen, Kupfer, Nickel, Blei, Zinn, Zink) und Erze (Eisen Kupfer, Bleierze Bauxit) konzentriert aber auch andere Rohstoffe betrifft wie Rohstoffe für chemische Erzeugnisse, besonders Holz (Bau- und Nutzholz), Holzmasse (Zellstoff), Kautschuk (an Kautschuk, Guttapercha, Balata roh wurden im Jahre 1936 für 66,2 Mill. RM eingeführt gegenüber einer Einfuhr im Jahre 1935 von nur 45,5 Mill. RM) und Harze. Damit sind wohl die nennenswertesten als mehr oder weniger dringlich zu bezeichnenden Anteilsgruppen der Rohstoffe herausgestellt, die zur Herstellung von Ausfuhrfertigwaren benötigt werden. Eine ins einzelne greifende Gegenüberstellung der Rohstoffe, die dem Enderzeugnis jeweils zuzuordnen wäre, stößt auf Schwierigkeiten der Ermittlung, da das Enderzeugnis sich oft aus Grundstoffen der verschiedensten Art zusammensetzt (z. B. elektrotechnische Erzeugnisse). Eine weitere Schwierigkeit in der Ermittlung der Rohstoffe, aus denen sich die Fertigware zusammensetzt, besteht darin, daß an der Erzeugung jedes Produkts eine Reihe verschiedener Industrien beteiligt sind. Im gewissen Umfang erübrigt sich auch die Ermittlung der für die Fertigwaren in Betracht kommenden Rohstoffe. Der überwiegende Rohstoffanteil der Ausfuhrware wird sich, wenn man von dem Rohstoffbedarf der vorwiegend für die Ausfuhr arbeitenden Industrien ausgeht, annähernd auf der Einfuhrseite feststellen lassen.

Ein wichtiger Schluß kann für die Dringlichkeit aus der Struktur der Ausfuhr schon jetzt gezogen werden, d. i. die Betonung der Ausfuhrqualität. Dementsprechend wird sich die Dringlichkeit, soweit sich dies im Gefüge der außenwirtschaftlichen Verrechnung durchführen lassen wird, auf die Beschaffung von besonders hochwertigem Rohstoffmaterial zu konzentrieren haben.

Der Dringlichkeit ist nicht nur Art und Menge des zu beschaffenden Rohstoffs, sondern auch die Wirtschaftlichkeit der Beschaffung zugrunde zu legen, die die Durchführung der schon erwähnten Gesichtspunkte maßgeblich beeinflussen kann. Der Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit des Bezuges spiegelt sich vor allem in den Regeln der Devisenbewirtschaftung wider.

Die Wirtschaftlichkeit der Beschaffung oder die günstigste Bezugsquelle ist in erster Linie eine Frage der Volkswirtschaftspolitik. Dabei darf niemals, unter Berücksichtigung des Verrechnungssystems die starke Gebundenheit der Bezugsquelle durch die Ausfuhrrichtung übersehen werden. Die Beschäftigung mit dieser Frage der Bezugsquelle ist damit gegenwärtig dem Bereich der Einzelwirtschaft entrückt. Die

Frage führt insbesondere zu einer Betrachtung des Preisspiegels; für ihre Überprüfung ist gleichfalls wichtig, ob die Beschaffung über ein Verrechnungs- oder Zahlungsabkommen, über einen Tausch oder über eine Bardevisenzahlung geleitet wird. Eine Schwierigkeit in der Ermittlung der volkswirtschaftlich günstigsten Form der Beschaffung besteht jedoch darin, daß bei höherem Aufwand an einer Bezugsquelle kalkulatorische Unterlagen für eine ersatzweise Beschaffung aus anderen Ländern meistens fehlen werden. Notgedrungen müssen aber diese Erwägungen gegenüber der bereits erwähnten vorhandenen Einfuhrbindung zurücktreten. Die günstigste Form der Beschaffung des jeweils in Frage kommenden Rohstoffmaterials wird sich daher in erster Linie nicht aus den Aufwandsfaktoren, sondern aus der Möglichkeit der Beschaffung an sich ergeben. Hiervon gibt es einige Ausnahmen, wenn im Wege der Umlagerung der Einfuhr durch die deutsche Ausfuhr neue Absatzquellen erschlossen werden, ferner wenn eine im Handelsverkehr Deutschlands mit einem anderen Lande zustande gekommene Aktivspitze überwiegend starren Auslandsbedarf verkörpert und zu einem Bardevisenerlös führt. Eine weitere Ausnahme von der gegenwärtig überwiegend gebundenen Einfuhr ist gegeben, wenn Deutschland nicht aus dem betreffenden Lande, mit dem es im Handelsverkehr eine Aktivspitze aufzuweisen hat, sondern aus dessen überseeischen Besitzungen und Dominien seine Rohstoffe bezieht. In diesem Falle liegt ein Ausgleich im weiteren Sinne vor. Gegenwärtig ist eine derartige Entwicklung im Handelsverkehr Deutschland—England (Aktivierung) einschließlich der überseeischen Besitzungen (Passivierungstendenz) vorhanden. Es darf aber dabei nicht außer Acht gelassen werden, daß für die Durchführung der meisten Einfuhrumlagerungen ein gewisses Umstellungsvermögen der Rohstoff verarbeitenden Industrien auf den neuen Rohstoff vorauszusetzen ist. Dies sind die einzigen Fälle, in denen sich durch die Umlagerung im deutschen Außenhandel ein Ausgleich zwischen der Dringlichkeit der Rohstoffbeschaffung und dem günstigsten Bezugslande herbeiführen ließe.

Man wird sich jedenfalls, um ein einigermaßen zutreffendes Bild von der Dringlichkeit der Rohstoffbeschaffung für Ausfuhrzwecke zu erhalten, damit begnügen müssen, die geforderten Voraussetzungen in der gegenwärtigen Gestaltung der deutschen Außenwirtschaft, in der Einfuhrgruppierung nach Ländern, als bereits erfüllt anzusehen.

Im folgenden daher eine Übersicht der Rohstoffeinfuhr nach Ländern unter Zugrundelegung des für den Ausfuhrzweck benötigten Rohstoffmaterials:

An der Spitze der Belieferung Deutschlands mit	1936 [59]) stehen (Einfuhrwert)	Millionen RM
Wolle und and. Tierhaare, roh und bearbeitet, Reißwolle	Asiatischer Bund mit	32,7
	Union von Südafrika	28,6
	Argentinien	24,3
Baumwolle, roh und bearbeitet, Reißbaumwolle	U.S.A.	77,8
	Brasilien	28,4
	Ägypten	32,7
Flachs, Hanf, Hartfasern u. dergl., roh und bearbeitet	Britisch-Indien	25,5
	Italien m. A.-B. [60])	13,9
	Jugoslavien	7,8
Bau- und Nutzholz	Franz. Westafrika	16,4
	Tschechoslovakei	11,0
	Polen	7,2
Kautschuk, Guttapercha, Balata	Britisch Malaya	32,0
	Niederl. Indien	16,7
	Brasilien	6,1
Eisenerze	Schweden	100,7
	Frankreich	36,3
Kupfererze	Brit. Besitzungen im Mittelmeer	2,3
	Brit. Indien	2,2
Bleierze	Jugoslavien	3,3
	übriges brit. Reich und Amerika	3,1
Bauxit, Kryolith	Ungarn	6,4
	Jugoslavien	3,3
	Niederl. Indien	3,3
Sonstige Rohstoffe für chemische Erzeugnisse	U.S.A.	5,5
	Niederl. Indien	5,0
	Italien mit A.-B. [60])	3,7

Es kommen als wichtigste Lieferländer in Frage: Schweden, U.S.A., neuerdings besonders Brasilien und die Union von Südafrika, sowie im wesentlichen einige der britischen Außenbesitzungen und der Asiatische Bund.

Aus diesen Ländern, die in der deutschen Einfuhr wertmäßig am stärksten vertreten sind, werden sonach mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Rohstoffbeschaffung für Ausfuhrzwecke vorzugsweise Rohstoffe einzuführen sein. Diesen Bezugsländern wird sich die deutsche Ausfuhr vor allem zuwenden müssen, und zwar unter Einsatz

---

[59]) Jahresstatistik 1937, enthalten im Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich 1938, war im Zeitpunkt der Fertigstellung der Diss. noch nicht veröffentlicht.
[60]) A.-B. = Außenbesitzungen.

sämtlicher Mittel, die ihr für eine Rationalisierung zur Verfügung stehen. Damit ist neben dem quantitativen auch dem qualitativen Moment in der Durchführung der Einfuhr Rechnung getragen.

Der Grad der Dringlichkeit der Beschaffung von Rohstoffen für Ausfuhrzwecke wird übrigens z. T. auch von dem Ergebnis der eigenen Rohstoffversorgung beeinflußt werden.

Wenn in diesem Abschnitt die Rohstoffbeschaffung für Ausfuhrzwecke unter dem Gesichtspunkt der Dringlichkeit etwas eingehend behandelt wurde, so deshalb, weil trotz Ausweitung unserer eigenen Erzeugung die Ausfuhr in der Sicherstellung unseres Bedarfs noch immer eine Schlüsselstellung einnimmt. Dasselbe trifft auch zu für die Erreichung des auf der Grundlage des neuen Planes angestrebten Gleichgewichtszustandes zwischen Ein- und Ausfuhr, wobei in diesem Zusammenhang, unter Beachtung des Gesichtspunktes der Einfuhr, an die Erhaltung und Förderung des Ausfuhrerlöses durch die Wahl der wirtschaftlich günstigsten Bezugsquelle der für die deutsche Ausfuhr Verwendung findenden Rohstoffe gedacht ist.

c) Dringlichkeit der Rohstoffeinfuhr für die einheimische Versorgung.

Als eine Folge der aktiven deutschen Konjunkturpolitik, die sich zunächst in einer allgemeinen Steigerung der Geldeinkommen äußerte, hat der Bedarf an Gegenständen der einheimischen Versorgung zugenommen. Da aber der einheimische Versorgungsbedarf vor allem von den kleinen und mittleren Einkommen in der Volkswirtschaft getragen wird, ist besonders die Entwicklung der Geldeinkommen von Arbeitern und Angestellten beachtlich:

Auf Grund der Statistik der Beiträge zur Invaliden- und Angestelltenversicherung betrug das Arbeitseinkommen: [61])

Jahr	der Arbeiter	der versicherungspflichtigen Angestellten	Gehälter der sonstigen Angestellten sowie der Beamten
	Mrd. RM	Mrd. RM	Mrd. RM.
1933	12,1	5,7	8,2
1934	14,6	6,3	8,3
1935	16,7	7,1	8,4
1936	18,6	8,0	8,4
1937	20,9	8,9	8,5

[61]) s. „Deutschlands Wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 1938" (Reichs-Kredit-Gesellschaft A.G., Berlin), S. 43.

So ist der Verbrauch an Bekleidung und Textilien in den ersten 8 Monaten des Jahres 1937 gegenüber derselben Periode im Jahre 1936 um wertmäßig 13,5%, die Verbrauchszunahme auf demselben Gebiet mengenmäßig und für dieselben Perioden nur um 9,5% gestiegen [62]). Auch ist der Preisindex von Bekleidungsgegenständen (Index 1928 = 100) von 62,0 im April 1933 auf 73,3 im April 1937 und auf 76,0 im April 1938 in die Höhe gegangen [63]). Daraus lassen sich auf Knappheit zurückzuführende Preissteigerungen erkennen. Die trotz verhältnismäßig rascher Ausdehnung der Erzeugung von Zellwollfasern hervorgetretene Teuerung auf diesem Gebiete erklärt sich aus der Tatsache, daß die Zellwollerzeugung in erster Linie dem großen Bedarf beim Aufbau der Wehrwirtschaft zu dienen hat. Ferner wirkte die Umstellung auf die neue Produktion kostenerhöhend. Mit Rücksicht auf die nachstehender Übersicht zu entnehmende Elastizität der Erzeugung werden jedoch Spannungen des Bedarfs auf dem genannten Gebiete weitgehend vermieden werden können, so daß sich die Dringlichkeit dieses Bedarfs auch auf der Einfuhrseite nicht allzu stark ausprägen wird.

Erzeugung von Kunstseide und Zellwolle [64]).

	in 1000 kg	Gesamtwert in 1000 RM
1933	32 801	141 553
1934	46 180	210 555
1935 [65])	62 006	248 069

Der Verbrauch an Schuhwaren ist bereits einem stärkeren Preisauftrieb unterworfen; er ist in dem für Bekleidung und Textilien genannten Zeitraum wertmäßig um 18,6% und mengemäßig um 9,9% gestiegen. Es treten hier trotz der Elastizität dieses Bedarfs Preissteigerungen ganz besonders hervor, weil neben dem wehrwirtschaftlichen Bedarf auch auf diesem Gebiet höchst geringe Substitionsmöglichkeiten vorhanden sind. Wie dringlich gerade dieser Bedarf ist, wird man ermessen können, wenn man der geschilderten Verbrauchszunahme die entsprechende Erzeugungsziffern gegenüberstellt. Dem Vergleich von Verbrauch und Erzeugung ist zu entnehmen, daß die einheimische Ver-

---

62) „Wirtschaft und Statistik", 1937, S. 845, 3. Abs.

63) s. „Deutschlands Wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 1938" (Reichs-Kredit-Gesellschaft A.G., Berlin), S. 49.

64) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1936, S. 148.

65) nur soweit veröffentlicht. Unterlagen über die Erzeugung wollener und halbwollener Bekleidungsstoffe lediglich für die Jahre 1928 und 1933 vorhanden.

sorgung hier in die Enge getrieben worden ist. Die Schuherzeugung[66]) war im Jahre 1935 gegenüber 1934 mengenmäßig um 8,9% und wertmäßig um 7,1% niedriger; im Jahre 1936 lag die Erzeugung allerdings wieder um 7% über dem Stand des Jahres 1935.

Der Entwicklung der Schuherzeugung entspricht auch die im Jahre 1936 gegenüber dem Vorjahre eingetretene Steigerung der Einfuhr von Häuten und Fellen, die die Erweiterung des einheimischen Versorgungsbedarfs in Übereinstimmung mit dem oben genannten auf diesem Gebiet zum Ausdruck bringt.

Einfuhr von Fellen und Häuten

in Millionen RM.

1936	1935	1934	1933
140,0	118,0	129,4	114,0

Die Knappheit auf dem Gebiete der Schuherzeugung war nun insbesondere darauf zurückzuführen, daß das für Schuhe in Frage kommende Lederangebot durch verminderte Lederverarbeitung geschmälert worden ist.

	1935[67])	1934
	Mill. Quadratfuß	Mill. Quadratfuß
Lederverbrauch an		
Oberleder	143,3	158,6
Futterleder	47,3	51,5
Unterleder	39,7	43,9

Die Zunahme des Verbrauchs für Hausratsgegenstände und Gegenstand des Wohnbedarfs geht aus einer Steigerung der entsprechenden Umsätze des Einzelhandels von 2,4 Milliarden RM im Jahre 1932 auf 3,6 Milliarden RM im Jahre 1936 und auf 4,4 Milliarden RM im Jahre 1937 hervor. Damit haben die Einzelhandelsumsätze auf diesem Gebiet bald wieder den Höchststand von 4,6 Millarden im Jahre 1929 erreicht[68]).

Für Gegenstände des Hausrats und des Wohnbedarfs wird man hauptsächlich Rohstoffe wie Holz und verschiedene Metalle, insbesondere das Leichtmetall Aluminium (Bauxit) benötigen. Daneben wer-

[66]) „Wirtschaft und Statistik", 1937, S. 258, aus Monatsstatistik der Fachgruppe Schuhindustrie.

[67]) „Wirtschaft und Statistik", 1937, S. 258, aus Monatsstatistik der Fachgruppe Schuhindustrie.

[68]) s. Deutschlands Wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 1938 (Reichs-Kredit-Gesellschaft A.G., Berlin), S. 46.

den noch Zellulose sowie Rohstoffe zur Herstellung von Glas, Porzellan u. a. in Frage kommen, die jedoch im allgemeinen eine geringere Rolle spielen, da ihre Beschaffung nicht in dem Maße Schwierigkeiten verursacht, wie z. B. die Rohstoffbeschaffung zur Herstellung von Faserstoffen und Lederenderzeugnissen.

Aus der Zusammenfassung der Bedarfsentwicklung für die einheimische Versorgung werden jedenfalls die Umrisse dieses Bedarfs erkennbar, so daß sich aus einer Zusammenfassung dieses Rohstoffbedarfs auch eine Abstufung des Bedarfs ermöglichen läßt. Mithin würde sich die Dringlichkeit der Rohstoffbeschaffung für die Zwecke der einheimischen Versorgung zunächst auf die Einfuhr von Fellen und Häuten (Rohstoffe zur Lederverarbeitung) und ferner auf die Einfuhr von Wolle und anderen Tierhaaren, Baumwolle, Flachs, Hanf, Jute, Holz (Bau- und Nutzholz), Bauxit, Kupfer, Kautschuk und vielleicht auch Eisenerz zu konzentrieren haben.

Eine klare Absonderung der als dringlich zu bezeichnenden Rohstoffe für die Zwecke der einheimischen Versorgung aus dem gegenwärtigen zahlenmäßigen Bild der Einfuhrseite scheint uns in unserem Zusammenhang zu wenig aufschlußreich zu sein, da insbesondere auf diesem Gebiet die Überschneidung der in Frage kommenden Rohstoffeinfuhrziffern mit den anderen Bedarfsgruppen (Kriegsmaterial, Ausfuhr) sehr groß sind. Deshalb verzichten wir an dieser Stelle auf eine nähere Untersuchung der Einfuhrentwicklung.

II. Die Schädlichen Auswirkungen des Rohstoffmangels.

1. Die Gefährdung der Vollbeschäftigung.

Es ist das Ziel der gegenwärtigen deutschen Wirtschaftspolitik, eine Vollbeschäftigung der Volkswirtschaft herbeizuführen. Diese Vollbeschäftigung der Volkswirtschaft ist in der kapitalistischen Wirtschaft nicht zu allen Zeiten erzielt worden. Es gab ein stetes Auf und Ab von Aufschwung, Krise und Stockung, von dem allerdings nicht nur negative Wirkungen ausgegangen sind, sondern dem letzten Endes die ungeheuer schnelle wirtschaftliche Entwicklung im Zeitalter des Kapitalismus zuzuschreiben ist. Nach Anschauung der Konjunkturtheorie der damaligen Zeit war es im Aufschwung das „Zuckerbrot des Gewinns", in Krise und Stockung aber „die Peitsche der Not", die jeden Einzelnen zur Anspannung aller Kräfte veranlaßten [1]).

Die Ausschläge im Hochschwung und in der Krise sind aber in den letzten Jahrzehnten stärker und stärker geworden und verursachten eine so große Not der schaffenden Bevölkerung, daß sich mehr und mehr das Streben zur Beseitigung der für die kapitalistische Wirtschaft angeblich arteigenen Wechsellagen durchsetzte. Das bedeutet nicht, daß man heutzutage in der deutschen Wirtschaft nicht mehr mit wirtschaftlichen Wechsellagen zu rechnen hätte, denn es besteht nach wie vor eine wirtschaftliche Verknüpfung mit dem Auslande, die zu Störungen der vollbeschäftigten nationalen Wirtschaft führen kann. Auch aus der Binnenwirtschaft heraus könnten Zusammenbrüche von Unternehmungen vorübergehend entstehen, sofern der Volkswirtschaft die drei Produktionsfaktoren nicht mehr in dem erforderlichen Umfang zur Verfügung gestellt werden.

Das weist auf das hier zur Erörterung stehende Problem hin: die Rohstoffknappheit. Durch den Nationalsozialismus ist binnen

[1]) vergl. Spiethoff, Artikel „Krisen" im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 6. Band, 4. Aufl., Jena 1925, S. 8 ff.

weniger Jahre eine Vollbeschäftigung der Wirtschaft erzielt worden, der lediglich vielleicht nur von einer Seite eine ernste Gefahr droht, nämlich von der der Rohstoffe. Schwierigkeiten können durch einen Rohstoffmangel deshalb entstehen, da dieser nicht innerhalb der notwendigen kurzen Zeit beseitigt werden kann. Es können allerdings durch verstärkte Anstrengungen der Binnenwirtschaft die Wirkungen eines Rohstoffmangels abgeschwächt werden. Wenn wir die Auswirkungen der Rohstoffknappheit auf Erzeugung, Handel und Verkehr im einzelnen betrachten, dann werden wir feststellen müssen, daß die Auswirkungen, je nach dem, welchen Intensitätsgrad die Wirtschaft besitzt, unterschiedlich sein werden.

Die Wirkungen werden überdies verschiedene sein, je nach dem Grad der Dringlichkeit des Rohstoffbedarfs der Erzeugung und je nach der Zahl der an der jeweiligen Produktion beteiligten Betriebe, sowie ferner je nachdem, ob Kapital, maschinelle Arbeit oder menschliche Arbeit überwiegen. Im ersteren Falle ist die Erzeugung besonders unelastisch, und bei einem anhaltenden Rohstoffmangel wird schließlich keine andere Ausweichmöglichkeit als die der Stilllegung übrig bleiben. Unter Umständen gebietet der Gesichtspunkt der „Rentabilität", daß die Kapitalsanlage zu verschrotten ist. Um aber derartigen, das Realeinkommen beeinträchtigenden Wirkungen zu begegnen, müßten zuvor sämtliche Möglichkeiten der Abhilfe wie z. B. die der Rohstoffsubstitution oder der Überleitung des an einem Orte brachliegenden Kapitals in wirtschaftlichere Stufen der Erzeugung erwogen werden. Dabei steigen die Schwierigkeiten naturgemäß mit dem Grade der Industrialisierung. Einem Agrarstaat bleiben derartige Probleme mehr oder weniger erspart [2]).

Die aus einer Einschränkung der Erzeugung folgende Erscheinung ist die vorübergehende Abnahme des Beschäftigunggrades. Allerdings würde sich der Beschäftigungsgrad wohl nicht in allen Zweigen der Erzeugung gleichmäßig verringern; so würde bei einer überwiegend für den elastischen Bedarf bestimmten Erzeugung die Verknappung der Rohstoffe zu einer stärkeren Minderung der Beschäftigung führen als bei einer Erzeugung, deren Absatz nur in geringerem Umfang von elastischer Nachfrage aufgenommen wird. Die Abnahme der Beschäftigungsziffer wird dann beschleunigt durch das Mißverhältnis zwischen den fixen Kosten für die hohen Investitionen und die sich verringernden Erlöse. Stark verminderter

---

[2]) „Volksspiegel", Wendt: Völkische Bedarfsdeckungswirtschaft, Heft I, 3. Jahrgang, S. 13, der das vorwiegend agrarische Württemberg als Beispiel bringt.

Lohn werden die Folge der Entwicklung sein, immer vorausgesetzt, daß es keine öffentliche Arbeitsbeschaffung gibt [3]). Aber selbst einer öffentlichen Arbeitsbeschaffung sind bei denkbar größtem Einsatz im Falle des Rohstoffmangels konkrete Grenzen gezogen.

Auch ein nur vorübergehender Rohstoffmangel kann die Beschäftigung in der Produktion sichtbar beeinflussen. Einen vorübergehenden Rohstoffmangel hatte u. a.,besonders in den Jahren 1935 bis 1936, die Textilindustrie zu verzeichnen, was neben einer verringerten Woll- und Baumwolleinfuhr in diesen Jahren auf einen erhöhten Bedarf der Wehrwirtschaft sowie auf die Anlaufszeit zurückzuführen ist, die die Erzeugung für fabrikatorische Umstellungen benötigte. Diese Umstellungen wurden bedingt durch eine veränderte qualitative Rohstoffeinfuhr, die aus den Umlagerungen der Einfuhr infolge des Verrechnungsverkehrs hervorgegangen ist.

In diesem Zusammenhang dürfen auch die technischen Umstellungen der Spinnstoffindustrie auf die in zunehmendem Umfange erforderlich werdende Erzeugung von Zellwolle nicht unerwähnt bleiben.

Im folgenden eine Übersicht, die den Einfluß des Rohstoffmangels auf die Beschäftigung in der Textilindustrie zum Ausdruck bringt:

Beschäftigung in der Textilindustrie [4])

Beschäftigte Arbeiter 1936 = 100.

Jahr	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
1935	101,0	100,7	100,6	101,3	101,4	100,9	100,7
1936	96,4	97,0	97,8	99,4	100,2	100,3	100,5

Daß der Rückgang der Beschäftigung in der Textilindustrie nicht etwa auf eine Mechanisierung, sondern tatsächlich auf den Mangel an Rohstoffen zurückzuführen ist, geht z. B. aus dem Verbrauch an Rohbaumwolle in den Baumwollspinnereien hervor, der von ca. 334 000 000 kg im Jahre 1933 auf ca. 293 000 000 kg im Jahre 1935 zurückgegangen ist [5]).

Die bisher verfolgten von der Rohstoffknappheit hinterlassenen Einflüsse in der Sphäre der Erzeugung sind bei weitem nicht die einzigen oder brauchen es vielmehr nicht zu sein.

---

[3]) im Rahmen einer öffentlichen Arbeitsbeschaffung könnte u. a. eine Kontingentierung des Rohstoffs durchgeführt werden.

[4]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1937, S. 341.

[5]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1937, S. 157.

Droht infolge Rohstoffknappheit eine starke Verringerung des Erlöses, so kann der Unternehmer u. a. darauf reagieren durch Stillegung oder Veräußerung eines Teils seines Kapitals, durch Anwendung erhöhter Abschreibungssätze und erhöhte Fusionsbereitschaft zum Schutze des investirten Kapitals. — Es ist wohl anzunehmen, daß der umsichtige Unternehmer versuchen wird, eine Verringerung des Erlöses durch Rationalisierungsmaßnahmen im Sinne einer Steigerung der Produktionsergiebigkeit des Rohstoffs zu verhindern. Aber schließlich sind derartigen Bemühungen auch bei größter Energie und Erfindungsgabe des Unternehmers Grenzen gesetzt. An diesen Grenzen angelangt, wird schließlich die Unternehmerinitiative erschlaffen und auch die Produktionsergiebigkeit des einzelnen Arbeiters sehr stark sinken, was man häufig während des Weltkrieges feststellen konnte. Weiterhin werden die Lagerbestände aufgebraucht, und die für die Gesamtentwicklung sich ergebende Folge ist die, daß Kapazitätsreserven und Läger, die wichtigsten Voraussetzungen und Regulatoren eines Konjunkturanstiegs, verloren gehen.

Die Rohstoffknappheit, die zu stark verminderten Einkommen der Unternehmungen führt, wird sich auch in einer eingeschränkten Rückzahlung von Krediten (kurz- und mittelfristigen) auswirken. Dies wiederum wird einen teilweisen Rückgang der langfristigen Kredite [6]) sowie eine stärkere Tendenz zu einer Erweiterung des Angebots an kurzfristigen Krediten zur Folge haben. Der Übergang der Kredite von der langfristigen in die kurzfristige Form bringt den Willen des Kreditgebers zum Ausdruck, zu jeder Zeit über seine Anlage verfügen zu können. Im Gegensatz zur kurzfristigen wird man auf Grund der langfristigen Anlage dann eine Risikoprämie erzielen. Diese Entwicklung könnte die Unternehmer zu einer verstärkten Eigenfinanzierung veranlassen. Dadurch wäre zunehmend die Gefahr der Kapitalfehlleitung gegeben, und die Grundlagen der Erzeugung würden wiederum entscheidend beeinflußt werden. Das durch den Rückgang von Absatz, Einnahmen und Kreditversorgung als eine Folge des Rohstoffmangels erwachte Mißtrauen der Unternehmer wird rückwirkend also ebenfalls die Grundlagen der Volkswirtschaft entsprechend beeinflussen. Die an sich vorhandene Tendenz zur Zurückhaltung der Kredite wird mit Wahrscheinlichkeit, auch im Falle einer günstigeren Rohstoffbeschaffung, fortdauern. Über den Zeitpunkt des eigentlichen Rohstoffmangels hinaus könn-

[6]) u. U. Hortung, auf einen Teil der Kreditversorgung begrenzt.

ten somit der Volkswirtschaft weitere Schäden zugefügt und der Beschäftigungsgrad beeinflußt werden.

Wenn infolge des Rohstoffmangels ein Rückgang des Beschäftigungsgrades der Industrie stattfindet, die Erträge unter dem Einfluß der Preisgestaltung und der hohen fixen Kosten der Produktion abnehmen, so können davon ebenso sehr die Verbindungsglieder von Produktion und Konsumtion, Handel und Verkehr betroffen werden. Eine auf Rohstoffmangel zurückzuführende Beeinträchtigung des Handels wäre übrigens unbedingt gegeben, wenn in ihrem Gefolge Preisstopmaßnahmen ergriffen werden.

Die Funktionen des Handels können auch vom Produzenten durch Errichtung eigener Handelsniederlassungen wahrgenommen werden. Es liegt nahe, daß im Stadium eines beginnenden, aber schon fühlbaren Rohstoffmangels die Handelsfunktionen durch den Produzenten besser wahrgenommen werden, weil dieser ein begründetes Interesse daran haben wird, seine Erzeugnisse möglichst bis zum letzten Stück abzusetzen (Aufkäufe würden bei der verminderten Ertragslage der Unternehmung, die wiederum von den hohen fixen Kosten der Erzeugung beeinflußt wird, die Aufwandsfaktoren durch Lagerkosten nur steigern; außerdem sind Aufkäufe stets spekulativ und stünden im Widerspruch zur Politik, den Betrieb möglichst zur Kostendegression zu bringen).

Trotz eines allgemeinen Rohstoffmangels braucht dieser Mangel sich nun nicht an allen Plätzen der Volkswirtschaft gleichmäßig zu äußern. Aus einer ungleichen Verteilung des Rohstoffs in der Volkswirtschaft, kann auf eine mehr oder weniger starke Benachteiligung des Konsumenten geschlossen werden. Naturgemäß ist mit einer ungleichartigen Verteilung des Rohstoffes auch ein verschiedenartiger Verlauf des Beschäftigungsgrades in den einzelnen Teilen der Volkswirtschaft verbunden. Ein unterschiedlicher Rohstoffmangel innerhalb der Volkswirtschaft könnte auch Verlagerungen innerhalb der Absatzorganisation zur Folge haben. Verschiebungen innerhalb der Absatzorganisation würden sich aber zweifellos nachteilig auf Produktion, Handel und Konsumtion auswirken.

Von den Folgen des Rohstoffmangels bliebe auch das Verkehrswesen nicht verschont. Da die Vorräte des Handels in den einzelnen Gebieten verschieden groß sein werden, so wird das Verkehrswesen von dem Schrumpfungsprozeß in verschieden starkem Grade erfaßt werden. Diese Vorgänge innerhalb des Verkehrswesens würden auch zu einer Einschränkung der Absatzmöglichkeiten beitragen.

Der Rohstoffbedarf von Erzeugung, Handel und Konsumtion kann qualitativ durch einen Rohstoffmangel weiterhin dadurch beeinflußt werden, daß diejenigen Warengattungen ein und desselben Rohstoffs aus der Erzeugung ausgeschieden werden, die einer aus dem Rohstoffmangel hervorgegangenen Notwendigkeit betrieblicher Rationalisierung hinderlich gegenüberstehen würden. Dadurch würden Erzeugnisse aus denjenigen Rohstoffen betroffen werden, deren Nachfrage elastischer ist.

Die Ausscheidung einzelner Warengattungen ist aber auch dadurch denkbar, daß bei zunehmender Rohstoffnot eine Veränderung in der Bedarfsskala des Verbrauchers durch eine Verlagerung der Dringlichkeit innerhalb verschiedener Bedürfnisse eintritt (Verlagerung der Dringlichkeit in Richtung der knapp vorhandenen, in höherem Grade unelastische Nachfrage verkörpernden Rohstoffe zu Ungunsten von Rohstoffen überwiegend elastischen Nachfrage-Charakters, da letztere leichter entbehrlich erscheinen). Hier werden schon klar die Risse im Netz der Kundenbeziehungen Produzent — Händler — Konsument erkennbar. Nicht nur, daß Verlagerungen der Absatzrichtung und Absatzform oder Organisation innerhalb der beiden Faktoren Produzent — Konsument stattfinden, können nun noch Verlagerungen innerhalb der Zusammensetzung des Absatzvolumens hinzutreten.

Da unter dem Eindruck der Rohstoffnot Schrumpfungen im Verkehrswesen nicht ausbleiben, würde dadurch wiederum die Anlaufszeit, die der Handel bei seiner Wiedereingliederung im Falle einer Erhöhung der Rohstoffvorräte zur Verteilung benötigen würde, verlängert werden.

Die der Absatzsphäre zugefügten Schäden, die nicht nur einen augenblicklichen, sondern auch einen anhaltenden Kundenverlust zur Folge haben können, werden neben der vorher dargelegten Entwicklung innerhalb des Verkehrswesens auch auf das Umstellungsvermögen des Konsumenten zurückzuführen sein. Dies ist der Fall, wenn der Erzeuger beispielsweise früher vorwiegend agrarische in der Provinz gelegene Gebiete beliefert hat, deren Verbraucher sich bei abnehmender Belieferung auf Eigenversorgung umstellen. Zum Beispiel kann eine verringerte Spinnstoffbelieferung zur Erhöhung des eigenen Flachsanbaus als Mittel der Versorgung innerhalb der Einzelwirtschaft führen.

2. Die Gefahr der Einkommensverringerung und Einkommensverschiebung.

Im nationalsozialistischen Deutschland ist die sozialpolitische Seite des Wirtschaftslebens immer besonders herausgestellt worden. Die Wirtschaft ist keine Einrichtung, die dem Gewinnstreben der Unternehmer dient, sondern sie hat, der staatlichen Führung untergeordnet, der Gemeinschaft zu dienen. Das rechtfertigt eine besondere Erörterung der Auswirkungen, die die Rohstoffknappheit auf die Realeinkommen hat oder haben kann.

Auf Grund unterschiedlicher Arbeitsleistung und des der Arbeit zu vergütenden Äquivalents (der Reallohn) sind innerhalb des völkischen Lebensstandards auch entsprechende Abstufungen vorauszusetzen, denen die Sozialpolitik gerecht werden muß.

Rohstoffknappheit führt, falls keine staatliche Bewirtschaftung Platz greift, zur Preissteigerung. Die Preissteigerung wird ausgelöst durch die normale Nachfrage, der ein geringeres Angebot in der Erzeugung gegenübersteht. Daraus ergibt sich eine mittelbar von der Seite des Rohstoffangebots her verursachte Inflation, die auf ein Mißverhältnis von Güterangebot und Zahlungsmitteln zurückzuführen ist. Wenn auch durch eine Bewirtschaftung der Rohstoffe mittels der Kontigentierung Preissteigerungen verhindert werden können, indem jedem Einkommensbezieher ein verhältnismäßig gleicher Anteil am Sozialprodukt zugewiesen wird, so kann man dadurch dennoch nicht den Tatbestand der Knappheit hinwegräumen. Jede Rohstoffknappheit würde zunächst eine Minderung des Realeinkommens zur Folge haben. Durch eine Bewirtschaftung der Rohstoffe wird zumeist eine gerechtere soziale Lösung erzielt; denn ein mehr oder minder großer Teil des Sozialprodukts wird bei der Verteilung der erhöhten Aufnahmebereitschaft der Bezieher größerer Einkommen genommen. Den Verkäufern wird, da die Preise irgendwie festgesetzt werden müssen, die Abschöpfung der Konsumentenrente unmöglich gemacht. Daraus ergibt sich zugleich, daß Bezieher größerer Einkommen nicht mehr in der Lage sein werden, ihr Einkommen in der bisherigen Weise zu konsumtiven Zwecken zu verwenden. Es ist dann eine Frage der Finanzpolitik, ob das restliche Einkommen der privaten Kapitalbildung dienen kann oder einer fiskalischen Verwendung zugeführt wird. Wenn jedoch innerhalb der breiten Volksschichten der Sparwille oder Spartrieb erhalten bleiben soll, so wird diesen Schichten unter allen Umständen

ein entsprechender Anteil am Nationalprodukt gesichert werden müssen; insofern erscheint also eine Kontingentierung, die diesen Gesichtspunkt berücksichtigt, sozialpolitisch (im Interesse der Erhaltung der Volksgemeinschaft) und volkswirtschaftlich gerechtfertigt. Jedenfalls würden Maßnahmen zur Erhaltung der Sparkraft dazu beitragen können, eine vom Staate zur Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen angestrebte Kapitallenkung und Verwendung zu unterstützen. Neben einer Festigung des Vertrauens in die Staatsführung, als einen wichtigen sozialpolitischen Grund, würde aber auch die mittelständische Kreditgewährung durch die Erhaltung der Sparkraft gesichert werden können.

Aus Rohstoffknappheit hervorgegangene Preisteigerungen, die nur einem kleinen Teil von Kaufkraftinhabern (Unternehmern) zugute kommen würden, würden gerade diesen Spartrieb verletzen; denn sie haben die Wirkung, daß die in den Sparmitteln ursprünglich enthaltene Kaufkraft zusammenschmilzt. Eine Verhinderung von Preissteigerungen als Folge einer Bewirtschaftung würde nun zwar in dieser Hinsicht bewirken, daß nominell die Kaufkraft der gesparten Einkommensteile erhalten bleibt, nicht aber im realen Sinne, da die Einkommensverwendung durch die Kontingentierung begrenzt ist. Im ersten wie im letzten Falle ist Zwangsparen die Folge, nur daß wiederum das Zwangsparen nicht nur zu einer Angelegenheit der breiten Schichten des Volkes, sondern auch zu einer Angelegenheit der Schichten mit größerem Einkommen gemacht wird. Zwangsparen würde ebenso wie Preissteigerungen und damit zusammenhängende Verminderungen des Realeinkommens bewirken, daß das Existenzminimum weiter nach unten verlegt wird. Eine derartige Beschränkung der völkischen Lebenshaltung würde aber, von gewissen Notständen (Kriegsfall) abgesehen, den völkischen Zielen widersprechen, da insbesondere die unteren und mittleren Einkommensschichten von dem Absinken des Realeinkommens am meisten betroffen würden.

Außerdem würde eine Preissteigerung die Festbesoldeten gegenüber den anderen Einkommensbeziehern ungerechtfertigt benachteiligen. Das ist insofern erwähnenswert, als wieder ein Nachlassen des Spartriebs erfolgen würde; auch wäre es immerhin denkbar, daß ein einkommensmäßig orientierter sozialer Gegensatz zwischen Festbesoldeten und den in den übrigen Bereichen der Volkswirtschaft arbeitenden Menschen entsteht. Es ist ferner beachtlich, daß ein sehr hoher Bruchteil des Volkseinkommens „Renten und Pensionen",

der im Jahre 1936 7,3 Mrd. RM betragen hat [7]), von einer Preissteigerung ebenfalls empfindlich berührt würde; der Bedeutung dieses sozialpolitischen Umstandes wird man sich klar, wenn man die Einzelposten erfaßt, die sich hinter dieser Gesamtsumme befinden. Es sind neben Beamtenpensionen insbesondere Altenteilbezüge, Renten und sonstige Barleistungen der Sozialversicherung, Kriegsrenten, Arbeitslosen- und Wohlfahrtunterstützungen.

An sich wären aber unter dem Aspekt der Rohstoffknappheit die auftretenden sozialpolitischen Folgen noch nicht vollkommen klargestellt, wenn man nicht die Folgen einer, wenn auch wahrscheinlich nur vorübergehenden, Abnahme der Beschäftigungsziffer berücksichtigen würde.

Die vorstehenden Erörterungen sollen die theoretischen Wege zeigen, die eine Volkswirtschaft unter dem Eindruck der Rohstoffknappheit in ihrem sozialen Bereich einschlagen kann. Es ist offenbar, daß eine Wirtschaft, in die einzugreifen der Staat sich hütet, erheblichen sozialen Spannungen ausgesetzt sein wird, während die gelenkte Wirtschaft sehr wohl in der Lage ist, die ebenfalls zu befürchtenden Spannungen durch geeignete Maßnahmen zu mildern. Praktische Beispiele hierzu liefert die Wirtschaft und Sozialpolitik Deutschlands in größerer Zahl, und es darf deshalb auf die weiter unten folgenden Ausführungen zur Behebung der Rohstoffnot verwiesen werden [8]).

3. Mißverhältnis zwischen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben.

Das Steueraufkommen findet seine Grenze an der Ertragsfähigkeit der Volkswirtschaft. Durch die Rohstoffknappheit werden die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital zunächst teilweise und bei völligem Ausfalle des Rohstoffs ganz lahm gelegt. Bei teilweisem Ausfall der Rohstoffe würde in der freien Wirtschaft das Einkommen des Unternehmers eine vorübergehende Rentenstellung gegenüber den in abhängiger Arbeit gewonnenen Einkommen einnehmen, und zwar infolge der (im Abschnitt II, 1 a) bereits dargelegten, aus zunehmender Rohstoffknappheit hervorgegangenen Preisaufstiegstendenz. Hier würde also die Besteuerung einzusetzen haben, um

[7]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1937, S. 535.
[8]) vergl. Abschnitt IV, Deutschlands tatsächliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Rohstoffmangels.

einen etwaigen späteren Einnahmeausfall infolge der Rohstoffknappheit wenigstens zu einem Teil wettmachen zu können. Dies gilt umsomehr, als eine derartige steuerliche Reservenbildung nicht nur der Herstellung eines im Haushalt begründeten steuerlichen Gleichgewichts zu dienen braucht, sondern auch in Verbindung mit einem nationalen Rohstoffvorrat u. U. von der Konjunkturpolitik (Finanzierung der Arbeitsbeschaffung) in Anspruch genommen werden kann. Die Erwägung, das Einkommen des Unternehmers in höherem Umfang als bisher zu besteuern, ergibt sich aus einem Mißverhältnis in der Verteilung des Einkommens zwischen Unternehmer und Arbeiter; gleichzeitig wird die Besteuerung inflatorischer Tendenzen auszuschalten haben, die von dem erhöhten Einkommen des Unternehmers ausgehen können.

Ist nun der Rohstoffvorrat, von dem die Erzeugung abhängig ist, derart zusammengeschmolzen, daß auch eine, den Rückgang des Erzeugungsvolumens kompensierende Preisbildung (im Falle der Marktherrschaft) das Unternehmereinkommen nicht und erst recht nicht das Einkommen des Arbeiters wesentlich beeinflußt, so folgt daraus angesichts des in hohem Maße angestauten und lediglich für bestimmte Verwendungszwecke vorgesehenen Kapitals ein relativ hoher Aufwand der noch verbliebenen Erzeugung. Daraus ergibt sich ebenfalls ein Zwang zur Einschränkung der Beschäftigung. Die im allgemeinen sinkenden Einkommen beschänken sich, wie schon festgestellt, nicht auf den Kreis der Erzeugung, sondern greifen auch in die Sphäre der Güterverteilung über.

Soweit durch den Rohstoffmangel Aufbau und Zusammensetzung der Produktion beinträchtigt werden, würde dadurch das mit dem Einkommen aus Kapitalbesitz verknüpfte Steueraufkommen betroffen werden; soweit sich aber, ebenfalls als eine Folge des Rohstoffmangels, kurzfristige Schwankungen des Beschäftigungsgrades bemerkbar machen, würden dadurch alle diejenigen Steuern berührt werden, die vom Produktionsumfang und von den Erträgen abhängig sind.

Als eine negative Beeinflussung des Steueraufkommens durch eine Veränderung der Kapitalsubstanz erscheint der Vorgang der Dekapitalisierung, der Kapitalabwanderung und der Wertminderung, letztere bewirkt durch die auf einer deflatorischen Entwicklung beruhenden Rohstoffkrise, die die Verschiebung des gesamten Wertgefüges zur Folge hätte. Dadurch würde das der Vermögenssteuer unterworfene fundierte Einkommen aus unbeweglichen und

beweglichen Vermögen betroffen werden. Hauptsächlich würde aber infolge der in einer Rohstoffkrise stattfindenden grundlegenden Veränderungen, also infolge des Wertminderungsprozesses, das Aufkommen der Vermögenssteuer aus unbeweglichem Vermögen gemindert werden.

Ferner würden von dem allgemeinen Schrumpfungsprozeß innerhalb der Erzeugung und des Absatzes vor allem die Steuern vom Einkommen, die Einkommen-, Körperschaftssteuer sowie die an Einkommenstufen geknüpfte Bürgersteuer erfaßt werden. Das besonders rasche Sinken des Aufkommens aus der Einkommensteuer zu Zeiten einer allgemeinen Ertragsminderung hängt einmal mit dem progressiven Charakter dieses Steuertarifs sowie weiterhin mit dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit der Besteuerung zusammen, durch den die individuelle Einkommenslage stärker berücksichtigt wird.

Infolge der Rohstoffknappheit würden ebenfalls die Einnahmen aus der Umsatzsteuer stark sinken; die Umsatzsteuer ist wohl diejenige Steuer, die nach der Einkommensteuer am unmittelbarsten dem Einfluß der Rohstoffknappheit unterliegt. Als Folge einer Verringerung der Umsätze von Industrie, Handel und Verkehr in einer gelenkten Wirtschaft, die unter dem Eindruck der Rohstoffknappheit die Preise für Fabrikate auch bei höheren Rohstoffpreisen festhält, ist überdies anzunehmen, daß die Zahl der in einer Verkaufskette befindlichen Zwischenhändler auf Grund der Verringerung der Handelsspanne mehr und mehr abnimmt. Damit steht natürlich im engen Zusammenhang der Rückgang der Verkehrsleistung und ebenfalls der Rückgang der Umsatzsteuereinnahmen.

Zuletzt seien noch die Verbrauchssteuern erwähnt, die ebenfalls von der Wirtschaftsschrumpfung berührt werden. Je nach dem, auf welche Produkte Verbrauchsteuern gelegt sind, werden auf Grund des Konsumrückgangs oder unmittelbar infolge des Rohstoffmangels diese Einnahmen verringert werden. Das Steuersystem ist hier von ausschlaggebender Bedeutung. Von ihm hängt es ab, ob auch zu Zeiten eines Rohstoffmangels das Verbrauchsteueraufkommen einigermaßen erhalten bleibt. Es ist sogar unter dem Eindruck des mit einer Rohstoffkrise verbundenen Einnahmenrückgangs sehr wohl denkbar, daß gewisse Verbrauchsteuern, denen ein äußerst starrer und dringlicher Bedarf zugrunde liegt, eine Erhöhung ihrer Eingänge zu verzeichnen haben.

Ist ein Land auf die Einfuhr angewiesen und hängen die Ursachen des Rohstoffmangels mit einer Verringerung dieser Importe zusam-

men, so würden ganz besonders auch die Zolleinnahmen in Mitleidenschaft gezogen werden.

Eine Verringerung der Zolleinnahmen ergab sich während der Jahre 1935/36 aus der wertmäßig verminderten Einfuhr der nachstehend aufgeführten Rohstoffe:

Zollerträge in *1000* RM [9])

(Fortlassung der Waren mit Zollerträgen unter 100 000 RM)

Warenbenennung	Kalenderjahr 1936		Kalenderjahr 1935	
	Zollertrag	Wert der verz. Einf.	Zollertrag	Wert der verz. Einf.
Wolle u. andere Tierhaare, roh u. bearb., Reißwolle, Abfälle	280	23 821	577	46 794
Bau- u. Nutzholz (Rundholz)	4 489	62 047	6 406	66 892
Sonst. Rohstoffe f. chem. Erzeugn.	179	2 744	185	2 226
Sonst. Rohstoffe (auch Abfälle)	602	3 073	745	3 483

Zusammenfassend ergibt sich also aus einer derartigen finanzwirtschaftlichen Entwicklung eine fühlbare Verminderung der Einnahmen im Staatshaushalt, denen ein überwiegend konstanter, wahrscheinlich sogar in der Krise infolge von Fürsorgepflichten des Staates aufwärtsstrebender Ausgabenteil gegenüberstehen wird. Die Finanzwirtschaft ist in diesem Falle abhängig von den Maßnahmen der Wirtschaftspoiltik, die über die später noch aufzuzeigenden Maßnahmen zu einer Steigerung der Erträge und damit auch der finanzwirtschaftlichen Einnahmen führt. Wir lassen dabei unberücksichtigt die Frage der Kreditschöpfung, da sie nur im Zusammenhang mit der Produktionspolitik zu beantworten ist.

4. Die Bedrohung der Wehrbereitschaft.

Als Dienerin der Volksgemeinschaft betrachtet der Nationalsozialismus die Volkswirtschaft nicht als ein Glied der Weltwirtschaft, sondern sieht sie als Nationalwirtschaft. Die Wirtschaft hat alles zu tun, um die Stellung des Staates nach außen hin zu festigen und der Volksgemeinschaft größere Lebensmöglichkeiten zu bieten. Die Wirtschaft hat den Staat stark zu machen, und ihre Aufgabe ist es infolgedessen auch, die erforderlichen Rohstoffe bereit zu halten.

[9]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1937, S. 531.

Eine Betrachtung der Auswirkungen des Rohstoffmangels wäre unvollständig, wenn man nicht gleichzeitig berücksichtigt, daß diese ja nicht nur wirtschaftlich, sozial und fiskalisch sind, sondern in dem eigentlichen Sinne auch staatspolitisch. Der Nationalstaat von heute verlangt eine Stellung nach außen, die nicht unabhängig genug sein kann, eine Erscheinung, die wir nicht nur in Deutschland oder Italien beobachten, sondern auch in allen anderen Staaten.

Wenn keine Rohstoffe vorhanden sind, wird diese Saellung an der Wurzel getroffen. Ohne Rohstoffe ist es nicht möglich, die Bevölkerung zu ernähren und diejenigen militärischen Rüstungen bereitzustellen, die der Verteidigung des Landes und der Lebensrechte dienen sollen. Eine ungenügende Versorgung mit agrarischen Rohstoffen reicht bereits aus, um die Widerstandskraft erlahmen zu lassen. Die Ausrichtung der nationalen Wirtschaft auf den Krieg, mit anderen Worten die Wehrwirtschaft, wird infolgedessen schon in Zeiten, in denen die Auseinandersetzungen zwischen den Völkern nicht mit der Waffe geführt werden, durch Ausweitung der Eigenproduktion und Vorratshaltung gewisse Sicherheiten schaffen müssen. Wäre die Frage der Ernährungswirtschaft gelöst, ohne das gleichzeitig die gewerblichen Rohstoffe in hinreichender Menge vorhanden sind, so wäre die Lage jenes Staates nach wie vor ungünstig. Die Rohstoffe, die zur Rüstung erforderlich sind, sind nicht minder wichtig als die agrarischen und die zur Fortführung der gewerblichen Produktion notwendigen.

So z. B. werden für den Bau von Tankwaffen, für den Bau von schweren und leichten Geschützen hinreichende Mengen Kautschuk, Chrom- und Eisenerze, Nickelstahl bereit gestellt werden müssen. Um diese Waffen dauernd auf dem wehrwirtschaftlich erforderlichen Stande zu halten, wird insbesondere Petroleum als die Grundlage zur Herstellung von Benzin und Schmieröl benötigt werden. Weiter werden zur Herstellung von Munition genügende Mengen Zellwolle und ebenfalls größere Mengen Kohle, Schwefel und Salpeterstoffe zur Verfügung stehen müssen. Für die Ernährung der Mannschaften werden vor allem Fette (pflanzliche Öle) und größere Getreidemengen in Frage kommen.

Die Sicherung des wehrwirtschaftlichen Rohstoffbedarfs, vor allem durch eine erhöhte Eigenerzeugung, erscheint gerechtfertigt, wenn man sich der vielen bitteren Erfahrungen erinnert, die Deutschland seit Ausbruch des Weltkrieges bis tief in die Nachkriegszeit hinein machen mußte. Die Tatsache, daß man sich in

Kriegs- und anderen kritischen Zeiten nicht die erforderlichen Rohstoffe aus dem Auslande beschaffen kann, haben allgemein, nicht nur in Deutschland, zu einer stärkeren Abkehr vom Welthandel geführt. Weltkrieg, Reparationen und angesichts der völligen Entwaffnung Deutschlands besonders die verstärkte Aufrüstung der Anderen haben den Aufbau der deutschen Wehrwirtschaft gefördert. Die Durchführung der wehrwirtschaftlichen Aufgaben ist im übrigen mit der Einführung der Devisenzwangswirtschaft wesentlich erleichtert worden. Die Bereitstellung eines wehrwirtschaftlichen Rohstoffbedarfs wurde in Deutschland von dem Augenblick an zum nationalen Erfordernis, in dem die meisten Länder rings um Deutschland ihre Machtposition durch erhöhte Rüstungen wesentlich verstärkt hatten.

Unter nationalwirtschaftlichem Gesichtspunkt wird man im Falle der Rohstoffknappheit zu einer Rangfolge der Rohstoffe kommen. Man wird z. B. Rohstoffe, die der Aufrüstung dienen, für wichtiger halten als solche, die der zusätzlichen menschlichen Ernährung dienen. Daraus folgt für den einzelnen Unternehmer, daß er mit seinen Interessen hinter denen der Gesamtheit zurückstehen muß. Er wird sich vielleicht damit abfinden müssen, daß ihm für seine Produktion keine Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden können, während andere Unternehmen bis zum Rande ihrer Kapazität voll ausgenutzt sind. Ebenso muß der einzelne Konsument u. U. eine Umstellung in seinem Verbrauch vornehmen oder seinen Verbrauch einschränken, um dadurch die Wehrbereitschaft der Nation zu erhöhen.

Man wird die Einfuhr und die heimische Gewinnung der der Aufrüstung dienenden Rohstoffe mit allen Mitteln fördern müssen, auch im Falle eines höheren Kostenaufwandes, es sei denn, daß hierdurch der völkische Lebensstandard unerträglich belastet wird. Wenn Rohstoffe knapp sind, so können unter dem Gesichtspunkt der nationalen Verteidigung strategische Erwägungen wichtiger erscheinen als wirtschaftliche. Wenn es um die Existenzfrage geht, sind Kosten nicht mehr in erster Linie entscheidend. Wir werden weiter unten noch sehen, wie Deutschland seine Erzeugung synthetischer Rohstoffe vorwärts treibt ohne Rücksicht darauf, wie die Kosten sich zu den Preisen von natürlichen Rohstoffen verhalten. Wenn man im eigenen Lande nicht die natürlichen Rohstoffe gewinnen kann, die man benötigt, so werden im Rahmen des volkswirtschaftlich Vertretbaren viele Bedenken zurücktreten müssen.

Im Hintergrund bleibt freilich die Möglichkeit, daß mit einer Ausweitung neu aufgenommener Produktionen die Kosten sinken, die Verbesserungen immer größer werden und eine Angleichung der Kosten an die Preise für natürliche Rohstoffe erfolgt. Man kann überdies auch damit rechnen, daß in einem Staat, der sich nicht selbst aufgeben will, die Rohstoffknappheit zu einer Steigerung der Leistung führt, die sich in zunehmender Rationalisierung und Erzielung höchsten Nutzeffekts ausdrückt. Die Entwicklung wird durch die Rohstoffknappheit dann in einer Weise beschleunigt, für die das heutige Deutschland ein besonders anschauliches Beispiel bietet.

III. Deutschlands Möglichkeiten zur Beseitigung des Rohstoffmangels.

1. Durch Beschränkung auf die nationalen Wirtschaftskräfte.

a) Selbstgenügsamkeit.

Für die Lösung des Rohstoffproblems sind in der Regel mehrere Mittel wie Autarkie, Selbstversorgung usw. nicht einzeln im Sinne eines „entweder—oder" anwendbar, sondern häufig wird es sich auf der Suche nach einem handelspolitischen Ausweg um eine Mischung von Maßnahmen handeln, die auf verschiedenen Ebenen liegen. Am deutlichsten kommt dies in den seit 1933 getroffenen Maßnahmen der deutschen Handelspolitik zum Ausdruck. Wenn trotzdem den verschiedenen möglichen Mitteln zur Behebung der Rohstoffnot eine gesonderte Betrachtung gewidmet wird, so geschieht dies aus Gründen der theoretischen Zweckmäßigkeit.

Autarkie oder Selbstgenügsamkeit bedeutet nichts anderes als ein sich Bescheiden mit den vorhandenen Gütern, also eine Anpassung an den vorhandenen Gütervorrat. Produktion und Verbrauch werden hier, wenn auch in negativer Form, zur Übereinstimmung gebracht; im negativen Sinne deshalb, weil im Zustand der Selbstgenügsamkeit der Mensch sich von vornherein mit einer gegebenen Erzeugung abfinden würde. Im großen und ganzen würde also die Erzeugung durch den Menschen nicht sonderlich gefördert werden. Daraus ginge gleichzeitig hervor, daß vom Menschen kaum der Versuch unternommen würde, einen grundlegenden Mangel der Wirtschaft zu beseitigen. Der Mensch würde sich somit im Grunde genommen passiv verhalten, soweit es sich nicht um die Herbeischaffung des für den Lebensunterhalt dringend Benötigten handelt. Aus einem derartigen Verhalten des Menschen gegenüber seinem Raum folgert notwendig auch eine entsprechende Geisteshaltung, die meist religiös verankert sein wird, da der politische Mensch, dessen Lebenswille im Volkstum wurzelt, nur in der Dynamik des Lebens seinen natürlichen Ausgleich finden wird. Das gesamte Mittelalter z. B. wird man sehr wohl als die Periode eines

sich selbst genügsamen Lebens bezeichnen können; die geistige Grundlage dieser Lebensform bildete die Weltanschauung der katholischen Kirche, die zu jener Zeit alle Wissenschaften beherrschte.

Die Höhe des im Zustand der Selbstgenügsamkeit vorauszusetzenden Güterbestandes wird von dem dringend notwendigen Unterhaltszweck bestimmt. Gegenüber einer wachsenden Rohstoffnot würde dies zunächst ein sich Abfinden des Menschen mit der vorhandenen Tatsache bedeuten. Damit ist zugleich die Frage nach der Grenze der Selbstgenügsamkeit angeschnitten. Auf lange Sicht bildet die absolute Grenze das „Existenzminimum", das die starre Nachfrage verkörpert. Die relative, subjektive Grenze ergibt sich aus dem Verhalten oder besser der Anpassungsfähigkeit des Menschen im Verhältnis zu den vorhandenen Mitteln. Daraus ist wiederum zu schließen, daß auch in einem Zustande der Selbstgenügsamkeit der Mensch sich nicht mit j e d e m Gütervorhandensein abfinden kann, weil ein Minimum an wirtschaftlichen Gütern nun einmal erforderlich ist. Würde im Zustand der Selbstgenügsamkeit der Mensch sich mit jedem Gütervorrat abzufinden haben, so wäre die Lösung in Form einer Division (vorhandener Gütervorrat, dividiert durch Köpfe der Bevölkerung) höchst einfach. Maßgebend ist aber das tatsächliche starre Nachfragevolumen als die Grenze der Selbstgenügsamkeit, das entweder den vorhandenen Güterbestand überschreitet oder unterschreitet. Sich ein konkretes zahlenmäßig erfaßbares Bild von der tatsächlichen starren Nachfrage zu machen, stößt auf die große Schwierigkeit, die mit der Aufstellung einer allgemein gültigen, nach einem Durchschnitt errechneten Meßziffer verbunden wäre, da das Existenzminimum individuell verschieden beschaffen ist. Vielleicht würde man diesem Gesichtspunkte am nächsten kommen, wenn man unter Voranstellung der in den verschiedenen Teilen eines Raumes üblichen, das Existenzminimum darstellenden niedrigsten Einkommensstufen die diesen Einkommen gegenüberstehende Kaufkraft aus Nominaleinkommen und Lebenshaltungsindex innerhalb einer längeren Periode berechnen würde. Man würde dann zu einem regional-individuell abgestuften Existenzminimum als die natürliche Grenze der Selbstgenügsamkeit gelangen. Aber auch hier ist augenscheinlich, daß im Falle einer Umstellung vom Zustande einer vollen Versorgungsmöglichkeit auf den Zustand der Selbstgenügsamkeit durch die Plötzlichkeit der Umstellung verschiedene höhere Einkommensschichten, die bis zu diesem Zeitpunkt noch bestehen, sich keineswegs dem errechneten Existenzminimum anpassen könnten.

Der Verwirklichung eines Zustandes der Selbstgenügsamkeit bei verschiedenen Völkern stehen völkerpsychologische Grenzen entgegen. Derartige Grenzen werden im besonderen zwischen Ländern der gemäßigten und Ländern der heißen Zone sichtbar. In den Ländern der heißen Zone wird meist schon der autarke Tatbestand der menschlichen Passivität vorhanden sein, was oft genug im Lebensstandard des Schwarzen zum Ausdruck kommt, der vom weißen, ihm überlegenen Menschen wirtschaftlich und kulturell immer stärker abhängig wird. Damit war zum großen Teil auch eine stärkere Ausbeutung der Arbeitskraft des Schwarzen verbunden.

In Deutschland sowie in den meisten anderen Ländern der gemäßigten Zone würde daher durch die Lebensform der Selbstgenügsamkeit die schöpferische Kraft des Menschen vernichtet werden; vor allen Dingen würde sich bei Nichtvorhandensein einer entsprechenden religiösen oder philosophischen Geisteshaltung auf die Dauer eine geistige Resignation des Menschen einstellen.

Zu bemerken wäre noch, daß der in einem Zustand der Selbstgenügsamkeit zu verzeichnende Bedarfsausfall auf einem freiwilligen wie organisierten Verzicht beruhen kann. Letzteres ist dann der Fall, wenn der Staat, der in diesem Falle allein in der Lage wäre, die Erzeugung zu erhöhen, es bewußt unterläßt, eine Initiative nach dieser Richtung hin zu ergreifen. Jede Knappheit an Gütern mit der Folge der Einschränkung des Bedarfes würde aber ein irgendwie geartetes System der Verteilung des vorhandenen Nationalproduktes bedingen. Da hierbei die Grenzen des Existenzminimums zu beobachten wären, so stände eine dem Arbeitseinkommen entsprechende gerechte Verteilung des Sozialproduktes in Frage, sofern ein System der Verteilung überhaupt durchführbar ist. Jedenfalls würden im Rahmen einer organisierten Verteilung, die bei der starken Knappheit des Bedarfs nicht zu vermeiden wäre, sämtliche Schwierigkeiten, die mit einer Zurechnung verbunden sind, auftreten.

Zum Aufbau einer sich selbst genügenden Wirtschaft wären sämtliche Mittel geeignet, die vor allen Dingen eine geistige Umstellung durch politische und eigene charakterliche Erziehung bezwecken. In einem, wenn auch beschränkten Rahmen wird eine entsprechende politische Erziehung (Propaganda) zur Erfüllung dieses Zwecks beitragen können. Sicher gibt es auch Zeiten, in denen der völkische Gesichtspunkt eine allgemeine Selbstgenügsamkeit rechtfertigt. Ein solcher Fall, in dem man sich zweckmäßigerweise, allerdings anderer als der beschriebenen Mittel bedienen wird (Zwangssparen durch Einengung des

Verbrauchs, Anleihen, Steuern) ist z. B. während eines Krieges gegeben. Praktisch würde die Selbstgenügsamkeit der bisherigen Entwicklung in Deutschland gegenübergestellt nichts anderes bedeuten als daß das Volk auf die Erzeugung von Zellwolle, synthetischem Gummi und alle anderen deutschen Werkstoffe hätte verzichten müssen.

Zusammenfassend wird man sagen können, daß die Selbstgenügsamkeit, sofern sie überhaupt durchführbar wäre, ein durchaus negatives Hilfsmittel zur Heilung einer Rohstoffkrise darstellt, weil der Mensch ihr untätig gegenübersteht. Der allgemeine Bedarfsfall wird sich neben einer Schmälerung des Realeinkommens vor allem in einer Gefährdung der völkischen Kultur offenbaren. Daneben wird ein Bedarfsausfall, soweit er auch die öffentlichen Einnahmen betrifft, die Vernachlässigung des für den völkischen Bedarf oft so wichtigen Gemeinschaftsbedarfs bedeuten. Insbesondere würde der wichtigste Ausschnitt aus diesem Bedarf, der wehrwirtschaftliche, dann nicht oder nur in beschränktem Maße befriedigt werden können, woraus sich die Gefahr einer zunehmenden Bedrohung des völkischen Daseins ergeben könnte.

b) Selbstversorgung.

Wenn die Selbstversorgung als ein Mittel zur Behebung der Rohstoffnot behandelt werden soll, so wird zunächst der mögliche Inhalt des Selbstversorgungsbegriffs klarzustellen sein. Dem Begriff der Selbstversorgung wird zuweilen der Begriff der Selbstherrschaft gegenübergestellt [1]), obwohl damit nicht mehr und nicht weniger gesagt ist, weil das eine, die Selbstversorgung, das andere bedingt. Für den Begriff der Selbstversorgung ist fernerhin festzustellen, in welcher Form die Selbstversorgung nicht nur auftreten kann, sondern auch aufzutreten hat, wenn Erhaltung und Förderung der Volksgemeinschaft im Auge behalten werden sollen. Da die Zusammensetzung des völkischen Bedarfs zeitbedingt ist, werden im Zuge einer Selbstversorgung zur Erfüllung des völkischen Zwecks auch stets andere Aufgaben durchzuführen sein. Daraus geht gleichzeitig hervor, daß es für die Form der Selbstversorgung als ein Ergebnis völkischer Zweckmäßigkeit keine Norm geben kann.

Wenn eine Nation sich selbst versorgen will, so muß sie in der Lage sein, sich alle von ihr erwünschten Rohstoffe selbst zu beschaffen, ohne daß eine wesentliche Verminderung des realen Volkseinkommens bewirkt wird. Rohstoffe, die sich eine Nation früher aus dem Auslande

[1]) s. Ernst Storm: Volkswirtschaftlicher Grundriß, S. 84.

beschaffen mußte, müßten jetzt also aus eigener Erzeugung bereitgestellt werden können, — insofern handelt es sich bei der Selbstversorgung um einen Ersatz der fehlenden Güter durch neue Güter aus eigener Arbeit.

Solche Bemühungen können jedoch von verschiedenerlei Voraussetzungen ausgehen. Es wird ferner bei der Wahl der zum Zwecke der Selbstversorgung zu treffenden Maßnahmen darauf ankommen, ob ein Volk sich ausschließlich aus einer ihm aufgebürdeten politischen Zwangslage oder überwiegend freiwillig aus eigener Erkenntnis zu einem System der Selbstversorgung bekennt.

Der Selbstversorgungsgedanke ist weltanschaulich und wirtschaftlich zuerst besonders von Adam Müller und später von Johann Gottlieb Fichte begründet worden. Wenn auch ihre Theorien, die man als grundlegend für die Erkenntnis des Gedankens der Selbstversorgung bezeichnen kann, sich nicht in Einzelheiten decken, — z. B. stellt Fichte im Gegensatz zu Müller noch das Individuum in den Vordergrund und geht von der Vertragstheorie aus, — so ist beiden doch der Gedanke einer betonten Ganzheitsauffassung gemeinsam.

Adam Müller hat zur Selbstversorgung in seinem Werke „Elemente der Staatskunst“ [2]) u. a. folgendes ausgeführt:

> „So ist nun die wahre Nationalökonomie eine vermittelnde Kunst wie alle anderen Künste: sie hat das Nationalbegehren oder die Nation als Käufer, mit der Nationalproduktion, oder mit der Nation in ihrer anderen großen Qualität als Verkäufer ins Gleichgewicht zu bringen, in ein lebendiges Gleichgewicht, welches von der Nationalkraft oder dem zwischen diesem großen Käufer und Verkäufer vermittelnden, wahren Gelde zu bewirken ist, ...

An einer anderen Stelle des gleichen Werkes sagt er [3]):

> ... aber das einzige Mittel ist, selbst nach dem wahren Gelde, nach der Nationalkraft zu streben und so der vaterländischen Produktion eine vaterländische Garantie zu geben, die vaterländische Produktion durch ein vaterländisches Band in Einheit und in Freiheit zu setzen.“

Von Fichte ist der Gedanke der Selbstversorgung unter besonderer Berücksichtigung einer ständischen Ordnung sowie unter Betonung einer exponierten Stellung des Staates zunächst ausführlicher entwikkelt und dann vor allem durch folgende Ausführungen zum Ausdruck gebracht worden [4]):

---

[2]) s. „Elemente der Staatskunst“, 4. Buch, „Von der Idee des Geldes und des Nationalreichtums“, Körners Taschenausgabe, Band 86, S. 165.

[3]) daselbst S. 174.

[4]) Johann Gottlieb Fichte, „Der geschlossene Handelsstaat“ (ein philosophi-

„Ebenso vermindere sich die Ausfuhr. Zuförderst die der Produktion, wenn bisher welche ausgeführt wurden; indem ja fortdauernd die Anzahl der Fabrikanten, die dieselben im Lande verarbeiten, oder verzehren, zunimmt, auch die Produktion auf neue Produkte, als stellvertretend der abzuschaffenden ausländischen gelenkt wird. Ebenso die der Fabrikate, denn die Regierung vermindert planmäßig diejenigen Fabriken, welche auf den Absatz in das Ausland berechnet waren, und widmet die Hände, die bisher für den Fremden arbeiteten, auf eine schickliche Weise Arbeiten für den Inländer. Sie geht ja nicht darauf aus, um ein Handelsübergewicht zu erhalten, welches eine sehr gefährliche Tendenz ist, sondern um die Nation ganz unabhängig und selbständig zu machen."

Daraus folgt zwingend, daß Selbstversorgung niemals aus der Initiative des Einzelnen, sondern höchstens aus dem Handeln des Einzelnen als einem mit der Gemeinschaft des Volkes verbundenem Glied hervorgeht; Selbstversorgung ist daher eine Synthese des Wollens und Könnens aller ihrem Werke verbundenen Menschen ein und desselben Volkstums. Treffend kommt die Auffassung von der Ganzheit auch in der von List entwickelten Theorie der produktiven Kräfte zum Ausdruck, in der die Arbeitsvereinigung der nur technisch aufzufassenden Arbeitsteilung gegenübergestellt wird. Der Reichtum einer Volkswirtschaft beruht danach nicht mehr auf einer Summe von Tauschwerten, sondern auf der Erkenntnis des Vorhandenseins der Quellen, die diese Tauschwerte, aber auch andere Werte, die nicht Tauschwerte zu sein brauchen, begründen. Die Quellen der Produktivität erschöpfen sich demnach nicht in der in Geld ausdrückbaren Summe technischer Vorrichtungen der Erzeugung; sie sind vielmehr infolge der Einbeziehung des geistigen Kapitals, das für die Höhe der Produktivität einer Volkswirtschaft den Ausschlag gibt, nicht rechnerisch erfaßbar.

Mit einer Betrachtung der wichtigsten Elemente der Selbstversorgung ist zunächst einmal das Wesentlichste zur Terminologie gesagt; hervorgehoben sei hierbei noch, daß jedes System der Selbstversorgung, da es sich bewußt auf die dem Volkstum eigenen Kräfte zu stützen hat, auch eine vielgestaltige Prägung aufweisen wird.

Die Befriedigung des Rohstoffbedarfs der deutschen Volkswirtschaft darf aber nicht nur betrachtet werden unter dem statischen Gesichtspunkt des heutigen Zustandes, sondern unter dem dynamischen der fortschreitenden Technik. Um nun überhaupt erst einen Gesamteindruck über die Möglichkeiten der Selbstversorgung zu gewinnen,

---

scher Entwurf als Ausgang zur Rechtslehre und Probe einer künftig zu liefernden Politik), Tübingen, Cotta, im Spät-Jahre 1800, S. 259/260.

wird man zweckmäßig von den übersehbaren, bereits vorhandenen Grundlagen der Erzeugung ausgehen müssen. Von diesem Gesichtspunkt aus kann man die Rohstoffversorgungsmöglichkeiten einteilen in solche, die nicht vorhanden, beschränkt vorhanden, aber steigerungsfähig sind, und solche, die dem Bedarf voll angepaßt werden können. Nachstehend daher folgende Übersicht[5]):

1. Rohstoffe, die nicht oder im geringen Umfang im Inlande erzeugt werden:

Baumwolle, Jute, Naturseide, Nickel, Zinn, Veredelungserze usw.

2. Rohstoffe, die im Inlande begrenzt vorkommen, deren Umfang jedoch gesteigert werden kann:

Wolle, Blei, Kupfer, Eisenerz, Holz, Felle, Häute, Gerbstoffe usw.

3. Rohstoffe, die in absehbarer Zeit voll im Inlande erzeugbar sind:

Kunstseide, Zellwolle, Flachs, Hanf, Zink, leichte Treibstoffe, Gas- und Treiböle, Schmieröle, Ruß usw.

Durch die Angliederung Österreichs ist es wahrscheinlich, daß der Bedarf Großdeutschlands an den in der 1. Gruppe genannten Rohstoffen infolge einer nunmehr gesteigerten Wirtschaftstätigkeit der österreichischen Industrie stark zunehmen wird, so daß die Abhängigkeit vom Bezuge dieser Rohstoffe aus dem Auslande eher verschärft werden wird.

Die Holzproduktion ist übrigens in den letzten Jahren gestiegen; der Bedarf wird zu 75% gegenwärtig aus eigenen Waldbeständen gedeckt. Allerdings ist dies hauptsächlich auf die Beibehaltung des verordneten Mehreinschlags von 15% des planmäßigen Hiebsatzes zurückzuführen. Daneben haben Verlagerungen in der Verwendung wie u. a. Herabsetzung übertriebener Güteansprüche zur Entlastung des Bedarfs geführt[6]). Eine nicht unwesentliche Erweiterung ihrer Produktionsgrundlagen wird die deutsche Holzwirtschaft durch Angliederung der sudetendeutschen Gebiete erfahren. Die Bedeutung der Holzwirtschaft des Sudetenlandes geht schon daraus hervor, daß dort die gesamte Waldfläche fast 10 000 qkm oder rund $^1/_3$ der gesamten Fläche der sudetendeutschen Wirtschaft ausmacht[7]). Da früher das Sudetenland im Verkehr mit dem Innern Böhmens und Mährens sowie

[5]) Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung 1937/38, Heft 3, S. 303.

[6]) Betreffs weiterer Steigerungen des Produktionsumfanges auf nennenswerten Gebieten der deutschen Rohstoffwirtschaft s. unten S. 169 ff.

[7]) s. Bericht der Dresdner Bank vom Okt. 1938: „Volk und Wirtschaft im Sudetenland", S. 9.

mit dem Auslande größere Exportüberschüsse für Holz aufzuweisen hatte [7]), wird Deutschland mit größeren Zufuhren aus diesen Gebieten rechnen können. — Mit Rücksicht auf den innerwirtschaftlichen Bedarf der früheren Tschechoslowakei bildet die bisherige tschechoslowakische Holzausfuhr für die zu erwartenden Überschüsse jedoch einen ungenauen Maßstab. Da sie aber vorläufig den einzigen Anhaltspunkt hierfür bietet, ist es immerhin beachtlich, daß schon früher die tschechoslowakische Holzausfuhr, an der die sudetendeutschen Gebiete sicherlich den größten Anteil hatten, im Durchschnitt und auch im Jahre 1937 4,2 v. H. der Gesamtausfuhr betragen hat [8]).

Schlechthin wird das Ausmaß der Selbstversorgung von den im völkischen Raum vorhandenen natürlichen Bedingungen, vor allem dem Bodenreichtum, der Bodengestaltung, dem Klima und den vorhandenen Arbeitskräften sowie von dem Kapitalreichtum, dem tatsächlichen und dem innerhalb der Volkswirtschaft herstellbaren, abhängen. Niemals darf aber übersehen werden, daß es die im geistigen Kapital zu Tage tretenden Kräfte des Volkes sind, die die Quelle einer ertragreichen Arbeit bilden. Daraus geht schon hervor, daß es keine rechenbar erfaßbare Größe für das Ausmaß der Produktionsfaktoren und daher für den voraussichtlich zu erreichenden Grad der Selbstversorgung geben kann. Dies tritt vor allem zutage in dem Satz von der optimalen Summenmischung der Produktionsfaktoren, in dem Einsatz der an der Erzeugung teilhabenden Kräfte. Insbesondere ist es der Arbeitseinsatz, verbunden mit Berufsberatung und betrieblicher Schulung, der zu einem höheren Grad der Selbstversorgung beitragen kann. Mit ihm und mit der Frage nach dem Einsatz der Produktionsfaktoren überhaupt taucht die Frage nach den Möglichkeiten einer Steigerung des nationalen Ertrages auf.

Da es in erster Linie das geistige Kapital ist, das an der Steigerung des Ertrages beteiligt ist, so wird der Staat als oberste Instanz zum Schutze nationalen Eigentums in jeder Weise bemüht sein müssen, Erfindungen durch Prämien z. B. zu fördern und selbst zu schützen. Ein Musterbeispiel lieferte in dieser Hinsicht die merkantilistische Wirtschaftspolitik, die mit dem Begriff der Selbstversorgung allerdings nichts gemein hatte.

Zu Ungunsten einer Selbstversorgung wird zuweilen vorgebracht, daß die Kosten der eigenen Erzeugung die der fremden weit überschreiten. Dieses Argument ist dann gegenstandslos, wenn die Herbeischaffung auswärtiger Wirtschaftsgüter infolge einer allgemeinen De-

[8]) wie Anm. 7, S. 54.

visenarmut, teilweiser Liefersperren (Exportkontingente) und handelspolitischer Abriegelungsmaßnahmen des Auslandes mit der Folge eines verringerten deutschen Exporterlöses nur beschränkt möglich oder gar unmöglich wird, wie im Falle eines Krieges, wenn über ein Land eine völlige Liefersperre verhängt wird. Weiter muß den Bedenken eines zu Anfang sehr hohen Aufwandes eigener Erzeugung der Satz von den bei erhöhter Produktion sinkenden Stückkosten gegenübergestellt werden. Aber alle diese Gründe gegen die Selbstversorgung werden, zunächst nur auf dem Gebiete der gewerblichen Erzeugung, überwogen durch die Sicherung einer dauernden Güterbeschaffung, die im Falle außenwirtschaftlicher Abhängigkeit nicht gegeben ist.

Eine gewisse Gefahr kann allerdings die Selbstversorgung im Sektor der Agrarwirtschaft für die Volkswirtschaft bedeuten. Findet nämlich ein teilweiser oder gar völliger Ernteausfall statt, so kann, wenn die Herbeischaffung der entsprechenden Güter aus dem Auslande erforderlich wird, die Schwierigkeit auftreten, daß frühere Rohstoff-Lieferanten des Auslandes sich jetzt ebenfalls auf Eigenversorgung umgestellt oder nicht mehr mit einer Ausfuhr an eine sich selbst versorgende Volkswirtschaft gerechnet haben. Daraus ergibt sich, daß dem sich selbst versorgenden Lande die gewünschten Rohstoffe nicht bereitgestellt werden können. Einer solchen Gefahr wäre die Erzeugung synthetischer Rohstoffe kaum ausgesetzt, zumal hier das Angebot verhältnismäßig elastisch ist und ein vorübergehender Mangel auf diesem Gebiete sich leichter ertragen läßt.

Erwähnt sei noch, daß, wenn alle Kräfte in den Dienst der Selbstversorgung zu stellen sind, auch auf das Verhältnis von Leistungseinsatz und Leistungsergebnis geachtet werden muß in dem Sinne, daß die Arbeitsleistung des Menschen dem völkischen Bedarf dient und somit nicht mit völkisch unvertretbarem Lebensgenuß verbunden wird. Diesem Ziel wird eine entsprechende Lenkung des Verbrauchs zu dienen haben, die u. a. auch, um einer Beeinträchtigung der Arbeitsleistung vorzubeugen, auf die gesundheitsschädlichen Einflüsse gewisser Handelsartikel hinzuweisen haben wird, wie z. B. übermäßiger Alkoholgenuß.

Um den eigentlichen Gegenstand dieses Abschnittes nicht aus dem Auge zu verlieren, sei im folgenden auf die bereits angeschnittene Frage nach den Steigerungsmöglichkeiten des nationalen Ertrages einer Volkswirtschaft eingegangen.

Mit Hilfe der Kreditschöpfung kann unter Berücksichtigung der noch nicht genutzten Produktionsfaktoren zusätzliche Kaufkraft ge-

schaffen werden. Die Kapazitätsreserven sind keine starren Größe; sie lassen sich vielmehr ausdehnen durch einen möglichst zweckmäßigen Arbeitseinsatz, sowie durch die geschickte Betriebspolitik des Unternehmers. Mit einer Kreditschöpfung Hand in Hand sollte, wenn an dem Sinne der Selbstversorgung nicht vorbeigegangen werden soll, eine entsprechende Preis- und Lohnpolitik treten, weil sonst die Gefahr bestünde, daß dem arbeitenden Menschen das Ergebnis seiner Arbeit nicht gesichert ist. Da eine Selbstversorgung zur Errichtung von oft völlig neuen Betrieben führt und größere Kapitalsanlagen erfordert, die die Privatwirtschaft kaum aufbringen kann, so wird hier der Staat selbst vermittelnd in die Erzeugung eingreifen müssen. Damit ist nicht gesagt, daß der Staat in jedem Fall die Erzeugung selbst in die Hand nehmen sollte. Inwieweit sich eine vom Staat unmittelbar geleitete Erzeugung als notwendig erweist, wird nur von Fall zu Fall unter Zugrundelegung des völkischen Zwecks entschieden werden können. — Neben einer Heranziehung des laufenden Einkommens der Volkswirtschaft hat der Staat die Möglichkeit, sich die Mittel zur Finanzierung durch eine geschickte Kreditausweitung, in der die Offen-Marktpolitik eine führende Rolle einnimmt, zu beschaffen. Daneben wird es darauf ankommen müssen, durch ein sinnvolles System von Maßnahmen auf dem Kapitalmarkt die Einkommen der Privatwirtschaft dem Kapitalbedürfnis des Staates nutzbar zu machen. Der Unterstützung dieser Politik dient besonders die Pflege des Staatskredits. — Man wird sich allerdings darüber im klaren sein müssen, daß die Offen-Marktpolitik als Mittel zur Finanzierung dem Staate nur eine vorübergehende Hilfestellung leisten kann; denn es besteht bei ihrer Anwendung die Gefahr der Inflation und der sich daraus ergebenden Übelstände für die Volkswirtschaft. Auf lange Frist wird sich der Staat nur an das laufende Einkommen der Volkswirtschaft halten können. Zu diesem Zwecke muß es das Ziel des Staates sein, die vorhandenen Grundlagen der Einkommensbildung zu erhalten und soweit als möglich zu fördern. Unbedingte Voraussetzung ist dabei, daß keine Maßnahmen erfolgen, die ihnen ernstlich Schaden zufügen könnten.

Weitere Möglichkeiten einer Steigerungsfähigkeit des nationalen Ertrages liegen ferner auf dem Gebiete der Steuerpolitik, indem die Steuer ebenfalls in den Dienst der Schaffung wirtschaftlicher Erträge, der Neugründung von Unternehmungen gestellt werden kann. In diesem Sinne die Kapitalinvestition fördernd, wirkte z. B. die Möglichkeit einer Sofort-Abschreibung kurzlebiger Wirtschaftsgüter, die aller-

dings jetzt nur noch beschränkt gegeben ist. Diese Möglichkeit, die der Privatwirtschaft die Investition zu Anfang des Aufbauprogramms erleichtern sollte, hat nunmehr im wesentlichen ihre Berechtigung verloren, nachdem eine weitgehende Kapitalbildung durch die staatliche Auftragsbeschaffung vor sich gegangen ist. Ebenfalls nicht vernachlässigt werden darf eine geschickte Konsumlenkung auf die weniger knappen Erzeugnisse der nationalen Arbeit. Eine weitere, wenn auch beschränkte Möglichkeit der Selbstversorgung liegt noch auf dem Gebiete der Preispolitik (Fest-, Höchst-, Mindestpreise).

Der Steigerung des volkswirtschaftlichen Ertrages sind Grenzen gesetzt. Ein Symptom, auf Grund dessen man die Erreichung der Grenze einer Ertragssteigerung erkennen kann, bildet der Satz vom abnehmenden Ertragszuwachs, der sich allgemein in einem geringeren Überschuß über die Kosten, d. h. in einer verschlechterten Einkommenslage äußern wird. Die Grenzen sind in der Landwirtschaft verhältnismäßig eng gesteckt, während die Industrie auf Grund der anorganischen Erzeugung einen weit größeren Spielraum hat.

Zur Abrundung des Bildes über die Beschaffenheit eines Systems der Selbstversorgung kann am Außenhandel nicht vorübergegangen werden. Wenn sämtliche, früher aus dem Ausland vorgenommenen Bezüge nun fortfielen, so ist damit nicht der Wegfall der Außenwirtschaft behauptet. Es entspricht im Gegenteil der richtig verstandenen Selbstversorgung, wenn anstelle der früheren Einfuhr die Einfuhr anderer meist für den Lebensunterhalt einer Nation entbehrlicher Güter treten wird, also eine Verlagerung erfolgt [9]). Diese Entwicklung würde sich bei einer aus zunehmender Selbstversorgung hervorgegangenen Ausfuhrlage rechtfertigen. Die Richtigkeit dieser Behauptung zeigen schon Tatsachen auf dem Gebiete der außenwirtschaftlichen Entwicklung der deutschen und italienischen Zellwollindustrie. Z. B. betrug die deutsche Ausfuhr von Gespinsten aus zellwollenen Spinnstoffen [10]) im Jahre 1934 4,4 Mill. RM, im darauffolgenden Jahre ist sie allerdings auf 3,0 Mill. RM gefallen, hat aber im Jahre 1936 bereits wieder einen Ausfuhrwert von 4,2 Mill. RM erreicht. Wenn man den hohen deutschen Eigenbedarf und das Anfangsstadium der deutschen Zellwollindustrie berücksichtigt, so ist diese Ausfuhrentwicklung schon beachtlich.

---

[9]) vgl. hierzu, Grävell: „Der Außenhandel in der Nationalwirtschaft", 1937, S. 8.

[10]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1937.

2. Durch Pflege zwischenstaatlicher Wirtschaftsbeziehungen.

a) Großraumwirtschaft.

Der Begriff „Großraumwirtschaft" tauchte in verstärktem Maße nach dem Kriege auf, obwohl man ihn bereits in der Vorkriegszeit auf den politischen und zugleich weltwirtschaftlichen Bereich Großbritanniens angewandt hatte („Greater Britain"). Nicht zu umgehen und besonders dringend mußte die Frage der Großraumwirtschaft für alle diejenigen Länder nach dem Kriege werden (Deutschland, Österreich-Ungarische Donaumonarchie), die durch „vertragliche" Abmachungen mit den ehemaligen Feindstaaten auf größere Teile ihres früheren Territoriums Verzicht leisten mußten. Insofern wurde mit dem Gedanken der Großraumwirtschaft gleichzeitig der Wille zum wirtschaftlichen Abschluß gegenüber anderen Staaten verbunden; diese Tendenz wurde schließlich durch die nach dem Kriege vorherrschenden Grundsätze der Handelspolitik gefördert, die zu einer übermäßigen Anwendung restriktiver Mittel, wie Schutzzölle, Einfuhrkontingente, bedingte Meistbegünstigung führten.

Ebenso aber wurde der Gedanke der Großraumwirtschaft, wenigstens in verdeckter Form, und zwar unter mißbräuchlicher Verwendung der paneuropäischen Idee von den französischen Politikern Briand — Herriot in Anspruch genommen, die sich die Propagierung der paneuropäischen Idee für eine auf französischer Hegemonie aufzubauende Sicherheitspolitik nutzbar machen wollten. An sich ist die paneuropäische Idee weniger belangvoll, da es — abgesehen von der durchaus uneinheitlichen völkischen Auffüllung des europäischen Raumes — ein wirtschaftlich selbständiges Europa infolge des Mangels an wichtigen, in großen Mengen in überseeischen Ländern vorhandenen Bodenschätzen nicht geben kann.

Hält man sich bei der Betrachtung der Großraumwirtschaft zunächst an das äußerliche geographische Merkmal einer politischen Verschmelzung mehrerer Räume, so liegt es zumindest nahe anzunehmen, daß die gedankliche Konstruktion der Großraumwirtschaft nicht erst ein Ergebnis der Anfänge des 20. Jahrhunderts ist, sondern bereits auf das 15.[11]) und das Ende des 17. Jahrhunderts[12]) zurückgeht. Wenn auch im ersteren Falle die Aufrichtung einer europäischen Staatenorganisation vom religiösen Motiv zur Erreichung einer europäischen Kampfstellung gegenüber dem Türkenreich beherrscht war,

[11]) Böhmenkönig Georg von Podiebrad.
[12]) Abbé de Saint-Pierre.

so mußte im zweiten Fall sichtbar unter dem Ideal einer europäischen Befriedung auch das wirtschaftliche Moment hervortreten als die notwendige Folge des angestrebten Ideals.

Der Gründlichkeit halber ist auf diese gedanklichen Konstruktionen hingewiesen worden, die vielleicht für den geistigen Ursprung der Verschmelzung verschiener Räume einen Anhaltspunkt bieten, obwohl derartige Gedankengänge sich von dem gegenwärtigen Begriff einer Raumverschmelzung, die man überwiegend als Großraumwirtschaft bezeichnet, weitgehend gelöst haben. Dies wird um so mehr in Erscheinung treten, als man bemüht sein wird, die Großraumwirtschaft unter ihrem wirtschaftlichen Aspekt als Heilmittel zur Linderung von Rohstoffnöten zu betrachten; Rohstoffnöte größeren Ausmaßes sind aber eigentlich erst das Ergebnis der allerletzten Entwicklung, und darum müssen auch, von neuen Voraussetzungen ausgehend, andere Grundsätze für die Bildung des wirtschaftlichen Großraumes ins Auge gefaßt werden.

Allerdings sind wirtschaftliche Tatsachen für die Bildung eines Großraumes nicht ausschlaggebend; sie sind im Gegenteil erst das sekundäre Ergebnis politischer Voraussetzungen.

Es würde somit ein Konstruktionsfehler vorliegen, wollte man die wirtschaftliche Tatsache als die den wirtschaftlichen Großraum beherrschende in den Vordergrund schieben; denn sie ergibt sich erst aus dem Vorhandensein politischer Voraussetzungen, die ihre Grundlage im Völkischen haben. Es gilt, den Menschen in die neue Wirtschaftsordnung harmonisch einzufügen, weil jede der völkischen Arbeit und Lebensauffassung widersprechende Wirtschaftsweise der unmittelbaren wirtschaftlichen Produktivität des Großraums schaden würde. Gleichzeitig aber wird, wenn der völkische Lebenswille der Menschen in einem wirtschaftlichen Großraum aufeinander abgestimmt ist, auch eine weitere Grundvoraussetzung des wirtschaftlichen Großraumes, nämlich die des gemeinsamen politischen Willens erfüllt. Eine wirtschaftliche Harmonie wird auf die Dauer nicht ohne eine politische zu erreichen sein. Zu diesem Argument in einem scheinbaren Gegensatz steht das politische Verhältnis des britischen Mutterlandes zu seinen Dominien, die gegenwärtig in stärkerem Maße Selbständigkeitsbestrebungen verfolgen. Allerdings kann eine derartige Entwicklung nur von einer weichenden Stabilität des wirtschaftlichen Großraumes begleitet sein. — Es sei in diesem Zusammenhang noch hervorgehoben, daß der völkischen und wirtschaftlichen Geschlossenheit einer Großraumwirtschaft eine geographische Trennung keinesfalls im Wege zu stehen braucht.

Wenn auf die völkische Voraussetzung Bezug genommen wird, so kann hiermit nur gemeint sein, daß ein wirtschaftlicher Großraum eine überwiegend einheitliche völkische Auffüllung des Raumes oder aber ein Herrschafts- und Dienstverhältnis, das auf die Gegebenheiten völkischer Unterschiedlichkeiten Rücksicht nimmt, bedingt [13]). Daß ein derartiges Verhältnis von Über- und Unterordnung, wie man es auch bezeichnen mag, sich auf die Dauer nur auf die rassische und kulturelle Überlegenheit des Einen gegenüber dem Anderen zu gründen vermag, ist empirisch nachweisbar unter Hinweis auf die praktische wirtschaftspolitische Gestaltung verschiedener Großräume. Z. B. hat sich eine Großraumwirtschaft in Südamerika, Asien, Rußland, aber auch in Europa nicht durchsetzen können, weil hierfür weitestgehend die genannten Voraussetzungen fehlen, während sie vollzählig für Nordamerika zutreffen, in einem Lande, dem man heute mit Recht die Bezeichnung Großraumwirtschaft beilegen kann. Es ist daher auch eine den wahren Begriffsinhalt irreführende Bezeichnung, anstelle der Ausdrucksweise Großraumwirtschaft die der Wirtschaftsgemeinschaft zu verwenden; jener Ausdruck würde sich von selbst aus dem hier Gesagten widerlegen. Es wird dabei übersehen, daß eine auf einem wirtschaftlichen Vorteil beruhende Gemeinschaft sich in erster Linie auf die genannten politischen Voraussetzungen gründet.

Wie richtig im übrigen die Behauptung von der politischen Voraussetzung eines Großraumes ist, kann man am Europa der Vorkriegszeit zeigen. Im Jahre 1913 konnte Europa, England ausgenommen, $^2/_3$ des gesamten Welthandels für sich in Anspruch nehmen; Deutschland und Frankreich insbesondere stellten zu $^3/_4$ das Absatzgebiet dar, in dem gleichzeitig $^2/_3$ der Exportgüter der USA ihren Absatz fanden [14]). Aus einer derartig innigen Verflechtung wirtschaftlicher Interessen heraus glaubte man, eine Großraumwirtschaft konstruieren zu können, die sich schließlich wieder bei Weltkriegsausbruch in ihre alten Bestandteile auflöste. Dieser Vorgang war wiederum nur möglich, weil es eine im Sinne politisch völkischer Voraussetzungen beschaffene Gemeinschaft oder Großraumwirtschaft nicht gab; die bloße wirtschaftliche Verflechtung erwies sich nicht als ausreichend.

Die wirtschaftlichen Voraussetzungen zum Aufbau einer Großraumwirtschaft ergeben sich erst, wenn man dem Großraum die notwendige wirtschaftliche Geschlossenheit zugrunde legt. Im Vorder-

[13]) s. Jens Jessen: Grundlagen der Volkswirtschaftspolitik, S. 55.
[14]) Jahrbuch der nationalsozial. Wirtschaft 1937, S. 374.

grund jeder wirtschaftlichen Großraumbildung steht das mit der wirtschaftlichen Geschlossenheit des Raumes eng verbundene Moment einer Intensivierung der Erzeugung oder Erhöhung der Bevölkerungskapazität. Die Ausweitung des historisch gewordenen Raumes einer Volkswirtschaft zum Großraum bedingt wirtschaftlich eine Reihe wichtiger Gegebenheiten wie Bevölkerungszahl, Verteilung der Bevölkerung über den Raum, Bevölkerungsstruktur; ein in der Gegenüberstellung hinreichendes Vorhandensein von Abbau- (Mineralien) und Anbaustoffen (Produkte der Agrarwirtschaft), klimatische Unterschiede u. a. An diese Faktoren, die das Grundelement der wirtschaftlichen Geschlossenheit der Erzeugung bilden, knüpfen sich weitere wie kauffähige Bevölkerung, optimale Standortwahl sowie eine auf die Besonderheit der Erzeugungseinheit des Großraumes Rücksicht nehmende Verkehrspolitik (Tarifpolitik). Eine wesentliche Bedingung ist ein einheitliches Währungssystem oder mindestens eine von jeglicher Kursschwankung losgelöste Verrechnung verschiedener Valuten.

Als eine notwendige Folge der terminologischen Erörterung, mit Rücksicht auf die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen eines Großraums, wird nunmehr zu untersuchen sein, nach welcher Richtung hin und in welcher Form Deutschland auf Grund der genannten Voraussetzungen in der Lage wäre, seinen Raum zu erweitern, um seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu erhöhen.

Mit der Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich ist einem dringenden völkischen Gesichtspunkt Rechnung getragen; die grundlegenden wirtschaftlichen Voraussetzungen sind jedoch durch diese Raumerweiterung nicht erheblich günstiger geworden. Es werden insbesondere die vorhandenen Rohstoffträger nicht ausreichen, um eine in sich geschlossene Volkswirtschaft herzustellen. Die hinter beiden Ländern, dem kleindeutschen und dem österreichischen Lande, liegende völkische Entwicklung wird charakterisiert durch die ständigen Bemühungen um das großdeutsche Ziel. In diesem Zusammenhang sind wichtig die Jahre 1848/49 (Frankfurter Nationalversammlung) sowie das Jahr 1931, das nach einer längeren historischen Zwischenpause den Zollunionsplan brachte, der aber infolge des politischen Drucks auswärtiger Mächte, die an einem selbständigen Österreich Interesse hatten, nicht verwirklicht werden konnte. Schließlich ist es im Jahre 1938 Adolf Hitler gelungen, Großdeutschland zu verwirklichen. In einem der folgenden Abschnitte [15]) ist auf die Struktur der Wirtschaft des Großdeutschen Reiches näher eingegangen worden.

---

[15]) s. unten Abschnitt IV. 2 d.

Bei einer Betrachtung der für Deutschland vorhandenen Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Raumerweiterung möchte ich an der südosteuropäischen Frage nicht vorübergehen, ohne zum mindesten einen allgemeinen Hinweis auf die Wirtschaftsstruktur dieser Länder gegeben zu haben. Da die handelspolitische Entwicklung zum Schluß in einem besonderen Abschnitt zusammengefaßt ist, erübrigt sich an dieser Stelle eine eingehende Behandlung dieses Stoffes.

Die Hoffnungen auf eine Großraumwirtschaft Deutschland—Südosteuropa gründen sich auf die im großen und ganzen günstigen wirtschaftlichen Voraussetzungen. Jene Voraussetzungen beabsichtigt man, durch Handelsverträge zu fördern, um auf diese Weise die Austauschverhältnisse zwischen den Handelspartnern noch fruchtbarer zu gestalten. Das Zustandekommen dieser „Großraumwirtschaft" könnte in mancher Hinsicht fraglich erscheinen, da die Erreichung des handelspolitischen Zieles nicht von den angenommenen, sondern tatsächlich vorhandenen wirtschaftlichen Momenten abhängen wird, sowie ferner von dem Willen des Handelspartners, den im Abkommen eingegangenen Verpflichtungen voll und ganz zu genügen. Es darf in diesem Zusammenhang auch nicht die politische Entwicklung in Europa außer Acht gelassen werden, die die handelspolitischen Bemühungen störend beeinflussen kann. Die neuere handelspolitische [16]) und wohl auch außenpolitische Entwicklung berechtigt jedoch zu der Hoffnung, daß in Zukunft derartige Schwierigkeiten, soweit sie überhaupt auftauchen sollten, überwunden werden. — An technischen Mitteln, die überwiegend im Bereiche der Handelspolitik liegen, aber auch durch Verträge rein politischen Charakters begründet werden können, haben sich in der Praxis der letzten Jahre u. a. herausgebildet Präferenzen (Zölle), die bedingte oder unbedingte Meistbegünstigung und, als eine Erscheinung neueren Datums, der Währungsausgleichsfonds. Der Währungsausgleichsfonds dient der Erhaltung eines beständigen zwischenstaatlichen Kursniveaus zwischen Ländern, deren Währungen sich auf einem möglichst gleichen Niveau befinden sollen. Ziel der Politik des Währungsausgleichsfonds ist wohl in erster Linie die Förderung der wirtschaftlichen Geschlossenheit der dem Fonds angeschlossenen Länder. Weiter können zur Ergänzung u. a. auch den zwischenstaatlichen Frachtenverkehr regelnde Verkehrsabkommen, aber auch Abkommen, die einen Austausch der menschlichen Arbeit vorsehen, in Frage kommen [17]). — Keinesfalls darf aber übersehen

[16]) s. unten S. 196 ff.

[17]) wie in neuester Zeit Arbeiteraustauschmaßnahmen zwischen Deutschland und Italien.

werden, daß es sich hierbei um sekundäre Hilfsmittel handelt; sie würden ohne die erörterten politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen ihre Bedeutung verlieren. —

Auf einer anderen Ebene befindet sich die bereits angeschnittene Frage einer Großraumwirtschaft, die den gesamten südosteuropäischen Raum einschl. Großdeutschland in Form einer geschlossenen Volkswirtschaft umfassen würde. Südosteuropa setzt sich nach der Eingliederung Österreichs in den deutschen Reichsverband aus den Ländern Ungarn, Tschechoslovakei, Jugoslavien, Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Albanien zusammen. Größere Schwierigkeiten könnten sich aus der Vielgestaltigkeit der völkischen Kulturen und der verhältnismäßig großen Anzahl selbständiger Nationalstaaten des südosteuropäischen Raumes ergeben. Es darf auch das völkerrechtliche Verhältnis der Länder zueinander nicht außer Acht gelassen werden. So sagt J. Jessen [18]):

> ... „Erste Voraussetzung eines solchen neuen Großraumes ist und bleibt deshalb die einheitliche völkische Auffüllung des Raumes, entweder in zahlenmäßig mehr oder weniger vollem Umfange oder in Form des Nebeneinander von „Herrschaft- und Dienstvolk". Im ersteren Fall ist die notwendige völkische Geschlossenheit als Grundlage des ewigen Kampfes um den Raum ohne weiteres gegeben. Im zweiten Fall muß ein Herrschaftsverhältnis diese Grundlage für die Behauptung des Raumes begründen, das sich nur auf eine dauernde rassische und kulturelle Überlegenheit gründen kann."

Jedoch spricht für die Herstellung eines Großraumes der wirtschaftlich gesicherte Austausch der in Deutschland und in den südosteuropäischen Staaten arbeitsteilig hergestellten Erzeugnisse.

In der handelspolitischen Zielsetzung (Deutschland hat im Frühjahr 1934 mit Ungarn und Jugoslavien und im Frühjahr 1935 mit Rumänien Wirtschaftsabkommen geschlossen) könnte man schon das Vorzeichen einer solchen Entwicklung, die allerdings noch in größerer Ferne liegen würde, erblicken.

Wenn im folgenden der gesamte südöstliche Raum einer Betrachtung der wirtschaftlichen Struktur unterzogen werden soll, so wird vor allem zwischen zwei großen Gebieten der Erzeugung unterschieden werden müssen: dem der Anbaustoffe einerseits und der Abbaustoffe andererseits. Alle weiteren Folgerungen in bezug auf die Lebensfähigkeit eines Großraumes wie das Verhältnis von Bevölkerung und Raum (Bewohner je Flächeneinheit), der Umfang der verfügbaren menschlichen Arbeit schlechthin, Verkehrswege, ergeben sich dann mehr oder

[18]) Jens Jessen: Grundlagen der Volkswirtschaftspolitik, 1937, S. 55.

weniger aus der bereits angekündigten Aufteilung des Stoffes. Auch die Frage der Kreditpolitik mit dem Ziele der Errichtung und Erhaltung eines geordneten Geldwesens, dem Aufbau einer kauffähigen Bevölkerung gewinnt unmittelbar an Inhalt erst nach einer Betrachtung der hauptsächlichen Grundzüge des Großraumes.

Die Abschlußtendenzen und somit die Tendenzen zur Erzielung einer wirtschaftlichen Geschlossenheit auf dem Balkan wurden übrigens durch die Nachkriegspolitik der Alliierten, insbesondere Frankreichs, das einen besonderen Einfluß auf diese Staaten zu gewinnen suchte, gefördert. Verschärft wurden die Abschlußtendenzen übrigens noch durch die neuesten Abwertungsmaßnahmen der meisten europäischen Länder. Als weiterer Anlaß für eine zunehmende Geschlossenheit mag demzufolge die Devisenzwangswirtschaft in Frage kommen, die gegenwärtig in den meisten südosteuropäischen Staaten (Rumänien, Jugoslavien, Bulgarien, Griechenland, Ungarn, Tschechoslovakei mit Ausnahme von Albanien) eingeführt ist.

Die dem Aufbau einer Großraumwirtschaft dienende Ergänzungsfähigkeit unter den Volkswirtschaften ist, wie aus einer Schilderung der grundlegenden Voraussetzungen hervorgeht, überwiegend vorhanden; gleichzeitig wäre es den zu einer selbständigen politischen und wirtschaftlichen Einheit zusammengefaßten südöstlichen Ländern nicht möglich, die in ihrem Raum sich ansammelnden Überschüsse einer im Sinne der Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dieser Volkswirtschaften entsprechenden Verwendung entgegenzuführen, — ein zu Gunsten des wirtschaftlichen Nutzeffektes einer Großraumbildung Großdeutschland—Südosteuropa stark ins Gewicht fallendes Argument. Die Betrachtung des südosteuropäischen wirtschaftlichen Großraumproblems erhält in diesem Zusammenhang in Anbetracht der Gegenüberstellung des großdeutschen Raumes ein neues Gesicht. Österreich, das ursprünglich ein Land industriellen Charakters gewesen ist, verlor sein industrielles Gepräge zunehmend durch die als eine Folge des Kriegsausgangs auf politischem und damit auch auf wirtschaftlichem Gebiet vorherrschende Tendenz zur Verselbständigung der früher zur Doppelmonarchie gehörenden Länder. Daß die Agrarproduktion in Österreich immer mehr an Raum gewann, kommt schon in der Berufsgliederung sowie in der Siedlungsgeschichte zum Ausdruck (Näheres hierüber im Abschnitt IV 2 d „Das wirtschaftliche Großdeutschland"). Mit Rücksicht auf die Durchführung des wehrwirtschaftlichen Erfordernisses in Verbindung mit der Erweiterung der völkisch selbständigen Lebensgrundlage der großdeutschen Nation wird wohl das Schwergewicht der österreichischen Erzeugung

auf den industriellen Sektor verlegt werden müssen. Um so mehr wird bei einer Erwägung der südöstlichen Großraumfrage die Agrarproduktion für Großdeutschland von besonderem Interesse sein.

Die Fläche der Anbauerzeugnisse im südöstlichen Raum, also der agrarische Sektor, erstreckt sich über Jugoslavien, Bulgarien, Rumänien, Griechenland, Albanien [19]). An erster Stelle der Produktion steht Getreide, allerdings ist hier hinzuzufügen, daß neuerdings eine stärkere Tendenz zur Umschichtung vom Getreideanbau zum Anbau von Futtermitteln besteht; die Steigerung der Anbaufläche für Futtergetreide betrifft hauptsächlich Mais und in zweiter Linie Hafer und Gerste. Dadurch wäre wirtschaftlich eine neue Verbindungsstufe zur deutschen Volkswirtschaft geschaffen. Sie wird dadurch hervorgerufen, daß angesichts des großen deutschen Bedarfs an Futtermitteln eine diesem Bedarf entsprechende Abwanderung deutscher Industrieprodukte die Folge wäre, da in diesem Gebiet des südöstlichen Raumes gleichzeitig ein größerer natürlicher Bedarf vorhanden ist, der in zunehmendem Maße von den für eine Vorindustrialisierung benötigten Erzeugnissen getragen sein wird.

Das beweist die bisherige Entwicklung des Anteils der Investitionsgüter [20]) an der Fertigwareneinfuhr der südosteuropäischen Länder [21]):

Jahr	Tschechoslovakei	Ungarn	Rumänien	Jugoslavien	Bulgarien	Griechenland
1925	18,9	11,6	14,9	10,5	15,3	10,4
1930	21,0	17,4	19,5	16,6	25,2	14,9
1931	19,9	17,0	17,6	18,2	31,8	14,7
1932	19,1	15,5	13,6	15,1	18,1	11,9
1933	18,6	17,1	14,1	10,9	23,3	9,3
1934	19,7	16,6	17,4	12,3	18,9	12,8
1935	21,8	16,1	22,5	14,5	36,9	15,3
1936	21,3	20,5 [22])	?	18,6	35,3	14,0

Es waren in erster Linie Getreide, Obst, Fleisch, die Deutschland aus diesen Ländern einführte. Während Bulgarien und Griechenland hauptsächlich Obst, auch Fleisch lieferten, lieferten Jugoslavien,

[19]) Der Wirtschafts-Ring, 11. Jahrgang, Heft 1, Otto Sarnow: Deutschland—Südosteuropa, S. 5.

[20]) Maschinen und Apparate, Fahrzeuge und elektrotechnische Erzeugnisse einschl. der Ersatzteile.

[21]) Sonderbericht der Dresdner Bank „Großdeutschland und der Südosteuropäische Raum", März 1938, S. 16.

[22]) vorläufige Zahlen.

Ungarn und Rumänien Getreide. Als Lieferanten weiterer Anbauerzeugnisse kommen in Betracht: Bulgarien, Griechenland (Tabak), Jugoslavien, Rumänien, Tschechoslovakei (Holz) [23]). Die deutsche Ausfuhr nach den südosteuropäischen Ländern setzt sich vor allem aus den Erzeugnissen der Metall-, Maschinen-, Textil- und chemischen Industrie zusammen. Während der Anteil der großdeutschen Lieferungen an der Einfuhr der Tschechoslowakei im Jahre 1937 nur 20% ausmachte, betrug dieser bei Bulgarien im gleichen Jahre nicht weniger als 58% [23]).

Von den im agrarischen Sektor genannten Gebieten des südöstlichen Raumes kann man die ersten drei, also Jugoslavien, Bulgarien, Rumänien, als reine Überschußgebiete bezeichnen. Ihr Charakter geht schon daraus hervor, daß zu mehr als 70% der Handelsverkehr der einzelnen Südoststaaten nach Ländern außerhalb Südosteuropa geht, während kaum 30% des durchschnittlichen Außenhandels des einzelnen Südoststaates sich im südosteuropäischen Raum selbst abwickelt [24]). Im Jahre 1937 war das heutige Großdeutschland zu 47% Abnehmer der bulgarischen, zu 41% der ungarischen, zu 35% der jugoslavischen, zu 32% der griechischen und zu 27% der rumänischen Gesamtausfuhr [25]). Diese Länder sind nicht in der Lage, den Überschuß ihrer agrarischen Produkte im südosteuropäischen Raum, als Gesamtkomplex betrachtet, abzusetzen, was insbesondere mit der geschichtlichen Tatsache zusammenhängt, daß diese Länder mit einem großen Teil ihres Gebietes nicht zur alten österreichisch-ungarischen Monarchie gehörten, so daß sich eine der wirtschaftlichen Geschlossenheit des Großraumes (Südosteuropa) entsprechende wirtschaftliche Ausgleichsmöglichkeit nicht entwickeln konnte. Dieser Tatbestand stellt jedoch nicht mehr als eine der wichtigen Voraussetzungen zum erörterten wirtschaftlichen Großraum dar. Wenn dem Geschilderten nun hinzugefügt werden kann, daß rd. 20% des Gesamtexports des südöstlichen Raumes von Deutschland aufgenommen werden und daß in fast demselben Maße auch der Einfuhrbedarf Südosteuropas befriedigt wird, so würden dadurch die an sich wirtschaftlich günstigen Voraussetzungen noch erhöht werden.

Auf eine weitere wirtschaftliche Ergänzungsfähigkeit der deutschen und der südosteuropäischen Volkswirtschaften weisen hin die Überschüsse an Flachsfasern in Rumänien (in 1000 t, 1936 = 11,8,

[23]) Sonderbericht der Dresdner Bank „Großdeutschland und der Südosteuropäische Raum", März 1938, S. 11.

[24]) Der Wirtschafts-Ring, 11. Jahrgang, Heft 1, S. 5.

[25]) Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung vom 4. 5. 38, Nr. 18, S. 143.

an Hanffasern in Jugoslavien (in 1000 t, 1936 = 37,5). Für Deutschland haben die ölhaltigen Pflanzen Bedeutung, deren Anbau infolge des Einfuhrbedarfs Deutschlands erweitert worden ist, wie etwa der von Rapssamen und Sonnenblumenkernen. Die höchste Rapssamenerzeugung weisen Rumänien und Jugoslavien auf, Rumänien im Jahre 1936 mit 50,4, Jugoslavien im selben Jahr mit 21,0[26]) (in 1000 t). Es darf ferner nicht der große Holzreichtum in Jugoslavien, Rumänien und Bulgarien übersehen werden; etwa ¼ der gesamten Bodenfläche dieser Gebiete stellt Waldgebiet dar. Die Möglichkeiten, die sich auf Grund des Großraumes in diesem Fall einer Ausdehnung der Zellwollerzeugung bieten würden, können sehr weit gesteckt werden.

Zusammenfassend ist für den Bereich der Anbauproduktion hinzuzufügen, daß etwa ¾ der landwirtschaftlich genutzten Fläche des gesamten südosteuropäischen Raumes auf den Getreideanbau entfällt. Lediglich in Bulgarien hat sich die Anbaufläche für Weizen und Roggen etwas verringert, während in Jugoslavien und Ungarn die Anbaufläche wieder erweitert worden ist.

Das Ausmaß des Abbaus im südosteuropäischen Raum fällt gegenüber dem der Anbauerzeugnisse weniger ins Gewicht. Qualitativ gewinnen die in diesem Raum vorhandenen Abbauprodukte für Deutschland jedoch an Bedeutung, da es sich zum großen Teil um hochwertigere Mineralien handelt. In Jugoslavien ist es besonders die Kupfer- und Bleigewinnung, während es sich im übrigen — unter Zusammenfassung des gesamten südöstlichen Raumes — um die Förderung von Eisenerz, Mangan-, Chrom-, Antimon-, Zink-, Nickelerz, Gold, Silber, Magnesit, Schwefelkies, Asbest handelt.

Gewerbliche Erzeugung Südosteuropas [27])

(in 1000 t)

Erzeugung	Jahr	Tschechoslovakei	Ungarn	Rumänien
Manganerz	1929	—	19,0	35,0
(über 30% Mangangehalt	1936	—	27,0	19,7
Schwefelkies	1929	23	—	24
	1936	19	—	10 [28])

[26]) Sonderbericht der Dresdner Bank „Großdeutschland und der Südosteuropäische Raum", März 1938, S. 15.

[27]) Sonderber. d. Dresdn. Bk. „Großdeutschland und der Südosteuropäische Raum", März 1938, S. 15.

[28]) Vorjahreszahlen.

Erzeugung	Jahr	Tschechoslovakei	Ungarn	Rumänien
Sonst. Eisenerze	1929	1905 [29])	253	90
	1936	1192	280	100
Roheisen	1929	1645	368	72
	1936	1140	306	82
Rohkupfer	1929	1,7	—	—
	1936	0,9 [28])	—	—
Bleierze	1929	15	—	—
	1936	9	—	—
Zinkerz	1929	117 [30])	—	—
	1936	159 [30])	—	—
Nickel	1929	—	—	—
	1936	—	—	—
Chromerze	1929	—	—	—
	1936	—	—	—
Antimonerze	1929	7,0	—	—
	1936	6,4	—	—
Rohmagnesit	1929	101	—	—
	1936	71 [28])	—	—
Gold in t	1929	0,3	—	2,2
	1936	0,5	—	5,0
Silber in t	1929	40,5	—	2,8
	1936	33,8	—	15,1

Erzeugung	Jahr	Jugoslavien	Bulgarien	Griechenland	Albanien
Manganerz	1929	3,1	—	1,6	—
(über 30% Mangan-gehalt	1936	2,7	—	0,4	—
Schwefelkies	1929	60	—	133	—
	1936	80	—	185	—
Sonst. Eisenerze	1929	428	—	253	—
	1936	451	—	167	—
Roheisen	1929	31	—	—	—
	1939	45	—	—	—
Rohkupfer	1929	20,7	—	—	—
	1936	39,4	—	—	—
Bleierze	1929	15	—	45	—
	1936	65	—	20 [31])	—
Zinkerz	1929	113 [32])	13	29 [33])	—
	1936	731 [32])	—	—	—
Nickel	1929	—	—	0,3	—
	1936	—	—	1,2	—
Chromerze	1929	42	—	24	—
	1936	54	1	30 [31])	—

[29]) einschl. Eisenmanganerz.
[30]) Silberbleizinkerz.
[31]) Vorjahreszahlen.
[32]) Bleizinkerz.
[33]) einschl. Zinkbleierz.

Erzeugung	Jahr	Jugoslavien	Bulgarien	Griechenland	Albanien
Antimonerze	1929	0,2	—	0,1	—
	1936	0,3	—	0,0 [31])	—
Rohmagnesit	1929	7	—	84	—
	1936	30	—	39 [31])	—
Gold in t	1929	1,0	—	—	—
	1936	2,6	—	—	—
Silber in t	1929	10,6	—	5,3	—
	1936	55,5	—	9,0	—

Ein gewisses Übergewicht im industriellen Sektor gegenüber den anderen südosteuropäischen Ländern hatte Österreich und die Tschechoslovakei. Die Industrien beider Länder hatten sich bis zum Anschluß mit ihren Industrien auf annähernd gleichem Stand befunden; für die Zukunft wird wahrscheinlich unter Berücksichtigung des auch gesteigerten Bedarfs an gewerblichen Rohstoffen das zu Deutschland gehörige österreichische Land seinen industriellen Sektor erweitern.

Dem Beweise der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit einer etwa zu verwirklichenden deutsch-südosteuropäischen Großraumwirtschaft möge noch folgender Überblick dienen:

Der Anteil Großdeutschlands am Außenhandel der südosteuropäischen Länder in v. H. der in Mrd. Landeswährung ausgedrückten Ein- und Ausfuhrbeträge [34]).

Jahr	Albanien		Bulgarien		Griechenland	
	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.
1929	7,7	1,0	29,8	42,4	10,6	25,6
1933	8,8	—	44,4	45,7	11,5	19,7
1937	9,0	3,0	58,2	47,3	29,6	32,2

Jahr	Jugoslavien		Rumänien		Tchechoslovakei		Ungarn	
	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.
1929	33,0	24,1	36,6	37,0	32,8	34,4	33,2	42,1
1933	29,3	35,6	27,8	17,2	24,7	29,9	39,7	28,2
1937	42,7	35,2	40,1	26,9	19,7	21,0	44,2	41,0

Ein Land, das man in den wirtschaftlichen Großraum Deutschland—Südosteuropa nicht eingliedern könnte, ist Albanien, dessen

[34]) Sonderbericht der Dresdner Bank „Großdeutschland und der Südosteuropäische Raum", März 1938, S. 11.

Wirtschaft vor allem aus politischen Gründen überwiegend mit der Italiens verbunden ist.

Mit Jessen kann als Voraussetzung für eine Großraumwirtschaft entweder ein Verhältnis von Herrschafts- und Dienstvolk oder eine überwiegend völkische Auffüllung des gesamten Raumes angenommen werden. Für Deutschland und die südosteuropäischen Staaten ist das völkische Moment bis zu einem gewissen Grade gegeben, da in diesen Ländern bereits seit Jahrhunderten geschlossene deutsche Siedlungen bestehen. — Die Möglichkeit eines Herrschafts- und Dienstverhältnisses wird nicht in Betracht kommen können.

Das ergibt sich aus der wirtschaftlichen und kulturellen Vielgestaltigkeit der dem Südostraum angehörenden völkischen Einheiten, um so mehr als man nicht von einer rassischen und kulturellen Überlegenheit einer Nation im deutsch-südosteuropäischen Raum ausgehen kann. Es kann in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß die Zusammensetzung der politischen Struktur des deutsch-südosteuropäischen Raumes infolge einer Vielzahl von Nationen nicht in vollem Maße das politisch notwendige Gleichgewicht und somit den höchsten wirtschaftlichen Nutzeffekt verbürgt.

Die koloniale Großraumfrage.

Es liegt nahe, nachdem Deutschland das System der offenen Tür versagt wurde und eine Erweiterung des Lebensraumes durch das Mittel der Ausfuhr immer mehr in Frage gestellt worden ist, neben eigener ergänzender Versorgung die koloniale Raumerweiterung in Betracht zu ziehen. Hierzu ist um so mehr Grund vorhanden, als für Deutschland die Kolonien weniger eine Machtfrage als ein Mittel zur Verwirklichung des völkischen Zwecks, zur Erweiterung der Lebensgrundlage einer Nation sind. Das völkische Hauptinteresse liegt aber vornehmlich in der dauernden Verfügbarkeit über ein vorhandenes Rohstoffreservoir begründet.

Den Vorgang einer Erweiterung des Raumes einer Volkswirtschaft zum kolonialen Großraum wird man in der Regel nicht unter der Bezeichnung „Großraumwirtschaft" zusammenfassen können, da es sich hier, zumal eine geographische Verschmelzung nicht möglich ist, überwiegend um eine wirtschaftliche oder handelspolitische Behelfskonstruktion handelt, — es sei denn, und damit nähert man sich schon dem Begriff der kolonialen Großraumwirtschaft, daß die Primärvoraussetzung, die einheitliche politische und wirtschaftliche Willensbildung vorhanden ist.

In einem der vorhergegangenen Abschnitte des Kapitels „Großraumwirtschaft" ist bereits darauf hingewiesen worden, daß es eine gemeinsame wirtschaftliche Willensbildung von der politischen losgelöst nicht geben kann, daß demzufolge die politische allein ebensowenig möglich ist, weil dies die gemeinsame wirtschaftliche Willensbildung bedingt. Soweit in der handelspolitischen Praxis anderer Länder die wirtschaftliche Willensbildung Kolonien—Mutterland sich in einem Gegensatz zur politischen Entwicklung befindet, wird dem wirtschaftlichen Erfolg keine Kontinuität beigemessen werden können.

Die Existenzfähigkeit einer kolonialen Großraumwirtschaft an sich kann aber dadurch nicht in Zweifel gezogen werden; sie befindet sich im Gegenteil bereits in einem fortgeschrittenen Entwicklungsstadium, wenn die Voraussetzung des gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Wollens durch die überwiegend völkische Auffüllung des gesamten Raumes oder durch das Bestehen eines Verhältnisses von Herrschafts- und Dienstvolk gesichert erscheint. Von beiden Tatbeständen wird in der Regel nur der letztere zutreffen können. Das kommt schon dadurch zum Ausdruck, daß der weiße Mensch auf eine hinreichende Besiedlung des überseeischen Raumes, auf das Vorhandensein schwarzer Arbeitskräfte nicht verzichten kann, sofern er sich die Vorteile der wirtschaftlichen Struktur des überseeischen Raumes in vollem Maße zunutze machen will. Diese Tatsache wird meist schon durch das Klima und durch die verschiedene Arbeitsweise bedingt.

Soll die politisch-völkische Gestaltung von Herrschafts- und Dienstvolk im Bereiche Mutterland—Kolonien die Sicherung des höchsten gemeinsamen volkswirtschaftlichen Nutzens gewährleisten, so ist die Kenntnis der Lebensweise und Lebensform der eingeborenen Bevölkerung von größter Bedeutung, da durch das Einströmen abendländischer Kultur Störungen im wirtschaftlichen und sozialen Gefüge der farbigen Bevölkerung auftreten können, die sich dann in sozialen Spannungen (hervorgerufen durch sichtlich bevorzugte Behandlung des Weißen gegenüber dem Farbigen) äußern werden. Vor allen Dingen müssen irgendwelche Erscheinungen dieser Art vermieden werden, um die Produktionsergiebigkeit des einzelnen farbigen Arbeiters, verbunden mit dem Anreiz zur Leistungssteigerung zu erhalten. Nicht nur die Kenntnis der kulturell historischen Grundlage der eingeborenen Lebensweise ist von Wichtigkeit; genau so wichtig ist das Einfühlen in die sich anbahnende kulturelle Entwicklungsrichtung zwecks Aufrechterhaltung des durch die Wirtschaftsform der Großraumwirtschaft bedingten Verhältnisses von Herrschafts- und Dienstvolk.

Es wird das Ziel einer jeden auf eine optimale koloniale Rohstoffversorgung sowie auf die Erhaltung des Kolonialbesitzes schlechthin gerichteten Kolonialpolitik sein müssen, ganz bestimmten Entwicklungstendenzen in Afrika Einhalt zu gebieten. Das Ziel muß in erster Linie sein, den Schwarzen wieder zu seinem Volkstum zurückzuführen. Zur Erreichung des genannten Zweckes können verschiedene Wege beschritten werden, indem man einmal versucht, den Farbigen in seine alte neu aufzurichtende Gemeinschaft wieder einzufügen oder indem man auf der Grundlage der gegenwärtigen sozialen Daseinsform im Kolonialgebiet Reformen trifft mit der endgültigen Wirkung einer Ausschaltung jeglicher sozialer Spannungen.

Eine weitere Frage, die sich auf den zu erreichenden wirtschaftlichen Zweck einer kolonialen Großraumwirtschaft bezieht, knüpft an die Form der wirtschaftlichen Struktur des kolonialen Raumes an. In Verbindung mit einer Übersicht über die wirtschaftliche Beschaffenheit des kolonialen Raumes wird sich die mittelbar damit zusammenhängende Frage der wirtschaftlichen Angleichung von Mutterland und Kolonialbereich (Verlegung von Produktionsfaktoren des Mutterlandes und der Kolonien, Siedlungspolitik) ergeben.

Das Gebiet unserer ehemaligen Kolonien setzt sich aus folgenden Gebietsteilen zusammen:

> Deutsch-Ostafrika, Südwestafrika, Kamerun (brit. Mandatsgebiet), Kamerun (franz. Mandatsgebiet), Togo, Deutsch-Neu-Guinea, Samoa, Südseeinsel Nauru, Mikronesien.

Die allgemeine im großen und ganzen allen Gebieten gemeinsame Rohstoffgrundlage besteht hauptsächlich aus folgenden Gruppen:

> pflanzliche Öle, Holz, Wolle, Baumwolle, Hanf sowie ferner Phosphate, in geringeren Mengen auch Kautschuk und Gerbhölzer.

Über das Vorhandensein von Mineralien sind kaum Unterlagen vorhanden, allerdings sollen auf Grund von Forschungsergebnissen des Berliner Geologen Geheimrat Range gute Aussichten auf dem Gebiete des Bergbaues vorhanden sein. Hinzu kommt jedoch, daß durch den besonderen Charakter dieser Produktion sich im voraus die zu erwartende Rente schwer abschätzen läßt. Andererseits ist aber der Kupferbergbau in Otavi durch seine Förderung an Kupfer, Blei und Vanadium bekannt geworden.

Nun würden diese Tatsachen an sich nicht viel besagen, ohne daß man ihnen den deutschen Rohstoffbedarf gegenüberstellt.

Eine aus der Selbstversorgung hervorgegangene Verringerung gewissser Einfuhren würde keinesfalls einen absolut verringerten Bedarf widerspiegeln, da koloniale Rohstoffe, der Selbstversorgungskapazität gegenübergestellt, dann den Charakter einer nationalen Rohstoffreservestellung erhielten. Es ist hierbei unter Berücksichtigung des wehrwirtschaftlichen Gesichtspunktes besonders gedacht an die Aufspeicherung von Rohstoffen zu Friedenszeiten im Mutterlande. Gleichzeitig würden jene Rohstoffe besonders zu Friedenszeiten eine wertvolle Ergänzung der einheimischen Erzeugung darstellen können. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit der Erzeugung wird es sich fragen, inwieweit zu Friedenszeiten dem kolonialen Rohstoff der Vorrang einzuräumen ist. Von dem Ausmaß seiner Bevorzugung wird die im Selbstversorgungsbereich der Volkswirtschaft vorhandene Anzahl von Schattenbetrieben in gewissem Umfange von vornherein abhängig zu machen sein, da die bereits bestehenden Grundlagen eigener Erzeugung nicht übersehen werden dürfen.

An den Produktionsüberschüssen unserer ehemaligen Kolonien, den deutschen Einfuhrüberschüssen des Jahres 1936 gegenübergestellt, wird sich das ungefähre Ausmaß der kolonialen Rohstoffversorgung ablesen lassen [35]):

Rohstoffe	Gesamtausfuhr der Mandatsgebiete 1936 in to	Deutscher Einfuhr Überschuß 1936 in to	Anteil der Ausf. der Kolonien am dt. Einfuhrüberschuß in v. H.
Ölfrüchte, Ölsaaten u. Öle	240 000	1 740 500	14
Flachs, Hanf u. dergl.	84 000	196 700	43
Sisalhanf allein	82 000	31 400	261
Felle und Häute	10 000	135 500	7
Mineralphosphate	554 500	1 125 200	49
Baumwolle	14 000	310 000	4
Wolle und and. Tierhaare	2 000	122 000	2
Holz	35 000	2 504 900	1
Kautschuk	2 000	81 600	3

Auf Grund von Untersuchungen der im kolonialen Gebiet vorhandenen Erzeugungsmöglichkeiten ist festgestellt worden, daß die Produktion anderer Rohstoffe noch stark steigerungsfähig ist. Insofern kann der gegenwärtige Produktionsstand — selbst wenn man die Grenzen, die einer Ertragssteigerung an sich gesetzt sind, nicht übersieht —

[35]) Dr. Rudolf Eicke: „Warum Außenhandel?" 3. erweit. Auflg., 1937, S. 91.

nicht letzter Maßstab einer Rohstoffversorgung aus unseren kolonialen Gebieten sein. Das wird dadurch bekräftigt, daß die Mandatsmächte in unseren alten Kolonialgebieten nur solche Zweige der Erzeugung gefördert haben, die die Erzeugung der den Mandatsmächten gehörenden Gebiete ergänzten. So wird allgemein angenommen, daß der Anbau von Kautschuk in Deutsch-Ostafrika und Kamerun es Deutschland gestatten würde, von anderen Bezugsquellen unabhängig zu werden. Aus Schätzungen, die Geheimrat Schmidt getroffen hat, wäre auf Grund der allein in Kamerun vorhandenen Flächen fast der gesamte gegenwärtige Bedarf Deutschlands zu decken [36]). Ebenfalls wird angenommen, daß der Bedarf Deutschlands an Textilrohstoffen zum großen Teil aus dem alten Kolonialgebiet gedeckt werden kann. Es soll angeblich durch Erweiterung der Anbaufläche Deutschland ermöglicht werden können, seinen Baumwollbedarf zu 40% ausden Kolonien zu decken. Weiterhin könnten die Förderung der Schafzucht wie Maßnahmen zur Förderung der Viehwirtschaft schlechthin dazu beitragen, die Erzeugung von Wolle, Fellen und Häuten erheblich zu steigern. Gebietsmäßig gesehen, verteilen sich die Rohstofferträge in der Hauptsache auf Deutschost-, Deutsch-Südwestafrika sowie auf Kamerun, Togo und Neu-Guinea. Für Deutsch-Ostafrika steht die Gewinnung von Baumwolle, Hanf und Kautschuk im Vordergrund, für Deutsch-Südwestafrika die Rinder- und Schafzucht (Häute, Felle, Wolle), sowie der Mineralreichtum. In Kamerun werden hauptsächlich Palmöl, Palmkerne, Edelhölzer gewonnen, in Togo und Neu-Guinea tropische Rohstoffe verschiedenster Art.

Rohstoffstruktur der einzelnen Kolonialgebiete [37]).

(Rangfolge auf Grund der den Rohstoffen zugrunde liegenden Ausfuhrwerte)

Deutsch-Ostafrika

Rohstoffe der Ernährungswirtschaft: Kaffee, Erdnüsse, Körnerfrüchte (Reis).

Rohstoffe der gewerblichen Wirtschaft: Sisal, Baumwolle, Gold, Häute und Felle, Kopra, Wachs, Sesam, Körnerfrüchte, Palmkerne, Palmöl, Zinnerze, Bienenwachs, Diamanten.

Südwestafrika

Rohstoffe der Ernährungswirtschaft: Schlachtvieh (Rinder, Schafe, Ziegen), Butter, Fische, Kühlfleisch, Käse.

---

[36]) Zeitschrift der Gesellschaft für Völkerbundsfragen, Mai/Juli 1937, Nr. 192/206, S. 60.

[37]) Dr. Kurt Johannsen/Heinrich Kraft: „Das Kolonialproblem Deutschlands", S. 37.

Rohstoffe der gewerblichen Wirtschaft: Karakulfellchen, Diamanten, Vanadium, Zinn, Wolle, Schaf- und Ziegenfelle, Rinderhäute, Kupfererze, Blei, Walfischtran.

Kamerun (brit. Mandatsgebiet)

Rohstoffe der Ernährungswirtschaft: Bananen, Kakao.
Rohstoffe der gewerblichen Wirtschaft: Palmöl, Kautschuk, Palmkerne.

Kamerun (Franz. Mandatsgebiet)

Rohstoffe der Ernährungswirtschaft: Kakao, Erdnüsse, Bananen, Kaffee, Mais, Sesam, Rinder.
Rohstoffe der gewerblichen Wirtschaft: Palmkerne, Palmöl, Holz, Kautschuk, Tabak, Häute, Zinnerz.

Togo

Rohstoffe der Ernährungswirtschaft: Kakao, Tapioka, Rind- und Schaffleisch, Mais, Kaffee.
Rohstoffe der gewerblichen Wirtschaft: Palmkerne, Baumwolle, Kopra, Palmöl, Kapok.

Deutsch-Neu-Guinea

Rohstoffe der Ernährungswirtschaft: Kokosnüsse.
Rohstoffe der gewerblichen Wirtschaft: Gold, Kopra.

Samoa

Rohstoffe der Ernährungswirtschaft: Kakaobohnen, Bananen.
Rohstoffe der gewerblichen Wirtschaft: Kopra.

Südseeinsel Nauru

Rohstoffe der Ernährungswirtschaft: —
Rohstoffe der gewerblichen Wirtschaft: Phosphate, Kopra.

Mikronesien

Rohstoffe der Ernährungswirtschaft: Zucker.
Rohstoffe der gewerblichen Wirtschaft: Phosphate, Kopra.

Nach einer in der Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Völkerbundsfragen [38]) enthaltenen Angabe würde auf Grund vorsichtiger Schätzung bei intensiver Bewirtschaftung der Kolonialgebiete der Wert der Rohstofferzeugung etwa RM 500 Mill. jährlich, das wären etwa 15% der Einfuhr des Jahres 1936, betragen, während nach Berechnungen von Dr. Weigelt [39]) die Gesamtjahresleistung der alten

[38]) Mai/Juli 1937, S. 61.
[39]) s. „Beitrag zur Kolonialfrage" aus „Veröffentlichungen des Instituts für außenpolitische Forschung", (Artikel, Weigelt: „Koloniale Rohstoffversorgung"), S. 84.

Kolonialgebiete einen Wertbetrag von über 400 Mill. RM ausmachen würde.

Die volkswirtschaftlich erfolgreiche Nutzung kolonialer Rohstoffquellen sowie die zum großen Teil erforderlich werdende Intensivierung kolonialer Rohstoffgrundlagen wird viel menschliche Arbeit und ein gewisses Anfangskapital voraussetzen müssen. Da der weiße Mensch vor allen Dingen als leitender und gelernter Arbeiter in den Kolonien unentbehrlich sein wird, taucht in diesem Zusammenhang auch die Frage der Siedlung [40]) auf, die, ganz abgesehen von der Rohstoffproduktion, rein bevölkerungspolitische Bedeutung besitzt. Es ist jedoch eine sehr wichtige Erkenntnis, daß eigentliche Siedlungskolonien mehr der Befriedigung des Eigenbedarfs der weißen Siedler als des Rohstoffbedarfs des Mutterlandes dienen.

Wichtig ist in Verbindung mit dem Siedlungsgedanken und unter Voranstellung des wirtschaftlichen Großraumbegriffs die Stellung der Kolonien als Absatzmarkt. Träger des Absatzes wäre in diesem Fall der schwarze und auch der weiße Mensch, weil dieser insbesondere für die Verbreitung deutscher Fertigwaren sorgen würde. Die erhöhte Kauffähigkeit der Weißen, bemessen am deutschen Fertigwarenexport, kann sich einmal ergeben durch eine zwischen dem schwarzen und dem weißen Arbeiter vorhandene Lohnspanne, und zum anderen aus der mit zunehmenden Ertragszuwachs bewerkstelligten Steigerung der Erzeugung, die möglich ist, solange das Optimum noch nicht erreicht ist.

Die Bedeutung der Kolonien als Absatzmärkte des Mutterlandes kommt am besten darin zum Ausdruck, daß Deutschland im Jahre 1912 an der Gesamteinfuhr seiner Kolonie Deutsch-Ostafrika in Höhe von 50 309 000 Mk. mit 25 819 000 Mk.[41]) oder 51,3 % beteiligt war, während Deutschlands Einfuhranteil im Jahre 1935 bei einer Gesamteinfuhr Deutsch-Ostafrikas in Höhe von 2 990 000 £ mit 317 700 £[42]) nur noch 10,6% betrug. Die Gesamteinfuhr Kameruns betrug im Jahre 1912 34 242 000 Mk., davon die Einfuhr aus Deutschland 27 216 000 Mk. oder 79,5%; im Jahre 1935 belief sich die deutsche Einfuhrquote bei einer Gesamteinfuhr Kameruns (das wirtschaftlich wichtigere Kamerun des französischen Mandatsgebiets) von 88 621 000 fr. auf 5 626 000 fr.[42]) oder 6,4%. Die Bedeutung des kolonialen Absatzmarktes für Deutschland geht noch daraus hervor, daß im

[40]) Siedlungsmöglichkeit schlechthin unter den gegebenen klimatischen Umständen, mögliche Siedlungsweise, Siedlungstyp und Siedlungsfinanzierung).

[41]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1914, S. 456 ff.

[42]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1936, S. 282 ff. (internationale Übersichten).

Jahre 1935 das Britische Reich an der Einfuhr Deutsch-Ostafrikas mit 46,3%, an der Einfuhr Tanganjikas mit 29% beteiligt war [43]).

Wie wichtig die Kolonien für die deutsche Rohstoffbeschaffung sind, geht daraus hervor, daß im Jahre 1912 von einer Gesamtausfuhr Deutsch-Ostafrikas von 31 418 000 Mk. nach Deutschland Rohstoffe im Werte von 14 644 000 Mk. [44]) ausgeführt wurden. Somit gingen in diesen Jahre 46,6% der ostafrikanischen Gesamtausfuhr nach Deutschland. Im Jahre 1935 betrug die Gesamtausfuhr des ehemaligen Deutsch-Ostafrika 3 354 000 £, wovon auf Deutschland 250 000 £ [45]) oder 7,5% der Gesamtausfuhr entfielen. — Von einer Gesamtausfuhr Kameruns im Jahre 1912 in Höhe von 23 336 000 Mk. gingen nach Deutschland Rohstoffe im Werte von 17 964 000 Mk. [44]), also 77% der Gesamtausfuhr Kameruns. Im Jahre 1935 betrug die Gesamtausfuhr Kameruns (frz. Mandatsgebiet) 97 997 000 fr., wovon nach Deutschlad Rohstoffe im Werte von 6 047 000 fr. [45]) ausgeführt wurden, das sind 6,2% der Gesamtausfuhr Kameruns.

Kolonien würden, und das ist das Entscheidende, infolge der Fakturierung in Reichsmark die Rohstoffbeschaffung mindestens in Friedenszeiten sicherstellen, so daß infolgedessen und auf Grund der bereits zitierten Verbreiterung der deutschen Absatzgrundlage in den Kolonien eine beträchtliche Verringerung des Devisenaufwandes gegeben sein dürfte. Auf dem Wege einer Kaufkraftsteigerung beim deutschen Importeur wäre es dann vielleicht möglich, die Handelsbeziehungen, insbesondere unter Wegfall der bestehenden Form der Verrechnung, weiter auszubauen.

b) Einfuhr.

An letzter Stelle ist dann die Einfuhr aus fremden Volkswirtschaften zu nennen. Während über die Art der Rohstoffeinfuhr, die von dem tatsächlichen Bedarf diktiert wird, keine Unklarheit herrschen dürfte, könnten sich über ihren Umfang Zweifel ergeben. Theoretisch sind zwei Möglichkeiten denkbar:

> einmal, daß sämtliche, d. h. unter Ausschluß der eigenen zusätzlichen Versorgung, aber unter Einbeziehung der vorhandenen grundlegenden Versorgung, fehlenden und von der deutschen Volkswirtschaft benötigten Rohstoffe eingeführt werden,

---

[43]) Dr. Kurt Johannsen-Heinrich Kraft: „Das Kolonialproblem Deutschlands", 1936, S. 41.

[44]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1914, S. 455, 467.

[45]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1936, S. 282 ff. (internationale Übersichten).

zum anderen, daß alle bereits unter Einbeziehung der von Natur aus vorhandenen und gegenwärtigen zusätzlichen Versorgung fehlenden und benötigten Rohstoffe eingeführt werden.

Der erste Fall verdient im Interesse einer theoretischen Klarlegung erwähnt zu werden; praktische handelspolitische Bedeutung kommt jedoch nur der zweiten Möglichkeit zu.

Der Umfang der Rohstoffeinfuhr ergibt sich aus dem über die vorhandene inländische Bedarfsdeckung hinausragenden Bedarf, der unmittelbar in einem Erzeugungsmangel und mittelbar durch die Verwendung ungleichwertiger Substitute oder in einem Verzicht zum Verbrauche in Erscheinung tritt.

Die Befriedigung des Rohstoffbedarfs durch Einfuhr hat verschiedene Voraussetzungen zum Gegenstand, eine objektive sowie eine Reihe subjektiver Voraussetzungen.

Die objektive gründet sich auf die absolute Möglichkeit der Rohstoffbeschaffung, auf das weltwirtschaftliche Vorhandensein der betreffenden Rohstoffe und Rohstoffmengen und die Bereitwilligkeit des Auslandes zu liefern. Es muß in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Verminderung der noch abbaufähigen Rohstoffläger verwiesen werden. Wenn auch diese Tatsache als eine der gegenwärtigen Ursachen der deutschen Rohstoffknappheit zu betrachten ist, so ist doch, wie bereits besprochen wurde, der Grad ihrer Auswirkung relativ sehr gering. Die Produktionsstatistiken zeigen, daß es noch genug Rohstoffe auf den Weltwarenmärkten gibt, die sich Deutschland beschaffen könnte, soweit eben die Beschaffung lediglich durch die erörterte objektive Voraussetzung des Vorhandenseins bedingt wird.

Die Reihe der mit der Rohstoffeinfuhr verbundenen subjektiven Voraussetzungen geht aus der Rohstoffbeschaffungs- oder Kauffähigkeit des Abnehmerlandes hervor. Mit ihrer Erhaltung und womöglich Stärkung hängt zusammen die ständige Verfügungsmöglichkeit über Kaufmittel an auswärtigen Rohstoffmärkten. Solche Mittel können Devisen oder Gold sein. Devisen können aus Ausfuhrerlösen, aus von auswärtigen Staaten erhaltenen Krediten sowie aus dem Verkauf im Ausland befindlicher Kapitalsanlagen beschafft werden. Für Gold gilt das Gleiche, soweit keine eigene Produktion vorhanden ist.

Die Ansammlung eines dem Rohstoffeinfuhrbedarf entsprechenden Devisenvorrats setzt also beispielsweise eine Mindestausfuhr voraus. Da die Ausfuhr aber nicht nur von der Fähigkeit des Lieferanten (Ausfuhrpreis und Qualität), sondern auch von der Bereitwilligkeit

und dem absoluten Aufnahmevermögen des Abnehmerlandes abhängig ist, stellt die Einfuhr, da ihr Zustandekommen weitgehend der Einflußnahme des Rohstoffkäufers entzogen ist, kein in jedem Falle zuverlässiges Mittel der Rohstoffbeschaffung dar.

Die Aufnahme von Krediten täuscht keinesfalls darüber hinweg, daß die Ausfuhr unbedingt erforderlich ist. Ausländische Kredite sind nur zu erlangen, wenn Vertrauen vorhanden ist und die Zinssätze genügen, ganz zu schweigen von der Forderung politischer Konzessionen. Wenn Kredite des Auslandes helfen sollen, so ist erforderlich, daß sie langfristig sind und der Effektivzins keine übermäßige Belastung darstellt.

Außer durch Kreditaufnahme und Ausfuhrerlöse können Devisen noch durch Veräußerung im Auslande befindlicher Kapitalanlagen beschafft werden. Durch derartige Verkäufe könnte zwar das Land, das die Devisen benötigt, sich diese rasch beschaffen. Allerdings würde der Verlust der Kapitalanlagen für das betreffende Land auch den Verlust der früher aus diesen Anlagen regelmäßig eingehenden Zinsen zur Folge haben, die sich entweder in erhöhten Deviseneingängen oder erhöhten Einfuhren äußern. Zum Verkauf von Kapitalanlagen im Auslande sollte eine Volkswirtschaft nur im Notfalle schreiten, da durch den Verkauf der Volkswirtschaft Devisenwerte entzogen würden, die sie einmal im Falle eines dringenden Bedarfs benötigen könnte. Ein Notzustand, der die Veräußerung rechtfertigen würde, läge z. B. vor, wenn mit einem nahen Kriegsausbruch und demzufolge mit einem großen Rohstoffbedarf gerechnet werden muß. Eine Veräußerung könnte fernerhin bewirken, daß das Ausland sich nicht mehr wie bisher bereitwillig zeigen wird, dem betreffenden Lande Kredite zu gewähren, weil mit der Veräußerung dem Auslande auch die Sicherheiten für eine Kreditgewährung verloren gingen.

Verfügt ein Land nicht über eine eigene Goldproduktion, so können Goldvorräte nur durch eine aktive Leistungsbilanz entstehen. Die Wirkungen, die durch eine Verwendung der im Lande vorhandenen Goldbestände für Einfuhrzwecke einer Volkswirtschaft entstehen können, sind davon abhängig, ob das Gold Währungsmetall ist oder nicht.

Es wird einmal von einer Volkswirtschaft mit einer ausgesprochenen Goldwährung auszugehen sein. In innerwirtschaftlicher Beziehung dient das Gold infolge seiner geringen, wenigstens über kurze Zeiträume kaum fühlbaren Wertschwankung der Erhaltung einer

relativen Beständigkeit des Preisgefüges einer Volkswirtschaft. Diese auf die Erhaltung des durchschnittlichen Realeinkommens und im weiteren Sinne auf die Erhaltung der gesamtvolkswirtschaftlichen Einkommensbildung gerichteten Politik würde durch die Verwendung des Goldes für Einfuhrzwecke in Fortfall kommen, so daß dann zum mindesten die Gefahr einer willkürlichen Beeinflussung des Notenumlaufes nahe liegt.Zudem könnte anfangs eine Verminderung der Goldbestände eine fortschreitende Deflation herbeiführen mit allen sich daraus ergebenden nachteiligen Folgen, insbesondere auf die Entwicklung der Staatsfinanzwirtschaft. In außenwirtschaftlicher Beziehung würden — eine hohe Einfuhrabhängigkeit der betreffenden Volkswirtschaft vorausgesetzt — durch die Verminderung des Goldes, das das wichtigste internationale Zahlungsmittel ist, nicht nur die letzten Konsumtionsreserven hinweggerafft, sondern auch noch die letzte Brücke der betreffenden Volkswirtschaft zu anderen auswärtigen Volkswirtschaften zerschlagen werden, so daß am Ende einer derartigen Entwicklung eine sich selbst genügende Volkswirtschaft stünde. Vor allen Dingen aber würde außenwirtschaftlich durch die Inangriffnahme vorhandener Goldbestände die Möglichkeit der Beeinflussung einer dem außenwirtschaftlichen Erfordernis angepaßten Währungsrelation verloren gehen.

Anders dagegen liegt der Fall, wenn in einer Wirtschaft dem Golde jeder selbständige Einfluß auf die Entwicklung des Zahlungswesens genommen ist. Das Gold dient hier entweder, wie in den meisten europäischen Abwertungsländern, in erster Linie der Erhaltung für den Außenhandel günstiger Währungsrelationen (Währungsausgleichsfonds-Politik), oder aber es wird ihm, wie beispielsweise in Deutschland und in den meisten südosteuropäischen Staaten, durch die Devisenzwangswirtschaft jede Möglichkeit einer automatischen Beeinflussung der Wirtschaft genommen. Daß im letzteren Falle dem inländischen Zahlungsverkehr keine Bindungen mehr an das Gold auferlegt sind, liegt auch in der Natur der Devisenzwangswirtschaft begründet, die ein größeres Angebot an inländischen Zahlungsmitteln ermöglicht, ohne daß das Angebot nach außen hin in Erscheinung tritt. Die Beseitigung der Bindungen der Währung an das Gold in Deutschland sowie in viele nanderen Ländern erscheint auch im Hinblick auf die Alliierten-Politik nach dem Kriege, die eine Gruppierung der Länder in goldarme und goldreiche Länder zur Folge hatte, gerechtfertigt.

Für die beiden in diesem Abschnitt genanten Fälle darf jedoch nicht übersehen werden, daß das Gold zunehmend die Eigenschaft einer nationalen Reserve für wehr- und kriegswirtschaftliche Zwecke annimmt [46]).

Der vorstehende kurze Überblick zeigt, daß die Einfuhr keinesfalls als ein Mittel gesicherter Rohstoffbeschaffung in Betracht kommen kann, da sie überwiegend von Voraussetzungen abhängig ist, die dem Einfluß der eigenen Wirtschaftspolitik nicht unterliegen. Soweit die Einfuhr den Zwecken der Rohstoffbeschaffung dienen soll, wird sie lediglich als ein Mittel zur Ergänzung eigener Rohstoffvorräte heranzuziehen sein.

---

[46]) vgl. Bericht der Reichs-Kredit-Gesellschaft A.G., Berlin: „Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 1938", S. 57 u.

IV. Deutschlands Maßnahmen zur Bekämpfung des Rohstoffmangels.

1. Verringerung des Bedarfs an ausländischen Rohstoffen.

a) Rohstoffhaushaltung.

Wirtschaftliche Ausnutzung der Rohstoffe durch Eingriffe in Erzeugung und Verbrauch.

Ziel der Rohstoffhaushaltung ist, den vorhandenen Rohstoffbedarf möglichst zu sichern. Mit anderen Worten, es sollen Bedarfsspannungen auf diesem Gebiete trotz des Rohstoffmangels möglichst ausgeschaltet werden. In vielen Fällen wird man allerdings wohl nicht umhin können, in erster Linie gewisse Vorrangsbedürfnisse zu berücksichtigen.

Die Sicherung des Bedarfs wird durch eine weitgehende Rationalisierung des Rohstoffverbrauchs bedingt. Das hat durch Maßnahmen in der Sphäre der Erzeugung und des Verbrauchs zu geschehen. Die Notwendigkeit derartiger Maßnahmen auch auf dem Gebiete des Verbrauchs geht schon daraus hervor, daß der in der Erzeugung u. U. erzielte Nutzeffekt durch eine unsachgemäße Behandlung der Erzeugnisse und unzweckmäßige Wahl des Verbrauchs durch den Konsumenten zum großen Teil wieder verloren gehen könnten. Sowohl öffentliche Stellen als auch Unternehmer werden auf den beiden genannten Gebieten auf eine rationelle Verwertung des vorhandenen Rohstoffmaterials hinwirkenmüssen. Öffentliche Stellen können durch Erziehung eine zweckmäßige Verarbeitung durch den Produzenten und eine möglichst sorgsame Behandlung der Erzeugnisse sowie eine zweckmäßige Auswahl der Güter durch den Verbrauch bewirken. Auch werden mit Hilfe einer entsprechenden Rohstoffzuteilung öffentliche Stellen den Unternehmer in gewissem Umfang zur Rationalisierung anhalten können. Da der Unternehmer infolge von Beschaffungsschwierigkeiten von sich aus für eine möglichst weitgehende Rohstoffersparnis sorgen muß, wird er selbst neue, Rohstoff ersparende Erzeugungsmethoden suchen. Es wird im großen und ganzen darauf ankommen, das vom Verbraucher begehrte Produkt trotz verringerter

Vorräte bereitzustellen; das kann unter Berücksichtigung der Rohstoffersparnis durch Herstellung veränderter Erzeugnisse geschehen, mit denen aber keineswegs eine Minderung des früheren Verbrauchszwecks verbunden zu sein braucht, sowie ferner durch veränderten Einsatz und Gestaltung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. Im letzten Falle können wieder öffentliche Stellen helfend eingreifen, wie vor allem das Beispiel der deutschen Arbeitseinsatzpolitik zeigt. Eine sorgfältige Berufsberatung als das Kernstück jeder Arbeitseinsatzpolitik kann sehr viel zur Rationalisierung der Rohstoffverarbeitung beitragen. — Nicht zuletzt kann ein Rohstoffmangel durch geschickte Maßnahmen zur Lagerung des Rohstoffs gelindert werden. Auf die Frage der Lagerung wird in diesem Abschnitt später im Zusammenhang mit Maßnahmen der Überwachungsstellen eingegangen werden.

Ein Beispiel wirtschaftlicher Rohstoffverarbeitung bildet Nickel, das bisher u. a. benötigt wurde für Werkstöcke, die bei hoher Temperatur zunderfest sein sollten und hohen Belastungen ausgesetzt waren. Man hat hier durch verfeinerte technische Konstruktionen, d. h. im besonderen durch geschickte Unterteilung, günstigere Dimensionierungen einen Ausweg gefunden, durch den dieses nur knapp vorhandene Metall fast völlig überflüssig geworden ist[1]). Als ähnliches Beispiel sind die Bemühungen im Autobau anzuführen, wo es gelungen ist, durch Herabsetzung des Luftwiderstandes des Autos auf ein Minimum eine große Brennstoffersparnis zu erzielen und ebenso durch richtige Vergasereinstellung sowie durch die richtige Wahl von Benzin, Getriebe usw. eine Schonung von Motor und Reifen zu bewirken. So hat Prof. Everling mit Hilfe einer von ihm vorgeschlagenen Autokonstruktion versucht, den Vorteil eines geringen Luftwiderstandes mit der Wirkung weitgehender Einsparungen von Metallen zu verknüpfen. Neuerdings erblickt man den Vorteil einer erhöhten Brennstoffersparnis vor allem in der zunehmenden Verwendung von Leichtmetallen im Autobau[2]). Ein ebenfalls markantes Beispiel kann aus dem Bereich der Wärmewirtschaft berichtet werden, wo man zur Erzielung eines gleichen energiewirtschaftlichen Effekts heute rund 25—30% Kohlen weniger benötigt als noch 1913 oder 1920—1925[3]). U. a. verdienen noch die Versuchsausführungen von mit Kunststoff ummantelten Kabeln und Leitungen erwähnt zu werden, die, falls

[1]) Der Vierjahresplan, 2. Jahrg., Nr. 2, Februar 1938, S. 85.
[2]) Der Vierjahresplan, 2. Jahrg., Nr. 2, Febr. 38, S. 85.
[3]) Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 12. Jahrg. 1937/38, Heft 3.

sie sich bewähren, zur größeren Bleiersparnis beitragen können[4]). Beispiele wirksamer, allerdings langfristiger Rationalisierung des Stoffverbrauchs, sind dem Bereiche der Holzwirtschaft zu entnehmen. So ist in dem Gesetz vom 18. Januar 1934 gegen die Waldverwüstung, vorgesehen, daß entgegen den Bestimmungen abgeholzter Wald auf Kosten des Eigentümers wieder aufgeforstet werden muß und daß der Staat bei zersplittertem Waldbesitz die Gründung von Waldgenossenschaften verlangen kann. Wichtig ist insbesondere auf diesem Gebiet der kürzlich aufgestellte, die Staatsforsten betreffende Zehnjahresplan, der eine waldbauliche Planung mit dem Ziel der Erhöhung des Mischwaldbestandes zum Gegenstand hat.

Daß die Technik und damit verbunden die Form des zur Erzeugung vorhandenen Kapitals in hohem Maße dazu beitragen kann, die Rationalisierung des Rohstoffverbrauchs voranzutreiben, haben vorhergehende Beispiele gezeigt.

Entsprechende Herstellungsanweisungen an die Arbeiter, Schaffung eines durch geregelte Ausbildungsgänge begründeten Arbeiterstammes, Schulung des mit dem Rohstoff umgehenden Personals sind wichtige Bestandteile jeder Betriebspolitik und tragen ebenfalls zur Rationalisierung der Rohstoffverarbeitung bei.

Die vorgenannten betriebspolitischen Maßnahmen werden in der Regel durch eine zweckmäßige Lagerpolitik (Schaffung eines eisernen Bestandes und Verteilung der Vorräte nach einem bestimmten Schlüssel) ergänzt werden müssen. Es darf hierbei eine auf die Eigenart des Rohstoffs Rücksicht nehmende Lagerungsweise nicht außer Acht gelassen werden. Die Art der Lagerung wird heute schon zum Teil von den Überwachungsstellen selbst vorgeschrieben[5]), andererseits wäre es nur natürlich, wenn auch auf diesem Gebiet Unternehmer diese oder die andere Maßnahme der Rationalisierung von selbst treffen, da sie ja, wie bereits zu Anfang erwähnt, durch die kontingentierte Zuteilung seitens der Überwachungsstellen zur Haushaltung gezwungen sind. Ein wichtiges Mittel zur Rationalisierung des Rohstoffverbrauchs haben übrigens die Überwachungsstellen in der Hand durch die Erteilung von Verbrauchsbewilligungen, die nur dann dem Antragsteller bewilligt werden, wenn der Betreffende den erwünschten Rohstoff auf die Herstellung von bestimmten Warengattungen verwendet. Auf diese

[4]) Kunststoff-Wegweiser 1937, verb. Aufl., Verlag Chemie G. m. b. H., Berlin, S. 45.

[5]) s. u. a. Anordnung Nr. 42 der Überwachungsstelle für Kautschuk und Asbest, s. Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger 3. Januar 1938.

Weise wird neben der Sicherstellung des Verwendungszwecks die Nutzung des Rohstoffes über einen gewissen Umfang hinaus verhindert und eine Rohstoffmaterialersparnis erzielt.

Daß im Rahmen einer organischen Verteilung und Verwendung auch der Verbraucher zu einem bestimmten der Rohstoffhaushaltung entsprechenden Verhalten gezwungen wird, darf nicht übersehen werden. Eine andere Frage ist es, ob die vom Verbraucher getroffene Haushaltung immer zweckmäßig ist. Hier werden am besten, worauf schon zu Anfang des Abschnittes hingewiesen wurde, öffentliche vielleicht vom Handel weitergegebene Hinweise an den Konsumenten vermitteln müssen. Im übrigen aber wird für die Beurteilung des Ergebnisses einer wirtschaftlichen Rohstoffnutzung durch den Verbraucher, dessen völkische Einsicht von ausschlaggebender Bedeutung sein. —

Erfassung und Wiederverwendung vom Altmaterial und Abfällen.

Maßnahmen zur Erfassung von Abfällen und Altmaterial werden unter Zugrundelegung des bereits genannten Ziels der Rohstoffrationalisierung verständlich; ihnen liegt die in Aussicht genommene Form einer wirtschaftlichen Neuverwendung zugrunde. Daraus geht aber hervor, daß nicht in erster Linie die Frage der technischen Aufbereitung des vorhandenen Altmaterials entscheidet, sondern die Wirtschaftlichkeit des Verfahrens, mit anderen Worten das Verhältnis von Kosten der Altmateriabeschaffung und Verarbeitung zum Wert des aus dem neuen Rohstoff gewonnenen Produkts. Demgegenüber steht die aus devisenpolitischen Gründen hervorgegangene Schwierigkeit der Beschaffung im Ausland; insofern erfährt die Kostenfrage der Altmaterialerfassung eine gewisse Abschwächung, obwohl sie niemals ganz außer Acht gelassen werden kann.

Hauptverbraucher an Altmaterial ist die Eisen- und ein überwiegender Teil der Metallindustrie sowie vor allem auch die Textilindustrie; dies geht deutlich aus den Verbrauchsziffern hervor [6]).

Schrottverbrauch der Eisenindustrie im Jahre 1936	926 000 to
Einfuhrüberschuß an Schrott	(288 000 to)
Verbrauch der Kupfer-, Blei- und Silberhütten an kupferhaltigen Alt- und Bruchmetallen im Jahre 1936	60 000 to
Verbrauch der Metallschmelzereien an Altmaterial und Abfällen im Jahre 1936	51 000 to
Verarbeitung von Lumpen in der Textilindustrie im Jahre 1936	270 000—300 000 to
mit einem Anfall von etwa verspinnbaren Fasern	135 000—150 000 to

[6]) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1937, S. 149.

Hinzu kommt noch der für den Bereich der Altmaterialverwertung sehr wichtige Anfall an Altpapier und Altkautschuk. In Anbetracht des sehr hohen Verwendungsbereiches von Knochen wird Knochensammlungen verstärktes Interesse geschenkt. Der Gesamtbedarf an Knochen, der sich aus dem Bedarf der Leim-, Autoklaven- sowie der Futtermittelindustrie zusammensetzt, liegt je nach dem Beschäftigungsgrad zwischen 100—150 000 to im Jahre [7]), während im Monat März 1938 allgemein auf Grund der Schulsammlungen ein Ergebnis von 190 675 kg erzielt worden ist [8]). Aus Knochen und in der Verarbeitung anfallenden Nebenprodukten wird gewonnen:

> Knochenfett mit den Nebenprodukten Glyzerin, Stearin, Olein, Stearinpech, Seife, und daraus wird weiter verarbeitet Nitroglyzerin, Appreturen für Textil und Leder, Druckfarben, Farbbänder, kosmetische Sachen, pharmazeutische Artikel, Konservierungsmittel, Seifen, besonders Rasierseifen, Buchdruckwalzen, Kitte sowie weiter aus Glyzerin Bremsflüssigkeiten für Geschütze, Heizbedarf für Feldküchen usw. [9]).

Daraus dürfte bereits die Wichtigkeit des Knochenanfalls hervorgehen.

Lumpen, deren hauptsächlichster Bedarfsträger die Textilindustrie ist, werden einmal zu Reißwolle, aber auch zu Polsterwolle oder Polsterwatte verarbeitet. Weiter werden auch aus weißen und bunten Lumpen Putzlappen durch die Industrie hergestellt. Neben der Textilindustrie tritt als Bezieher von Lumpen die Papier- und Pappensowie in allerdings geringerem Maße noch die Preßstoffindustrie in Erscheinung. Die Bedeutung des Lumens als Abfallstoff geht nicht allein aus der schon wiedergegebenen Verarbeitungsziffer der Textilindustrie hervor, sondern auch aus der Tatsache, daß im Jahre 1935 der deutsche Lumpenhandel für etwa 80 Millionen Reichsmark Ware abgesetzt hat [10]). — Eine neue Altstoffverwendungsform stellt die mit Hilfe eines besonderen Bindemittels durchgeführte Verarbeitung von Holzabfällen zu Hartfaserplatten dar, aus denen Möbel gefertigt werden, die erstmalig auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1938 gezeigt worden sind [11]).

Die Erfassung des Altmaterials, die eng mit der Kostenfrage verknüpft ist, gestaltet sich einigermaßen schwierig dadurch, daß man die vermutlich größte Quelle des Altstoffanfalls, den Haushalt der

[7]) Zeitschrift „Das Rohproduktengewerbe", Ausgabe B, 1. 10. 37, S. 9.
[8]) dto. Heft 15, 15. 4. 38, S. 2.
[9]) Zeitschrift „Das Rohproduktengewerbe", Ausgabe B, 1. 10. 37, S. 9.
[10]) dto. S. 11.
[11]) dto. Heft 11, 18. 3. 38, S. 4.

Einzelwirtschaft, nicht in vollem Maße nutzen kann. Außerdem ist die Erfassung des Altmaterials in den kleinen Handwerksbetrieben und Büros schwierig, während die Frage der Altmaterialerfassung in Großbetrieben und erst recht in kommunalen Betrieben infolge der verhältnismäßig größeren Übersichtlichkeit keinen derartigen Schwierigkeiten begegnet. Die Altmaterialerfassung hat in Zukunft daher in erster Linie den Einzelhaushalt zu berücksichtigen. Welche Bedeutung die Altmaterialerfassung für die deutsche Volkswirtschaft erlangt hat, geht schon daraus hervor, daß man eigens zu diesem Zweck eine Organisation gegründet hat (Fachgruppe Alt- und Abfallstoffe und Fachuntergruppen), an deren Spitze sich ein Reichskommissar für Altmaterialverwertung (Ziegler) befindet, dem Gaubeauftragte für die Altmaterialerfassung unterstehen.

Zur Erfassung des Altmaterialanfalles steht in erster Linie der Rohproduktenhandel zur Verfügung, der sich aus Kleinhändlern (Sammler), Mittelhändlern (Platzhändler) und Großhändlern zusammensetzt. Während der Kleinhändler in erster Linie die Sammlung und Sortierung des in den Haushalten vorgefundenen Materials vornimmt, befaßt sich der Mittel- und Großhändler bereits mit dem Materialanfall, der sich aus Abbrüchen, Abwracken von Schiffen sowie aus Sammlungen bei privaten industriellen und kommunalen Betrieben ergibt. Eine besondere Gewährleistung für die bessere Erfassung des vorhandenen Altmaterials kann man in den für den Rohproduktenhandel neuerdings geltenden Vorschriften erblicken, die u. a. hauptsächlich auf der Einführung von Pflichtsammelbezirken (Verpflichtung des Händlers, jeden Haushalt im Pflichtbezirk mindestens einmal im Monat aufzusuchen) und der Mitnahmepflicht (Sammler hat nach jeder Art von Altmaterial zu fragen und es abzunehmen) beruhen [12]). Weitere Einrichtungen der Erfassung von Altmaterial bilden Schulsammlungen, Sammlungen der Partei bzw. ihrer Gliederungen (S.A., H.J.) und die Aufstellung von Rohstoffsparbüchsen. Größere Mengen von Altmaterial sind auch im Laufe von Entrümpelungsaktionen (Luftschutzentrümpelungsaktion) zum Vorschein gekommen; auf diesem Wege sollen z. B. größere Schrottmengen dem Verbrauch zugeführt worden sein. Eine weitere Form der Altmaterialerfassung ist durch die Form der Verbrauchsregelung gegeben, wie sie durch die Überwachungsstelle für Kautschuk und Asbest (Anordnung Nr. 44 der Überwachungsstelle für Kautschuk und As-

[12]) „Das Rohproduktengewerbe", 14. 1. 38, S. 2/3.

best vom 3. 1. 38 [13]) erlassen worden ist, wonach die Verwendung von Gummiabfällen, Altgummi u. a., mit der Erlangung einer Verbrauchsbewilligung unter gleichzeitiger Regelung der Verarbeitung verbunden ist. Daß man sich zur Erfassung wichtigen Altmaterials auch der Kartelle bedienen kann, zeigt ein Beispiel aus der italienischen Praxis; man hat dort vor kurzem ein Händlerkartell für Matratzenwolle gebildet, dessen Aufgabe vor allem darin besteht, zwischen den Händlern und Organen der Erzeugung sowie innerhalb der Händler selbst wirksam zu vermitteln.

Ein Hindernis der vollkommenen Altmaterialerfassung in Haushalten ist vor allem darin zu erblicken, daß in Anbetracht des geringen Wertes, den der Händler für Altmaterial, inbesondere Papier vergütet, die Hausfrau das vorhandene Altmaterial, in der Hauptsache Papier, der Eigenverwendung, zumeist in Form der Verbrennung, zuführt. Der Händler kann andererseits infolge der durch Sortierung, Lagerhaltung und Finanzierung entstandenen Kosten, die oft im Verhältnis zu seinem Erlöse sehr hoch sind, keinen besseren Preis vergüten. Dem Umstand der Vernichtung volkswirtschaftlicher Werte, der zum Teil erklärlich ist, kann vielleicht in großem Maße abgeholfen werden durch Aufrufe, die an die Hausfrau gerichtet sind und in denen die Erfüllung der nationalen Pflicht besonders hervorgehoben wird. Eine weitere Schranke, die einer Altmaterialverwertung aus Anfällen von Handwerk und Industrie gegenübersteht, soll darin bestehen, daß es sich für diese Zweige nicht lohnt, ihre Abfallstoffe abzusetzen infolge der im Vergleich zum wiedergewonnenen Wert relativ hohen Kosten für Fracht und Arbeitsgang [14]). Im allgemeinen wird man sagen können, daß die Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Altmaterialverwertung weniger in der Verarbeitung oder technischen Aufbereitung als in der Erfassung und Zuführung zur Verarbeitung liegen. Letzteres wird bedingt durch die Verknüpfung der Altmaterialerfassung mit einem fast unabänderlich erscheinenden oder in einem geringen Spielraum sich bewegenden Kostenniveaus, das in Anbetracht der Notwendigkeit der Erhaltung einer gewissen Lohnhöhe des Kleinhändlers oder Sammlers außerhalb einer Erörterung steht. Eine vollkommenere Erfassung des vorhandenen Altmaterials ist daher nur auf dem Wege ehrenamtlicher (Einsatz von Parteiformationen) oder gering bezahlter nebenberuflicher Tätigkeit denkbar. Eine auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Altmaterialerfassung hin-

[13]) Zeitschrift „Das Rohproduktengewerbe", Heft 12, 25. 3. 38, S. 7.
[14]) „Das Rohproduktengewerbe", Ausgabe B, 1. 10. 37, S. 6.

weisende Propaganda in Form von Filmen, Plakaten und Druckschriften ist möglicherweise geeignet dem gesteckten Ziel näherzukommen.

b) Kontrolle der Verwendung der vorhandenen Rohstoffe, vor allem durch die Überwachungsstellen.

Wenn nur in geringem Umfange Rohstoffe vorhanden sind und andererseits der vor allem dringliche Rohstoffbedarf zu befriedigen ist, so erfordert die Sicherung dieses Rohstoffbedarfs, daß u. a. Regelungen hinsichtlich der künftigen Verwendung des Rohstoffs getroffen, aber auch entsprechende Möglichkeiten zwecks Überwachung der vorgesehenen Verwendung geschaffen werden. Die Kontrolle der Verwendung wird zunächst zur Sicherung des Bedarfs die Berücksichtigung derjenigen Rohstoffe zum Gegenstand haben müssen, die für den dringlichen Bedarf benötigt werden. Eine weitere Aufgabe der Verwendungskontrolle ist es, nicht nur die dringend benötigten Rohstoffe zu erfassen, die bisher auf die Erzeugung von weniger wichtigem Rohstoffbedarf verwandt wurden, sondern darüber hinaus für einen Ersatz der aus dem weniger wichtigen Bedarf nunmehr entfernten Rohstoffe zu sorgen. Naturgemäß werden im letzten Falle, soweit dadurch keine Minderung des Bedarfszwecks erfolgt, nur solche Rohstoffe in Frage kommen, die in größerem Umfange verfügbar sind.

Zur Durchführung der Kontrolle der Verwendung werden entsprechende Verteilungsvorschriften erlassen werden müssen, die vor allem Beschaffung, Verarbeitung und Absatz betreffen; die Verwendungskontrolle wird sich somit von der unmittelbaren Beeinflussung der Erzeugung bis zur mittelbaren des Verbrauchs zu erstrecken haben. Die Kontrolle der Verwendung wird dabei außer der qualitativen auch die quantitative Rohstoffzuteilung regeln. Insofern werden bei der Behandlung dieser Probleme Überschneidungen mit dem vorhergehenden Abschnitt „Wirtschaftliche Ausnutzung der Rohstoffe durch Eingriffe in Erzeugung und Verbrauch" nicht zu vermeiden sein. Vorausgeschickt sei noch, daß, von einigen Ausnahmen abgesehen, die Ausführungen über Verwendungskontrolle wie auch die vorhergegangenen Abschnitte in erster Linie das Gebiet der gewerblichen Rohstoffe betreffen. Es ist nur dieser Sektor der Rohstoffwirtschaft berücksichtigt worden, weil es hier nicht auf die Behandlung sämtlicher auf diesem Gebiet getroffenen Maßnahmen, sondern lediglich auf die Hervorhebung der Methode ankommt.

Da die deutsche Rohstoffbeschaffung in erster Linie außenwirtschaftlich orientiert ist, so mußte die Verwendungskontrolle auch zu-

nächst von den Überwachungsstellen ausgehen. Die von den Überwachungsstellen ergriffenen Maßnahmen zur Kontrolle der Rohstoffverwendung sind somit aus der Lenkung der Einfuhr hervorgegangen. Die Lenkung der Einfuhr erklärt sich ohne weiteres aus der schärferen Formulierung unserer außenwirtschaftlichen Politik nach Einführung des „neuen Planes", indem im Sinne einer verschärften Rationierung der verfügbaren Devisenbestände eine Regelung der Einfuhr in quantitativer, qualitativer, lokaler und zeitlicher Hinsicht zu erfolgen hatte. Daß die Befolgung dieser Prinzipien die Rohstoffwirtschaft des Binnenmarktes nicht unberührt lassen konnte, sofern es galt, Reibungen zu verhindern, die sich aus der Durchführung der vorhergenannten Gesichtspunkte hätten ergeben können, wird an dem Stadium einer sich ausdehnenden Rationierung erkennbar.

Die juristische Grundlage für Eingriffe zur Regelung der Verwendung bildete das Gesetz über den Verkehr mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten vom 22. März 1934. Der Reichswirtschaftsminister wurde ermächtigt, Beschaffung, Verteilung, Lagerung, Absatz und Verbrauch zu überwachen und zu regeln. Nun steht hierbei im Vordergrund die Frage der Auslese der zu treffenden Maßnahmen in qualitativer und quantitativer Hinsicht. Diese Frage ist nicht nur für die Rohstoffbeschaffung, sondern für das gesamte Wirtschaftsgeschehen überhaupt von Bedeutung, jedenfalls von grundsätzlicherer Bedeutung, als es im Augenblick erscheinen mag, wenn man die zwecks Rationalisierung der Rohstoffbeschaffung getroffenen Maßnahmen nicht ausschließlich einzeln und im engsten Rahmen hinsichtlich ihrer Wirkung zur Linderung der Rohstoffnot betrachtet.

Um den tatsächlichen Bedarf in Einklang mit der uns durch die Entwicklung unserer außenwirtschaftlichen Lage aufgezwungenen Bewirtschaftung zu bringen, erschien es erforderlich, den Überwachungsstellen zur Erfüllung ihrer Funktion eine Marktübersicht zu verschaffen, die durch die Begründung von Meldepflichten hergestellt wurde. Zur Lenkung der Verwendung und der Sicherung dieses Zieles mußten noch eine ganze Reihe verschiedener Einzelmaßnahmen getroffen werden, deren Fäden jedoch alle in dem einen obengenannten Ziele einer Lenkung des Marktgeschehens im Innern zusammenliefen.

Die Lenkung der Verwendung wurde zunächst durch Zuteilung von Einkaufsgenehmigungen bewerkstelligt. Weiter wurden, besonders auf dem Gebiete der Metallwirtschaft, Maßnahmen wie Verbrauchskontingentierungen, Verarbeitungsvorschriften, Verfügungsbeschränkungen über vorhandene Lagervorräte, Festsetzung von Richtpreisen getroffen. Dem Charakter dieser Maßnahmen ist die

immer tiefer gehende Möglichkeit eines Eingriffs in das Betriebsgeschehen und damit in die gesamtwirtschaftliche Entwicklung überhaupt zu entnehmen; mag dies sich volkswirtschaftlich in bezug auf die Entschlußfreiheit des Unternehmers nachteilig auswirken, so fragt es sich gleichzeitig, ob anders, also durch weniger einschneidende Maßnahmen, der Verwendungszweck in demselben Umfang hätte sichergestellt werden können.

Eine, wenn auch nur mittelbare Beeinflussung der Verwendung liegt vor in Form der Erteilung von Einkaufsgenehmigungen, die die Erzeugung bereits in eine bestimmte Richtung zwingen. Alle weiteren Vorschriften wie Verbrauchskontingente, Verarbeitungsvorschriften, Verfügungsbeschränkungen über Lagerbestände haben nun nicht mehr ausschließlich die Richtung der Erzeugung zum Ziel, sondern darüber hinaus die Anweisung des Gleises, auf dem sich diese Erzeugung zu bewegen hat. Mit anderen Worten: es sind Maßnahmen hinzugetreten, die ursprünglich als eine Ergänzung zu Maßnahmen der Einfuhrsteuerung gedacht waren, die sich allerdings bei der Tiefenwirkung ihres Einflusses immer mehr von ihrem ursprünglichen Zweck zu entfernen drohen. Es besteht hier immerhin die Möglichkeit, daß mit einer Erweiterung der Maßnahmen zu einem „System" eine weitgehende Erstarrung des wirtschaftlichen Gefüges stattfände. Das könnte dann der Fall sein, wenn vielgestaltige Bewegungsvorgänge einer Wirtschaft, ihrem zukünftigen Umfang entsprechend, von vornherein abgezirkelt werden.

Insbesondere könnte eine Gefährdung der Rohstoffversorgung vorliegen, wenn im Gefolge solcher Maßnahmen, denen diese Tendenz übrigens eigen ist, gleiche Schemata auf verschiedenartig gelagerte Fälle übertragen werden, denn es darf nicht übersehen werden, daß auch bei weitestgehender Einsichtnahme der Bedarfsverteilungsstelle (Überwachungsstelle) in den Betrieb Kräfte nicht hinreichend berücksichtigt werden, die im Betriebe oder in den Absatzverhältnissen liegen und sehr veränderungsfähig sein können. Es könnte also durch Maßnahmen im obigen Sinne gerade das Gegenteil von dem, was man von ihnen erhofft, ausgelöst werden, nämlich eine zusätzliche Rohstoffnot. Diese Gefahr ist in zunehmendem Maße dann vorhanden, wenn die Regelungen überwiegend vertikal zusammenhängende Stufen der Erzeugung betreffen. Die beste Gewähr für eine weitreichende Erfüllung des gesteckten Zieles einer sinnvollen Verwendung des Rohstoffs bietet aber letzten Endes die Persönlichkeit des verantwortungsbewußten Unternehmers.

Es wird gewiß als zweckmäßig und vielleicht auch unentbehrlich zu erachten sein, daß die Kontrolle der Verwendung sich auf den Erlaß von Rahmenvorschriften gründet, die die Entschlußfreiheit des Unternehmers nicht allzu sehr einengen.

Im folgenden sollen unter Zugrundelegung der behandelten Gesichtspunkte einige Regelungen, die auf den wichtigsten Gebieten der Rohstoffwirtschaft getroffen worden sind, kurz beleuchtet werden. Vorher sei erwähnt, daß man sich zur Kontrolle und Sicherstellung der Verwendung nicht nur Maßnahmen bedient hat, die die Bemessung des Verbrauchs in qualitativer und quantitativer Hinsicht (das quantitative Moment stellt zwar inhaltlich eine Überschneidung mit dem ersten Unterabschnitt der Rohstoffhaushaltung dar, kann aber von der Kontrolle der Verwendung, die sich u. a. des Verbrauchskontingents bedient, nicht losgelöst werden), die Festsetzung der Verarbeitungsmenge, Beaufsichtigung der Lagerbestände zum Gegenstand haben, sondern daß man sogar auch zum Mittel der Zwangskartellierung auf dem Gebiete der Herstellung von Kraftfahrzeugreifen gegriffen hat, um im Zusammenhang mit Herstellungsvorschriften der Überwachungsstelle für Kautschuk und Asbest zur völligen Sicherstellung des Verwendungszwecks zu gelangen. Zu derartigen Maßnahmen wird man zur Erzielung des gesetzten Zwecks um so eher gelangen müssen, je mehr das Gebiet der Rohstoffwirtschaft, das einer Regelung in diesem Sinne unterworfen ist, regional und größenmäßig verschieden untergegliedert ist.

Was für weite Kreise hier bis in den Investitionsbereich vordringende Vorschriften zur Kontrolle der Verwendung unter Umständen ziehen können, zeigt das auf die Faserstoffverordnung folgende Spinnstoffgesetz vom 7. Dezember 1935, in das die bereits in der Faserstoffverordnung enthaltenen Vorschriften über die Arbeitszeit, Lohnverhältnisse, Betriebserweiterung übernommen wurden.

Daß die Kontrolle der Verwendung auch aus ihrem starren Gefüge herausgenommen worden ist, um sie zu einem Mittel der Lenkung zu vervollkommnen, zeigt die Möglichkeit der Überwachungsstelle für Wolle und andere Tierhaare, im Benehmen mit der Wirtschaftsgruppe Textilindustrie und der Überwachungsstelle für Seide, Kunstseide und Zellwolle genehmigte Verarbeitungsmengen zu kürzen, sofern für die Herstellung andere Gespinste, insbesondere Mischgespinste, verwendet werden können. Hier liegt inhaltlich wieder eine Überschneidung, allerdings mit dem Abschnitt „Umlenkung des Konsums vom ausländischen Zuschußbedarf zum nationalen Produkt" vor. Daß diese Vorschriften zugleich sehr stark die Frage der Ver-

wirklichung des Rechtes auf Arbeit berühren mit sämtlichen sich daraus ergebenden Folgerungen, wird ohne weiteres erkennbar.

Deutsche Schurwolle kann ebenfalls nicht in beliebigen Mengen der Erzeugung zugeführt werden. Ihre Verteilung ist abhängig von dem Angebot der Verkaufsstellen der Reichswollverwertung. Auf dem Gebiete der Lederwirtschaft hat man eine Verwendungskontrolle dadurch eingeführt, daß Händler heute auf deutschen Auktionen nur dann einkaufen können, wenn sie in der Lage sind, einen Auftrag für einen Verarbeiter nachzuweisen oder eine besondere Genehmigung zum Kaufe vorlegen. In der Metallwirtschaft tritt die Kontrolle der Verwendung in Vorschriften zutage, die die Verwertung bestimmter Metalle, die im einzelnen näher bezeichnet werden, untersagen. Im Mittelpunkt stehen hierbei Kupfer, Nickel und deren Legierungen, Blei und Bleilegierungen, Zinn und Zinnlegierungen und Zinkblech [15]). Die Überwachung der Verwendungsvorschriften wird den jeweils in Frage kommenden Gruppenorganisationen der Wirtschaft überlassen. So kommen auf dem Gebiete der Metallwirtschaft u. a. in Frage die Wirtschaftsgruppen Bauindustrie, Gas- und Wasserversorgung, Stahl- und Eisenbau usw. Geradezu umfassend erscheint die Kontrolle der Verwendung auf dem Gebiete des Kautschukwesens [16]). Zur Sicherstellung des Verwendungszweckes in qualitativer und quantitativer Hinsicht bedient man sich auf der Grundlage der allgemeinen Einkaufsbewilligung und Einkaufsmeldung der Verbrauchsbewilligung (deren Erteilung von der Verwendung für bisher erzeugte Warengattungen abhängig gemacht wird), Verarbeitungsbewilligung (betr. Höhe des zu verarbeitenden Kontingents, verknüpft mit einer Verfügungsbeschränkung über vorhandene Lagerbestände, indem eine höhere als die bewilligte Menge auch dann nicht verarbeitet werden darf, wenn der Überschuß dem eigenen Lager entnommen wird) und schließlich der Lagermeldepflicht, die den Überwachungsstellen in erster Linie die Grundlagen für Art und Umfang der zu treffenden Maßnahmen liefert. Eine indirekte Beeinflussung des Umfangs der für binnenwirtschaftliche Zwecke frei zu gebenden Verwendung ist dadurch gegeben, daß die Überwachungsstelle für Ausfuhrzwecke zusätzliche Mengen zur Verarbeitung zur Verfügung stellen kann. Zur Sicherung des ge-

---

[15]) Anordnung 38 der Überwachungsstelle für unedle Metalle vom 23. 10. 1936 sowie Anordnung 39 der gleichen Überwachungsstelle und gleichen Datums (Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger vom 31. 10. 1936).

[16]) Anordnung 43 der Überwachungsstelle für Kautschuk und Asbest vom 3. 1. 38 (Deutscher Reichs- und Preußischer Staatsanzeiger vom 3. 1. 38).

planten volkswirtschaftlichen Verwendungszwecks können auch Vorschriften hinsichtlich der Lagerungsweise erlassen werden [17]).

Je nach der Art der Gegenstände. die von dem Verwendungsverbot betroffen werden, kann die Überwachung im einzelnen noch Untergruppen übertragen werden. Auf diese Weise wird eine enge Fühlungnahme zwischen den Überwachungsstellen und den Gruppenorganisationen der Wirtschaft hergestellt und dadurch andererseits die nahezu völlige Sicherstellung des Verwendungszwecks besorgt. Daraus müßte ein Höchstmaß volkswirtschaftlich vorteilhafter Rohstoffverwertung gefolgert werden können.

Zusammenfassend wird man der Übersichtlichkeit halber innerhalb der einzelnen Maßnahmen zur Kontrolle der Verwendung zwischen Maßnahmen mittelbarer (Einkaufsgenehmigungen, Vorschriften über die Art der Lagerung) und solchen unmittelbarer Wirkung (Herstellungs- und Verwendungsverbote in Form von Verbrauchs- und Verarbeitungsbewilligung, Vorschriften über Handelszulassung [18]) unterscheiden können.

Die Durchführung der Verwendungskontrolle ist in letzter Zeit neben den Überwachungsstellen zunehmend von den Wirtschaftsverbänden übernommen worden. Diese Entwicklung ergibt sich aus dem Bestreben nach einer möglichst lückenlosen Erfassung der für einen bestimmten Rohstoff in Frage kommenden Verarbeitung, um auf diese Weise die jeweils vorgesehene Form der Verwendung zu sichern. — Zum Schluß bleibt zu erwähnen, daß die Verwendungskontrolle als eines der Mittel zur Verwirklichung des völkischen Rohstoffbedarfs eine entsprechende moralische Beeinflussung auch des letzten Verbrauchers voraussetzt, — eine Aufgabe, deren Erfüllung eine Frage der Einsicht und deren Bearbeitung allen an der Verwirklichung dieses Zwecks Beteiligten, also der gesamten Volkswirtschaft, überlassen ist.

c) Umlenkung des Konsums vom ausländischen Zuschußbedarf zum nationalen Produkt.

Für die Lenkung des Bedarfs an ausländischen Rohstoffen ist endlich die unmittelbare Lenkung des Verbrauchs von ausschlaggebender Bedeutung. Wir denken hierbei an die vielfältige Einfuhr agrarischer Rohstoffe, die dem menschlichen Konsum zugeführt werden. Eine derartige Einfuhr ist bei der Struktur der deutschen

[17]) Anordnung 42 der Überwachungsstelle für Kautschuk und Asbest vom 3. 1. 38 (Deutscher Reichs- und Preußischer Staatsanzeiger vom 3. 1. 38).

[18]) Anordnung Nr. 42, Deutscher Reichs- und Preußischer Staatsanzeiger vom 3. 1. 38.

Landwirtschaft, wenn auch unter Schwierigkeiten, zu beschneiden. Es kommt lediglich darauf an, daß die maßgeblichen Stellen neben dem Reichsernährungsministerium, vor allem der Reichsnährstand und die ihm angeschlossenen Marktverbände, neben ihren Maßnahmen zur Intensivierung der landwirtschaftlichen Erzeugung die Bevölkerung zum Verbrauche ausreichend vorhandener Agrarprodukte hinlenken. Sie können hierbei die Unterstützung nationalsozialistischer Organisationen finden, so daß es schließlich wohl möglich ist, mit den notwendig erscheinenden Aufrufen jeden Volksgenossen unmittelbar zu erfassen. Die N. S.-Frauenschaft und die N. S.-Volkswohlfahrt wenden sich unmittelbar an die Haushaltungen, aber auch über die Formationen wie SA. und SS. kann auf die Art des Verbrauchs eingewirkt werden. Im übrigen stehen alle Mittel öffentlicher Propaganda zur Verfügung. Die verantwortlichen Stellen können sich des Rundfunks und der Presse, des Films und des gesprochenen Worts bedienen, um den Verbrauch vom ausländischen Produkt zum nationalen Produkt zu lenken.

Um einige Beispiele zu geben, sei verwiesen auf die Überbrückung der deutschen Fettlücke durch den Hinweis auf die vorhandene Knappheit und den möglichen Ersatz durch stärkeren Verbrauch von Zucker. Man hat in entsprechenden Filmen dem Volk die Möglichkeit einer Umstellung anschaulich vor Augen geführt, hat in den Zeitungen und im Rundfunk immer wieder darauf hingewiesen und hat schließlich auch ein Zuteilungssystem eingeführt, das jedem einzelnen Volksgenossen die notwendigste Menge Fett garantiert. Durch diese Maßnahmen ist es gelungen, einmal den deutschen Verbrauch an Fett einzuschränken, zum anderen aber durch die Ausweitung der eigenen Erzeugung diesen Bedarf in größerem Umfange sicherzustellen. Zur Zeit der Machtübernahme mußten noch 60% des deutschen Fettverbrauchs aus dem Auslande bezogen werden. Wenige Jahre später war die Eigenversorgung bereits zu 60% möglich [19]). Aus gleichen Gründen hat man beispielsweise auch versucht, den Konsum an Fisch zu erhöhen, und auf diese Weise andere bisher aus dem Auslande eingeführte Produkte zu ersetzen. Man kann wohl sagen, daß auch diesen Bemühungen bereits sehr bald ein Erfolg beschieden worden ist. Der immer wiederholte Hinweis auf größere Zufuhren an Fisch hat die Konsumenten veranlaßt, sich preiswert einzudecken, und hat ganz allgemein dem Fischkonsum immer mehr Freunde gewonnen.

[19]) „Wirtschaftskurve" 3. Heft 1936.

Diese beiden Beispiele mögen als charakteristisch gelten für eine ganze Liste von Maßnahmen, die der unmittelbaren Verbrauchslenkung dienten, d. h. sich direkt an den letzten Verbraucher wandten. Die Verbrauchslenkung ist aber nicht nur in diesem Sinne zu verstehen, man muß hier naturgemäß auch an die Einwirkung auf die verarbeitende Industrie denken. Es spielt in diesen Fällen die Propaganda eine geringere Rolle als eine Vielzahl von gesetzlichen Vorschriften, die den Verbrauch von Rohstoffen im Einzelfalle regeln [20]).

Die Durchführung der Umlenkung des Verbrauchs vom auswärtigen Zuschußbedarf zu den Mitteln der eigenen Volkswirtschaft ist aber in erster Linie auf die Initiative der Industrie selbst zurückzuführen, die infolge der geringeren Rohstoffbeschaffungsmöglichkeiten alles daran setzen wird, die Rationalisierung der Verarbeitung voranzutreiben. Die wirksame Durchführung der Verbrauchslenkung wird von der Güte der Ersatzfähigkeit des neuen oder für diesen Zweck neu vorgesehenen Rohstoffes abhängig, sowie von dem Charakter der Nachfrage (Starrheit oder Elastizität). Ist der Bedarf überwiegend elastisch, so wäre es allerdings denkbar, daß eine unzureichende Erfüllung des Bedarfs durch Verwendung des neu eingeführten Rohstoffs einen Verbrauchsverzicht nach sich zieht.

Für die Bereitstellung eines Rohstoffs zum Zwecke eines Ersatzes oder einer Ergänzung, besonders auf dem Gebiete des gewerblichen Rohstoffbedarfs, ist einmal die Höhe des Einfuhraufwandes schlechthin maßgebend, also ob die betreffende Einfuhr mittels Verrechnung oder Bardevisenzahlung bewerkstelligt wird, sodann, inwieweit aus eigenem Gütervorrat überhaupt ein Ersatz möglich ist. Die Befriedigung des Bedarfs innerhalb der eigenen Volkswirtschaft wird einmal von den Steigerungsmöglichkeiten der natürlichen, ursprünglich vorhandenen und für den Ersatz vorgesehenen Erzeugung abhängen, sodann (soweit ein Ersatz aus der natürlichen Beschaffenheit der Volkswirtschaft nicht oder nicht ausschließlich besorgt werden kann) von dem wirksamen Einsatz der Technik.

Gegenstand jener Umlenkung des Verbrauchs ist vor allen Dingen die Metallwirtschaft, für die in Deutschland als erstrebenswertes Ziel ein zunehmender Verbrauch von Leichtmetallen und anderen Ersatzstoffen anstelle von Schwermetallen erreicht werden soll. Hier-

[20]) s. hierzu insbesondere Abschn. IV 1 b „Kontrolle der Verwendung der vorhandenen Rohstoffe, vor allem durch die Überwachungsstellen".

bei spielt eine gewisse Rolle das schon vorher Gesagte über den zusätzlichen im Gefolge einer Wirtschaftsbelebung auftretenden Bedarf.

So wird z. B. in umfangreichen technischen Hinweisen von der Aluminiumzentrale auf die Entbehrlichkeit des Schwermetalls durch Verwendung von Aluminium aufmerksam gemacht. Es wird u. a. dabei zunächst die Verarbeitung (autogenes und elektrisches Schweißen von Aluminium, Erklärung von Schmelzen und Gießen des Aluminiums und seiner Legierungen) erläutert, um dann überzugehen auf die anstelle anderer Metalle möglichen Verwendungsgebiete des Alumiums, wie die Elektrotechnik (elektrische Wicklungen und Spulen, Aluminiumleitungen, Schaltanlagen), Hochbau, Kabel, Blitzableiter u. a. Die Umstellung auf diesen neuen Rohstoff wird hierbei ergänzt durch Bearbeitungslehrgänge und technische Broschüren.

Da die künftige Nickelversorgung infolge der Kämpfe auf dem asiatischen Kontinent gefährdet erscheint, so hat man versucht, den schwer zu beschaffenden Chromnickelstahl durch Chrommolydänstahl zu ersetzen, was heute in der Automobilindustrie wie im Werkzeugmaschinenbau für Wellen, Getriebeteile, Schaltteile als weitgehend geglückt bezeichnet werden kann. In diesem Zusammenhang ist beachtlich, daß man gegenwärtig versucht, bei Herstellung von legiertem Guß Molybdän anstelle von Nickel zu verwenden. Weiterhin ist es gelungen, die Herstellung hochwertiger Schnellarbeitsstähle von Wolfram entbehrlich zu machen, und zwar auf der Grundlage von Vanadium-Molybdän-Legierungen [21]). Außerdem sind dem Magnesium heute bereits anstelle von Aluminium und Zink in Form von Magnesium-Spritzguß (Möglichkeit der Herstellung von Wandstärken von 1 mm bei gleicher Fläche sowie Durchgangs- und Sacklöcher von 2—3 mm Durchmesser) neue Anwendungsgebiete erschlossen. So werden heute schon Magnesium-Spritzmaschinen verwandt, die auf die Sonderbehandlung von Magnesium-Legierungen eingestellt sind [22]). In der Autobranche ist, wie schon in dem Abschnitt „Wirtschaftliche Ausnutzung der Rohstoffe durch Eingriffe in Erzeugung und Verbrauch" erwähnt, heute anstelle von Schwermetallen in größerem Umfange die Verwendung von Leichtmetallen am Platze.

Nennenswert ist unter den vielen Beispielen dieser Verbrauchslenkung auch die stark zugenommene Verwendung von Porzellan

---

[21]) „Der Vierjahresplan", 2. Jahrg., Nr. 2, Febr. 1938, S. 85.
[22]) „Der Vierjahresplan", 2. Jahrg., Nr. 2, Febr. 1938, S. 86.

anstelle von Metallen. Es handelt sich dabei um den bereits vor dem Vierjahresplan bekannten Werkstoff Hartporzellan, dessen Verwendungsbereich sich infolge sehr hoher Beanspruchungsmöglichkeiten durch Stoß, Druck, Zug, Temperaturstürze usw. auf Rohranlagen aller Art, Installationen u. a. erstreckt. Einen besonderen Verwendungsbereich des Hartporzellans in der Elektrotechnik bildet die Herstellung kleiner Grubenisolatoren. Ferner hat man bereits erfolgreiche Versuche zur Konstruktion von Porzellanfüßen für Funktürme unternommen. Weiter hat Porzellan Verwendungsmöglichkeiten in der Bauwirtschaft gefunden, wo man es infolge seiner Korrosionssicherheit als einen dem Metall überlegenen Werkstoff bezeichnet; es werden u. a. Rohre, Brunnenfilter, Heizungsradiatoren angefertigt. Man nimmt allgemein an, daß in Zukunft der Verwendungsbereich auf Porzellanrohre bis zu 100 mm Querschnitt ausgedehnt werden kann. Eine weitere Verwendbarkeit des Porzellans anstelle von Metall betrifft Rippenfilter für Brunnen, Heißwasserspeicher, Heizungsradiatoren, Gasrohre, Heiz- und Kochschlangen und beheizbare Bottiche, Eisbüchsen, Schanksäulen, Platten aller Art, einbaufähige Porzellansteine als Verkehrszeichen usw. [23]). U. a. sei noch auf eine erst kürzlich durchgeführte Umstellung des Verbrauchs hingewiesen, die lt. Mitteilung der Reichspressekammer in Zukunft für die Herstellung von Klischees eine erhöhte Verwendung von Elektron-Ätzplatten anstelle der bisher üblichen Zink- oder Kupferplatten zum Gegenstand hat [24]). Weitere Fortschritte sind auf dem Gebiete der Umlenkung des Verbrauchs zum nationalen Produkt erzielt worden durch die für Isolationszwecke (insbesondere Wärmeisolierung) durchgeführte Verwendung von Gichtgasstaub der Hochöfen, Tonerdesilikat, Gips-Wärme-Schutz-Material, Seiden-Wärmeschutz-Magnesiamaterial, Zellenbeton, Schlacken, Aluminium- aber insbesondere Glasgespinst und Glaswolle anstelle von Kork, einem Material, das zu 100% aus dem Auslande eingeführt werden muß [25]).

Zum Schluß sei noch eine in den letzten Jahren sehr an Bedeutung gewonnene Verwendung durch allerdings z. T. nicht einheimische Rohstoffe genannt, (deren Einfuhr in diesem Falle einen geringeren als den früheren Einfuhraufwand erfordert) [26]) an deren

---

[23]) „Der Vierjahresplan", 2. Jahrg., Nr. 3, März 38, S. 139/40.
[24]) „Das Rohproduktengewerbe", Heft 11, 18. 3. 38, S. 8.
[25]) Amtliche Nachrichten des Zentralblattes der Bauverwaltg., Heft 4, 27. 1. 37.

[26]) Kunststoffwegweiser 1937, 2. verb. Aufl., Verlag Chemie G. m. b. H., S. 86.

Stelle früher trockene Öle, Naturharze und Wachse verwandt wurden:

An die Stelle trockener Öle:
Nitrocellulose, Acetylcellulose, Celluloseäther, Chlorkautschuk (66% einheimisch), Alkydharze, Elfirnis, veredelte Trane, veredelte Talöle, Mineralölraffinate, Vinylharze, Emulsionen von Kunstharzen.

An die Stelle von Naturharzen:
Phenolharze, Cyclohexanonharze, Kunstkopale, Alkydharze, Cumaronharze, Harnstoffharze, Kunstschellacke, Vinymharze, Polymethacrylsäureester, Deutsches Kolofonium, Montanwachs.

An die Stelle von Naturwachsen:
Kunstwachse, Montanwachse.

Die Zahl der Beispiele ließe sich noch erheblich vermehren, indessen gehören wohl die genannten Beispiele zu den wirtschaftlich wichtigsten und typischen.

2. Die Maßnahmen zur Sicherung des notwendigen Rohstoffbedarfs.

a) Gewinnung synthetischer Rohstoffe und Ausweitung der bereits vorhandenen Erzeugung.

Auf den verhältnismäßig geringen deutschen Devisenvorrat, auf die Unsicherheit der Güterbeschaffung durch die Einfuhr sowie auf den in den letzten Jahren stark gestiegenen Rohstoffbedarf der deutschen Wirtschaft sind alle Bestrebungen zur Erweiterung der einheimischen Gütererzeugung zurückzuführen. Die im Bereiche der Eigenerzeugung auftretende Frage des wirtschaftlichen Aufwandes hat naturgemäß gegenüber dem völkischen Erfordernis der Volkswirtschaft (insbesondere die Wehrwirtschaft hier als selbstverständlich einzubeziehen) zurückzutreten, da die Kostenfrage nicht ausschließlich über die völkische Lebensfähigkeit der Volkswirtschaft entscheiden darf. Es ist damit nur gemeint, daß die Kosten nicht oberste Richtschnur der wirtschaftlichen Selbstversorgung sein können; die Kostenfrage würde jedoch in dem Zeitpunkt akut werden, an dem die Kostenhöhe das Einkommen der Volkswirtschaft allzu sehr belasten und gleichzeitig den Bestand der Volksgemeinschaft gefährden würde. Mehr als in irgendeiner anderen Wirtschaftsform kommt durch die Rohstoffschaffung im eigenen Lande die Bejahung des völkischen Willens mit dem Ziele einer Erweiterung des völkischen Lebensraumes zum Ausdruck.

Da sich der überwiegende Teil der deutschen Einfuhr aus Rohstoffen, im besonderen Erzen, Wolle, Baumwolle zusammensetzt, hat die Rohstoffeigenerzeugung ihr Hauptaugenmerk jenen Rohstoffen zuzuwenden. Dabei ist davon auszugehen, daß die eigene Rohstofferzeugung die beiden großen Gruppen organischer und anorganischer Erzeugnisse umfassen kann, erstere Gruppe wiederum unterteilt in Anbau- und Abbauerzeugnisse. Die weitaus größte Rolle spielt gegenwärtig und unter Zugrundelegung der deutschen Rohstoffstruktur (die deutsche Volkswirtschaft ist von Natur aus und im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften ärmer beschaffen) die anorganische Erzeugung, die man auch als synthetische Erzeugung bezeichnet. Leider sind infolge des verhältnismäßig jungen Standes dieser Erzeugung noch keine zusammenfassenden Unterlagen vorhanden, so daß hierbei im wesentlichen mit einer bloßen Aufzählung der neugeschaffenen Erzeugung vorlieb genommen werden muß.

Um nicht die im Gefolge einer Aufzählung der verschiedenen neuen Rohstoffe unvermeidliche Unübersichtlichkeit auftreten zu lassen, werde ich mich nachstehend an eine dem „Kunststoffwegweiser" entnommene Übersicht halten, unter Berücksichtigung der für die deutsche Erzeugung wichtigsten Rohstoffe [27]).

Kunststoffe.

I. Natürliche Rohstoffe (pflanzlichen und tierischen Ursprungs).

1. Kautschuk,
2. Zellulose (Baumwolle, Holzzellstoff und an letzteren anschließend u. a. Lackrohstoffe, Kunstseide, Zellwolle),
3. Kampfer,
4. Öle (Terpentin, Lein-, Holzöl u. a., ferner synthetischer Kampfer, Alkydharze, bisheriger Linoleum),
5. Harze (Schellack, Kopale, Öllacke, I. G. Wachse u. a.),
6. Kasein (Kunstmassen, synthetische Faser, Galalit, Lanital),
7. Abfallstoffe (aus Blut, Knochen, Häute: Leim, Gelatine, Klebstoff u. a.).

II. Rohstoffe des Steinkohlenteers:

1. Phenole und Kresole (Öllackharze, Bakelite u. a.),
2. Anilin (Anilinharz),
3. Naphtalin (synthetische Lackrohstoffe wie Alkydharze, Mebranit),
4. Diphenyl (Arochlor, Clophen).

III. Rohstoffe aus den wichtigsten großtechnischen Hydrierungsverfahren:

1. Harnstoffe (Kaurit, Plastoral Polbpas),
2. Formaldehyd (Harze und Preßmassen),

[27]) „Kunststoffwegweiser" 1937, Verlag Chemie G. m. b. H., S. 18 ff.

3. Isobutylen (Polymerisate),
4. Hydrierung der Kohle zu Benzin und Öl unter Druck,
5. Vergasung der Kohle zu Wassergas und katalytische Hydrierung ohne Druck.

IV. Acetylen aus Carbid als Ausgangsmaterial: Schellack, Alkdyharze.

Für die Zellwolle, deren Erzeugung in den letzten Jahren beachtlich gestiegen ist, stehen folgende Zahlen zur Verfügung: [28])

Erzeugung v. Kunstseide u. Zellwolle zusammen 1933:	32 801	(in 1000 kg),
Erzeugung von Kunstseide im Jahre 1936:	45 424	(in 1000 kg),
Erzeugung von Zellwolle im Jahre 1936.	42 904	(in 1000 kg).

Zusammen haben Zellwolle und Kunstseide im Jahre 1936 einen Produktionswert von RM. 275 Mill. verkörpert [28]). Die Erzeugung von plastischen Massen (ohne Transparentfolien) hatte im Jahre 1935 einen Wert von mindestens 100 Mill. RM. [29])

Unter den neueren synthetischen Rohstoffen stehen an der Spitze der Erzeugung vor allem synthetischer Kautschuk, Treibstoffe sowie plastische Massen [30]). Zusammenfassendes Zahlenmaterial über die Erzeugung dieser Gebiete ist zur Zeit noch nicht veröffentlicht worden. Da der Preis des synthetischen Kautschuks von 5—6 RM. je Kilo im Jahre 1936 auf etwa 3 RM im Jahre 1937 ermäßigt werden konnte, sind die Aussichten für eine gesteigerte Nutzbarmachung synthetischen Kautschuks sehr günstig [31]).

Die erweiterte synthetische Gewinnung von Benzinen im Inlande wird vor allem beleuchtet durch die gestiegene Erzeugung von „Benzinen aller Art“ [32]):

1933	295,5	(in 1000 to)
1936	877,8	(in 1000 to)

Daß auch auf dem Gebiet der Erzeugung von Wachsen größere Steigerungen stattgefunden haben, dürfte, da Inlandserzeugungsziffern nicht veröffentlicht worden sind, aus der seit 1933 erfolgten ununterbrochenen Verminderung der Einfuhr ersichtlich werden:

---

[28]) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1937, S. 155.
[29]) Zeitschrift „Kunststoffe“, März 1937, S. 97.
[30]) Ernst Wagemann: „Wirtschaftspolitische Strategie“, Hambg. 1937, S. 234 ff.
[31]) Eicke: „Warum Außenhandel?“ 1937 (3. erw. Aufl.), S. 64.
[32]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich 1937, S. 154.

Einfuhr von Paraffin, Stearin, Wachsen [33]).

1936 (in Mill. RM)	1933 (in Mill. RM)
4,8	7,2

Den Rohstoffbedarf der deutschen Volkswirtschaft in hohem Maße ergänzend, sind noch andere Steigerungen der Erzeugung hinzugetreten, von denen nachstehend die wichtigsten Produktionsgebiete aufgeführt werden [34]):

	1933	1936
	(Mengen in 1000 to)	
Steinkohlenbergbau	109 692,1	158 282,8
Braunkohlenbergbau	126 794,5	161 396,7
Eisenerze (ohne Aufbereitung und mit Handaufbereitung verwertbare Erze	2 592,0	7 570,4
Blei und Zink Erzbergbau (ohne Aufbereitung und mit Handaufbereitung verwertbare Erze)	1 367,5	2 029,6
Kupfererzbergbau (Roherze)	1 001,2	1 124,2
Schwefelerzbergbau (Roherze)	189,6	285,5

Die Aufgabe der Produktionssteigerung in der Eisenerzgewinnung kommt in der Hauptsache den auch kürzlich im österreichischen Gebiet errichteten „Reichswerken Hermann Göring" zu.

Ziemliche Steigerungen sind auf dem Gebiet der Erdölversorgung erzielt worden. So ist u. a. festzustellen, daß die in den letzten Jahren fündig gewordenen Erdölbetriebe in Hannover (Mölme, Hoheneggelsen, Gifhorn) ihre Gewinnung um 85,7% haben steigern können. Im Jahre 1935 betrug ihre Erzeugung 3,5% der gesamten Förderung, während sie sich im Jahre 1936 bereits auf 6,3% belief [35]).

Förderung an rohem Erdöl in 1000 to [36]).

1933 = 239	1936 = 445

Nach Eicke ist Deutschlands Erzeugung an Mineralöl und sonstigen Kraftstoffen wie Benzin, Benzol, Treibsprit, Treibgas, Heiz-, genau so Diesel-, Leucht- und Schmieröl von 830 000 to im Jahre 1933 auf 1 700 000 to im Jahre 1936 gestiegen [37]).

---

[33]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich 1937, S. 244.
[34]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich 1937, S. 145.
[35]) „Wirtschaft und Statistik" 1937, 1. Oktoberheft, S. 756.
[36]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1937, S. 147.
[37]) Eicke: „Warum Außenhandel?" 1937, 3. erw. Aufl. S. 62 ff.

Für den deutschen Rohstoffbedarf beachtlich sind noch Steigerungen der Erzeugung von Asphaltgestein und einiger Minerale [38]):

	Alphaltgestein	Graphit	Flußspat	Schwerspat
Produktionssteigerung des Jahres 1936 gegenüber 1935 in v. H.	50,5	12,1	37,1	23,7

Ebenfalls bemerkenswert sind einige Produktionssteigerungen auf dem Gebiete der organischen Erzeugung, insbesondere von Raps, Flachs und Hanf [39]):

Raps und Rübsen.

Jahr	Erntefläche ha	Ernteertrag
1936	54 604	100 218
1933 [40])	5 103	6 702

Flachs.

Jahr	Erntefläche ha	Rohstengelflachs insges. to	Leinsamen insges. to
1936	44 067	148 958	32 424
1933 [40])	4 889	15 574	3 168

Hanf.

Jahr	Erntefläche ha	Rohstengelhanf insges. to	Samen insges. to
1936	5 630	22 518	3 449
1933	nicht ermittelt		
1935	3 636	18 684	1 954

Zur Abrundung des Bildes über den Verlauf der Erzeugung, der organischen als auch der anorganischen, möge folgende zusammenfassende Statistik dienen [41]):

[38]) „Wirtschaft und Statistik" 1937, 1. Oktoberheft, S. 756.
[39]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1937, S. 95.
[40]) ohne Saarland.
[41]) Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 12. Jahrg. 1937/38 Heft 3 (neue Folge), S. 303.

Produktionssteigerung insgesamt
Mengen: 1928 = 100

	1928	1932	1935	1936	1937
bergbaulich gewonnen	100	69	96	106	121
landwirtschaftlich gewonnen	100	90	112	99	114
forstwirtschaftlich gewonnen	100	85—90	127	124	(135)
synthetisch gewonnen	100	114	217	318	480

b) Sicherung der Rohstoffeinfuhr auf der Grundlage der Verrechnung.

Wenn Deutschland sich zur Ergänzung seines dringend benötigten Rohstoffbedarfs der Einfuhr bedient, so muß außenwirtschaftliche Abhängigkeit sowie eine gewisse Menge vorhandener Kaufmittel, zahlbar am Weltmarkte, vorausgesetzt werden. Als Kaufmittel kommen hierfür Devisen und Gold, Gegenwerte aus dem Erlöse von Exportgütern, in Frage. Sobald nun der Export, der die Quelle dieser Kaufmittel ist, zurückgeht, werden auch diese Kaufmittel knapp werden. Daraus ergibt sich dann das Erfordernis einer Rationierung des noch vorhandenen Kaufmittelbestandes in Anpassung an den außenwirtschaftlichen Bedarf. Die Rationierung tritt gegenwärtig in Gestalt der Devisenzwangswirtschaft in Erscheinung.

Devisenmangel sowie die Berücksichtigung der genannten Gesichtspunkte führten zu einem System der Überwachung vor allem auf außenwirtschaftlichem Gebiete. Aus dieser Überwachung sind dann die staatlichen und privaten Formen der Verrechnung hervorgegangen, die Deutschland zur Deckung seines Rohstoffbedarfs zu einem Ausweg verhelfen sollen.

Im Rahmen einer Steigerung, also nicht nur Erhaltung der zu verrechnenden auswärtigen Kaufmittel, haben die ASKI durch Beobachtung des Grundsatzes der zusätzlichen Ausfuhr besondere Bedeutung erlangt. Der besondere Vorteil der ASKI-Verrechnung besteht noch darin, daß jener Ausfuhr eine lebensnotwendige Einfuhr (Baumwolle, Minerale aus Südamerika) vorangegangen ist. — Als eine außenwirtschaftliche Vertragsform neueren Datums kommt das Zahlungsabkommen (Abzweigung eines Teiles des Ausfuhrerlöses zur freien Verfügung des währungsschwachen Gläubigers) in Betracht, das bereits zu einer gewissen Elastizität des Außenhandels beigetragen hat.

Die Kenntnis der Einfuhrwege führt zur Frage des für die Rohstoffversorgung wirtschaftlich günstigsten Weges. Als wirtschaftlich

günstig wird regelmäßig der Weg zu bezeichnen sein, auf dem es möglich erscheint, die mit der Verrechnung gewöhnlich verbundenen Schrumpfungen des Außenhandels auf ein Minimum herabzusetzen und die Bewegungsvorgänge der Außenwirtschaften einer raschen und möglichst reibungslosen Abwicklung entgegenzuführen. Außer dem Zahlungsabkommen haftet jedoch allen Formen der Verrechnung eine mehr oder weniger große Schwerfälligkeit an; die privaten Verrechnungsgeschäfte sind jetzt im übrigen zu Gunsten der Verrechnungsabkommen fast völlig verdrängt worden. Damit sind bereits größere Hindernisse, die zur Zeit der privaten Kompensation einer Rationierung des Devisenaufkommens im Wege standen, beseitigt worden, — die Nachteile dieser Form der Verrechnung bestanden in der Verknüpfung volkswirtschaftlich unerwünschter Ausfuhr mit volkswirtschaftlich unerwünschter Einfuhr.

Die Erwägung der Vor- oder Nachteile bestehender Formen des Außenhandels steht insoweit nicht zur Diskussion, als es nicht im Belieben des Rohstoffkäufers stehen kann, von sich aus die günstigste Form der Beschaffung zu bestimmen. Die Form des Außenhandels ist vielmehr, wie das Zahlungsabkommen zeigt, strukturbedingt, (Aktivspitze im Außenhandel zwischen währungsschwachem Gläubiger- und währungsstarkem Schuldnerland) sowie abhängig von dem Entgegenkommen des auswärtigen Kunden bezw. Rohstofflieferanten. So sind z. B. nach Einführung des deutschen Verrechnungszwangs von seiten des Auslandes Ausfuhrkontingente festgesetzt worden zwecks Umgehung ausländischer Warenbezüge aus Deutschland. — Das geringste Entgegenkommen auswärtiger Exporteure kommt in der Verpflichtung Deutschlands, für den Bezug gewisser Waren Bardevisen zu leisten, zum Ausdruck.

An Rohstoffen sind insgesamt eingeführt worden [42]):

	in Mill. RM		
1933	1934	1935	1936
1367,6	1540,7	1567,9	1571,1

Beträchtlich abgenommen hat die Einfuhr von Faserstoffen, insbesondere Wolle, Baumwolle, während auf der anderen Seite die Einfuhr von Eisenerzen (von 123,4 Mill. RM. im Jahre 1935 auf 168,3 Mill. RM im Jahre 1936), aber auch die Einfuhr von Kupfer-, ebenso Blei-, Zinn-, Chrom-, Nickelerzen, von Schwefelkies, sonstigen Erzen und Metallaschen, Rophosphaten, sonstigen Rohstoffen

[42]) nach Berechnungen des Stat. Reichsamts.

für chemische Erzeugnisse, aber insbesondere noch die Einfuhr von Bauxit, Kryolith eine stärkere Zunahme aufzuweisen hat. Die Einfuhr von Bauxit, Kryolith betrug im Jahre 1935 10,4 Mill. RM und ist im darauf folgenden Jahr auf 20,1 Mill. RM gestiegen; fast ebensosehr ist die Einfuhr von Rohphosphaten gestiegen, die im Jahre 1935 15,1 Mill. RM und im Jahre 1936 bereits 24,2 Mill. RM betragen hat. Aus den Zahlen geht klar hervor, wohin sich in der Zeit nach 1933 das Schwergewicht der deutschen Einfuhr verlagert hat und voraussichtlich noch weiter verlagern wird.

Wenn der Grad der Abhängigkeit Deutschlands vom Bezuge ausländischer Rohstoffe gemildert werden soll, so wird sich für den Außenhandel innerhalb der gegenwärtigen Zusammensetzung der Einfuhr eine Umlagerung zu den noch weniger lebenswichtigen Gütern als notwendig erweisen. Mit Recht weist Grävell [43]) auf diese Gefahr hin, die der deutschen Volkswirtschaft von seiten lebensnotwendiger, den Bestand einer Volkswirtschaft bedrohender Einfuhr her drohen kann.

Zur Abrundung des Bildes der gütermäßigen Zusammensetzung der Einfuhr seien noch die unter den einfuhrverbotenen Waren aufgezählten Rohstoffe genannt, gemäß Verordnung vom 17. 12. 1925 in der Fassung der Verordnung vom 10. 8. 1936 [44]).

> Rundholz zur Herstellung von Holzschliff oder von chemisch bereitetem Holzstoff (Zellstoff), Steinkohlen, Anthrazit, Braunkohlen, Torf, Koks, Preßkohlen aus Steinkohlen und Braunkohlen, Schwefelsäure, Bleioxyd, salpetersaures Ammoniak, salpetersaurer Kalk, Kalkstickstoff, Siliciumkarbid, Bleimennige, Bleiweiß, Superphosphate, mit stickstoffhaltigen Stoffen vermischt, stickstoffhaltige Düngemittel, Morphium, Holzmasse mit einem Wassergehalt von 50%, Holzmasse mit einem Wassergehalt von 50% oder darüber, chemisch bereiteter Holzstoff (Zellstoff, Zellulose), aus Stroh, Espartogras oder anderen Pflanzenfasern.

Bei den aufgezählten Rohstoffen wird es sich teils um Rohstoffe handeln, deren Einfuhr auf lange Sicht und teils um Rohstoffe, deren Einfuhr auf kurze Sicht verboten ist. Das für längere Sicht vorgesehene Einfuhrverbot wird sich in der Hauptsache auf Güter erstrecken, deren Einfuhr die Grundlagen deutscher Selbstversorgung untergraben kann, während ein anderer Teil, darunter wahrscheinlich chemische Rohstoffe, aus devisenwirtschaftlichen Gründen ausgeschlossen sein wird.

---

[43]) Grävell: Der Außenhandel in der Nationalwirtschaft, 1937, S. 8.

[44]) Heinrich Troeger: Import und Export nach deutschem und ausländischen Devisenrecht, S. 156 a ff.

Bei der Aufteilung der deutschen Einfuhr auf die beiden Bezugsquellengruppen Europa und Übersee ist festzustellen, daß sich im Zuge des durch den Verrechnungsverkehr bedingten Gegenseitigkeitscharakters der Anteil der überseeischen Länder an der deutschen Einfuhr in den letzten Jahren erhöht hat; während ihr Anteil im Jahre 1933 45% betrug, hat er sich gegenüber diesem Jahre in den Jahren 1934/1935 zwar um insgesamt 7% vermindert, um aber in den Jahren 1936/1937 wieder kräftiger anzusteigen. Während der überseeische Einfuhranteil im Jahre 1936 40% betrug, hat er bereits innerhalb der ersten 10 Monate des Jahres 1937 das Gesamtjahresniveau von 1933, also 45% erreicht. Teilt man je nach dem sinkenden oder steigenden Einfuhranteil die Bezugsländer in eine Aufstiegs- und Abstiegsgruppe ein, so würde man in die 1. Gruppe in erster Linie Argentinien [45]), Brasilien [45]), Britisch-Indien, Britisch-Malaya, Chile, Australischer Bund, Mexiko [45]), Kanada und in 2. Linie Ägypten, Peru [45]), Belgisch Kongo, Iran und nicht zuletzt Japan einzureihen haben. Zur Abstiegsgruppe würden vor allem gehören die Länder U. S. A., Niederländisch-Indien, China, Südafrikanische Union, während die Länder Columbien und Uruguay zwar keine ausgesprochene, so doch überwiegende Abstiegstendenz, an der deutschen Einfuhr gemessen, aufweisen. In erhöhtem Maße sind es die süd- und mittelamerikanischen Staaten, die sich durch Lieferung wichtiger Rohstoffe wie Wolle und andere Tierhaare, Reißwolle, Baumwolle, Kautschuk, Guttapercha und Balata (Brasilien), Ölfrüchte zu technischen Ölen (Argentinien als auswärtiger Lieferant an erster Stelle), Erdöl und Teer, roh (besonders Mexiko, Venezuela u. a.) in die deutsche Einfuhr einschalten. Bemerkenswert ist noch die Einfuhr aus Japan und insbesondere Mandschukuo. Der Anteil des deutschen Reiches in Millionen Reichsmark an der Ausfuhr Mandschukuos betrug im Jahre 1934 34,9%, sank im darauf folgenden Jahre auf 23,4% und erreichte im Jahre 1936 den beachtlichen Anteil von 36,3% [46]). Der Einfuhrrückgang aus China wird im wesentlichen auf die dortigen Kriegswirren zurückzuführen sein.

Während der Anteil Europas an der deutschen Einfuhr von 54% im Jahre 1934 auf 62% im Jahre 1935 gestiegen ist, hat sich dieser Anteil im nächsten Jahre um 2%, also bis auf 60% verringert und scheint, den ersten 10 Monaten des Jahres 1937 gegenübergestellt

---

[45]) Zunahme erst neueren Datums aus einer Gegenüberstellung von 1937/36.
[46]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1937, s. Internationale Übersichten, S. 126.

(55%) noch stärker in Abnahme begriffen zu sein [47]). Unter den europäischen Ländern ist ganz besonders die Einfuhr aus England, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Rumänien, Frankreich, Jugoslavien, gestiegen, während eine sinkende Tendenz vor allem besteht in der Einfuhr aus Dänemark, Tschechoslowakei, Türkei, Norwegen, Spanien, Schweiz, Sowjetunion, Polen und in geringerem Maße und wahrscheinlich nur vorübergehend mit Bulgarien. Bemerkenswert in der Entwicklung der deutschen Einfuhr ist vor allem die Einfuhrsteigerung aus den südosteuropäischen Staaten, die auf eine zunehmende wirtschaftliche Ergänzungsfähigkeit zwischen Deutschland und den südosteuropäischen Ländern hinweist. Die stabile Einfuhrentwicklung im Handelsverkehr mit England ist vor allem auf die erleichterte Technik des Zahlungsabkommens zurückzuführen. — Die Verringerung des europäischen Anteils an der deutschen Einfuhr, insbesondere die in den Jahren 1935/1936 erfolgte Verringerung der Einfuhr aus den Niederlanden, wird in der Hauptsache auf die durch die Abwertungsmaßnahmen der meisten europäischen Länder bewirkte Verschlechterung der deutschen Ausfuhrlage zurückzuführen sein, Besonders aus diesem Grunde dürfte es Deutschland nicht gerade leicht fallen, sich in etwaige Aufschwungsphasen fremder Volkswirtschaften einzuschalten.

Die für Deutschland wichtigste Rohstoffeinfuhr aus den schon früher maßgeblichen und neu in Erscheinung getretenen Lieferländern hat in den letzten Jahren folgenden Verlauf genommen:

Einfuhr von Mineralölen [48]).

(Erdöl und Teer, roh mit Kraftstoffen und Schmieröl zusammengezogen)
(in 1000 to)

Lieferant	1927	1929	1932	1934	1935	1936	1937
U.S.A.	862	1164	760	418	661	796	1000
Rumänien	131	161	127	243	673	896	523
Mexiko	17	158	256	252	296	379	344
Übriges Amerika	7	66	499	1260	1322	1417	[49])
Rußland	158	290	517	392	401	321	301
Venezuela	295	480	18	26	22	62	151
Peru	—	24	26	178	81	81	150

[47]) Dr. Rudolf Eicke: „Warum Außenhandel?" 3. erw. Aufl. 1937, S. 34.

[48]) Zahlen nach oben abgerundet. Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1929, 1930, 1933, 1935, 1936, 1937, Monatliche Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands, Ergänzungsheft I, 1937.

[49]) keine Angaben vorhanden s. monatliche Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands, Ergänzungsheft I, 1937, S. 1935.

Einfuhr von Baumwolle [50]).
(in 1000 to)

Lieferant	1927	1929	1932	1934	1935	1936	1937
U.S.A.	464	336	317	220	106	117	119
Brasilien	1	1	—	8	83	38	70
Britisch-Indien	38	57	24	38	32	39	37
Ägypten	24	29	34	45	40	30	41
Peru	3	2	8	11	25	19	19
Türkei	—	—	2	6	15	16	8
Argentinien	2	3	5	6	15	10	6

Einfuhr von Kautschuk [50]).
(einschl. Guttapercha Balata)
(in 1000 to)

Lieferant	1927	1929	1932	1934	1935	1936	1937
Britisch-Malaya	2	9	13	24	27	38	59
Niederländisch-Indien	16	18	23	27	23	19	15
Großbritannien	2	2	—	2	4	4	10
Indochina	—	—	—	—	3	3	7
Ceylon	4	5	—	5	4	4	5
Britisch-Indien	13	14	6	5	2	1	2

Einfuhr von Kupfer [50]).
(in 1000 to)

Lieferant	1927	1929	1932	1934	1935	1936	1937
Südafrikanische Union und Rhodesien	1	1	26	46	48	39	53
U.S.A.	196	110	37	67	35	21	51
Großbritannien	13	13	8	11	19	26	34
Belgisch-Kongo	1	4	18	25	25	28	30
Chile	37	40	18	23	35	19	20
Jugoslavien	7	8	14	9	12	13	12
Schweden	5	6	7	6	10	11	9

Abgenommen hat lediglich die Mineralöleinfuhr aus Rußland und aus Peru, letztere im Vergleich zu 1934, während im übrigen das alte Lieferland U. S. A. trotz der Schmälerung der Bezüge gegenüber 1929 nach wie vor verhältnismäßig stark von der deut-

[50]) Zahlen nach oben abgerundet. Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1929, 1930, 1933, 1935, 1936, 1937, Monatliche Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands, Ergänzungsheft I, 1937.

schen Nachfrage in Anspruch genommen ist, auf deren Verlauf in hohem Maße wehrpolitische Momente einwirken. Neuerdings sind neben den U. S. A. in stärkerem Maße Venezuela und Peru als Lieferanten herangezogen worden. Hierdurch wird die volkswirtschaftliche Bedeutung der Einfuhrumlagerung ersichtlich, unter Umständen einen Bardevisenaufwand durch Einfuhrverrechnung zu umgehen. Die starke Einfuhrverminderung aus Rumänien, Rußland und zum Teil Mexiko spiegelt die Erweiterung einheimischer, synthetischer Erzeugung wider.

Einen anderen Verlauf zeigt die Baumwolleinfuhr, aus der hervorgeht, daß Deutschland sich der Einfuhrumlagerung in den Jahren 1934/35 bedient hat, lediglich zur Überbrückung des zu dieser Zeit vorhandenen Mangels und der außenwirtschaftlichen Abhängigkeit bis zur Ausdehnung der eigenen Erzeugung von Zellwolle. Während in den Jahren 1934/35 deutlich die Tendenz vorhanden war, das Schwergewicht der Einfuhr auf Brasilien und Peru zu verlegen, hat in den nachfolgenden Jahren die Einfuhr aus diesen Ländern wieder abgenommen, ohne daß andererseits eine nennenswerte Erhöhung der Bezüge aus den früheren Lieferländern stattgefunden hätte; im Gegenteil haben sich die Einfuhren aus der Türkei, Argentinien, Brit.-Indien etwas verringert.

Die verhältnismäßig stabile und zum Teil gestiegene Kautschuk-Einfuhr aus dem britischen Handelsbereich ist in erster Linie auf die durch das Zahlungsabkommen zwischen Deutschland und England herbeigeführte leichtere Abwicklung des Außenhandelsgeschäftes zwischen beiden Ländern sowie auf die veränderte außenwirtschaftliche Struktur (Verhältnis von deutscher Ein- und Ausfuhr nach England wie 55 : 100) zurückzuführen. Demzufolge sind auch die Bezüge aus Niederl.-Indien zu Gunsten Brit.-Malayas eingeengt worden. Die Erhöhung der absoluten Einfuhrziffer aus diesem Gebiet ist in erster Linie auf stark hervortretende innerwirtschaftliche Gesichtspunkte, auf die innere Wirtschaftsbelebung (hoher Anteil des Staates am zusätzlichen Auftragsbestand der Wirtschaft) sowie auf wehrpolitische Gesichtspunkte zurückzuführen.

Für die Kupfereinfuhr gilt das gleiche wie für die Einfuhr von Mineralölen, daß nämlich U. S. A. zu Gunsten anderer Lieferländer, wie in diesem Falle Großbritannien, Belgisch-Kongo und, in geringerem Umfange, Jugoslavien etwas verdrängt wird. Wie aus der Einfuhrentwicklung des Jahres 1937 ersichtlich, besteht neuerdings wieder eine stärkere Tendenz, die Bezüge aus der südafrikanischen

Union und Rhodesien zu erhöhen. Die Erhöhung der Kupfereinfuhr des Jahres 1937, auch aus U. S. A., läßt wohl auf einen aus wehrwirtschaftlichen Bestimmungsgründen stärkeren Bedarf an Kupfer schließen, um so mehr, als man in den letzten Jahren bestrebt ist, die Verwendung von Kupfer auf allen möglichen Gebieten einzuschränken.

Daß der deutsche Außenhandel sich heute auf den Grundlagen der Verrechnung abwickelt, hängt damit zusammen, daß die deutsche Einfuhr weitgehend wehrwirtschaftlich orientiert ist. Aus der Verrechnung ist die Einfuhrumlagerung entstanden, die es Deutschland ermöglicht hat, den außenwirtschaftlichen Nachteil eines höheren Bardevisenaufwandes z. T. zu umgehen, andererseits ist die Einfuhr dadurch zum Teil verteuert und verschlechtert worden. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft, die infolge des noch relativ hohen auswärtigen Einfuhrbedarfs von der Entwicklung der Außenwirtschaft nicht unbeeinflußt bleibt, ist zunächst gemindert worden infolge der durch die veränderte Einfuhr bewirkten notwendigen Umstellung von Anlagen der Erzeugung und Verarbeitung. Ein weiterer Nachteil besteht in der Verteuerung der Einfuhr durch einen in der Verrechnung zum Ausdruck kommenden höheren deutschen Exportaufwand als Leistungsgegenwert. Die Einfuhrumlagerung ist somit ein vom deutschen Bedarf diktierter Notbehelf der gegenwärtigen Außenwirtschaft.

Die seit 1935 stärker zur Geltung gekommene Einfuhrumlagerung läßt auf einen erhöhten Anteil der Verrechnungsabkommen am deutschen Außenhandelsvolumen schließen und somit gleichzeitig auf eine seit 1935 stark eingeengte Verwendung privater Kompensationen zur Deckung des deutschen Einfuhrbedarfs. Nach Eicke [51]) betrug der Anteil der privaten Kompensationen in den letzten Monaten des Jahres 1935 15—20%, der des Clearings 55—60%; in der Zwischenzeit dürfte sich der Anteil der privaten Kompensation am Außenhandelsvolumen stark verringert, der des Clearings erheblich vergrößert haben. Die Schrumpfung des privaten Kompensationsgeschäfts geht noch daraus hervor, daß der Gesetzgeber für diese Form der Verrechnung zu Gunsten der Ausfuhr grundsätzlich ein Verhältnis von 1 : 3 verlangt, wobei eine Ausnahme unter Gestattung eines Verhältnisses von 1 : 1 die Einfuhr lebenswichtiger Rohstoffe bildet wie u. a. Wolle, Baumwolle, Bastfasern, Felle und Häute, Mineralöle, Erze, Metalle, Kautschuk, Öle und Fette. Der

[51]) Dr. Rudolf Eicke: „Warum Außenhandel?" 2. Aufl., Berlin 1936, S. 34.

zur Zeit bestehenden Beschränkung der privaten Kompensation auf einen Mindestwert von RM 50 000.— liegt der Gedanke zugrunde, derartige Geschäfte auch im Falle nicht lebensnotwendiger Einfuhr zur Abwicklung kommen zu lassen, wenn dadurch andererseits das Devisenaufkommen vergrößert wird. Die Einengung der privaten Kompensation geht im besonderen noch daraus hervor, daß für sie Genehmigungen im Verkehr mit Ländern, mit denen Verrechnungsabkommen bestehen, nicht mehr erteilt werden. Hinzu kommt, daß private Kompensationen mit einer Reihe weiterer im Devisengesetz genannter Länder nicht mehr genehmigt werden [52]).

Vom Kompensationsverkehr nicht zu trennen ist das ASKI-Geschäft, das in den letzten Jahren eine besondere Bedeutung im Handelsverkehr mit den Mittel- und Südamerikanischen Ländern erlangt hat. Ein ASKI oder Ausländer-Sonderkonto für Inlandszahlungen entsteht dadurch, daß ein auswärtiger Exporteur Waren nach Deutschland liefert, für die ihm der Gegenwert auf einem Reichsmarkkonto gutgeschrieben wird. Über den Betrag wird im allgemeinen der ausländische Gläubiger nur durch Einkauf für eigene Rechnung verfügen können. Eine Eigentümlichkeit des südamerikanischen ASKI's bildet die Möglichkeit der Übertragung des Reichsmarkgegenwertes durch den ausländischen Gläubiger an einen anderen ausländischen Importeur. Da im Falle solcher Übertragungen diese Reichsmarkgegenwerte zu einem ermäßigten Kaufpreis verkauft wurden, so ist dadurch eine gewisse Verteuerung deutschen Imports insofern besorgt worden, als nunmehr der Verkäufer des Guthabens im Falle späterer erneuter Lieferungen nach Deutschland bemüht war, jene Einbuße durch Erhöhung seines Exportpreises wettzumachen. Wenn dadurch auch keine unmittelbare Währungsverschlechterung entstanden ist, so hat sich dennoch im Bereiche der Einfuhr die Wirkung einer Abwertung herausgebildet. Andererseits hatte dieses ASKI-Verfahren die günstige Folge, daß der deutsche Export vorangetrieben wurde, daß wertvolle Kundenbeziehungen gefestigt worden sind und daß vor allen Dingen die außenwirtschaftliche Beschaffung wichtiger Rohstoffe gesichert werden konnte. Eine größere Elastizität ist dem ASKI, das übrigens auch im Handelsverkehr mit Brit.-Westafrika und Brit.-Ostafrika sowie Australien zur Anwendung kommt, insofern eigen, als im Gegensatz zum Clearing, bei dem alle Zahlungen zentral an einer Stelle zusammengefaßt sind, die Abwicklung des

[52]) Rd.Erl. 1937, Nr. 137, II, Ziff. 1.

Zahlungsverkehrs hier dezentralisiert erfolgt; eine Vielzahl von privaten Banken und sonstigen Kreditinstituten im In- und Auslande ist somit an der Abwicklung beteiligt. Nach Eicke [53]) betrug der Anteil des ASKI-Verkehrs am deutschen Einfuhrgeschäft im ersten Halbjahr 1937 fast 20%.

Verrechnungsabkommen bestehen zur Zeit mit folgenden Ländern:

> Argentinien, Bulgarien, Chile, Dänemark, Estland, Finnland, Griechenland, Iran, Italien, Jugoslavien, Lettland, Litauen, Niederlande, Norwegen, Palästina, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Sowjetrußland, Spanien, Tschechoslovakei, Türkei, Ungarn, Uruguay.

Es bestehen also gegenwärtig mit nahezu allen europäischen Ländern, von Großbritannien, Belgien, Luxemburg, Frankreich abgesehen, Verrechnungsabkommen. Obwohl die Verrechnungsabkommen an sich die Tendenz zur Schrumpfung des Außenhandelsvolumens haben, konnte die Einfuhr aus den Verrechnungsländern in den letzten beiden Jahren fast durchweg gesteigert werden, was mit dem gestiegenen wehrwirtschaftlichen und aus der Wirtschaftsbelebung hervorgegangenen zusätzlichen Bedarf zusammenhängt; abgenommen hat hingegen lediglich die Einfuhr (wertmäßig) aus den Verrechnungsländern Iran mit Außenbesitzungen, Palästina, Schweiz, Sowjetrußland, Tschechoslowakei und Türkei. Trotz der Einfuhrsteigerung aus den meisten europäischen Verrechnungsländern geht in den letzten Jahren die Tendenz dahin, die europäische Einfuhr zu Gunsten der überseeischen abzubauen, insbesondere durch zunehmende Verwendung europäischer Ausfuhrüberschüsse für Rohstoffbezüge aus solchen Ländern, die Besitzungen europäischer Länder sind.

Die Vorzüge des staatlichen Verrechnungsverkehrs gegenüber der privaten Kompensation bestehen vor allem darin, daß nicht unerwünschte Einfuhr mit volkswirtschaftlich unerwünschter Ausfuhr verbunden wird. Andererseits wird der Zweck des Verrechnungsabkommens (staatlich), die Rohstoffeinfuhr zu sichern, dadurch beeinträchtigt, daß infolge der Zentralisierung des Zahlungssystems und der damit verbundenen erhöhten staatlichen Verwaltungsarbeit Verzögerungen hinsichtlich der Lieferung und der Nutzbarmachung des Ausfuhrgegenwertes stattfinden. Die im Wege von Verrechnungsabkommen entstehende staatliche Verwaltungsarbeit fügt dem

---

[53]) Eicke: „Warum Außenhandel", 3. erw. Aufl., 1937, S. 53.

Einfuhrnachteil, der in der Gegenseitigkeit der Verrechnung begründet liegt, noch einen weiteren, den der Einfuhrverteuerung, zu, die eben z. T. auf den erhöhten Verwaltungsaufwand zurückzuführen ist. Zudem bedeutet jede Vermehrung des Anteils der Verrechnungsabkommen am Außenhandel eine Verminderung des für die deutsche Wirtschaft so wichtigen Bardevisenaufkommens.

Schließlich hat für die deutsche Außenwirtschaft noch besonders das Zahlungsabkommen an Bedeutung gewonnen. Das Zahlungsabkommen unterscheidet sich vom Verrechnungsabkommen dadurch, daß nicht der volle, sondern nur ein Teil des Ausfuhrerlöses der unbedingten Verrechnung unterliegt, während über den Rest der Handelspartner frei verfügen kann. Daraus folgt eine mehrseitige und nicht auf starrem Gegenseitigkeitsprinzip beruhende Einfuhr; im Wege des Zahlungsabkommens ist somit eine Art Ersatz für die günstigeren Einkaufsmöglichkeiten mit Bardevisenanfall geschaffen.

Die folgenden wichtigen Rohstoffe, wertmäßig untergliedert, hat Deutschland im letzten Jahre aus Ländern, mit denen Zahlungsabkommen [54]) bestehen, eingeführt [55]):

Großbritannien.

Steinkohlen, Braunkohlen einschl. Preßkohlen, Wolle und andere Tierhaare, roh und bearbeitet, Reißwolle, Felle zu Pelzwerk, roh, sonstige Rohstoffe, auch Abfälle, Abfälle von Gespinstwaren, Lumpen.

Belgien, Luxemburg.

Wolle und andere Tierhaare, roh und bearbeitet, Reißwolle, Eisenerz, Flachs, Hanf, Hartfasern u. dergl., roh und bearbeitet, Eisen und manganhaltige Abbrände, Abfälle von Gespinstwaren, Lumpen, sonstige Steine und Erden.

Frankreich.

Eisenerz, Wolle und andere Tierhaare, roh und bearbeitet, Reißwolle, andere Felle und Häute, Abfälle von Gespinstwaren und Lumpen, eisen- und manganhaltige Abbrände u. dergl.

Japan.

Baumwolle, roh und bearbeitet, Reißbaumwolle, Abfallseide, Seidengehäuse.

Kanada.

Nickelerze, sonstige Steine und Erden, Wolle und andere Tierhaare, roh und bearbeitet, Reißwolle, Holz zu Holzmasse, Bau- und Nutzholz.

---

[54]) Heinrich Troeger: Import und Export nach deutschem und ausländischem Devisenrecht, 3. neu bearb. Aufl., 1938 (Stand von Anfang Sept. 1937), S. 33 ff.

[55]) Monatl. Nachweise für den auswärtigen Handel Deutschlands, 1937, Ergänzungsheft I, S. 24 ff.

Mandschukuo einschl. Kwantunggebiet.

Sonstige Steine und Erden, Wolle und andere Tierhaare, roh und bearbeitet, Reißwolle.

Neuseeland.

Wolle und andere Tierhaare, roh und bearbeitet, Reißwolle, andere Felle und Häute.

Südafrikanische Union.

Wolle und andere Tierhaare, roh und bearbeitet, Reißwolle, Manganerze, Chromerze, Nickelerze.

Syrien und Libanon.

Baumwolle, roh und bearbeitet, Reißbaumwolle, andere Felle und Häute, Wolle und andere Tierhaare, roh und bearbeitet, Reißwolle, Abfallseide, Seidengehäuse.

Aus den genannten Rohstoffgruppen geht bereits die Bedeutung hervor, die den Zahlungsabkommen im Rahmen der Rohstoffversorgung zukommt.

Den eigentlichen Typ eines Zahlungsabkommens kann man in dem am 1. 11. 1934 zwischen Deutschland und England zustande gekommenen Abkommen erblicken. Die Struktur des gegenseitigen Bedarfs kommt in diesem Abkommen durch die Ein- und Ausfuhrrelation von 55 : 100 zum Ausdruck, andererseits ist die erhöhte Verwendung der frei verfügbaren Devisen für die deutsche Rohstoffeinfuhr aus britischen Außenbesitzungen auf einen entsprechenden deutschen Bedarf an der Erzeugung dieser Gebiete zurückzuführen. Das Verhältnis von 55 : 100 entspricht jedenfalls dem Gedanken des Neuen Plans, keinesfalls mehr einzuführen, als die Ausfuhr beträgt. Technisch geht die Abwicklung der Zahlungen so vor sich, daß der Gegenwert der aus England nach Deutschland gelangenden Einfuhr nicht auf ein Reichsmark-Verrechnungskonto eingezahlt wird, sondern unmittelbar durch Übertragung in Devisen (auf Grund einer von der Reichsbank ausgestellten Devisenbescheinigung) vom deutschen Schuldner an den ausländischen Gläubiger erfolgt. Ein Zahlungs-, auch Devisenabkommen genannt, kann daher nur zwischen solchen Ländern zustande kommen, von denen das eine keine Devisenbewirtschaftung hat. Mit der Zahlungstechnik wird als ein nicht zu unterschätzender Vorteil des Zahlungsabkommens die Individualität der Handelsbeziehungen betont, die beim Verrechnungsabkommen infolge der überwiegend zentralen Verrechnungsmethode stark vernachlässigt wird.

Der durch das Zahlungsabkommen ermöglichte Ersatz der Bardevise durch freie Verfügung über einen bestimmten Umfang des Ausfuhrerlöses wird jedoch zum Teil wieder durch die Verrechnung des freien Devisenaufkommens mit Schuldbeträgen zunichte gemacht. Anderen zur Zeit bestehenden Abkommen gegenüber gestellt, spricht jedoch das Zahlungsabkommen für eine Festigung der Handelsbeziehungen, die in erster Linie von der Initiative der Einzelwirtschaft getragen werden.

Die Steigerung der Leistungsfähigkeit der deutschen Außenwirtschaft bedingt somit vor allen Dingen, daß das Arbeitsfeld des einzelnen Kaufmanns nicht allzusehr durch Verwaltungsvorschriften eingeengt wird, da allein die Persönlichkeit des Kaufmanns und nicht ein schwerfälliger Verwaltungsapparat die Gewähr für eine Überprüfung der vielfältigen Risiken des Außenhandelsgeschäfts gibt. Der zur Zeit bestehende, zwar im Laufe der letzten Jahre in mancher Hinsicht verbesserte Verwaltungsapparat ist immerhin noch zu starr in seiner Art, um jenem Erfordernis einer erhöhten Handlungsfreiheit des deutschen Importeurs und Exporteurs genügen zu können. Der Verwaltungsapparat wird jedoch nur abgebaut werden können, wenn es gelingt, das deutsche Bardevisenaufkommen erheblich zu vergrößern; daraus geht gleichzeitig hervor, daß seine Existenz zeit- und zweckbedingt ist. Das Zahlungsabkommen bedeutet jedenfalls schon einen Fortschritt in dieser Hinsicht, — weitere Möglichkeiten, zu erhöhten Bardeviseneingängen zu gelangen, sind insbesondere durch Qualitätsverbesserungen der deutschen Ausfuhr gegeben, obwohl die deutsche Ausfuhr zur Zeit infolge der noch vorhandenen handelspolitischen Hindernisse (Abwertungsmaßnahmen anderer Länder, Boykotterscheinungen u. a.) größeren Schwierigkeiten begegnet.

Wie schon erwähnt, besteht der eine Nachteil, der sich aus dem Verwaltungsapparat für den Außenhandel ergibt, darin, daß der Aufgabenkreis des Einzelkaufmanns, dem letzten Endes das Außenhandelsrisiko sowie die mit den Außenhandelsgeschäften verbundene Kleinarbeit überlassen bleibt, stark eingeengt wird. Ein weiterer Nachteil kann, also unter Zugrundelegung der Devisenzwangswirtschaft, der Volkswirtschaft infolge einer zunehmenden Verflechtung des Staates mit Vorgängen der Wirtschaft entstehen. Dem völkischen Zweck entspräche es jedoch, wenn der Staat sich zwecks Erhaltung von Gemeinschaft und Persönlichkeit von der Übernahme wirtschaftlicher Tätigkeit in möglichst großem Umfang fernhielte,

von gewissen Erwerbseinkünften und sonstigen staats- und nationalwirtschaftlichen Erfordernissen abgesehen.

c) Erweiterung des Wirtschaftsraumes durch Handelsverträge mit Südosteuropa.

Der Grund der Heranziehung des südosteuropäischen Raumes zur Erhöhung der deutschen Rohstoffversorgung ist in den strukturellen Eigenschaften der einander gegenüber zu stellenden Volkswirtschaften zu erblicken. Während nämlich im allgemeinen die südosteuropäischen Staaten über eine breite Rohstoffbasis, aber über eine verhältnismäßig geringfügige industrielle Erzeugung verfügen, trifft das Gegenteil für den Raum der großdeutschen Volkswirtschaft zu. Der geringe Umfang der gewerblichen Erzeugung innerhalb der Gesamtproduktion der südosteuropäischen Länder ist auf die Loslösung eines Teiles dieser Länder von der ehemaligen österreichisch-ungarischen Donaumonarchie zurückzuführen. Der Mangel an Industrien in diesen Ländern berechtigt zu Ausfuhrhoffnungen und demzufolge erhöhter Rohstoffbeschaffung umsomehr, als die südosteuropäischen Länder zum überwiegenden Teil Länder mit Devisenzwangswirtschaft sind [56]) und daher bemüht sein werden, ihre Einfuhr in Verrechnungsländern zu decken. So ist man in Jugoslawien, dessen Außenhandel mit einigen Ländern stark passiv war, an die Verminderung der Einfuhr aus Nicht-Clearing-Ländern gegangen, wie u. a. aus England, den Vereinigten Staaten, den skandinavischen Ländern, Belgien, Holland, Japan. Dies ist in der Außenhandelsentwicklung der letzten beiden Jahre dem deutschen Industrie-Fertigwarenexport, dem die Rohstoffausfuhr dieser Südostländer nach Deutschland gegenüber steht, weitgehend zugute gekommen; die deutsche Ausfuhr in diese Länder verhilft somit zu einer fruchtbaren gegenseitigen strukturellen Ergänzung. Jene von vornherein vorhandene natürliche Ergänzungsgrundlage ist überdies dadurch gefördert worden, daß es Deutschland gelungen ist, infolge seines hohen Rohstoffeinfuhrbedarfs die nationale Produktion eines Teils der südosteuropäischen Länder entsprechend zu beeinflussen, indem gegenseitige Vereinbarungen, hauptsächlich über die zukünftige Gestaltung des Anbaus in einigen Südostländern, zur Befriedigung des deutschen Einfuhrbedarfs getroffen wurden. Die

[56]) Die Devisenzwangswirtschaft ist gegenwärtig in Rumänien, Jugoslavien, Bulgarien, Griechenland, Ungarn und Tschechoslovakei eingeführt.

teilweise und in der Entwicklung sich befindende Umgestaltung des Anbaus in einigen Ländern ist durch den bereits erwähnten Verrechnungszwang ermöglicht worden, wodurch Deutschland sich gegenüber früheren auswärtigen Lieferanten der südost-europäischen Länder eine wichtige Konkurrenzstellung zu sichern vermochte. Zum anderen ist die sich anbahnende strukturelle Neuentwicklung in einzelnen Südoststaaten auch auf die Güte des deutschen Exports zurückzuführen, der sich von jeher im südosteuropäischen Raum eines guten Rufes erfreute.

Die in Zukunft mit Sicherheit zu erwartende Markterweiterung für den deutschen Export in den meisten Südoststaaten gründet sich noch auf die auf einzelne Regierungsmaßnahmen zurückzuführende Hebung der Kaufkraft [57]), der übrigens durch das erhöhte deutsche Einfuhrbedürfnis Rechnung getragen wird. Insofern kann mit großer Wahrscheinlichkeit damit gerechnet werden, daß die gestiegene Kaufkraft in den Südostländern sich in Nachfrage nach Gütern deutschen Ursprungs verwandeln wird, zumal in diesen Gebieten so gut wie keine Industrien vorhanden sind. Hinzu kommt, was sich aus dem deutschen Einfuhrbedürfnis ergibt, ein weiterer Bedarf an industriellen Erzeugnissen zur Intensivierung der Agrarwirtschaft dieser Länder. Die Ausrüstung der dortigen Agrarwirtschaften mit Arbeitsgeräten und Kapital ist dringend erforderlich, wenn man bedenkt, daß beispielsweise im südlichen Teile Jugoslawiens noch der hölzerne Pflug Anwendung findet und die Dampfmaschine dort noch völlig unbekannt ist. Für die gewerbliche Struktur des Südostens bezeichnend ist z. B., daß es gegenwärtig nicht eine einzige Automobilfabrik in Jugoslawien gibt [58]).

Die zur Markterweiterung treibenden Kräfte, die schließlich auch zur Sicherung des deutschen Rohstoffeinfuhrbedarfs beitragen werden, wird man wohl in folgenden Punkten zusammenfassen können:

1. Die natürlichen Ergänzungsgrundlagen zwischen Deutschland und den Südostländern,
2. der die Markterweiterung fördernde deutsche Export hinsichtlich der Höhe und besonderen Zusammensetzung,
3. Erweiterung der deutschen Absatzmöglichkeit durch den aus dem Verlauf der neueren wirtschaftlichen Entwicklung in den Balkanstaaten hervorgehenden zusätzlichen Bedarf an Produktivkapital,

[57]) In Jugoslawien: Kaufkraftverbesserung durch Entschuldungsplan der Bauern in einer Verordnung vom 26. 9. 1936 sowie Erlaß einer Mindestlohnverordnung zu Anfang des Jahres 1937. s. hierzu Wirtschaftsblatt der Industrie- und Handelskammer zu Berlin vom 7. Juli 1937, Heft 20, S. 865.

[58]) Wirtschaftsblatt der Industrie- und Handelskammer zu Berlin vom 17. VII. 37, S. 906.

4. erhöhte gegenseitige wirtschaftliche Ergänzung infolge der durch die Verschmelzung des österreichischen Raumes mit dem alten Reichsgebiet gegebenen Erweiterung des Verkehrsnetzes.

Die durch die erweiterte Verkehrsmöglichkeit bewirkte mittelbare Marktnähe kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, schon wegen der damit verbundenen Stärkung der Kaufkraft der südosteuropäischen Länder bei Belieferungen aus der großdeutschen Volkswirtschaft. Im übrigen wird auch im Handelsverkehr Großdeutschlands mit Rumänien und Bulgarien die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der drei Länder durch verstärkte Ausnutzung des Donau-Schiffahrtsweges erheblich gesteigert werden können. Nun könnte man allerdings als die Folge der Einverleibung Österreichs in den großdeutschen Raum auf eine erhöhte Eigenverwendung der Erzeugungsüberschüsse und somit auf eine Minderung der Ausfuhr in die südosteuropäischen Staaten schließen. Eine derartige Entwicklung wäre aber nur vorübergehend denkbar, da die großdeutsche Volkswirtschaft einen größeren grundlegenden Rohstoffbedarf aufzuweisen hat, der in erster Linie nur durch eine entsprechende Ausfuhr befriedigt werden kann.

Wie notwendig es ist, die großdeutsche Ausfuhr nicht nur zu erhalten, sondern möglichst auch zu steigern, ergibt sich, wenn man ihr den Anteil, den das alte Reichsgebiet und die deutsche Ostmark an der Ausfuhr der südosteuropäischen Staaten im Jahre 1937 hatten, gegenüberstellt [59]):

Er betrug rd. 47% der bulgarischen,
rd. 41% der ungarischen,
rd. 35% der jugoslawischen,
rd. 32% der griechischen,
rd. 27% der rumänischen Ausfuhr.

Man wird, was die eben geforderte Ausfuhrsteigerung betrifft, auch die Ausfuhranteile des alten und neuen Reichsgebiets zusammenfassen können, da, wie bereits erwähnt, eine verminderte Bereitstellung von Gütern für Exportzwecke infolge des Rohstoffbedarfs der großdeutschen Volkswirtschaft nicht in Betracht kommen kann; mit Rücksicht auf die verkehrsgünstige Lage der großdeutschen Volkswirtschaft zu den Südoststaaten, auf die zunehmende Gewöhnung dieser Staaten an deutsche Erzeugnisse wird auch weiterhin mit einer entsprechenden Ausfuhr gerechnet werden können.

---

[59]) Schriften des Instituts für Konjunkturforschung, Wochenbericht vom 4. 5. 1938, Nr. 18, S. 143.

Was einer unmittelbaren wirtschaftlichen Raumverbindung und einer mittelbaren Markterweiterung zwischen Deutschland und den südosteuropäischen Staaten schon jetzt ein gewisses Gepräge verleihen dürfte, ist die gegenseitige Angleichung, die durch die zwischen dem Deutschen Reich und einigen südosteuropäischen Staaten zustande gekommenen Anbauverträge gefördert wird. Die Gefahr einer Störung der Handelsbeziehungen durch einen etwaigen Zuwachs an Industrien im südosteuropäischen Raum wird dadurch und, insoweit es auf Grund der geschlossenen Handelsverträge gelingt, eine größere Einspielung des Außenhandels zu erreichen, wieder in den Hintergrund gedrängt; durch die wirksame Durchführung der Verträge würden somit die Vorteile, die in einer zunehmenden wirtschaftlichen Ergänzung bestehen, nur gesteigert werden können.

Die agrarwirtschaftliche Erzeugung in einigen südosteuropäischen Staaten ist aber nicht nur strukturell vom deutschen Einfuhrbedarf her beeinflußt worden, sondern auch konjunkturell, wie der erhöhte Außenhandelsanteil der „valutastarken Länder" am südosteuropäischen Außenhandel in den Jahren 1936/37 zeigt. So stieg der Anteil Großbritanniens an der Gesamtausfuhr Bulgariens von 1,5 v. H. im Jahre 1929 auf 13,9 v. H. im Jahre 1937; er ist ebenfalls gestiegen in Jugoslawien von 1,3 v. H. im Jahre 1929 auf 7,4 v. H. im Jahre 1937, in Rumänien von 6,4 v. H. im Jahre 1929 auf 9,0 v. H. im Jahre 1937 und in Ungarn in denselben Jahren von 3,6 v. H. auf 7,3 v. H. Gestiegen ist ferner der Anteil Frankreichs an der Gesamtausfuhr Jugoslawiens in den Jahren 1929 bis 1937 von 4,0 v. H. auf 5,4 v. H.; auch USA hat eine Steigerung seines Anteils an der Ausfuhr Bulgariens von 1,7 v. H. im Jahre 1929 auf 3,8 v. H. im Jahre 1937 aufzuweisen. Während sich der Anteil von USA an der Ausfuhr Griechenlands in den genannten Jahren bei einem Stande von 16,1 und 16,3 v. H. ungefähr erhalten hat, ist er in denselben Jahren, was den Anteil an der jugoslawischen Ausfuhr anlangt, von 1,6 v. H. auf 4,6 v. H., was den Anteil der rumänischen Ausfuhr betrifft, von 0,2 v. H. auf 1,5 v. H. und die ungarische Ausfuhr betreffend von 1,1 v. H. auf 2,9 v. H. gestiegen [60]).

Daß diese Entwicklung konjunkturell bedingt ist, hängt mit der wohl begründeten Vermutung zusammen, daß ein Nachlassen der weltwirtschaftlichen Konjunktur auch zu einem Rückgang der Nachfrage der genannten Staaten führen dürfte. Wie aus der gegen-

[60]) Schriften des Instituts für Konjunkturforschung, Wochenbericht vom 4. 5. 1938, Nr. 18, S. 144.

wärtigen volkswirtschaftlichen Verfassung der großdeutschen und der südosteuropäischen Volkswirtschaft hervorgeht, braucht dagegen das zwischen diesen Ländern vorhandene gegenseitige Nachfrageverhältnis durch einen Rückgang der Weltkonjunktur nicht beeinflußt zu werden, wenigstens insoweit nicht, als die aus Deutschland gekauften Waren nicht für Ausfuhrzwecke nach den übrigen, außerhalb der „Großraumwirtschaft" liegenden Länder verwendet werden. Eine Stabilisierung der gegenseitigen Nachfrage auf der Grundlage einer möglichst vollkommenen Ergänzung kann in erheblichem Maße zu einer Erhöhung der Leistungsfähigkeit der betreffenden Volkswirtschaften beitragen; Zahlungsvereinbarungen können hier unterstützend eingreifen, um gleichzeitig die Außenhandelsbeziehungen elastischer zu gestalten.

Im folgenden wird auf den Verlauf der Rohstoffeinfuhr unter Zugrundelegung der zwischen dem Deutschen Reich und den südosteuropäischen Staaten getroffenen Vereinbarungen eingegangen werden.

Das Gleis, auf dem sich der deutsch-bulgarische Außenhandel bewegt, bildet der zwischen beiden Staaten zustande gekommene Vertrag vom 11. Februar 1933 einschl. des Zusatzabkommens vom 6. Dezember 1933. Im Vordergrund der Vereinbarungen steht die Freizügigkeit des Außenhandels, die durch die Vermeidung von Ein- und Ausfuhrverboten, von gewissen Ausnahmen abgesehen, sowie durch die Vermeidung von administrativem Protektionismus [61]) gewährleistet erscheint. Was den Vereinbarungen noch eine besondere Note verleiht, ist die gegenseitige Gewährung der unbedingten Meistbegünstigung. Den Kern der handelsvertraglichen Grundlagen bilden jedoch die deutschen Anbau-Verträge in Bulgarien zum Zwecke einer Beeinflussung der bulgarischen Erzeugung zu Gunsten des deutschen Einfuhrbedarfs. Ebenfalls bedeutungsvoll für die zukünftige Außenhandelsentwicklung zwischen beiden Staaten sind die der bulgarischen Einfuhr eingeräumten günstigeren Zolltarife; so ist u. a. die Einfuhr von Sonnenblumen- und Baumwollsamen, von Ölkuchen, Blei- und Kupfererzen zollfrei, während für die Einfuhr von Raps eine Zollabgabe von RM 5.— je dz erhoben wird.

An Rohstoffen sind in den Jahren 1936/37 aus Bulgarien vor allem folgende eingeführt worden:

---

[61]) Vereinbarung, gegenseitig sämtliche lästigen Vorschriften und Förmlichkeiten auszuschalten.

	1936 [62])		1937 [63])	
	i/Mill. RM	Mengen in 1000 dz	i/Mill. RM	Mengen in 1000 dz
Ölkuchen	—	—	—	—
Chromerze	—	—	0,059	12,722
Blei- und Kupfererze	—	—	—	—
Ölfrüchte zur Ernährung	1,2	124,8	1,2	117,006
Felle und Häute	1,9	8,5	2,4	7,597

Unter den aus Bulgarien einzuführenden Rohstoffen sind für den deutschen Bedarf besonders wichtig Chromerze und zur Ernährung Ölkuchen und Ölfrüchte. Trotz der günstigen Einfuhrhandhabung ist jedoch noch keine Einfuhr von Ölkuchen zustande gekommen, was wohl damit zusammenhängt, daß sich die neueren Maßnahmen der deutsch-bulgarischen Handelspolitik noch im Anfangsstadium ihrer Entwicklung befinden. Auch die Einfuhr von Chromerzen, gemessen an der Gesamteinfuhr dieses Rohstoffs (1937 für 6,5 Mill. RM) [64]), ist noch verschwindend gering. Eine etwas freundlichere Einfuhrgestaltung ist auf dem Gebiete „Ölfrüchte zur Ernährung" festzustellen, während die Einfuhr von Fellen und Häuten, die einen für Deutschland nicht gleichermaßen wichtigen Rohstoffbedarf repräsentiert, in Höhe von 2,4 Mill. RM fast drei Viertel (60,9) der deutschen Gesamt-Rohstoffeinfuhr aus Bulgarien (1937: 3,9 Mill. RM) [64]) ausmacht. Allerdings hat sich das Schwergewicht der Einfuhr von Fellen und Häuten in den Jahren 1936/37 etwas zu Gunsten anderer Rohstoffe verlagert, da im Jahre 1936 die Einfuhr von Fellen und Häuten in Höhe von 1,9 Mill. RM, gemessen an der Gesamt-Rohstoffeinfuhr dieses Jahres aus Bulgarien (2,4 Mill. RM), bereits etwas über drei Viertel (0.79 %) betragen hat.

Die Ausfuhr nach Bulgarien, die von 47,6 Mill. RM (1936) auf 68,2 Mill. RM (1937) [65]) gestiegen ist, setzt sich, wie überhaupt die gesamte deutsche Ausfuhr überwiegend aus Fertigwaren und darunter hauptsächlich aus Wollgespinsten, Geweben, chemischen Vorerzeugnissen, Eisenwaren und vor allem Maschinen, Fahrzeugen usw. zusammen. Gerade der deutschen Ausfuhr an Eisenwaren, Maschinen und Fahrzeugen sowie an sonstigen industriellen Erzeugnissen

[62]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1937, S. 272 ff.

[63]) Mtl. Nachw. über den auswärt. Handel Deutschlands, Ergänzungsheft I, 1937, S. 42, 61, 79, 121, 144 ff.

[64]) Monatl. Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands, Ergänzungsheft I, 1937, S. 26.

[65]) Nach Berechnungen des Stat. Reichsamts.

kommt die Aufgabe zu, die gegenwärtige Nachfrage nach diesen Erzeugnissen auf dem bulgarischen Markt nicht nur zu erhalten, sondern möglichst zu erweitern, zumal die Vorbedingungen, wie die Entwicklung der Ausfuhr auf einigen Gebieten beweist, denkbar günstige sind [66]) und weil dadurch die industrielle Eigenerzeugung auf diesem Markt aufgehalten und in den Hintergrund gedrängt werden könnte.

Zwischen Deutschland und Griechenland ist noch der Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 24. März 1928 einschl. der am 27. September 1937 zustande gekommenen Vereinbarung in Kraft. Das Übereinkommen geht davon aus, daß, wiederum von Ausnahmen abgesehen, grundsätzlich Ein- und Ausfuhrverbote und sonstige, den Außenhandel beeinträchtigende Maßnahmen auszuschalten sind. Eine positive Gestaltung des Außenhandels zwischen beiden Ländern wird durch die Einsetzung von Regierungsausschüssen bezweckt, deren Aufgabe darin bestehen soll, etwaige sich ergebende Unstimmigkeiten des Außenhandels beider Länder aus dem Wege zu räumen.

Die Entwicklung des deutsch-griechischen Außenhandels der letzten Jahre kommt in den Außenhandelsumsätzen in einer zunehmenden wirtschaftspolitischen Verflechtung beider Länder zum Ausdruck. Während nämlich im Jahre 1935 das Deutsche Reich des alten Reichsgebiets im Außenhandel mit Griechenland eine passive Handelsbilanz in Höhe von 10 Mill. RM aufzuweisen hatte, hat sich dieses Passivum im Jahre 1936 bei beträchtlicher Steigerung der Außenhandelsumsätze bis auf 4,9 Mill. RM verringert [67]). (Deutschland hat im Jahre 1935 Waren im Werte von 58,5 Mill. RM, im Jahre 1936 im Werte von 68,4 Mill. RM, im Jahre 1937 Waren für 76,4 Mill. RM eingeführt, während die Ausfuhr Deutschlands nach Griechenland von 49,1 Mill. RM im Jahre 1935 auf 63,5 Mill. RM im Jahre 1936 und im darauffolgenden Jahre auf 113,1 Mill. RM gestiegen ist [67]). Für 1937 ist bereits ein deutsches Außenhandelsaktivum mit Griechenland in Höhe von 36,7 Mill. RM [67]) zu verzeichnen. Dieser Entwicklung gegenüber verliert der Außenhandel der Hauptwelthandelsländer Großbritannien, Frankreich und U. S. A. mit Griechenland an Bedeutung; nicht unbeachtlich ist allerdings die Ausfuhrsteigerung Großbritanniens nach Griechenland von 36 Mill. RM im Jahre 1935 auf 41 Mill. RM im Jahre 1936 [67]). Die

[66]) Deutsche Ausfuhr von Eisenwaren ist in den Jahren 1936/37 um 13,5 Mill. RM gestiegen.

[67]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1936/37; Monatliche Nachweise für den auswärtigen Handel Deutschlands, Ergänzungsheft I, 1937.

wiedergegebenen Zahlen bringen jedenfalls zum Ausdruck, daß Griechenland, wenn es sich auch anderen südosteuropäischen Staaten gegenüber in einer etwas verkehrsungünstigeren Lage zum deutschen Markt befindet, dem deutschen Außenhandel noch günstige Ausfuhrchancen bietet. Nicht so sehr im Einklang mit der Gesamtaußenhandelsentwicklung im Jahre 1937 steht die verringerte deutsche Einfuhr einige Rohstoffe aus Griechenland, die man wohl als die wichtigsten im Handelsverkehr zwischen beiden Ländern bezeichnen kann; hierbei liefert einen gewissen Ausgleich für die verringerte Rohstoffeinfuhr von Fellen, Häuten, Harzen usw. die Einfuhr von Eisenerzen.

Es werden vor allem folgende Rohstoffe aus Griechenland eingeführt:

	1936 [68])		1937 [69])	
	in Mill. RM	Mengen in 1000 dz	in Mill. RM	Mengen in 1000 dz
Gerbhölzer und Rinden	0,1	9,2	0,3	23,7
Felle zu Pelzwerk, roh	0,4	1,6	0,6	1,3
Felle und Häute	5,4 [70])	28,7	2,8	13,7
Sonstige Steine und Erden	2,4	654,1	3,5	806,9
Harze, Kopale, Schellack	1,5	74,5	0,5	19,4
Eisenerze	1,8	1822,8	3,2	2191,1

Während die verringerte Einfuhr von Fellen und Häuten wohl hauptsächlich die Tendenz einer verringerten Verwendung dieses Rohstoffs zum Ausdruck bringt, geht aus der gesunkenen Einfuhr von Harzen, Kopalen usw. überwiegend der auf die erhöhte Eigenerzeugung zurückzuführende gesunkene Bedarf hervor. — Im Rahmen der griechischen Einfuhr wird wohl die Einfuhr von Eisenerzen als ein für Deutschland gegenwärtig dringender Bedarf das Feld der Rohstoffeinfuhr mehr und mehr beherrschen. Beachtung verdient noch die Entwicklung der Rohstoffeinfuhr von Steinen und Erden, Gerbhölzern, — beides Rohstoffe, die erst in letzter Zeit im deutschen Einfuhrbedarf stärker hervorgetreten sind.

Bei einer Staffelung der Ausfuhrergebnisse Deutschlands nach Ländern steht in den Jahren 1936/37 die Ausfuhr Deutschlands nach Griechenland nach derjenigen Jugoslawiens an zweiter Stelle; die

[68]) Monatl. Nachw. für den auswärt. Handel Deutschlands, 1936, Erg. H. I, S. 66 ff.

[69]) Monatl. Nachw. über den auswärt. Handel Deutschlands, 1937, Erg. H. I, S. 61 ff.

[70]) Einfuhr zus. gefaßt, s. Stat. Jahrb. f. d. Deutsche Reich, 1937, S. 275.

Ausfuhr nach Griechenland hat wertmäßig um rd. 49,5 Mill. RM zugenommen (1936: 63,5 Mill. RM, 1937: 113,1 Mill. RM) [71]).

Die wichtigsten Posten der deutschen Ausfuhr nach Griechenland bilden Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Eisenwaren, Gewebe aus Baumwolle, Wolle usw.

Die Grundlage zur deutsch-jugoslawischen Außenhandelsentwicklung liefert der zwischen beiden Ländern am 1. Mai 1934 zustande gekommene Vertrag. Während das am 29. Juni 1933 auf der Grundlage der Meistbegünstigung beruhende deutsch-jugoslawische Übereinkommen den Wirtschaftlichen Interessen beider Länder nicht gerecht geworden ist, — es trat in den Außenhandelsbeziehungen zwischen Deutschland und Jugoslawien bis zum Zustandekommen des neuen Vertrages sogar eine Verringerung des Handelsvolumens ein, — hat der neuere Vertrag eine ziemliche Belebung des Außenhandels zu Folge gehabt, was bereits in der aus Jugoslawien gestiegenen Rohstoffeinfuhr zum Ausdruck kommt. Der neue Handelsvertrag zwischen den beiden Ländern wird vor allem durch die Einrichtung von Regierungsausschüssen gekennzeichnet, die, was die Wahrnehmung des deutschen Ausfuhrinteresses anlangt, eine sorgfältige Überprüfung der Absatzmöglichkeiten für deutsche Waren auf jugoslawischen Märkten vornehmen. Gleichzeitig richtet sich ihre Arbeit auf das beiderseits erstrebte Ziel einer weitgehenden Angleichung der jugoslawischen landwirtschaftlichen Erzeugung an den deutschen Einfuhrbedarf. Daß die Bemühungen, zu einer entsprechenden Umgestaltung der jugoslawischen Anbaufläche zu gelangen, bereits ihre Früchte tragen, zeigt die gestiegene deutsche Einfuhr aus Jugoslawien an Flachs und Hanf. Andererseits wird die größere Einfuhr dieser Rohstoffe und zugleich der Anreiz, die Anbaufläche in Jugoslawien entsprechend zu erweitern, auf die von Deutschland gewährte Vorzugszollbehandlung einer zollfreien Einfuhr von Hanf sowie Werg von Hanf und „Hanf gekämmt" zurückzuführen sein. Überhaupt stellt die zollpräferenzielle Behandlung den eigentlichen Kern der deutsch-jugoslawischen Handelspolitik dar.

Folgende nennenswerte Rohstoffeinfuhren gelangten u. a. in den letzten beiden Jahren aus Jugoslawien nach Deutschland:

---

[71]) Nach Berechnungen des Stat. Reichsamts.

	1936 [72])		1937 [73])	
	in Mill. RM	Mengen in 1000 dz	in Mill. RM	Mengen in 1000 dz
Flachs, Hanf, Hartfasern und dergl., roh und bearbeitet	7,8	118,4	9,9	160,1
Felle und Häute [74])	5,6	39,5	1,6 [75])	6,9
Bleierze	3,3	218,0	7,1	353,9
Bauxit, Kryolith	3,3	2176,4	7,3	4058,3
Bau- und Nutzholz (Schnittholz)	7,0	583,3	12,1	1130,4
Kupfer, auch Altmetalle und Legierungen	7,4	130,0	9,7	115,3
Gerbstoffauszüge	1,3	40,8	1,8	52,6

Es ist bemerkenswert, daß im Jahre 1937 die Einfuhr von Flachs, Hanf usw., gemessen am Werte der gesamten Rohstoffeinfuhr aus Jugoslawien, 27% beträgt. Daß trotz der gestiegenen Eigenversorgung an Zellwolle die Einfuhr von Flachs, Hanf usw. auch in Zukunft ihre Rangstellung in der Einfuhr beibehalten wird, zeigt die neuerdings erfolgte Steigerung. Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, daß die Einfuhrsteigerung bei Hanf usw. aus Jugoslawien zu einem erheblichen Teil auf Grund einer Umlagerung der deutschen Einfuhr zu Ungunsten Ungarns erfolgte.

Die deutsch-jugoslawische Außenhandelsentwicklung steht somit im Mittelpunkt der Handelspolitik Deutschland—Südosteuropa. Ein sehr stark zu Gunsten der deutsch-jugoslawischen Außenhandelsverflechtung sprechendes Moment bildet der zunehmend arbeitsteilig gesicherte, gegenseitige Bedarf, der in der deutschen Einfuhr von Flachs, Hanf, Bleierzen, Bauxit, Kryolith, Kupfer, Gerbstoffauszügen und insbesondere Holz, in der deutschen Ausfuhr nach Jugoslawien hauptsächlich in Maschinen, Fahrzeugen, Eisenwaren, chemischen Vorerzeugnissen, Geweben aus Wolle und Baumwolle zutage tritt. Angesichts der schon zu Anfang dieses Kapitels angeführten geringen industriellen Erzeugung in Jugoslawien ist dem deutschen Industrieexport nach diesem Lande ein großer Raum gelassen, was noch dar-

[72]) Mtl. Nachw. f. d. auswärt. Handel Deutschlands, 1936, Erg. H. I, S. 78 ff.
[73]) daselbst 1937, S. ...
[74]) Einfuhrposten zusammengefaßt, s. Stat. Jahrb. f. d. Deutsche Reich, 1937, S. 277.
[75]) „Felle zu Pelzwerk, roh" und „Andere Felle und Häute" hier zus.gefaßt. (Mtl. Nachw. f. s. ausw. Handel Deutschlands, 1937, Erg. H. I, S. 79.

aus hervorgeht, daß die Ausfuhr Deutschlands nach Jugoslawien an Werkzeugmaschinen in den Jahren 1936/37 um 7,2 Mill. RM, an elektrotechnischen Erzeugnissen in denselben Jahren um rd. 5 Mill. RM, an Kraft- und Luftfahrzeugen ebenfalls in denselben Jahren um rd. 4,5 Mill. RM gesteigert werden konnte [76]). Bezüglich der deutschen Ausfuhr nach Jugoslawien ist weiterhin charakteristisch, daß diese im Jahre 1935 sich auf 367 verschiedenen Artikeln, im Jahre 1936 aus 482 verschiedenen Artikeln zusammensetzte [77]). Daran ist deutlich das zukünftige Schwergewicht der deutschen Ausfuhr zu erkennen. Die Möglichkeit einer Ausweitung der deutschen Ausfuhr ist übrigens noch für einige Artikel gegeben, die Jugoslawien aus anderen Ländern einführt und in deren Erzeugung Deutschland sich als leistungsfähig erwiesen hat, wie die Herstellung von chemischen, kosmetischen Artikeln, Herrenwäsche, Kinderkleidung, Hüten, Ledererzeugnissen, Papier, Papiermassen und Spielkarten. — Ein gewisser Beitrag zur Erhöhung des jugoslawischen Einfuhrbedarfs in den letzten Jahren ist wohl auf das von der Regierung Stojadinowitsch aufgestellte Arbeitsbeschaffungsprogramm zurückzuführen.

Der zwischen der deutschen und der rumänischen Regierung geschlossene Handelsvertrag vom 26. März 1935 ist der mit der jugoslawischen Regierung zustande gekommenen Vereinbarung sehr ähnlich, da auch hier zur Regelung des Außenhandels Regierungsausschüsse zwecks gegenseitiger Fühlungnahme eine hervorragende Rolle spielen. Außerdem sieht der genannte Handelsvertrag die Anwendung von Zollpräferenzen vor. Bei den Zolltarifen, die die Einfuhr rumänischer Güter betreffen, ist besonders auf den Tarif der für Deutschland so wichtigen Rohstoffe wie Raps, Sonnenblumenöl, Sonnenblumensamen und Ölkuchen hinzuweisen. Für Raps wird ein Zoll von RM 5.— je dz, für Sonnenblumenöl ein Zoll von RM 2.50 je dz erhoben, während die Einfuhr von Sonnenblumensamen und Ölkuchen zollfrei ist.

Folgende Rohstoffe hat Rumänien u. a. in den letzten beiden Jahren nach Deutschland exportiert:

---

[76]) Monatliche Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands, Ergänzungsheft I, 1936/37.

[77]) Wirtschaftsblatt der Industrie und Handelskammer zu Berlin v. 17. Juli 37, S. 908.

	1936 [78])		1937 [79])	
	in Mill. RM	Mengen in 1000 dz	in Mill. RM	Mengen in 1000 dz
Ölkuchen	0,0002	0,4	1,4	113,1
Ölfrüchte zur Ernährung	3,3	297,2	6,0	541,5
Bau- und Nutzholz (Schnittholz)	8,8	970,5	11,5	1010,1
Kraftstoffe u. Schmieröle	53,1	8515,8	39,6	5204,5

Während die nicht gesondert auffindbare Einfuhr von Raps, Sonnenblumensamen und Sonnenblumenöl, von der anzunehmen ist, daß ein erheblicher Teil dieser Einfuhr in dem Posten „Ölfrüchte zur menschlichen Ernährung" enthalten sein wird, eine bemerkenswerte Steigerung zu verzeichnen hat, ist andererseits ein geradezu sprunghafter Anstieg der Einfuhr von Ölkuchen aus Rumänien festzustellen; die Ölkucheneinfuhr im Jahre 1937 ist gegenüber der Einfuhr des Jahres 1936 um 1,398 Mill. RM gestiegen.

Im Dienste des deutsch-rumänischen Außenhandels steht noch die zwischen beiden Staaten getroffene Regelung des Zahlungsverkehrs vom 7. 6. 1935, indem von den Einzahlungen des deutschen Schuldners laufend 20% auf ein Sonderkonto der rumänischen Nationalbank bei der deutschen Verrechnungskasse übertragen werden. Die auflaufenden Beträge verwendet die rumänische Regierung zur Zuweisung an rumänische Schuldner.

Das Gegenstück zur Rohstoffeinfuhr aus Rumänien bildet die deutsche Ausfuhr nach Rumänien, die in der deutsch-südosteuropäischen Ausfuhrentwicklung an 4. Stelle steht und von 103,6 Mill. RM im Jahre 1936 auf 129,5 Mill. RM im Jahre 1937 gestiegen ist, und an deren Spitze sich Maschinen, chemische Vorerzeugnisse, sowie Gespinste aus Wolle, Baumwolle, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge u. a. befinden. Einige der für Rumänien bestimmten deutschen Ausfuhrerzeugnisse haben eine sehr rasche Aufwärtsentwicklung in den letzten Jahren aufzuweisen; so ist die Ausfuhr von elektrotechnischen Erzeugnissen von 8,2 Mill. RM im Jahre 1936 auf 10,7 Mill. RM im Jahre 1937, die Ausfuhr von Werkzeugmaschinen in denselben Jahren von 2,0 Mill. RM auf 10,5 Mill. RM, die Ausfuhr sonstiger Eisenwaren, wiederum denselben Zeitabschnitt betreffend, von 4,4 Mill. RM auf 6,2 Mill. RM gestiegen [80]), was

[78]) Mtl. Nachw. f. d. auswärt. Handel Deutschlands, 1936, Erg. H. I, S. 114.
[79]) Mtl. Nachw. f. d. auswärt. Handel Deutschlands, 1937, Erg. H. I, S. 121.
[80]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1937 sowie Monatliche Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands, Ergänzungsheft I, 1937.

zugleich ein deutlicher Ausdruck für die Zunahme der Industrialisierung in den betreffenden Ländern ist. —

Die Entwicklung der deutsch-ungarischen Außenhandelspolitik wird gekennzeichnet durch eine längere Kette handelsvertraglicher Abmachungen, die auf dem zwischen beiden Ländern am 18. Juli 1931 zustande gekommenen Vertrag beruhen. In dem Übereinkommen drückt sich sehr stark das Bestreben zu ständiger wirtschaftlicher Fühlungnahme und wirtschaftlicher Annäherung aus, mit der in den letzten Jahren auch eine stärkere politische Annäherung einhergegangen ist, ohne die letzten Endes auch die wirtschaftliche an Wirksamkeit verlieren würde. Im Mittelpunkt dieser handelsvertraglichen Übereinkunft, als der Grundlage der darauf folgenden, stand die Gewährung der unbedingten Meistbegünstigung, die Festsetzung günstigerer für die ungarische Einfuhr bestimmter Zolltarife, sowie das Bestreben, Behinderungen, die im Außenhandel durch die Ausstellung von Ursprungszeugnissen, durch die Anwendung überflüssiger Formalitäten entstehen könnten, aus dem Wege zu räumen. Die Freizügigkeit des Handels erscheint weiterhin verbürgt durch den Ausschluß von Ein- und Ausfuhrverboten, von einigen Ausnahmen abgesehen. Unter den weiteren Vereinbarungen ist die zweite Zusatzvereinbarung vom 14. März 1934 für den deutsch-ungarischen Handel besonders bedeutungsvoll, da hier erstmalig zwischen beiden Ländern Regierungsausschüsse eingerichtet wurden, die sich neben der Frage von Ein- und Ausfuhr, die schließlich beide Handelspartner interessiert, auch mit der Frage der Markterweiterung für deutsche Waren in Ungarn sowie vor allem mit der Frage der Anpassung der landwirtschaftlichen Erzeugung in Ungarn an die Erfordernisse des deutschen Einfuhrbedarfs zu befassen haben. Die Umgestaltung der ungarischen Anbauerzeugnisse in Anpassung an den deutschen Einfuhrbedarf betrifft den Anbau von Leinsaaten, Rhizinus- oder anderen Ölsaaten. Inwieweit eine derartige, langfristig zu wertende Beeinflussung der ungarischen agrarwirtschaftlichen Erzeugung dem deutschen Bedarf zugute kommen wird, wird erst an der zukünftigen Entwicklung der deutschen Einfuhr aus Ungarn abzulesen sein. Es wäre falsch, schon jetzt endgültige Schlüsse aus der Einfuhrentwicklung von Ölprodukten in bezug auf die zukünftige Gestaltung der agrarwirtschaftlichen Erzeugung in Ungarn zu ziehen, da entsprechende Umstellungen innerhalb der Erzeugung wohl erst nach Jahren in der Einfuhrentwicklung zum Ausdruck kommen. Allerdings geht aus der Entwicklung des

ungarischen Außenhandels hervor, daß ein großer Teil der früheren ungarischen Ausfuhr von Ölprodukten (besonders Ölkuchen) nach Deutschland an Rumänien übergegangen ist [81]). Trotzdem hat sich die Einfuhr von Ölfrüchten annähernd halten können.

Gegenwärtig kommen als nennenswerte Posten der deutschen Rohstoffeinfuhr aus Ungarn hauptsächlich folgende in Frage:

	1936 [82])		1937 [83])	
	in Mill. RM	Mengen in 1000 dz	in Mill. RM	Mengen in 1000 dz
Bauxit, Kryolith	6,4	3283,8	8,5	4723,1
Felle zu Pelzwerk, bearb.	1,9	1,0	2,4	0,7
Rohstoffe f. chem. Erz.	1,0	17,7	1,7	32,1
Gespinste aus Flachs, Hanf, Jute u. dergl.	1,3	7,6	1,0	5,6
Flachs, Hanf, Hartfasern u. dergl., roh u. bearb.	1,3	70,1	0,8	54,1

Die Tendenz in der Einfuhr von Rohstoffen aus Ungarn geht scheinbar dahin, das Schwergewicht der Einfuhr in Zukunft mehr oder weniger auf die Einfuhr von Bauxit, Rohstoffen für chemische Erzeugnisse und allenfalls Felle zu verlegen. Die verminderte Einfuhr von Flachs, Hanf und Gespinsten wird wohl hauptsächlich auf die gestiegene Zellwollerzeugung in Deutschland zurückzuführen sein, obwohl auch hier die unverkennbare Tendenz vorhanden ist, den Einfuhrrückgang aus Ungarn auf diesem Gebiet durch entsprechende Einfuhren aus anderen Ländern, insbesondere Jugoslawien zu ersetzen. —

Die wichtigsten deutschen Ausfuhrposten nach Ungarn (d. h. die Zusammensetzung des ungarischen Bedarfs) bilden Eisenwaren, Kraft- und Luftfahrzeuge, Werkzeugmaschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Maschinen der Spinnstoff-, Leder- und Lederwarenindustrie u. a. So ist u. a. die Ausfuhr von Eisenwaren nach Ungarn von 3,4 Mill. RM im Jahre 1936 auf 18,6 Mill. RM im Jahre 1937, die Ausfuhr von Kraft- und Luftfahrzeugen von 4,8 Mill. RM im Jahre 1936 auf 8,7 Mill. RM im Jahre 1937, die Ausfuhr von elektrotechnischen Erzeugnissen von 3,3 Mill. RM im Jahre 1936 auf 4,2 Mill. RM im Jahre 1937 gestiegen [84]). Obwohl Ungarn schon

[81]) s. oben S. 212.

[82]) Mtl. Nachw. f. d. ausw. Handel Deutschl., 1936, Erg. H. I, S. 126 ff.

[83]) Mtl. Nachw. f. d. ausw. Handel Deutschl., 1937, Erg. H. I, S. 144 ff.

[84]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1937, sowie monatliche Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands, Ergänzungsheft I, 1937.

ein im Vergleich zu anderen südosteuropäischen Staaten stärker industrialisiertes Land ist, wird doch durch die Zusammensetzung der deutschen Ausfuhr der Beweis erbracht, daß noch sehr viel Raum für den Bedarf an industriellen Erzeugnissen vorhanden ist. In diesen Raum vorzustoßen, ist Aufgabe des deutschen Exporteurs, — eine Aufgabe, deren Erfüllung hauptsächlich von der Güte der ausgeführten Erzeugnisse abhängen wird.

Ergänzend ist zur Entwicklung des deutsch-ungarischen Außenhandels noch der Abschluß einer Zahlungsvereinbarung zu erwähnen, die zu einer glatten Abwicklung des Außenhandels beitragen soll, indem der ungarischen Nationalbank auf einem Reichsbankkonto laufend ein Teil der Reichsmarkzahlungen zur Verfügung gestellt wird. Als wichtig ist aus der Zahlungsvereinbarung vor allem die gegenseitige Anerkennung eines beständigen Kursniveaus, des Budapester amtlichen Kurses für Reichsmarkzahlungen, hervorzuheben.

Daß der Außenhandel der Bereinigung des deutschen Rohstoffproblems dienen kann, wird deutlich an der Entwicklung des deutsch-südosteuropäischen Außenhandels. Das Passivum für Deutschland hat sich in den letzten Jahren sogar bei gestiegenen Außenhandelsumsätzen verringert. Das ist ein sichtbares Zeichen für eine Erweiterung des südosteuropäischen Marktes durch den deutschen Export, der nach den südosteuropäischen Ländern rund $^1/_{10}$ der gesamten deutschen Ausfuhr beträgt.

Deutschlands Außenhandel mit Südosteuropa [85]).

Reiner Warenverkehr in Mill. RM.

Zeit	Ausfuhr	Einfuhr	Ein- (—) bezw. Ausfuhr- (+) überschuß
1933	154,3	198,5	— 44,2
1934	170,6	248,2	— 77,6
1935	252,6	319,1	— 66,5
1936	374,9	386,9	— 12,0
1937	555,7	574,0	— 18,3

Allerdings bewegt sich der Außenhandel Deutschlands mit diesen Ländern auf einer völlig anderen Ebene als der mit anderen Staaten. Der deutsch-südosteuropäische Handel ist nicht von den wirtschaftlichen Wechsellagen abhängig, denen der internationale Handel im übrigen noch unterworfen ist, sondern ist das Ergebnis von Erwä-

[85]) s. Wochenbericht, Schriften des Instituts für Konjunkturforschung, 11. Jahrgang, Nr. 18, S. 143.

gungen, die auf den Möglichkeiten natürlicher Ergänzung dieser Volkswirtschaften basieren. Wenn daher auch für die Zukunft im Handelsverkehr Deutschlands mit den Balkanstaaten mit einer Ausschaltung größerer Schwankungen des Außenhandelsvolumens, mit einer Beseitigung nennenswerter Störungen der Volkswirtschaften gerechnet werden kann, so wird doch die Erreichung dieses Ziels im besonderen von der wirksamen Durchführung der Anbauverträge abhängen, die zwischen dem deutschen Reich und den meisten Balkanstaaten zustande gekommen sind. Es ist damit zu rechnen, daß auf Grund der Anbauverträge die Rentabilität der südosteuropäischen Agrarwirtschaft gehoben wird. Im Gefüge der deutsch-südosteuropäischen Außenhandelsbeziehungen mag daher der Satz vom zunehmenden Außenhandelsertrag zwischen den industriellen und agrarwirtschaftlichen Staaten an Bedeutung gewinnen.

Bis jetzt ist die Industrialisierung in den südosteuropäischen Staaten noch nicht so weit gediehen, daß man von einer Störung des Außenhandels zwischen Deutschland und den Balkanstaaten sprechen könnte. Es ist fraglich, inwieweit eine Industrialisierung dieser Staaten geeignet ist, das Außenhandelsvolumen einzuengen. Das von Sombart im Jahre 1899 aufgestellte Gesetz von der fallenden Exportquote dürfte bereits seit längerer Zeit nicht nur theoretisch, sondern vor allem auch durch die Praxis als widerlegt gelten. Jede deutsche Außenhandelsstatistik zeigt anschaulich, daß die besten Partner Deutschlands im Welthandel stark industrialisierte Staaten sind, daß mit anderen Worten auch für das Verhältnis zu Südosteuropa eine fortschreitende Industrialisierung eher geeignet ist, das Außenhandelsvolumen zu erweitern.

Nach Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung soll die industrielle Gütererzeugung in Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, Ungarn und Griechenland in den Jahren von 1927 — 1937 um rund 44 vom Hundert zugenommen haben, während der industrielle Zuwachs im gleichen Zeitraum in den übrigen Teilen Europas nur 16 v. H. betragen soll [86]). Es täuscht andererseits dieser industrielle Zuwachs nicht darüber hinweg, daß pro Kopf der Bevölkerung die industrielle Gütererzeugung in den südosteuropäischen Staaten einen weit geringeren Raum einnimmt als in den industrialisierten Staaten Europas. Es wird geschätzt, daß im Jahre 1928 der Anteil am Wert der europäischen Industrieproduktion der Staaten

[86]) Schriften des Instituts für Konjunkturforschung, Wochenbericht, 11. Jahrgang, Nr. 18, 4. 5. 38, S. 144/45.

Ungarn, Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien und Rumänien sich auf nur 2 v. H. belief, während er gegenwärtig nicht mehr als etwa 2,5 v. H. betragen soll [87]). Zusammenfassend kann als das Ergebnis einer Betrachtung des wirtschaftlichen Aufbaues des südosteuropäischen Raumes im Hinblick auf die Befriedigung des deutschen Rohstoffbedarfs festgesetllt werden, daß im großen Umfang die natürlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine positive Gestaltung des Außenhandels zwischen Deutschland und den Balkanstaaten vorhanden sind, was schon aus der Entwicklung der Einfuhr Deutschlands und der deutschen Ostmark aus dem südosteuropäischen Raum hervorgeht [88]).

Noch ehe es eine großdeutsche Volkswirtschaft gab, hatten bedeutende wirtschaftliche Interessen das alte und neue Reichsgebiet der deutschen Ostmark mit dem südosteuropäischen Handel verbunden. Es besteht gegenwärtig mit Rücksicht auf den gestiegenen Rohstoffbedarf sowie im Hinblick auf die neu entstandene verkehrsgünstigere Lage der deutschen Volkswirtschaft zu den Balkanstaaten die Hoffnung, die früheren Wirtschaftsbeziehungen nicht nur zu erhalten, sondern sie sogar noch zu intensivieren. Man wird demzufolge, um eine zuverlässige Grundlage für die zukünftige Gestaltung des deutsch-südosteuropäischen Außenhandels zu gewinnen, die früheren Außenhandelsanteile des alten und neu angegliederten Reichsgebiets zu einem zusammenfassen können. Dem stünde auch nicht entgegen, daß womöglich vorübergehend infolge einer erhöhten Nutzbarmachung der Überschüsse der Erzeugung der österreichischen zugunsten der großdeutschen Volkswirtschaft die Ausfuhr Österreichs nach südosteuropäischen Staaten und daher die Einfuhr aus diesen Staaten sinken würde; an der grundsätzlichen Entwicklung würde damit nichts geändert werden. —

Der Erfolg britischer oder französischer Bemühungen um intensivere Wirtschaftsbeziehungen mit Südosteuropa wird davon abhängen, wie schnell die Anpassung der südosteuropäischen Erzeugung an den deutschen Bedarf erfolgen wird.

Abschließend sei hinzugefügt, daß man sich über die etwa geminderte Krisenempfindlichkeit oder neu erzielte relative „Krisenfestigkeit" der deutschen Volkswirtschaft keinen falschen Hoffnungen hingeben darf, da die angestellten Erwägungen z. B. im Falle einer Bedrohung der politischen Grenzen der an den Wirt-

[87]) Schriften des Instituts für Konjunkturforschung, Wochenbericht, 11. Jahrgang, Nr. 18, 4. 5. 38, S. 144/45.

[88]) s. Diss. S. 115.

schaftsabkommen beteiligten Länder hinfällig werden können. Unsere Ausführungen, die von politischem und wirtschaftlichem Frieden ausgehen, haben daher nur bedingt Anspruch auf Geltung. Eine sich in ihrem Aufbau einheitlich entwickelnde Volkswirtschaft ist nur in einem geschlossenen politischen Raum voll lebensfähig. Daraus erhellt wiederum die Übereinstimmung allgemein volkswirtschaftlicher und wehrwirtschaftlicher Zielsetzung, es sei denn, daß eine wirtschaftlich fundierte internationale Solidarität der Interessen vorhanden ist, die stark genug wäre, einen Ausbruch politischer Feindseligkeiten zu verhindern, — Voraussetzungen, die infolge der im Zuge der Entwicklung liegenden zunehmenden Nationalisierung des wirtschaftlichen Geschehens weitgehend fehlen und die sich zuletzt im Weltkrieg als trügerisch erwiesen.

d) Das wirtschaftliche Großdeutschland.

Der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich ist naturgemäß nicht unter wirtschaftlichen, sondern allein unter politisch-völkischen Gesichtspunkten erfolgt. Es ergaben sich aber durch die Vereinigung eine Fülle wirtschaftlicher Probleme, die der Lösung harren und die zum erheblichen Teil in den Rahmen unserer Erörterung gehören.

Die Kapazität der früher getrennt lebenden Wirtschaftsgebiete im großdeutschen Raum wird bedingt durch die Grundlagen der Erzeugung und ihre künftige Form durch den völkischen Bedarf. Ihm ist in den Anordnungen des Generalfeldmarschall Göring, des Beauftragten für den Vierjahresplan, Rechnung getragen. Göring fordert, nicht zuletzt im Hinblick auf den Bedarf, folgende Anstrengungen [89]):

Förderung der land- und forstwirtschaftlichen Frzeugung durch Bodenverbesserung,
Ausbau des österreichischen Verkehrswesens
(Autostraßen, Eisenbahnlinien, Transportwege u. a.),
Abbau der österreichischen Bodenschätze,
Erweiterung der Energieversorgung
(insbesondere Erschließung der Wasserkräfte),
Ausbau der synthetischen Rohstofferzeugung.

Wenn wir die wirtschaftlichen Möglichkeiten überprüfen, die diesen Forderungen gegenüberstehen, so sei dabei von den drei Produktionsfaktoren ausgegangen, so wie sie das damalige Öster-

[89]) s. Vorwort zum Bericht der Dresdner Bank: Großdeutschland und der südosteuropäische Raum.

reich zu bieten hat. Bei der Schilderung seiner wirtschaftlichen Grundlagen wird daher stets von den Gegenüberstellungen der gegenseitigen Größenverhältnisse ausgegangen werden. Dadurch werden neben dem Grad der wirtschaftlichen Ergänzungsfähigkeit auch die etwaigen noch vorhandenen aus dem völkischen Bedarf einerseits und der wirtschaftlichen Grundlagen andererseits hervorgehenden Spannungen der Bedarfsbefriedigung zum Ausdruck gebracht unter Anknüpfung an die weitere Frage, welche Möglichkeiten für eine Milderung solcher Spannungen bestehen.

Die Raumerweiterung tritt nach außen hin in der Erweiterung der Fläche von bisher 470 714 qkm um 83 868 qkm auf 554 582 qkm in Erscheinung. Der vom neuen Gesamtraum umschlossene Produktionsfaktor Natur zerfällt in die beiden Gruppen Anbau- und Abbaustoffe.

In welcher Form der Boden von den großen Gruppen der Anbaustoffe in Anspruch genommen wird, zeigt folgender Gesamtüberblick [90]):

Bodennutzung.

(in qkm)	Deutschland		Österreich	
Gesamtfläche	470.714		83.868	
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	416.650		74.740	
davon:				
Ackerland	194.220	(46,5%)	19.780	(26,5%)
Wiesen und Weiden	85.440	(20,5%)	22.290	(29,8%)
Wald	129.180	(31,0%)	31.380	(42,0%)
Haus- und Hofräume, Wegeland, Gewässer, Parkanlagen, Öd- und Unland	50.764		9.128	

Es geht daraus hervor, daß die besondere Stärke der österreichischen Agrarwirtschaft auf dem Gebiete der Holz- und Viehwirtschaft liegt. Der Wald setzt sich hauptsächlich aus gemischten Beständen und solchen hochalpinen Charakters zusammen. Ein erheblicher Teil von den in Privatbesitz befindlichen Waldungen (Jagdgüter) wurde bisher volkswirtschaftlicher Verwertung vorenthalten. Hierin sowie in dem Umstand, daß die Privatwaldungen

[90]) Bericht der Dresdner Bank: Großdeutschland und der Südosteuropäische Raum, 2. Aufl., S. 3 unten.

überwiegend schlecht bewirtschaftet worden sind und daß infolge der hohen Steuerbelastung der österreichische Grundbesitz stark verschuldet war, sind immerhin aussichtsvolle Möglichkeiten zu einer weiteren Ausdehnung der Erzeugungsgrundlagen gegeben. Für eine industrielle Verarbeitung besonders günstig ist die als Holz besonders häufige Fichte. Das der Holzwirtschaft beizumessende Gewicht innerhalb der Anbauproduktion geht schon daraus hervor, daß mit einer Waldfläche von 31 380 qkm 37,4 v. H. der Gesamtfläche auf die Forstwirtschaft entfallen, während im früheren kleindeutschen Raum bei einer Fläche von 129 180 qkm der Anteil der Forstwirtschaft 27,4 v. H. betrug. Von der Gesamtjahresproduktion der Holzwirtschaft, die im österreichischen Raum 5,5 — 6,0 Millionen fm [91]) beträgt, werden für die industrielle Verarbeitung nicht mehr als 2,5 Millionen fm benötigt, so daß der Rest, ein Teil des bisherigen Brennholzanteils von 3,5 — 4,0 Millionen fm eingeschlossen, nunmehr der Befriedigung des Bedarfs der großdeutschen Volkswirtschaft dienen kann. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß mit dem wahrscheinlich stärkeren Ausbau der Zellstoffindustrie im österreichischen Raum (Vierjahresplan) und bei fortschreitender Verbrauchslenkung (zunehmende Verwendung von Holz anstelle von Metallen, bes. in der Bauwirtschaft) die Erzeugung im österreichischen Raum demnächst sehr stark in Anspruch genommen wird, insbesondere da außerdem handelsvertragliche Bindungen, z. B. mit Italien bestehen.

Eine weitere agrarwirtschaftliche Verbindungsstufe des österreichischen zum deutschen Raum ist, wie aus der Übersicht über die Bodennutzung hervorgeht, durch den höheren Anteil der Wiesen und Weiden sowie der Viehwirtschaft gegeben. Der Viehwirtschaft kam in Österreich von vornherein besondere Bedeutung in der agrarwirtschaftlichen Struktur zu. Den unmittelbaren Anlaß einer Intensivierung dieses Produktionszweiges bildete die aus dem Kriege hervorgegangene politische Neugestaltung des österreichischen Raumes, da gegenüber den handelspolitischen Selbständigkeits- und Industrialisierungsbestrebungen der neugeschaffenen Nachbarländer die österreichische ernährungswirtschaftliche Einfuhr (infolge der Abnahme des österreichischen Exportüberschusses, der überwiegend auf die Erzeugung von Fertigwaren zurückzuführen war) in Frage gestellt wurde. Der Rückgriff auf gerade diesen Produktionszweig er-

[91]) Bericht der Dresdner Bank: Großdeutschland und der Südosteuropäische Raum, 2. Aufl., S. 4.

scheint unter Berücksichtigung der Grundlagen der österreichischen Agrarwirtschaft naheliegend. Die Ausdehnung der Viehwirtschaft mit der Folge einer zu 100% eigenständigen Versorgung mit den Erzeugnissen der Viehwirtschaft: Fleisch, Milch, Butter, Käse wird insbesondere bestätigt durch die im Jahre 1937 erzielten Ausfuhrüberschüsse der letzten genannten drei Erzeugnisse [92]). Gleichzeitig konnte neben einer Steigerung des Anbaus von Futterrüben auch der Zuckerrüben- und Kartoffelanbau gefördert werden, so daß damit der Ernährungswirtschaft in hohem Maße gedient war. Während, wie aus der nachfolgenden Statistik hervorgeht, die Erzeugung der letzten beiden Anbauerzeugnisse erheblich gesteigert werden konnte, läßt mit Ausnahme von Mais die österreichische Getreideversorgung noch zu wünschen übrig.

Ernteflächen und -erträge [93]).

Durchschnitt der 7 Erntejahre 1930/36	Deutschland Ernteerträge 1000 dz	dz je ha	Österreich Ernteerträge 1000 dz	dz je ha
Weizen	46.081	21.6	3.583	15.8
Roggen	77.033	17.1	5.661	14.8
Gerste	32.217	20.2	2.727	16.3
Hafer	59.887	20.5	4.123	13.5
Mais	—	—	1.335	21.2
Kartoffeln	451.677	159.3	25.760	129.1
Zuckerrüben	107.815	295.1	10.697	253.3

Die verringerte Getreideerzeugung erklärt sich aus den wirtschaftlichen Grundlagen, einmal aus den in den Alpenländern vorherrschenden ungünstigen Produktionsbedingungen sowie weiter aus der verkehrsungünstigen Lage dieser Gebiete zum Wiener Markt; die Getreideversorgung Wiens erfolgte dementsprechend aus den standortmäßig günstiger gelegenen und verhältnismäßig billig produzierenden Tiefebenen Böhmens, Mährens und Ungarns. In gewissem Umfang ist eine Schrumpfung nicht nur des Getreideanbaus, sondern auch anderer Erzeugnisse der Ernährungswirtschaft durch den mit der österreichischen Wirtschaftskrise (Zusammenbruch der österreichischen Kreditansatl) verbundenen Verbrauchsrückgang ver-

[92]) bei Milch 121.600 dz und Butter 34.600 dz, Käse 38.700 dz, s. Zeitschrift „Deutsche Justiz" 1. 4. 38 Nr. 13, S. 525.

[93]) Bericht der Dresdner Bank: Großdeutschland und der Südosteuropäische Raum, 2. Aufl., S. 4.

ursacht worden. So ist von 1930 bis 1936 der Brotkonsum um rd. 10%, der Verbrauch an Weißgebäck um rd. 35%, von Milchbrot um rd. 50% zurückgegangen [94]).

Ein für die Erzeugung von Getreide und viehwirtschaftlicher Produkte wichtiger Tatbestand ist die regionale Trennung beider Erzeugunsgruppen. Die Getreideversorgung erfolgt überwiegend aus dem südlich gelegenen Teil, die viehwirtschaftliche überwiegend aus dem gebirglichen Teil der österreichischen Landschaft. Dadurch ist einmal der Weg zur Spezialisierung und damit zur Steigerung der Erzeugung geschaffen, und zum anderen wird sich ein vorübergehender Preisverfall der einen Produktengruppe mit der Folge einer Extensivierung der Erzeugung nicht zugleich auf beide Gruppen der Erzeugung erstrecken.

Verhältnismäßig geringfügig ist in der deutschen Ostmark die für den großdeutschen Rohstoffbedarf so wichtige Flachsproduktion (Rohfasern), die im Jahre 1936 nicht mehr als 35 466 dz betragen hat [95]). Hauptanbaugebiet für Flachs ist Oberösterreich.

Durch Bereitstellung von Kapital für bessere Ackergeräte, durch höheren Düngemitteleinsatz, Urbarmachung von Ödlandgebieten, die keinen unbeachtlichen Anteil der Gesamtfläche ausmachen [96]), durch geschickte Preispolitik, die ihren Rückhalt in der Markterweiterung findet, werden auf diesem Gebiet sicher nennenswerte Steigerungen der Erzeugung zu erzielen sein. Ein wichtiger Schritt in dieser Hinsicht ist bereits erfolgt durch die kürzlich in Kraft getretene Frachtverbilligung für Mineraldünger nach Österreich.

Zur Betrachtung der Erzeugungsgrundlagen der Anbauprodukte kann abschließend hinzugefügt werden, daß die in den letzten Jahren im österreichischen Raum bedeutend gesteigerte Milchversorgung durch die Möglichkeit einer größeren Gewinnung von Magermilch unter Umständen Kasein als wichtigen Ausgangsstoff für die Erzeugung von Lanitalwolle bietet.

Von den Abbauerzeugnissen sind es in erster Linie Magnesit, Graphit (Vorkommen bis zu 80 Millionen Tonnen in der Steiermark), Eisenerze sowie ferner in größerem Abstande Kupfer-, Zink- und Bleierze, die der österreichischen Abbauwirtschaft das Gepräge verleihen. Geringere Bedeutung besitzt demgegenüber die österreichische Steinkohlen- und Braunkohlenförderung. Die geringe

[94]) „Der deutsche Volkswirt" 12. Jahrg. Nr. 27, S. 1277.

[95]) „Statistik der Ernte im Bundesstaat Österreich im Jahre 1936", Wien 1937, S. 89.

[96]) s. oben S. 137.

Braunkohlenförderung ist besonders bedauerlich im Hinblick auf das Erfordernis der Errichtung von Hydrieranlagen. In Anbetracht der Steigerung der Braunkohlenförderung von 2,9 Millionen Tonnen im Jahre 1936 auf 3,2 Millionen Tonnen im Jahre 1937 bleibt jedoch die Hoffnung auf weitere Steigerungen der Erzeugung, umsomehr als die Braunkohlenförderung im Jahre 1929 den für Österreich beachtlichen Stand von 3,5 Millionen Tonnen erreicht hatte [97]). Die Vorkommen an abbaufähiger Braunkohle werden auf ca. 300 Millionen Tonnen geschätzt [98]). Eine allerdings geringe Bedeutung kommt der Erdölförderung zu, die im Jahre 1937 33 000 to betrug.

Die Erzeugung der wichtigsten Rohstoffe hatte in den letzten beiden Jahren im alten und neuen Reichsgebiet folgenden Umfang [99]):

(in 1000 t)	Deutschland		Österreich	
	1936	1937	1936	1937
Eisenerzförderung	7.570	8.520	1.024	1.870
Roheisen	15.303	15.97	248	385
Rohstahl	19.175	19.849	418	690
Kupfererzförderung	1.153	1.300	9	—
Zinkerzförderung (Zinkinhalt)	116	—	3	—
Bleierzförderung (Bleiinhalt)	61	—	6	—
Graphitförderung	24	—	22	18
Magnesitförderung	15	—	300 (1935)	—
Steinkohlenförderung	158.283	184.510	244	228
Braunkohlenförderung	161.397	184.680	2.897	3.204
Zellstoffproduktion	1.356	1.500	253	—
Holzstoff	1.911	—	82	—

Wie aus der Produktionsstatistik hervorgeht, liegen entsprechend dem neuesten Produktionsstand folgende Unterschiede innerhalb der deutschen und ehemals österreichischen Erzeugung nachstehend aufgeführter Rohstoffe vor:

1) GrößterVorsprung der österreichischen Erzeugung gegenüber der deutschen: Magnesit- und Graphitförderung.
2) Relativ größter Vorsprung der österreichischen Erzeugung gegenüber der deutschen:
   Eisenerzförderung, Zellstoffproduktion.
3) GrößterVorsprung der deutschen Erzeugung gegenüber der österreichischen: Kupfererz-, Zinkerz- und Bleierzförderung.

[97]) Bericht der Dresdner Bank: Großdeutschland und der Südosteuropäische Raum, S. 5.
[98]) dto. S. 4.
[99]) dto. S. 7.

4) Nicht nur absoluter, auch relativ größter Vorsprung der deutschen Erzeugung gegenüber der österreichischen:
Roheisen-, Rohstahlerzeugung, Steinkohlen- und Braunkohlenförderung, Erzeugung von Holzstoffen, insbesondere chemischen Rohstoffen [100]).

Aus den mengenmäßigen Abstufungen der Erzeugungsweise beider Räume wird man noch keinen Schluß auf das Vorhandensein eines entsprechenden Bedarfs ziehen können (dessen Ermittlung zur Erklimmung des wirtschaftlichen Leistungsvermögens und der noch zu bewerkstelligenden Erzeugung notwendig ist); der erheblich niedrigere Produktionsstand des einen Raumes gegenüber dem anderen begründet erst dann einen entsprechenden Bedarf des betreffenden Raumes, wenn sich die erwähnte Tatsache zugleich in den Einfuhrziffern widerspiegelt. Es sind daher, ehe auf die gegenseitig auszufüllenden Lücken gegenseitigen Bedarfs eingegangen werden kann, Parallelen zwischen dem Erzeugungsniveau und der Einfuhr zu ziehen.

Folgendermaßen hat sich der Außenhandel nachstehender Rohstoffe im Jahre 1936 zwischen der deutschen Ostmark und dem alten Reichsgebiet entwickelt [101]):

	Einfuhr		Ausfuhr	
	Deutschl. Mill. RM	Österr. Mill. S	Deutschl. Mill. RM	Österr. Mill. S
Baumwolle	258	72	9	5
Wolle	229	59	7	19
Erze	288	7	5	6
Eisen und Metalle	186	42	52	23
Kohle und Kohlenderivate	99	93	8,4	—
Mineralöle	193	30	26	—
Chem. Rohstoffe und Erzeugnisse	169	90	728	47
Holz	207	8	4	83
Holzwaren	16	4	29	13
Zellstoff, Holzschliff, Lumpen	16	1	21	55
Felle, Häute, Gerbstoffe	195	15	8	18
Kautschuk	67	7	1	—

[100]) s. S. 231 Außenhandelsbilanz.
[101]) Bericht der Dresdner Bank: Großdeutschland und der Südosteuropäische Raum, S. 6/7.

Überschuß der Ausfuhr (+) bzw. Einfuhr (—).

	Deutschland Mill. RM	Österreich Mill S
Baumwolle	— 249	— 67
Wolle	— 222	— 40
Erze	— 283	— 1
Eisen und Metalle	— 134	— 19
Kohle und Kohlenderivate	+ 303	— 93
Mineralöle	— 167	— 30
Chem. Rohstofffe und Erzeugnisse	+ 568	— 43
Holz	— 203	+ 75
Holzwaren	+ 13	+ 9
Zellstoff, Holzschliff, Lumpen	+ 5	+ 54
Felle, Häute, Gerbstoffe	— 187	+ 3
Kautschuk	— 66	— 7

Obwohl die Einfuhr von Magnesit nicht besonders aufgeführt ist, — sie wird in dem Posten der Erzeinfuhr enthalten sein, — läßt die überragende Stellung Österreichs in der Erzeugung dieses Rohstoffs kaum einen Zweifel zu, zumal wenn man in Anbetracht des größten deutschen Erzeugungsvolumens der Stahl- und Eisenverarbeitung den verhältnismäßig geringen technischen Verarbeitungs-Bedarf auf diesem Gebiet feststellt. Die ebenfalls günstig gelagerte Erzeugung von Graphit läßt kaum auf einen höheren Einzelbedarf schließen. Der Einfuhrüberschuß des Postens „Kohlen und Kohlenderivate" wird daher, was den Graphitbedarf betrifft, auf einen höheren Bedarf an anderen in diesem Posten eingeschlossenen Rohstoffen wie hauptsächlich Stein- und Braunkohle zurückzuführen sein.

Die relative Überlegenheit der österreichischen Eisenerzförderung gegenüber der deutschen spiegelt sich deutlich in dem sehr geringen Überschuß der Erzeinfuhr wider, die sich, da Eisenerz gewöhnlich das gegenüber anderen Erzen am meisten benötigte Erz darstellt, zum überwiegenden Teil aus Eisenerzen zusammensetzen dürfte. Wehrwirtschaftliche Gesichtspunkte werden allerdings auch hier den Bedarf erweitern. Die günstige Stellung der österreichischen Zellstoffindustrie wird deutlich im Ausfuhrüberschuß zum Ausdruck gebracht.

Eine Ergänzung des strukturellen Bedarfs des alten Reichsgebiets stellt jedenfalls die österreichische Magnesiterzeugung dar. Die Hüttenproduktion von Magnesit betrug im Jahre 1935 163 000 t, im Jahre 1937 145 000 t; davon sind im Durchschnitt etwa 90%

ausgeführt worden [102]). In äußerst geringem Umfang wird der Bedarf der deutschen Volkswirtschaft an Fellen, Häuten und Gerbstoffen aus dem österreichischen Raum befriedigt werden können.

Daß der Vorsprung der deutschen Erzeugung gegenüber der österreichischen auf den Gebieten der Kupfer-, Zink- und Bleierzförderung noch keinen strukturellen Bedarf der österreichischen Wirtschaft begründet, wird durch den sehr niedrigen österreichischen Einfuhrüberschuß an Erzen sichtbar.

Den — relativ gesehenen — Vorsprung der deutschen gegenüber der österreichischen Volkswirtschaft in der Erzeugung von Roheisen und Rohstahl findet man in dem im Vergleich zum deutschen Einfuhrüberschuß immerhin entsprechend hohen österreichischen Überschuß der Einfuhr (Einfuhrposten „Eisen und Metalle") bestätigt. Bei einem Vergleich der beiden Einfuhrüberschüsse, insbesondere bei einer Betrachtung des deutschen ist der durch die allgemeine wirtschaftliche Belebung und wehrwirtschaftliche Erfordernisse ausgelöste zusätzliche und im wesentlichen konjunkturelle Bedarf zu berücksichten. Verhältnismäßig hoch erscheint zudem der österreichische Einfuhrüberschuß angesichts der nach dem Kriege verloren gegangenen zur Industrialisierung hinstrebenden nachbarlichen Absatzgebiete mit der Wirkung einer erheblichen Schrumpfung der industriellen Erzeugungsstruktur.

Sehr stark kommt schon der Vorsprung der deutschen Kohlenwirtschaft in dem hohen Ausfuhrüberschuß von 303 Mill. RM zum Ausdruck, dem ein österreichischer Einfuhrüberschuß von 93 Mill. Schilling gegenübersteht, der den hohen Bedarf Österreichs an Stein- und Braunkohle zeigt. Unter Berücksichtigung der Aktivspitze im deutschen Außenhandel ist mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß der starke strukturelle Bedarf Österreichs an Kohlenerzeugnissen durch Lieferungen aus dem deutschen Raum befriedigt werden kann. Während zwar die Braunkohlenförderung dem österreichischen Bedarf ungefähr entspricht, deckt die Steinkohle etwa 8% des Verbrauchs.

Wenn die Holzstofferzeugung in Österreich verhältnismäßig viel geringer ist als im deutschen Raum, so kann darin keinesfalls ein strukturelles Minus der österreichischen Volkswirtschaft erblickt werden, denn das reichliche Vorhandensein von Waldbeständen im österreichischen Raum [103]) beweist, daß an sich die Möglichkeit einer

[102]) „Wirtschaft und Statistik", Heft 5, 1. III. 38, S. 174.

[103]) 37% der gesamten Fläche entfallen auf Wälder. s. „Wirtschaft und Statistik", Heft 5, 1. III. 38, S. 173.

Steigerung der Erzeugung auf diesem Gebiete gegeben ist. Wenn dennoch die Erzeugung von Holzstoff in Österreich geringer ist als in Deutschland, so muß auch ein entsprechend geringer Bedarf gefolgert werden. Im übrigen würde jede Mutmaßung über einen höheren strukturellen Bedarf des österreichischen Wirtschaftsgebietes auf diesem Gebiete sofort durch die hohen Ausfuhrüberschüsse Österreichs an Holzerzeugnissen widerlegt werden können.

In Übereinstimmung mit der außenwirtschaftlichen Entwicklung kann mithin festgestellt werden, daß ein größerer struktureller Bedarf der österreichischen Volkswirtschaft an Roheisen, Rohstahl, Steinkohlen, Braunkohlen und sonstigen Kohlenerzeugnissen besteht. Eine Befriedigung des österreichischen Roheisen- und Rohstahlbedarfs aus dem gesamtdeutschen Raum erscheint unter Berücksichtigung des sehr hohen deutschen Einfuhrbedarfs nicht durchführbar, auch wenn in naher Zukunft im Zuge des Vierjahresplans mit einer Steigerung der Ausbeute in der österreichischen Volkswirtschaft gerechnet werden kann. Ebenso ist mit Wahrscheinlichkeit ein voller Ausgleich des in der österreichischen Volkswirtschaft vorhandenen hohen Bedarfs an chemischen Rohstoffen und Erzeugnissen aus dem großdeutschen Raum zu erwarten.

Zu den bereits erwähnten Bedarfslücken der ehemals österreichischen Volkswirtschaft kommen noch weitere gemeinsame fast gleich starke Bedarfslücken beider Räume an Baumwolle, Wolle, sonstigen Faserstoffen und Mineralölen hinzu. Die Gewinnung von Erdöl ist von 6,6 im Jahre 1935 auf 33,0 im Jahre 1937 in der Ostmark gestiegen; immerhin steht der Ausbeute des Jahres 1937 noch ein Einfuhr-Überschuß von 105,9 (in 1000 t) gegenüber [104]). Eine zunehmende Beseitigung dieser Bedarfslücken ist durch die starke Ausdehnung der deutschen Zellwollerzeugung und die ebenfalls in Ausdehnung begriffenen Hydrieranlagen gegeben.

Exportsteigerungen werden dort zu erhoffen sein, wo, von den Grundlagen des gesamtdeutschen Raumes ausgehend, die Möglichkeit einer natürlichen Überschußbildung der Erzeugung vorhanden ist. Diese Möglichkeit wird vor allem in den in der Ausfuhr beider Gebiete überwiegenden Fertigwaren zu erblicken sein. Abgesehen von den Abwertungsmaßnahmen anderer Länder und sonstigen Hemmnissen des weltwirtschaftlichen Verkehrs stellt allerdings ein weiteres Hindernis die nach dem Stande von Ende 1937 auf etwa

---

[104]) „Wirtschaft und Statistik", Heft 5, 1. III. 38, S. 174.

$1^{3}/_{4}$ Milliarden S.[105]) sich belaufende Auslandsverschuldung Österreichs dar, die jedoch durch die deutsche Ablehnung der politischen Schuld eine gewisse Abschwächung erfahren hat.

Die bisherige Außenhandelsentwicklung lief in der deutschen Ostmark auf einen Einfuhrüberschuß (1937: 158 Mill. RM), im alten Reichsgebiet auf einen Ausfuhrüberschuß (1937: 443 Mill. RM) hinaus. Wenn es der österreichischen Volkswirtschaft in den Jahren nach 1935 gelungen ist, den Einfuhrüberschuß[106]) von 312 Mill. S. im Jahre 1935 auf 237 Mill. S. im Jahre 1937 fortlaufend abzubauen, so würden dennoch die wenigen Aktivposten der österreichischen Außenwirtschaft (1936: Holz und Papier zus. = 180 Mill. S., Metalle zus. = 88 Mill. S., Felle, Leder Gummi zus. = 6 Mill. S., Baustoffe, Glas, Keramik zus. = 18 Mill. S.[107]) bei weitem nicht ausreichen, in Zukunft einen Ausgleich herbeizuführen. Ein Überblick über den nach Länder geordneten Außenhandelsverlauf des alten und neu hinzugekommenen Reichsgebiets ermöglicht es, in den engeren Kreis der Betrachtung diejenigen Aktivposten beider Handelsbilanzen einzubeziehen, von denen man für die Zukunft die Möglichkeit einer Steigerung des Außenhandelsertrages erhoffen könnte, und zwar unter der Berücksichtigung, daß in Zukunft wahrscheinlich das Ausfuhrschwergewicht bei der Außenwirtschaft des alten Reichsgebiets ruhen wird. Würde man nun die großdeutsche Außenwirtschaft als Instrument zur Befriedigung des Bedarfs der großdeutschen Volkswirtschaft in Erwägung ziehen, also unter Zusammenfassung der außenwirtschaftlichen Ergebnisse beider früher getrennten Volkswirtschaften, so ergäbe sich rechnerisch unter Zugrundlegung der Außenhandelsentwicklung im Jahre 1937 noch ein Ausfuhrüberschuß von 285 Mill. RM[108]), von dem noch der frühere österreichische Einfuhrüberschuß ins alte Deutsche Reichsgebiet (26 Mill. RM) abzuziehen ist, so daß als Ergebnis jener rechnerischen Überlegung noch ein Ausfuhrüberschuß der großdeutschen Volkswirtschaft von 259 Mill. RM verbliebe. Ein solches Verfahren würde jedoch zu einer Täuschung führen, da die zwischen den nunmehr politisch verbundenen Volkswirtschaften zu erfolgende gegenseitige

[105]) Sonderbericht der Dresdner Bank: „Großdeutschland und der Südosteuropäische Raum" S. 8, 2. Abs.

[106]) Sonderbeilage zum Wirtschaftsbericht Nr. 3 Commerz- und Privatbank: „Deutsch-Österreichs Wirtschaft" S. 11.

[107]) Sonderbericht der Dresdner Bank: Großdeutschland und der Südosteuropäische Raum, 2. Aufl., S. 7.

[108]) Sonderbeilage zum Wirtschafts-Bericht Nr. 3 Commerz- und Privatbank: „Deutsch-Österreichs Wirtschaft" S. 12.

Inanspruchnahme der Überschüsse der Erzeugung erhebliche Verlagerungen innerhalb der Außenhandelsgestaltung der in der großdeutschen Volkswirtschaft zusammengeschlossenen Länderteile zur Folge haben dürfte. Neben der erhöhten Nutzung der Überschüsse der Erzeugung der großdeutschen Volkswirtschaft wird ein Hemmnis der Außenhandelsaktivierung vor allem auch auf die nunmehr in Fortfall geratene Tatsache des früher vorwiegend politischen Exports Österreichs zwecks Erhöhung der außenpolitischen Abhängigkeit zurückzuführen sein.

Inwieweit und welche Verschiebungen innerhalb der gesamten Außenwirtschaft stattfinden werden, wird sich schwer voraussagen lassen, aber die Tendenz liegt nahe, daß die Aktivierung des Außenhandels nachlassen, vielleicht auch die Einfuhr vorübergehend beträchtlich sinken wird. Die Tendenz zur überwiegend geschlossenen Volkswirtschaft dürfte deutlich werden.

Ein weiteres zusätzliches Mittel, Spannungen des Bedarfs im großdeutschen Raum wirksam entgegentreten zu können, besteht in der Intensivierung der Erzeugung. Soweit es sich dabei um die Aufbringung eines mit dem Verfahren der Erzeugung verbundenen höheren Kapitalaufwandes handelt, wird, wie dies insbesondere bei der Hebung von Bodenschätzen der Fall sein kann, der Einsatz der staatlichen Initiative unumgänglich erscheinen. Auf dieser Ebene befinden sich die neuerdings auch im österreichischen Raum zum Zwecke einer Erhöhung der Eisenerzförderung und Rohstahlgewinnung errichteten Reichswerke Hermann Göring. Während im nördlichen Raum der großdeutschen Volkswirtschaft die Reichswerke Hermann Göring selbständig die Ausbeute der vorhandenen Eisenerze begonnen hatten, ist für die Errichtung auf österreichischem Boden noch die Alpine Montan in die Reichswerke eingegliedert worden. Der nunmehr durch die Reichswerke im österreichischen Raum erzielbare Erzeugungsumfang kommt dadurch zum Ausdruck, daß bisher die österreichischen Eisenerzförderung und Rohstahlgewinnung zu 100 Prozent, die Stahlerzeugung 1936 zu 64% und die Walzwerkserzeugung zu reichlich 50% durch die Alpine Montan-Gesellschaft bestritten wurden. Durch diese Maßnahmen wird in erster Linie der völkische Bedarf gesichert; gleichzeitig kann im Falle anderer Preise der neu zusammengefaßten und hinzugetretenen Erzeugung die noch in Händen der Privatwirtschaft befindliche Erzeugung entsprechend beeinflußt werden. — Nicht so sehr entscheidend ist die für den österreichischen Raum auf 219 Mill. to

geschätzte Menge an Erzvorräten [109]), (denen angeblich Vorräte von $1^1/_2$ bis $2^1/_2$ Mrd. to im alten kleindeutschen Raum gegenüberstehen) als vielmehr die Tatsache, daß die österreichischen Erze mit einem Eisengehalt von 45%, mit einem Mangangehalt von 2 — 3% sowie mit einem geringen Kieselsäuregehalt von 5 — 7% als besonders hochwertig gelten.

Wenn auf Grund der gegenwärtigen wirtschaftlichen Grundlagen des österreichischen Raumes und der Volkswirtschaft des alten Reichsgebietes unter Zusammenfassung von Produktions- und Ein- und Ausfuhrstatistik der sich hieraus ergebende gegenseitige Bedarf, die im Gesamtraum vorhandenen Möglichkeiten einer Deckung dieses Bedarfs sowie die in der großdeutschen Außenwirtschaft gegebenen Mittel einer Befriedigung des restlichen Bedarfs erörtert wurden, so ist diesem nur in den Grundrissen festgestellten Bedarf hinzuzufügen, daß Veränderungen in der Gestaltung des Bedarfs im österreichischen Raum unter völkischen Gesichtspunkten bewirkt werden können. So wird beispielsweise ein völkischer, möglicherweise durch den Staat in größerem Umfange zu verwirklichender Bedarf mitunter nicht anders als durch eine Einschränkung eines Rohstoffverbrauchs der Privatwirtschaft zu befriedigen sein, soweit Spannungen im Bedarf nicht anders behoben werden können, oder aber es werden innerhalb der Erzeugung Umschichtungen stattfinden, die durch eine Verbrauchslenkung ergänzt werden; ferner können, ohne daß Umlagerungen innerhalb der Erzeugung stattfinden, bisherige Überschüsse gesteigert werden [110]), und letzten Endes können völlig neue Rohstoffvorkommen erschlossen werden. Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß Korrekturen an der Grundform der Erzeugung im österreichischen wie im ehemaligen kleindeutschen Raum aus der mit der Markterweiterung verbundenen Deckung des Bedarfs hervorgehen können.

Damit sind neben den außenwirtschaftlichen Möglichkeiten die Mittel genannt, die es zur Befriedigung eines Bedarfs anzuwenden gilt, sowie die Ursache, die zur Veränderung der Erzeugung den Anlaß geben kann. Zugleich erfolgt durch den Einsatz der genannten Mittel zur Erweiterung des Erzeugungsvolumens eine Neugestaltung der Zusammensetzung des bisherigen Bedarfs. Umlagerungen innerhalb der zum Export und Import gelangenden Güter finden

---

[109]) Der deutsche Volkswirt, 1. April 1938, S. 1266.

[110]) wie demnächst wahrscheinlich die stärkere Nutzung durch Ausdehnung der Zellwollerzeugung.

statt, bisherige Lücken des Bedarfs werden vielleicht ausgefüllt, und neue können u. U. hinzutreten. Soweit sich Veränderungen des Bedarfs durchsetzen, werden sie sich besonders am außenwirtschaftlichen Geschehen abzeichnen, wie beispielsweise eine erhöhte Eigenerzeugung eine verringerte oder anders zusammengesetzte Einfuhr bedingen kann, einer stärkeren Verwendung natürlicher Überschüsse der eigenen Erzeugung eine geringere Ausfuhr und zugleich wiederum eine geringere Einfuhr. —

Im Rahmen einer Betrachtung des Produktionsfaktors Natur können keinesfalls die im österreichischen Raum vorhandenen Grundlagen einer reichlichen Energieversorgung übersehen werden, die durch die der Donau zuströmenden wasserreichen Nebenflüsse Inn, Mur, Raab, March, Thaya, Enns und Traun gegeben sind. Auf Grund der letzten Betriebszählung im Jahre 1930 waren in der deutschen Ostmark rund 1000, in Deutschland Mitte 1937 rund 9500 Kraftanlagen vorhanden. Während in Österreich der Anteil der Wasserkraftanlagen im Jahre 1936 rund 84,5 v. H. der Energieerzeugung im kleineren Deutschland auf nicht mehr als 16% [111]). Die Wasserkräfte liefern u. a. die Grundlagen für die Strom-, Aluminium- und Bunaerzeugung. Die Stromerzeugung belief sich im Jahre 1937 in Österreich auf insgesamt 2,5 Mill. kWh, wovon im Jahre 1936 341 Mill. kWh an ausländische Verbraucher, überwiegend an deutsche Werke verteilt wurden [112]). Die Aktivspitze würde allerdings infolge der Ausdehnung der synthetischen Rohstofferzeugung und des Umstandes, daß Deutschland bisher der Hauptabnehmer gewesen ist, stark abgebaut werden, wenn nicht völlig verschwinden. Aus diesem Grunde sollen, wie bereits angekündigt, neue Kraftwerke, eines in den Hohen Tauern und ein anderes bei Grein an der Donau, errichtet werden.

Ebenso wie beim Produktionsfaktor Natur kommt es bei einer Betrachtung des Produktionsfaktors Arbeit auf Menge und Art der dem Raume zur Verfügung stehenden Arbeit an. Da die Arbeit ein vom Menschen untrennbarer Bestandteil ist, besteht auch eine Abhängigkeit der Arbeitsgestalturng schlechthin von der unmittelbaren Verbindung des Menschen mit seinem Raum. Auf Grund der im Rahmen vorhandenen natürlichen und technischen Ertragsmöglichkeiten wird die Besiedlung des Raumes gestaltet sein. Sobald nun

---

[111]) s. Sonderbeilage zum Wirtschafts-Bericht Nr. 3 der Commerz- und Privatbank: Deutsch-Österreichs Wirtschaft, S. 9.

[112]) s. Sonderbeilage zum Wirtschafts-Bericht Nr. 3 der Commerz- und Privatbank: Deutsch-Österreichs Wirtschaft S. 9.

das Verhältnis von Mensch und Raum sich in Richtung einer Erhöhung der Wachstumsrate der Bevölkerung zu ändern beginnt, muß mit einem zusätzlichen Bedarf, mit einer Steigerung der Erzeugung im eigenen Raume gerechnet werden. Die Voraussetzung hierfür ist zunächst durch die Verschmelzung des alten Reichsgebiets mit der deutschen Ostmark in Form einer gleichmäßigeren Verteilung der Menschen über den Gesamtraum gegeben. Während im früheren kleineren Deutschland Anfang 1938 mit einer Einwohnerzahl von 68,150 Mill., 144,8 Einwohner auf den qkm kamen, waren es nach der Verschmelzung bei einer Gesamteinwohnerzahl von 74,860 Mill. rund 135 Einwohner. Allerdings entfielen im politisch selbständigen Österreich mit einer Bevölkerung von 6,710 Mill. 80,8 Einwohner auf den qkm [113]). Auch daraus ist zu erkennen, daß die aus der Raumverschmelzung hervorgehende höhere Gesamtquote der Bevölkerung in der deutschen Ostmark dort zur Steigerung der Erzeugung drängt. Faßt man nun die Steigerung der Erzeugung ins Auge, so muß in Beziehung zur Arbeit festgestellt werden, wo, in welchem Ausmaß und in welcher Zusammensetzung, dem Bedarf entsprechend, Rohstoffe vorhanden sind, wie demzufolge die Verteilung der Bevölkerung (Arbeit) über den Raum stattzufinden hätte.

Wie sich nun das Element „Arbeit" über die einzelnen Teile der deutschen Ostmark verteilt, ergibt sich aus folgender Übersicht [114]).

Erwerbspersonen nach Wirtschaftsgebieten.

	Erwerbspersonen insges. in 1000	Land- u. Forstwirtschaft	Industrie und Gewerbe	Handel und Verkehr	Öffentl. Dienste und freie Berufe	Häusliche Dienste
		in %				
Wien	956	1,0	45,8	28,3	12,2	9,7
Niederösterreich	680	41,5	34,8	10,9	6,3	3,4
Steiermark	470	47,7	27,0	11,5	6,8	4,5
Oberösterreich	412	47,6	28,9	11,2	6,3	3,6
Kärnten	177	47,5	27,1	11,3	6,2	4,5
Tirol	161	39,8	26,7	16,8	9,3	4,3
Burgenland	126	61,9	22,3	5,5	5,5	2,4
Salzburg	112	39,3	25,0	17,0	8,9	5,3
Vorarlberg	72	29,2	43,0	12,5	8,3	2,8
Ohne festen Wohnsitz	4	25,0	25,0	25,0	—	—

[113]) Sonderbericht der Dresdner Bank: „Großdeutschland und der südosteuropäische Raum", S. 3.

[114]) s. Sonderbeilage zum Wirtschafts-Bericht Nr. 3 der Commerz- und Privatbank: Deutsch-Österreichs Wirtschaft, S. 3.

In einem gewissen Widerspruch zur Rohstoffgrundlage und den hieran sich knüpfenden Voraussetzungen zur Steigerung der Erzeugung steht der verhältnismäßig niedrige Anteil der Erwerbspersonen für Industrie und Gewerbe in der Steiermark, die Österreichs nennenswerteste Rohstoffläger wie Eisenerz, Magnesit und Waldbestände umschließt und die gleichzeitig der Sitz größerer Metallindustrien ist. Das Gleiche trifft auch für Kärnten zu, das größere Vorkommen an Waldbeständen und Eisenerzen aufzuweisen hat. Mit der Grundlage der Erzeugung in Übereinstimmung befindet sich der höhere Anteil der in der Industrie und dem Gewerbe arbeitenden Menschen Wiens und Niederösterreichs, Räume der Ostmark, die als Sitz der rohstoffverarbeitenden Industrie, insbesondere der Metallindustrie bekannt sind.

Im übrigen ergeben sich aus dem Gesamtbild der Besiedlung des ehemaligen Österreich der betont agrarwirtschaftliche Charakter und Arbeitseinsatz, der durch eine Gegenüberstellung der Berufsgliederung beider Reichsgebiete bestätigt wird [115]).

Berufsgliederung.

(in 1000)	Deutschland		Österreich	
Land- und Forstwirtschaft	9 388,1	(28,8%)	1 004,0	(31,7%)
Industrie und Bergbau	13 235,4	(40,6%)	1 170,8	(36,9%)
Handel und Verkehr	5 993,6	(18,4%)	512,0	(16,2%)
Öffentl. Dienste und freie Berufe	2 724,5	(8,3%)	304,9	(9,6%)
Häusliche und persönliche Dienste	1 280,5	(3,9%)	178,6	(5,6%)

Abweichungen in Form einer stärkeren Inanspruchnahme dieser Dienste weist außer der Land- und Forstwissenschaft die Berufsgliederung der Ostmark im Vergleich zu der des alten Reichsgebietes noch für die öffentlichen Dienste und freien Berufe sowie für häusliche und persönliche Dienste auf.

Zum Verständnis von Umfang und Zusammensetzung des Produktionsfaktors „Arbeit" des früheren Österreich ist die Kenntnis von dem Einsatz weiblicher Arbeitskräfte erforderlich. Für die Ostmark ergibt sich im Vergleich mit dem alten Reichsgebiet ein geringerer Anteil weiblicher Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung (1933 waren im alten Reichsgebiet 34,1 v. H. der Gesamtbevölkerung weibliche Erwerbspersonen, in der Ostmark im Jahre 1934 30,5

[115]) Sonderbericht der Dresdner Bank: „Großdeutschland und der Südosteuropäische Raum", S. 3.

v. H. [116]). Was den männlichen Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung anlangt, so ergeben sich demgegenüber fast gleiche Anteile: 1933 in Deutschland 65,6 v. H. Erwerbspersonen der Gesamtbevölkerung; 1934 in der deutschen Ostmark 64,7 v. H. [116]). Über dies besteht eine weitgehende Angleichung des Altersaufbaus der österreichischen Bevölkerung an die des alten Reichsgebietes [117]).

Altersaufbau der Bevölkerung im Jahre 1934.

Altersklassen	Deutschland	Österreich
unter 15 Jahren	24%	24%
15 — unter 30 Jahre	25%	23%
30 — unter 45 Jahre	23%	23%
45 — unter 65 Jahre	21%	22%
65 Jahre und darüber	7%	8%

Als für beide Reichsgebiete gemeinsam ist der während des Krieges zu verzeichnende Geburtenausfall sowie die nach dem Kriege eingetretene Überalterung hervorzuheben.

Die durch den „Vierjahresplan" veranlaßten Steigerungen der Erzeugung, insbesondere der Rohstofferzeugung, werden einen Mehreinsatz an Arbeit auf allen Gebieten der Volkswirtschaft erfordern. Insofern wird in erster Linie auf die im österreichischen Raum noch vorhandenen Arbeitslosen als Leistungsreserve zurückgegriffen werden müssen. Auf Grund der offiziellen Statistik waren im österreichischen Raum im Jahresdurchschnitt 1937 320,961 Personen arbeitslos, nach Angaben des österreichischen Insituts für Konjunkturforschung vom Februar 1938 sollen noch weitere 300,000 Personen arbeitslos sein, die aus bestimmten Gründen nicht in die Statistik eingereiht worden sind. Inwieweit diese Arbeitslosen der Neubeschäftigung zugeführt werden können, hängt davon ab, ob die Ziffer vorwiegend auf eine mit den wirtschaftlichen Grundlagen zusammenhängende oder konjunkturelle oder nur zum Teil auf saisonale Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. Es liegt die Vermutung nahe, daß der überwiegende Teil der Arbeitslosen keine Beschäftigung aus strukturellen, aus der Zerreißung des alten österreichisch-ungarischen Raumes hervorgegangenen Ursachen finden konnte. Die Nutzbarmachung dieser Arbeitslosen für die Volkswirtschaft durch Er-

[116]) s. Internationale Übersichten des Stat. Jahrbuches für das Deutsche Reich, 1937, S. 37.

[117]) Sonderbericht der Dresdner Bank: „Großdeutschland und der Südosteuropäische Raum", S. 3.

weiterung der Erzeugung sowie die Eingliederung der aus konjunkturellen Gründen Arbeitslosen durch Belebung der Wirtschaft ist einmal von dem Bestand der für die einzelnen Berufe vorgemerkten Arbeitslosen abhängig, weiterhin insbesondere vom Standort der Arbeit. In Verbindung mit einer Verlagerung des Wohnortes des Arbeiters tauchen wiederum völkische, soziale und fiskalische Gesichtspunkte auf.

Die Einfügung der aus nationalen Gründen Arbeitslosen in die Volkswirtschaft kann zum Teil erfolgen durch Besiedlung neu urbar gemachten Bodens, wodurch gleichzeitig ein gewisser Beitrag zur Erhöhung der Krisenfestigkeit einer Volkswirtschaft getan ist.

Den besten Anhaltspunkt für Maßnahmen einer Wiedereingliederung von Arbeitslosen bildet jedoch die Aufteilung der brachliegenden Arbeit nach Berufsklassen oder Wirtschaftszweigen.

Auf Grund der letzten Angaben vom Dezember 1937 standen Arbeitskräfte für folgende Zweige der Erzeugung zur Verfügung [118]).

Zur Vermittlung vorgemerkte Arbeitslose in den Betriebsklassen:	Dezember 1937:
Land- und Forstwirtschaft	8.872
Bergbau	2.232
Stein-, Ton-, Glasindustrie	17.637
Baugewerbe	97.010
Elektrizitätswerke	544
Eisen- und Metallindustrie	40.705
Holzindustrie	20.701
Lederindustrie	2.892
Textilindustrie	19.964
Bekleidungsindustrie	21.026
Papierindustrie	7.796
Graphische Industrie	6.520
Chemische Industrie	6.660
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	19.047
Hotel-, Gast- und Schankgewerbe	18.785
Handel	19.763
Verkehr	11.782
Geldverkehr, Privatversicherung	1.795
Körperpflege, Reinigungswesen	6.769
Gesundheitswesen	2.223
Bildung, Kunst, Unterhaltung	3.532
Rechtsberatung	557
Öffentlicher Dienst	7.313
Haushaltung	3.118
Nicht einreihbar [119])	16.974
Lehrlinge	4.420

[118]) „Wirtschaft und Statistik" vom 1. 3. 1938, S. 174.

[119]) Arbeitssuchende, die entweder überhaupt oder in den letzten Jahren keinen Arbeitnehmerberuf ausgeübt haben.

Für die Durchführung des für die deutsche Ostmark vorgesehenen Erzeugungsprogramms ist beachtlich das für das Baugewerbe sowie für die Eisen- und Metallindustrie zur Verfügung stehende hohe Angebot an Arbeitskräften. In diesem Zusammenhang ist auf den verschieden hohen Anteil der Beschäftigten zwischen dem alten und neuen Reichsgebiet in der Eisen- und Metallgewinnung hinzuweisen; der geringe Anteil der Beschäftigten in der deutschen Ostmark wird durch die zur Verfügung stehende Arbeit zum großen Teil ausgeglichen werden können [120]).

Anteile der Beschäftigten in der Eisen- und Metallindustrie.

Wirtschaftszweige	in Österreich Betriebszählung 1930	Deutschland o. Ö. Betriebszählung 1933
Eisen- und Metallgewinnung	9%	15%
Eisen- und Metallwaren	51%	32%
Maschinen- und Fahrzeugbau, Mechanik, Optik	29%	39%
Elektroindustrie	11%	14%

Der geringere Beschäftigtenanteil im Maschinen- und Fahrzeugbau, der Elektroindustrie findet seinen Ausdruck in dem im Vergleich zum kleineren Deutschland viel größeren Anteil der Beschäftigung für die Erzeugung von Eisen- und Metallwaren, die innerhalb des österreichischen Exports den größten Ausfuhrposten der Eisen- und Metallindustrie darstellten (Eisen- und Metallwaren zusammen 213 Mill. Sch. [120]).

Eine gesteigerte Erzeugung setzt neben einem erhöhten Einsatz von Rohstoffen und Arbeit auch einen erhöhten Kapitaleinsatz voraus. Zwischen den drei Elementen der Erzeugung besteht eine gegenseitige Abhängigkeit. Ist eines der drei Elemente zu schwach oder zu stark über den erwünschten Bedarf hinaus vertreten, so wird dadurch der wirtschaftliche Ertrag der Erzeugung in Mitleidenschaft gezogen werden. Der wirtschaftliche Ertrag steht dann in jedem Fall in einem Mißverhältnis zu den hierzu aufgewandten Mitteln. Es soll dadurch unter Gegenüberstellung der anderen Produktionsfaktoren die notwendige Verhältnismäßigkeit auch des Kapitaleinsatzes für die Sicherstellung der Erzeugung zum Ausdruck gebracht werden. Damit ist gleichzeitig auf die Notwendigkeit eines gewissen Kapital-

[120]) s. Sonderbeilage zum Wirtschafts-Bericht Nr. 3 der Commerz- und Privatbank: Deutsch-Österreichs Wirtschaft, S. 6.

umfangs hingewiesen, der unter Zugrundelegung des Bedarfs einer modernen Volkswirtschaft für die gegenwärtige Erzeugung unentbehrlich ist.

Inwieweit das gegenwärtig vorhandene Kapital zum Teil oder vollkommen für die Durchführung der geplanten Erzeugung herangezogen werden kann, hängt von dessen bisheriger produktionstechnischer Zweckgebundenheit sowie von dem bisherigen Nutzungs- oder Beschäftigungsgrad im Vergleich zum thoretisch möglichen Beschäftigungsgrad (Arbeiterstunden-, Maschinenstunden-, Arbeiterplatzkapazität) ab, umgerechnet in den jeweils erzielbaren technischen Ertrag der Erzeugung.

Der Jahresdurchschnitt der Beschäftigung von Arbeitskräften hat in den Jahren von der Aufschwungsperiode an gerechnet (1929) im alten und neuen Reichsgebiet folgenden Verlauf genommen [121]):

Jahr:	Deutsches Reich: (1000)	Österreich:
1929 J. D.	17.595	1.449
1930	16.409	1.378
1931	14.336	1.255
1932	12.518	1.107
1933	13.016	1.023
1934	15.041	1.011
1935	15.949	967
1936	17.106	935

Als äußerer Anhaltspunkt einer maximalen Nutzung der Betriebskapazität und demzufolge des Kapitals in bezug auf den Verlauf der Beschäftigung mag das Aufschwungsjahr von 1929 dienen, obwohl der Verwendungsgrad der Kapazität in Aufschwungsjahren durchaus nicht immer eine optimale Gestaltung der Erzeugung bezeichnet. Der Verlauf der Beschäftigung zeigt, daß in den letzten Jahren Lükken in der Erzeugung, also auch Lücken in der Kapitalverwendung entstanden sind, die einer erhöhten Erzeugung zur Verfügung stehen. Aus dem Verlauf der Beschäftigung in den nachstehend aufgeführten Monaten geht allerdings eine wohl vorübergehende verstärkte Inanspruchnahme des Produktionsapparates hervor. Als Grundtendenz muß jedoch für den österreichischen Raum die verringerte Nutzung des Produktivkapitals festgestellt werden, die in den letzten Jahren wohl hauptsächlich auf die mit der Außenwirtschaft bestehende Verflechtung der österreichischen Industrie und in Verbindung damit

[121]) s. Internationale Übersichten d. Stat. Jahrbuchs 1937 S. 214.

auf ein Absinken der weltwirtschaftlichen Konjunktur zurückzuführen ist.

Verlauf der Beschäftigung in Österreich [122]).
(1000)

Monate	1936	1937
Januar	871	866
Februar	871	878
März	908	922
April	936	969
Mai	959	1003
Juni	963	1022
Juli	969	—
August	978	—

Einen gewissen Schluß auf die Kapitalverwendung in den einzelnen Zweigen der Erzeugung gestattet wohl ein Überblick über Entwicklung des Kapitalbestandes der Aktiengesellschaften einzelner Wirtschaftszweige. Die A.G. bildet schließlich die breite Grundlage der Erzeugung in modernen Wirtschaftsverfassungen.

Bestand und Aufgliederung des Aktienkapitals in Österreich
(in Millionen der Landeswährung) [123]).

Jahr (Stand am 1. 1.)	Grundkap. insges.	Versorg. Betriebe	Banken u. Vers.	Schwer-industrie	Textil-industrie
1933	1724	196	300	443	112
1934	1641	196	271	426	96
1935	1612	193	263	409	92
1936	1606	193	263	401	94

Bei einer vergleichenden Betrachtung dieser Zahlen mit der vorher wiedergegebenen Übersicht der jahresdurchschnittlichen Beschäftigung in der deutschen Ostmark gelangt man zu der wohlbegründeten Annahme, daß die insgesamt erfolgte verringerte Nutzung des Produktivkapitals und der Kapazität an sich vorwiegend auf die verminderte Erzeugungsaktivität auf dem Gebiete der Schwerindustrie und der Textilindustrie zurückzuführen ist. Damit in Übereinstimmung befindet sich ein dem Sonderbericht der Commerz- und Privatbank [124]) zu entnehmender Hinweis auf die die Verteuerung der

[122]) s. Internationale Übersichten d. Stat. Jahrbuchs für das Deutsche Reich 1937, S. 214.

[123]) dto. S. 257.

[124]) Sonderbeilage zum Wirtschaftsbericht Nr. 3 der Commerz- und Privatbank: Deutsch-Österreichs Wirtschaft, S. 6.

Erzeugung bewirkende geringe Beschäftigung in der österreichischen Maschinenindustrie. Jedenfalls sind für die Durchführung des Erzeugungsprogramms in der deutschen Ostmark noch genügend freie Kapitalienvorhanden, die der Verwertung harren und die die wirtschaftliche Ertragslage einer Besserung entgegenzuführen vermögen. Die Betrachtung der Kapitalgrundlagen als Ausgangspunkt für die zukünftigen Erzeugungssteigerungen ist deshalb so wichtig, weil die im Produktivkapital verkörperten Anlagen der Erzeugung im Vergleich zu den anderen an einer wirtschaftlichen Erzeugung beteiligten Faktoren schließlich eine mehr oder weniger konkret erfaßbare Größe darstellen, mit deren unbedingtem Vorhandensein gerechnet werden kann und schließlich gerechnet werden muß.

Über den vorhandenen Bestand an Produktivkapital hinaus wird jedoch ein weiterer zusätzlicher Kapitalbedarf auftreten. Er wird hervorgerufen durch die Fabriken mit synthetischer Erzeugung, durch die Erweiterung bereits bestehender Industrien sowie durch die Cellulosegewinnung und -verarbeitung und weiterhin durch den Ausbau des Verkehrswesens.

Für die Befriedigung des zusätzlichen Kapitalbedarfs stehen grundsätzlich zwei Wege offen. Der Kapitalbedarf kann einmal aus dem gegenwärtigen und zum anderen aus zusätzlichen durch Kreditschöpfung beschafften Einkommen gedeckt werden. Mit dem völkischen Prinzip grundsätzlich unvereinbar erscheint die Deckung von Kapitalbedarf aus weiteren noch vorhandenen Quellen internationaler Kreditmärkte. In der mit dem Erzeugungsprogramm verbundenen Belebung der Wirtschaft wird eine zusätzliche Kapitalbeschaffungsquelle in Form eines erhöhten steuerlichen Aufkommens gegeben sein.

Wie dem Gesamtbild über die wirtschaftlichen Grundlagen der deutschen Ostmark zu entnehmen ist, sind in großem Umfang die für die geplante Erzeugungssteigerung entsprechenden Voraussetzungen vorhanden.

Schlußwort.

Der deutsche Rohstoffmangel ist ein praktisches, kein theoretisches Problem. Dessen ungeachtet ist in den vorstehenden Ausführungen Bedacht darauf genommen, die Grundlagen auf theoretischem Gebiete aufzuzeigen, um so von der wirtschaftswissenschaftlichen Seite her zur Klärung beizutragen. Gerade darin wird in Zukunft die Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft zu sehen sein, daß sie zu aktuellen Fragen der Wirtschaftspolitik das Rüstzeug liefert, das sie ihrerseits aus der Betrachtung der Wirklichkeit — sowohl der Vergangenheit wie der Gegenwart — gewinnt. Die Theorie, vielfach in Mißkredit geraten, ist trotzdem uneingestanden sehr häufig Pate wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Der Versuch theoretischer Durchdringung praktischer Probleme wird, wenn die Wirklichkeitsnähe gewahrt bleibt, der Durchführung praktischer Maßnahmen nur förderlich sein. Es ist versucht worden, die möglichen Ursachen der Rohstoffknappheit darzustellen und daraus eine konkrete Anschauung von denen des deutschen Rohstoffmangels zu gewinnen. Dabei wurde deutlich, daß die deutsche Rohstoffknappheit aus zwei Wurzeln stammt, einmal aus der protektionistischen Entwicklung im Außenhandel aller Länder, zum anderen aus der mit aller Macht betriebenen Intensivierung der deutschen Wirtschaft, die ihrerseits, wenigstens teilweise, den gleichen Erwägungen entspringt wie das protektionistische Verhalten fast aller Länder der Welt. Die Wirtschaftsbelebung, die Deutschland in den Jahren seit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus erlebt hat und die ihre einheitliche Ausrichtung in den Zielen des Vierjahresplans erfuhr, ist nicht zuletzt auf die politische Umklammerung Deutschlands zurückzuführen gewesen. Man muß sich klar machen, daß es letzten Endes die Deutschland gegenüber eingeschlagene Politik der Feindbundstaaten gewesen ist, die Deutschland auf die aufgezeigte Linie der Entwicklung gedrängt hat. Die nationalsozialistische Regierung wußte aus der Not eine Tugend zu machen, indem sie den außenpolitischen Druck als Ausgangspunkt für eine Kräfteentfaltung nie geahnten Ausmaßes nahm. Sie hat es auch verstanden, auf einem

so entscheidenden und schwierig zu behandelnden Gebiet wie dem der Rohstoffwirtschaft große Erfolge zu erzielen.

Die denkbaren Auswirkungen des Rohstoffmangels sind, wie nachgewiesen werden konnte, in jedem Falle von schädlicher Wirkung. Unter der Voraussetzung, daß alle anderen erforderlichen Produktivkräfte vorhanden sind, kann durch das Fehlen von Rohstoffen die Beschäftigung der Wirtschaft empfindliche Schädigungen erfahren. Die Erzeugung würde, wie im einzelnen nachgewiesen werden konnte, zuerst betroffen werden und mit ihr nicht zuletzt die Arbeiter. Neben den sich ergebenden sozialen Problemen infolge von Arbeitslosigkeit steht weiter die Gefährdung der Mittler in der Wirtschaft, des Handels und des Verkehrswesens. Darüber hinaus kann auch der Staat in seinem Bestande gefährdet werden, da eine Schrumpfung des Wirtschaftsvolumens entsprechende Beeinträchtigungen des Steueraufkommens nach sich zieht. Es ist daraus eine Bedrohung der Wehrbereitschaft zu folgern, die in Zeiten wie den gegenwärtigen besonders schwer wiegt [1]). Diese Gefahren sind von der deutschen Regierung rechtzeitig erkannt worden. Wenn der innerhalb weniger Jahre erzielten Vollbeschäftigung der Wirtschaft eine Gefahr drohte, so war es seit den Jahren 1935/36 die des Rohstoffmangels. Man mußte deshalb alle Anstrengungen auf ihre Bekämpfung richten. Theoretisch wäre eine Beschränkung des Bedarfs möglich gewesen, freilich mit Folgen für die Volksgemeinschaft, die eine verantwortungsbewußte Staatsführung nur ungern sehen konnte. Eine Rohstoffbeschaffung durch Erweiterung des Raumes scheiterte an den politischen Voraussetzungen. Die Einfuhr konnte durch besondere pflegliche Betreuung des Außenhandels, also auch der Ausfuhr, die auftretenden Spannungen mildern, aber es kam nun darauf an, alle nur irgendwie geeigneten Maßnahmen zur Durchführung zu bringen und dem drohenden Übel von den verschiedensten Seiten zu Leibe zu gehen. Es sind in diesem Zusammenhang Maßnahmen behandelt worden, die zu einer wirtschaftlicheren Ausnutzung der Rostoffe und zur Erfassung und Wiederverwendung von Altstoffen und Abfällen führten, es ist die Verwendungskontrolle der vorhandenen Rohstoffe und ferner die Lenkung des Verbrauchs nicht nur bei den Konsumenten, sondern auch gerade bei

---

[1]) So sagte der Führer in seiner Proklamation vor dem Parteitag 1938 in Nürnberg:

„Die Sicherheit der Nation geht allem anderen voran. Ihr wirtschaftliches Dasein ist deshalb auch auf unserer eigenen Lebensbasis und unserem eigenen Lebensraume materiell in vollem Umfange sicher zu stellen."

den Verarbeitern von Rohstoffen erörtet worden. Mit diesen Maßnahmen war es möglich, die Rohstofflücke zu verengen. Diesen Maßnahmen wurden dann solche an die Seite gestellt, die die Rohstoffbasis zu erweitern in der Lage waren. Hier war die Gewinnung synthetischer Rohstoffe ebenso zu nennen wie die Ausdehnung der bereits vorhandenen Erzeugungskapazitäten. Durch Verträge mit dem Auslande waren ebenso gewisse Ergänzungsmöglichkeiten wahrzunehmen; die Erweiterung des wirtschaftlichen Raumes durch Handelsverträge, vor allem mit den südöstlichen Staaten, erfuhr dann durch den Anschluß Österreichs, seine Klärung.

Der Kampf, den Deutschland gegen den Mangel an Rohstoffen führte, ist noch nicht abgeschlossen. Es befindet sich mitten darin, und doch ist seit der Verkündigung des Vierjahresplans [2]) bereits eine stattliche Reihe von Erfolgen zu verzeichnen gewesen, von Erfolgen, die Deutschland zu der Hoffnung berechtigen, daß die Rohstofffrage endgültig gelöst werden wird. Das verbürgt die ungeheure Energie, mit der man alle sich bietenden Möglichkeiten aufgriff, das verbürgt ferner die zweckmäßige Organisation, die alle in Frage kommenden Kräfte straff zusammenfaßt, und das verbürgt schließlich die Leistungsfähigkeit und Erfindungsgabe der Deutschen auf technischem Gebiete. Diese Erfolge sind aber nicht nur für Deutschland von wirtschaftlicher Bedeutung, sie werden nicht nur in seiner Volkswirtschaft zu grundlegenden Änderungen von jetzt noch nicht zu übersehendem Ausmaß führen, sondern werden sich, wenn auch nicht mit gleicher Intensität, auch auf das Ausland auswirken, das, wie gesagt wurde, die Entwicklung in ihren Anfängen durch sein Verhalten beeinflußt hat. Nicht nur, daß Deutschland als Abnehmer für manche Rohstoffe ganz und teilweise ausfallen wird, es wird seinerseits, wie man ebenfalls schon aus den ersten Anzeichen entnehmen kann, in die Lage versetzt, die neu von ihm hergestellten, auf synthetischem Wege erzeugten Werkstoffe in der Welt bekannt zu machen, um sie als Konkurrenzgüter zu den natürlichen Rohstoffen anzubieten. Der Erfolg hängt hier von der Qualität der erzeugten Stoffe ab. Aber schon jetzt läßt sich sagen, daß die qualitative Gleich- oder gar Höherwertigkeit wohl in der Hauptsache eine Frage der Zeit ist.

Der deutsche Rostoffmangel ist so zum Ausgangspunkt für eine Entwicklung geworden, die, wenn man technischen und wirtschaftlichen Fortschritt für erstrebenswert hält, durchaus zu bejahen ist.

[2]) Genauer gesagt des zweiten von 1936; der erste im Jahre 1933 verkündete Plan diente vor allem der Arbeitsbeschaffung.

Literatur-Verzeichnis.

I. Bücher.

Fritz Echterhoff: Wirtschaftliche Selbstversorgung. Wien, 1935 (Staatswiss. Diss.).

Rudolf Eicke: Warum Außenhandel? II. Aufl. 1936 u. III. erw. Aufl. 1937, Verlag f. Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik.

Johann Gottlieb Fichte: Der geschlossne Handelsstaat. Tübingen, Cotta: 1800.

Albrecht Forstmann: Der Kampf um den internationalen Handel. Berlin, 1935.

Grävell: Der Außenhandel in der Nationalwirtschaft, 1937.

Jens Jessen: Volk und Wirtschaft. Hamburg, 1935, II. erg. Aufl. Hanseatische Verlagsanstalt.

— Grundlagen der Volkswirtschaftspolitik. Hamburg, 1936, Hanseatische Verlagsanstalt.

Kurt Johannsen / Heinrich Kraft: Das Kolonialproblem Deutschlands, 1936.

Ladislaus Nyiri: Die europäische Großraumwirtschaft. (Staatswiss. Diss.).

Heinrich Troeger: Import und Export nach deutschem und ausländischem Devisenrecht. III. Aufl. 1936. Verlag J. Heß, Stuttgart.

Ernst Wagemann: Wirtschaftspolitische Strategie, Hamburg 1937.

Barrett Whale: Internationaler Handel. Wien, 1936, II. engl. Aufl. (Übersetzung).

II. Aufsätze.

Der deutsche Volkswirt vom 8. 11. 35: Bonin-Ponitz: --Deutsches Holz als Rohstoffgrundlage".

Der deutsche Volkswirt vom 1. 1. 36: Hunke: ‚Kernfragen der Wehrwirtschaft".

vom 14. 8. 36: Justus Schmitt: „Kriegswichtige Industrie".

vom 21. 8. 36: „Ökonomischer Nationalismus".

vom 9. 10. 36: Adam Hüfner: „Rohstofflage und Kolonialproblem".

vom 30. 10. 36: Justus Schmitt: „Das Potential der kriegswichtigen Industrie".

vom 27. 11. 36: Mende: „Rohstoffe in Krieg und Frieden".

Deutsches Volkstum vom 15. 11. 34: Paul Dehn: „Auf dem Wege zu Deutschlands Selbstversorgung".

Elbe vom 15. 11. 34: von Dietze: „Die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Selbstversorgung im Deutschen Reiche".

Militärwissenschaftliche Rundschau, 3. Heft, Mitte April 1936: Hesse: „Die wirtschaftliche Vorbereitung auf den Krieg".

Monde slave vom September 1936: R. Kerschagl: „Nouvelles combinaisons économiques en Europe centrale".

Ostdeutsche Wirtschaftszeitung vom 21. 2. 36: Ernst Hickmann: „Struktur und Richtung des Außenhandels der Südostländer".

Reichs-Kredit-Ges. A.-G., Berlin: „Deutschlands wirtschaftliche Lage an der Jahreswende 1937/38".

„Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung im 1. Halbjahr 1938".

Das Rohprodukten-Gewerbe, Ausgabe B vom 27. 1. 37, 1.10. 37, 14. 1. 38, 18. 3. 38, 15. 4. 38: Verschiedene Artikel über Erfassung und Verwertung von Altstoffen.
Ruhr und Rhein vom 16. 8. 35: A. Niemeyer: „Rohstoff-Stützungen".
Sonderbeilage zum Wirtschaftsbericht Nr. 3, 1938 der Commerz- und Privatbank: „Deutsch-Österreichs Wirtschaft".
Sonderbericht der Dresdner Bank: „Großdeutschland und der südosteuropäische Raum, März 1938".
Der Vierjahresplan, 2. Jahrg. Nr. 2 Febr. 1938: „Neue Werkstoffe auf der Leipziger Messe".
Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, II. Jahrg. 1936, Teil A, S. 177 ff.: Brzosniowsky: „Wandlungen in der Wirtschaftsstruktur Südosteuropas (seit 1921)".
Volksspiegel, 3. Jahrgang 1936, 1. Monat: Siegfried Wendt: „Völkische Bedarfsdeckungswirtschaft".
Weltwirtschaft vom September 1935: Rudolf Eicke: „Möglichkeiten der Selbstversorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen".
vom Dezember 1935: Otto Goebel: „Deutsche Rohstoffwirtschaft im Weltkriege".
Wirtschaftsblatt der Industrie- und Handelskammer zu Berlin vom 17. 7. 37: Lorenz: „Die Wirtschaft Jugoslawiens und der deutsch-jugoslawische Außenhandel".
Wirtschaftsdienst vom 3. 1. 36: Fritz Huhle: „Weltwirtschaft im Zeichen der Selbstversorgung".
Wirtschaftskurve vom Juni 1936: Erich Welter: „Die Rohstoffknappheit".
Wirtschaftsring Heft 1 vom 7. 1. 1938: Otto Sarnow: „Deutschland-Südosteuropa". Max Hahn: „Agrarpolitische Produktionslenkung zwischen Deutschland und dem Südosten".
Wissen und Wehr vom März 1938: Otto Goebel: „Vorratswirtschaft, ihre kriegswirtschaftliche Notwendigkeit und volkswirtschaftliche Erwünschtheit".
Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung vom 4. 5. 1938: „Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und den südosteuropäischen Ländern". „Industrielle Entwicklung Südosteuropas im letzten Jahrzehnt".
Zeitschrift Hoppenstedt & Co., Berlin W 8, Charlottenstr. 58 vom 22. 1. 1937: Artikel über Zellwolle.

Lebenslauf

von Hans Rudolf Mahnert, geboren am 13. September 1912.

Nach dem Besuch des Helmholtz-Realgymnasiums in Friedenau und der Realschule in Steglitz, die ich mit Obersekundareife verließ, nahm ich an einem zweijährigen Lehrgang der Städtischen Höheren Handelsschule zu Berlin teil.

Zum späteren Studium an der damaligen Berliner Handelshochschule hatte ich eine einjährige kaufmännische Praxis nachzuweisen. Dazu bot sich mir die Gelegenheit in Ägypten, und zwar in Kairo in dem Import- und Export-Kommissionsgeschäft Brandt & Cie. Ltd., geleitet von dem dänischen Konsul Brandt.

Nach meiner Rückkehr nach Berlin (1932) nahm ich mein Studium an der Wirtschaftshochschule Berlin auf und beteiligte mich daneben an einem Vorbereitungskursus zur Sonderreifeprüfung (der Wirtschaftshochschule), die ich am 27. April 1933 ablegte. Unter dem 20. Februar 1936 erhielt ich das Diplom über die kaufmännische Diplomprüfung an der Wirtschaftshochschule Berlin.

Ich hatte zunächst die Absicht, an der Wirtschaftshochschule Berlin zu promovieren. Als jedoch mein Referent, Herr Professor Dr. Jens Jessen, zur Friedrich-Wilhelms-Universität überging, wurde mir, da ich lediglich die Sonderreifeprüfung der Wirtschaftshochschule abgelegt hatte, vom Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung die Genehmigung erteilt, mein Studium an der Friedrich-Wilhelms-Universität fortzusetzen. Hier belegte ich die zur Promotion erforderlichen zwei Semester. —